Dienstag, 12. August 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 185 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Satelliten-Stau durch Raketen-Desaster

Durch das Raketen-Desaster der Nasa kann der aufgelaufene Satelliten-Stau nicht abgearbeitet werden. Modernste Technologien bleiben am Boden stehen, weil Transportmittel für die künstlichen Sterne am Himmel fehlen. Müssen wir schon bald auf Telefonate via Satellit verzichten? Bleiben unsere Bildschirme für Signale aus dem All dunkel? Seite 9

Die großen Straßen der Welt

Über die großen Avenuen und Boulevards und Flanierstraßen der Metropolen, berichtet die WELT in einer sommerlichen Serie. Bisher wurden der Ku'damm (Berlin), der Faubourg Saint Honoré (Paris), La Castellana (Madrid), die Via Veneto (Rom), die Ginza (Tokio) und der Broadway (New York) vorgestellt. Heute: die Bahnhofsstraße in Zürich Seite 19

POLITIK

Bombenanschlag: Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Bundesgrenzschutz-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim nahe Bonn wurden ein Sende- und Empfängermast und ein Trafohäuschen beschädigt. Am Tatort wurde ein Schreiben einer „Kämpfenden Einheit Crespa Cepa Gallende" gefunden. Generalbundesanwalt Rebmann hat das Ermittlungsverfahren übernommen.

Leinen: Der im Zusammenhang mit dem Fischsterben an der Saar ins Kreuzfeuer geratene Umweltminister Leinen (SPD) bleibt im Amt. Mit einer Stimme Mehrheit wies der Landtag einen von der FDP-Fraktion gestellten Mißtrauensantrag zurück. Der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer (CDU) hält seinen Vorwurf gegenüber Leinen, aus dem Saarland sei für sein Land vorzeitig Entwarnung gegeben worden, aufrecht. (S. 5)

Luftkrieg: Bei einem irakischen Luftangriff auf die iranische Stadt Isfahan sind zwei Menschen getötet und 16 verletzt worden. Ein irakisches Flugzeug sei abgeschossen worden, meldete der iranische Rundfunk. Iran drohte, Bagdad mit Raketen zu beschießen, wenn Irak seine Angriffe auf Städte in Persien nicht einstelle.

Kernkraft: Die Tschechoslowakei will in der Energiepolitik weiter auf die Kernkraft setzen. Bis zum Jahr 2000 will das Land 60 Prozent seiner Energie aus Atomkraftwerken beziehen. Momentan arbeiten in der CSSR sechs Reaktoren mit einer Kapazität von 440 Megawatt. Diese decken 14,6 Prozent des Strombedarfs. Bis 1990 sollen vier neue Reaktoren gebaut werden.

NATO: Die sozialdemokratische Regierung Norwegens wünscht eine stärkere NATO-Präsenz in seinen Gewässern. Verteidigungsminister Holst erklärte, amerikanische und britische Schiffe sollten damit ein größeres Gegengewicht zu den zunehmenden sowjetischen Aktivitäten im Nordatlantik schaffen. Norwegen wünsche aber keine permanente Anwesenheiten der NATO-Kräfte. Dies würde Norwegens Verteidigungspolitik weniger flexibel machen.

Luftfahrtsymposium: In Peking ist ein internationales Symposium über die weltweite Entwicklung der Zivilluftfahrt eröffnet worden. An dem Treffen der Flugzeugbauer und Luftfahrtgesellschaften nimmt auch die Lufthansa teil. Tagungsthema ist unter anderem die Entwicklung des Flugverkehrs in China.

WIRTSCHAFT

D-Mark: Während die D-Mark gegenüber dem Dollar über Erwarten stark gestiegen ist, hat sie im Verhältnis zum Schweizer Franken deutlich an Boden verloren. Seit den siebziger Jahren hat sich die Kursrelation umgekehrt. Die Ursache der D-Mark-Schwäche in Zürich erklärt sich aus den Kapitalbewegungen und der restriktiven Geldpolitik der Schweizer Nationalbank. (S. 11)

Börse: an den deutschen Aktienmärkten hat sich gestern die Aufwärtsbewegung beschleunigt. Wertsteigerungen von mehr als fünf Prozent waren keine Seltenheit. Am Rentenmarkt blieb die Stimmung weiter freundlich. WELT-Aktienindex 274,57 (266,61). BHF-Rentenindex 107,448 (107,334). BHF-Performance-Index 106,566 (106,424). Dollarmittelkurs 2,0564 (2,0740) Mark. Goldpreis je Feinunze 388,00 (386,80) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100
270 – 260 – 250
29. 30. 31. 1. 4. 5. 6. 7. 8. 11.
Juli/August '86
DIE WELT

KULTUR

Worte: Auf das Wort konnten und wollten viele Maler bei der Erstellung ihrer Werke nicht verzichten. So benutzten sie es für ihre Signatur, aber auch zur Korrektur eines mißlungenen zeichnerischen Details. Die Ausstellung „Die Worte in der Zeichnung" im Louvre will diesen künstlerischen Varianten auf die Spur zu kommen. (S. 18)

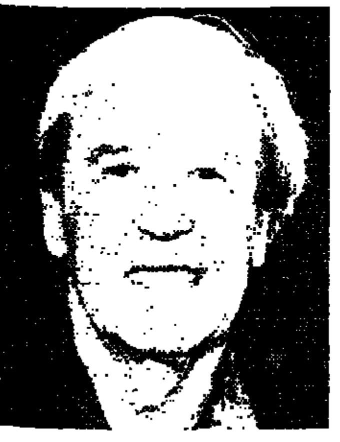
Sport-Ausstellungen: Die Stuttgarter Galerie präsentiert zwei Ausstellungen zum Thema Sport. Die Aufnahmen der Zielphotographie im Kunstgebäude versuchen die „ästhetischen Reize" darzustellen. Die Gemälde und Plastiken im Tagblatturm wollen eine Antwort darauf geben, warum der Sport fasziniert. (S. 18)

SPORT

Tennis: Im Finale des Grand-Prix-Turniers von Stratton Mountain (US-Bundesstaat Vermont) unterlag Wimbledonsieger Boris Becker dem Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl aus der CSSR mit 4:6 und 6:7. (S. 9)

Reiten: Johann Hinnemann aus Voerde belegte auf Ideaal im Einzelfinale der Dressur-Weltmeisterschaft in Cedar Valley bei Toronto Rang drei. Weltmeisterin wurde die Dänin Anne Grethe Jensen auf Marzog. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Glas-Creation: Heinz Oestergaard (Foto), kleidete Zarah Leander ein, verpaßte der deutschen Polizei neue Uniformen und arbeitete als erster Modeschöpfer von Weltrang für ein Versandhaus. Nun hat er einen neuen Werkstoff entdeckt: das Glas. (S. 20)

Drogenschmuggel: Der Rauschgiftschmuggel aus den Niederlanden in die Bundesrepublik ist dramatisch angestiegen. Im ersten Halbjahr 1986 wurden bereits 700 Fälle mehr aufgedeckt als im vergangenen Jahr. (S. 20)

Verdacht gegen Anwältin des St. Pauli-Mörders verstärkt

Widersprüche im Fall Pinzner / Rache aus der Unterwelt befürchtet

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Die Hamburger Staatsanwaltschaft bemühte sich auch gestern in intensiven Ermittlungen, die Verstrickung der in der Nacht zum Sonnabend festgenommenen Hamburger Rechtsanwältin Isolde Öchsle-Misfeld in den „Fall Pinzner" aufzuklären. Die 39jährige Juristin war, wie berichtet, unter dem Verdacht in Haft genommen worden, „gegen das Betäubungsmittelgesetz und andere Gesetze" verstoßen zu haben.

Die Nachrichtensperre wurde auch gestern rigoros aufrechterhalten. Dennoch wurde aus dem Sicherheitsapparat der Hansestadt bekannt, daß die Anwältin in eine Haftanstalt außerhalb Hamburgs transportiert worden ist, da die Justizbehörde einen absoluten Schutz der Verteidigerin Pinzners vor Mordanschlägen aus dem St. Pauli-Milieu in der Untersuchungshaftanstalt nicht glaubt gewährleisten zu können.

Nach bisher unbestätigten Informationen steht Isolde Öchsle-Misfeld schon seit dem Tattag, dem 29. Juli, im Verdacht, in die Affäre um die tödlichen Schüsse Pinzners auf Staatsanwalt Wolfgang Bistry und den anschließenden gemeinsamen Selbstmord des mutmaßlichen St. Pauli-Killers und seiner Ehefrau verwickelt zu sein. Die Anwältin habe unmittelbar nach dem Tod Pinzners und seiner Ehefrau Jutta aus dem Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums entkommen können und sei drei bis vier Stunden unauffindbar gewesen, habe sich dann aber wieder gemeldet und sich den vernehmenden Ermittlungsbeamten zur Verfügung gestellt. Unter gut informierten Sicherheitsexperten der Hansestadt kursierte gestern eine Darstellung des dramatischen Geschehens vom 29. Juli im Polizeipräsidium, die in wichtigen Punkten von der amtlichen Darstellung abweicht:

Die Ehefrau Jutta Pinzner sei sehr wohl daraufhin überprüft worden, ob sie eine Waffe bei sich trug, diese Kontrolle habe ein negatives Ergebnis gehabt. Bei der Verteidigerin hingegen sei diese Überprüfung unterblieben. Staatsanwalt Wolfgang Bistry habe gewußt, daß Frau Pinzner mit diesem Resultat kontrolliert worden war; aus diesem Grunde habe er die Ehefrau und die Anwältin, der er auch ohne Kontrolle vertraute, in den Sicherheitstrakt geholt.

Widersprochen wurde auch der bisherigen offiziellen Lesart, nach der kriminaltechnische Untersuchungen eindeutig ergeben hätten, daß Frau Pinzner die Tatwaffe in ihrer Handtasche in den Vernehmungsraum geschmuggelt habe. Dies habe vielmehr die Verteidigerin getan. Isolde Öchsle-Misfeld ist diesen Informationen zufolge seit dem Tattag polizeilich observiert worden. Die Ermittlungsbehörden hofften, auf diese Weise weitere Erkenntnisse über den spektakulären Fall zu gewinnen.

Ausschlaggebend dafür, daß die Juristin erst in der Nacht zum Sonnabend festgenommen und noch am Samstagabend in Untersuchungshaft genommen wurde, sei die Erkenntnis der Polizei und Staatsanwaltschaft gewesen, daß eine akute Gefahr für das Leben der Anwältin bestehe. Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme sei ein Besucher in ihrer Villa am Maienweg im Stadtteil Alsterdorf gewesen, in der sich ihre Wohnung und ihre Kanzlei befindet.

Windelen warnt Ost-Berlin vor Folgen

Asylantenstrom erschwert Beziehungen / Bilanzen zum Jahrestag des Mauerbaus

DIETHART GOOS, **Bonn**

Das Ostberliner Verhalten in der Asylantenfrage bedeutet eine schwere Belastung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Dies sagte gestern der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, in einer deutschlandpolitischen Bilanz zum 25. Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer. Zugleich lehnte der CDU-Politiker Sanktionen des Westens gegen die „DDR" ab.

Windelen sprach von einem „grob unfreundlichen Verhalten der DDR, das uns Schaden zufügt". Dabei könnte durch einfache Maßnahmen der Asylantenzustrom nach West-Berlin gebremst werden. Sollte sich die Praxis nicht ändern, schließt der innerdeutsche Minister negative Folgen für anstehende Verhandlungen und Abkommen nicht aus. Er nannte in diesem Zusammenhang die geplante Vereinbarung zum Umweltschutz, wo die „DDR" stark an westlicher Technologie interessiert sei, und bestimmte Besuchswünsche seitens der „DDR". Auch andere wünschenswerte Erfolge der innerdeutschen Beziehungen würden erschwert.

Entschieden wandte sich Windelen gegen die Forderung des Historikers Golo Mann nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der „DDR". Der Wissenschaftler gehe von „irrigen Voraussetzungen" aus und habe seinen Vorstoß mit Hinweis auf die Festlegungen des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichts bereits selber eingeschränkt.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Kalaschnikow und Pantoffel
SEITE 4:
25 Jahre Berliner Mauer

Auch der Chefunterhändler aus Zeiten der sozial-liberalen Koalition, Egon Bahr (SPD), wandte sich gegen die Forderung von Golo Mann. Eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" ohne Friedensvertrag für die beiden deutschen Staaten wäre sinnlos.

Zum 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer erklärte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß, selten in der Geschichte habe ein menschenverachtendes Regime seinen wahren Charakter so schonungslos enthüllt wie die kommunistische Regierung in der „DDR" durch den Bau der Berliner Mauer. „Die Mauer will Macht demonstrieren, aber sie offenbart die Hilflosigkeit einer Regierung, die in Unfrieden mit der Bevölkerung lebt und ihre Zwangsherrschaft nur durch ständige Verletzung selbstverständlicher Menschen- und Freiheitsrechte, durch Gewalt und Unterdrückung aufrechterhalten kann."

Strauß erklärte, die Mauer sei weder mit Gewalt noch durch Illusionen zu beseitigen. „Sie ist nur durch Geduld und durch eine mit langem Atem betriebene wirklichkeitsnahe Politik zu überwinden." Er setzte sich dafür ein, das „Verbindungsgeflecht" zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu verstärken und das Bewußtsein von der Einheit der Nation zu erhalten und zu fördern.

Hauff legt Ausstiegsplan der SPD vor

„Abschied von Kernenergie in weniger als zehn Jahren möglich" / Sofortprogramm vorgesehen

ARULF GOSCH, **Bonn**

Der Umstieg auf ein Energiesystem ohne Kernkraft sei technisch machbar und könne ökonomisch, ökologisch sowie sozialverträglich gestaltet werden. Diese Feststellung traf gestern der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, der ehemalige Forschungsminister Volker Hauff, bei Vorstellung eines Zwischenberichtes der von seinem Parteivorstand eingesetzten Sonderkommission. Der Bericht trägt den Titel „Die Lehren von Tschernobyl: Von der Empörung zur Reform".

Nach Hauffs Meinung muß zu diesem Zweck endlich Ernst gemacht werden mit dem Stromsparen. Hierzu bedürfe es zum Beispiel einer Änderung der Konzessionsabgabe, weil die Gemeinden nach dem bisherigen System aufgrund ihrer Einkünfte an einem hohen Stromverbrauch interessiert seien. Hauff ist sich darüber im klaren, daß auf diesem und auf anderen Feldern erhebliche Widerstände überwunden werden müssen.

Bei einem kooperativen Zusammenwirken der Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft „werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten". Ohne eine Mehrheit im Bundestag und Bundesrat seien die erforderlichen Änderungen der Gesetze, wie Hauff einräumt, allerdings nicht zu erreichen.

Die Kommission schlägt in ihrem Zwischenbericht ein Sofortprogramm für die nächsten zwei Jahre vor, das die Weichen für eine neue Energieversorgungsstruktur stellen will, die auf Atomenergie verzichtet, die Umwelt entlastet, die fossilen Energievorräte schont, die Entwicklung neuer Energietechnologien vorantreibt, die neuen technologischen Chancen industriell nutzt, Brüche in der Beschäftigung vermeidet, die Verantwortung der Kommunen für die Energiepolitik stärkt und das Verhalten der Bürger und Wirtschaftsteilnehmer belohnt, Energie rationell und sparsam zu verwenden.

Hauffs Kommission tritt ebenso für eine Fortschreibung des Kohle-Verstromungsvertrages über das Jahr 2000 hinaus ein wie für die Verhinderung der Importe von Atomstrom. Einen Engpaß bei den Stromerzeugungskapazitäten sieht Hauff nicht. Es seien genügend Reserven vorhanden. So bleibe selbst bei Spitzenbelastungen ein Drittel der Kapazitäten ungenutzt. Erforderlich wären zusätzlich 15 Millionen Tonnen SKE-Kohle pro Jahr. Auf den Privathaushalt käme eine monatliche Mehrbelastung von maximal zehn Mark zu, auf die deutsche Industrie Mehrkosten von lediglich 0,2 Prozent. Beim Rechtsanspruch auf Entschädigung gebe es allerdings noch eine Reihe von offenen Fragen.

Hauff räumte ein, daß der Umdenkprozeß in der SPD durchaus nicht ohne Schmerzen verlaufen sei. Jedoch sei die Bedrohung des Lebens und der Natur durch die zivile Kernkraftnutzung zu einer realen Gefahr geworden.

Wenn Tabletten das Alter heilen sollen

DW. **Bonn**

Fast die Hälfte aller in der Bundesrepublik verkauften Arzneimittel werden von den über 70jährigen verbraucht. Dieser Medikamentenkonsum im Alter aber stellt nach Meinung zahlreicher Ärzte mittlerweile ein erhebliches Problem dar.

So sind bis zu zwanzig verschiedene Tabletten pro Person und Tag, oft noch von mehreren Ärzten verschrieben, keine Seltenheit. Mit der Zahl der unterschiedlichen Arzneistoffe nehmen aber unerwünschte Neben- und Wechselwirkungen ein gefährliches Ausmaß an. Der behandelnde Arzt, so die einhellige Meinung der Fachleute, solle den Mut haben, Prioritäten zu setzen und nicht so gravierende Leiden unbehandelt lassen.

Im Alter verstärken sich die Auswirkungen der Hauptrisikofaktoren Rauchen, Alkohol, Bewegungsmangel und falsche Ernährung. Viel zu selten, so die Mediziner, berücksichtige der alternde Mensch seinen beträchtlich verringerten Kalorienbedarf. Wer erst mit sechzig Jahren beginne, auf eine gesunde Lebensführung zu achten, könne nicht erwarten, daß sich die „Sünden der Vergangenheit" ungeschehen machen ließen.

Dennoch können durch wohldosierte körperliche Belastungen altersabhängige Leistungsverluste von Herz und Kreislauf erheblich verringert werden. Trainingseffekte seien durchaus auch noch im 70. Lebensjahr nachzuweisen. Die Mediziner sind der Überzeugung, daß es keine Altersgrenze gebe, jenseits derer eine ärztliche Behandlung aussichtslos sei oder – etwa in Hinblick auf die Kosten – unterbleiben sollte. Einzig und allein das biologische Alter spiele für eine Behandlung die entscheidende Rolle, nicht das kalendarische.

Derzeit sind etwa neun Millionen Bundesbürger über 65 Jahre alt, wovon zwei Millionen als pflegebedürftig gelten. Um das Jahr 2030 rechnet man mit einem Anteil der über 60jährigen von 36 Prozent (heute 20 Prozent). Bei einer statistisch zu erwartenden Abnahme der Gesamtbevölkerung auf 46 Millionen, die augenfällig überaltert sind, wird das soziale Leben in der Bundesrepublik erheblich beeinflußt werden.

Gesellschaft und Wissenschaft aber beginnen erst allmählich, sich auf die besonderen Bedingungen dieser „ergrauenden" Welt einzustellen. Das wirkt sich bis in die Forschung hinein aus: Das Deutsche Jugendinstitut in München beschäftigt z.B. 212 wissenschaftliche Mitarbeiter, während das Deutsche Zentrum für Altersfragen in Berlin nur 16 Mitarbeiter zählt.

„Therapieziel ist", so der Neuropharmakologe Prof. Helmut Coper von der Freien Universität Berlin, „den Patienten den Wert des Alters erkennen zu lassen, damit er diese Lebensphase aktiv gestalten und deren besonderen Sinn verwirklichen kann." Alter, Krankheit und depressive Gefühle seien durchaus nicht so unauflöslich miteinander verknüpft, wie viele noch meinen.

DER KOMMENTAR

Die Folgen

KNUT TESKE

Was ist eigentlich in Hamburg los? Hat St. Pauli die Macht ergriffen? Wie kann es angehen, daß ein Ganove ein ganzes Staatsgefüge durcheinanderwirbelt wie eine Sturmbö das Kartenhaus? Der Fall Pinzner offenbart jeden Tag – wie von einer unbarmherzigen Regie geführt – ein neues Kapitel aus dem Tollhaus.

Daß nun auch die Anwältin tiefer in den Fall involviert scheint, als es das Berufsethos zuläßt, ist sicherlich schwer nachvollziehbar, aber nicht unbedingt neu. Ungeheuerlicher sind die Überraschungen am Rande. Wenn es zutrifft, daß die Dame die Pistole in den Sicherheitstrakt geschmuggelt hat und dann nach dem Blutbad aus dem Polizeipräsidium mir nichts dir nichts flüchten konnte, bedeutet das zweierlei: Die Innenbehörde stellte den Sachverhalt falsch dar, als sie damals behauptete, die Anwältin sei wegen des Schocks nicht ansprechbar; und der Sicherheitstrakt erwies sich nicht nur einmal als durchlässig, sondern löchrig wie der bekannte Käse.

Ein zu allem entschlossener Killer wird mit seiner bizarren Logik immer Furchtbares anrichten können. Das ist unbestritten und wird keine noch so ausgewogene Rechtsordnung, die ihrem Wesen nach in erster Linie immer auf die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände gerichtet ist, verhindern können. Wenn man so will, eine immanente Schwäche, die freilich nicht vom Thema ablenken darf.

Einiges nämlich muß sich das seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Hamburg ins Stammbuch schreiben lassen: Im Justizbereich hat Liberalität, nicht Laxheit zu herrschen. Die Polizeispitze sollte nach fachlichen Gesichtspunkten ausgesucht werden. Die Rechnung für Versäumnisse wurde jetzt präsentiert.

Beobachter werden den Verdacht nicht los, daß die Verantwortlichen in Hamburg glauben, diese Rechnung mit dem Rücktritt von zwei Senatoren bereits beglichen zu haben. Es spricht aber nicht viel dafür, daß dieses Kalkül aufgeht.

Genscher-Streit belastet Union

lz. **München**

Die Unzufriedenheit der CSU mit der Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers (FDP) belastet zunehmend auch das Klima zwischen den beiden Unionsparteien. Nachdem CSU-Generalsekretär Gerold Tandler und CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionsvize Volker Rühe zugunsten Genschers als „instinktlos" zurückgewiesen hatten, ist das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU in Gefahr. Nach Informationen der WELT ruhen derzeit die Abstimmungsarbeiten. In einem Brief an seinen CDU-Kollegen Heiner Geißler soll Tandler die Weigerung der CSU, daran weiterzuarbeiten, mit dem Hinweis auf Unklarheiten in der Außenpolitik begründet haen.

Auch der CSU-Landesvorstand wird sich auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 15. September mit diesem Thema befassen. Vom Votum dieses Gremiums wird abhängen, ob die Programmarbeit wieder aufgenommen wird. Parteichef Franz Josef Strauß hatte schon vor Monaten erklärt, die CSU werde nur dann ein gemeinsames Unions-Programm unterschreiben, wenn darin die Ziele seiner Partei deutlich zu erkennen seien, auf Kompromisse werde man sich nicht einlassen.

Benzinpreise steigen wieder

DW. **Hamburg**

Die Deutsche Shell und die Esso AG haben bundesweit ihre Preise für Super- und Normalbenzin um drei Pfennige sowie für Diesel um vier Pfennige je Liter erhöht. Da beide Konzerne in Niedrigpreisregionen auch neue Mindestpreise festsetzten, kam es zu Preissprüngen von bis zu zwölf Pfennigen, beispielsweise am Niederrhein. Nach Angaben von Firmensprechern wollen BP, Aral und Texaco heute ihre Preise ebenfalls um drei beziehungweise vier Pfennige erhöhen.

US-Soldat entkam Anschlag

DW. **Bonn**

Auf das Auto eines US-Soldaten ist in der Nacht zum Montag in der Hanauer Innenstadt ein Anschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei explodierte ein kleinerer Spreng- oder Brandsatz auf einem Parkplatz in der Hauptbahnhofstraße in unmittelbarer Nähe des Festzeltes eines Feuerwehrfestes. Ein Feuerwehrmann berichtete, der Soldat habe sich zum Zeitpunkt der Explosion mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Festzelt aufgehalten.

Vetter mahnt Gewerkschaften

DW. **Hamburg**

Der frühere DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat die Gewerkschaften aufgerufen, sich Zugriffen der politischen Parteien im Wahlkampf zu widersetzen. Die Gewerkschaften müßten sich dem Sog der Parteien entziehen können, mahnte Vetter in einem Interview der katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Den Kollegen sagte er, „die Gewerkschaft kann für euch nicht wählen und ist deshalb für eure Wahl auch nicht verantwortlich".

USA verschärfen Kuba-Embargo

DW. **New York**

Die USA wollen das Wirtschafts-Embargo gegen Kuba verschärfen. Der Dollar-Transfer durch Freikauf von Kubanern durch Verwandte in den USA soll unterbunden werden. Die „New York Times" berichtete, Washington reagiere damit auf den Bruch eines Abkommens durch Kuba, das die Rückführung von 2700 psychisch Kranken und Verbrechern vorsah, die als „Flüchtlinge" in die USA abgeschoben worden waren.

Seite 2 und 6: Weitere Beiträge

Paisley von Stellvertreter in Autoritätskrise gestürzt

Protestantenführer bricht Reise in die USA vorzeitig ab

WILHELM FURLER, **London**

Der Führer der protestantischen Demokratischen Unionisten Nordirlands, Pastor Ian Paisley, hat seine USA-Reise vorzeitig abgebrochen und ist nach Belfast zurückgekehrt, um seine Autorität wieder zur Geltung zu bringen. Es sieht nämlich so aus, als ob sein Stellvertreter, der ehemalige Laienprediger Peter Robinson, die Stellung Paisleys während dessen Abwesenheit untergraben hat.

Robinson, als stellvertretender Führer der Partei Demokratischer Unionisten gleichzeitig Abgeordneter für Ost-Belfast, hatte in der vergangenen Woche einen nächtlichen Überfall der protestantischen „Loyalisten" auf das zur Republik Irland gehörende Grenzstädtchen Clontibret in der Grafschaft Monaghan organisiert. Dabei wurde er von der irischen Polizei wegen verschiedener Vergehen, darunter Tätlichkeit gegen zwei Polizeibeamte, Beschädigung eines Polizeiwagens und Anstiftung zur unerlaubten Zusammenrottung, festgenommen und nur gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Am Donnerstag soll Robinson im Gerichtssaal von Dundalk in der Republik Irland erscheinen; seine Anhänger haben ihn inzwischen beschworen, die Reise in die Republik nicht anzutreten, da sie für ihn den sicheren Tod bedeute. Robinson ist aber entschlossen, zu reisen und aus seinem Status als „Frontkämpfer" der Loyalisten möglichst viel Kapital zu schlagen.

Seit der Unterzeichnung des englisch-irischen Abkommens von Hillsborough hat sich Robinson als kompromißlosester unionistischer Politiker im Kampf gegen das Hillsborough-Abkommen profiliert und sich in direkte Nähe zu den protestantischen paramilitärischen Gruppen gebracht.

Inzwischen versucht die Regierung Thatcher, das Vertrauen in die Wirksamkeit des Abkommens zu stärken. Dazu gehören eine Unterstützung der irischen Sprache, Straßenschilder in Gälisch, eine Neufassung des Gesetzes für Fahnen und Embleme sowie Änderungen im Gerichts- und Polizeiwesen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Raus Erklärungsnot

Von Herbert Kremp

Die Aussagen Raus über eine denkbare Zusammenarbeit mit den Grünen waren schon deutlicher als in der ZDF-Sendung vom Sonntag. Auf die Frage, was er wohl tun werde, wenn seine Partei 1987 die stärkste Fraktion stelle, wich er aus. Er begnügte sich mit dem Hinweis, bisher habe diese Fraktion immer den Kanzler gestellt. Das ist falsch. Sowohl 1969 wie 1976 bildete die Union das stärkste Kontingent und ging dennoch leer aus – weil die Koalition aus SPD und FDP stärker war. Kiesinger und Kohl hatten keinen Koalitionspartner. Sie befanden sich in dieser Lage – sofern dieser seinen Entschluß durchhält, die Grünen weder als Bündnispartner noch als Hilfswillige für die Kanzler-Wahl zu akzeptieren.

Genau dies ist aber die Frage. Rau sieht sich einem starken *Druck ausgesetzt, die Mehrheits-Chance nicht von vornherein* durch eine prinzipielle Ablehnung grüner Spender auszuschlagen. Er selber gab den Spekulationen neue Nahrung, als er knapp nach der Entscheidung in Niedersachsen SPD und Grüne zusammenrechnete und sagte, man habe die Mehrheit um nur „eine Stimme" verfehlt. Klar ist also nichts. Der Schwerpunkt der Sozialdemokratie ist nach der Ära Schmidt – sie endete früher als 1982 – so weit nach links gerutscht, daß Rau in schwere Turbulenzen geriete, würde er sich im Falle einer rot-grünen Mehrheit nicht auf den Schild heben lassen. Seine These „Nicht spalten, sondern versöhnen", erschiene in neuem Licht. Wäre er stark genug, dem „Willen zur Macht" Widerstand zu leisten?

Vernünftigerweise müßte er es. Seine zurückliegenden klaren Äußerungen, die Grünen in keiner Form als Partner zu akzeptieren, brachten ihm einige Sympathien in der politischen Mitte ein, auf die eine Volkspartei nicht verzichten kann. Bislang umschiffte Rau das Problem, indem er den Gewinn der absoluten Mehrheit als erreichbar darstellte. Er behauptete, genau betrachtet, etwas objektiv Unmögliches – was sich immerhin als edles Ziel darstellen läßt –, um von dem objektiv Möglichen, der rot-grünen Mandats-Mehrheit, ihren Folgen und Zwängen, abzulenken. Das konnte nicht gut gehen. Brandt und Glotz holten den Kandidaten auf die Erde zurück. Koalition oder Opposition – das ist nun wieder Raus Frage.

Die Alliierten provoziert

Enno v. Loewenstern

„In West-Berlin können Ausländer ohne Visum einreisen", tönt das Ostberliner Außenministerium. „Bis jetzt ist uns nicht bekannt, ob die drei westlichen Alliierten, die dort das Sagen haben, daran etwas ändern wollen. Es gibt also für die Deutsche Demokratische Republik als Transitland keinen Grund, Ausländern die Durchreise durch die DDR zu verweigern, nur weil sie nach West-Berlin wollen."

Das hört sich an, als wollte der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden die Westmächte verspotten. „Uns nicht bekannt"? Die drei Westalliierten haben Moskau klipp und klar wissen lassen, daß sie das Einschleusen von „pseudopolitischen Flüchtlingen" abgestellt sehen möchten. Diesen Ausdruck gebrauchte der Europa-Direktor im Pariser Außenministerium, Plaisant, gegenüber dem sowjetischen Geschäftsträger. Das Ostberliner Ministerium leistet sich dazu die Unverschämtheit: „Nun sagt man, unter den Ausländern, die von ihrem Recht Gebrauch machen, nach West-Berlin zu reisen, befinden sich pseudo-politische Flüchtlinge." Eine gezielte Provokation also. Das spricht Bände über die Qualität all jener Beteuerungen, wie wundervoll doch die Entspannung funktioniere. Die Anpöbelei des Regierenden Bürgermeisters („Herr Diepgen, ... der sich gestern besonders marktschreierisch aufführte") ergänzt das Bild.

Die Westalliierten sehen also, woran sie sind: Sie sollen gezwungen werden, „daran etwas zu ändern", sie sollen eine Grenzsperre ziehen, die nachträglich Honeckers Mauer rechtfertigt. Nun haben aber gerade die Westalliierten genug Druckmittel in der Hand, um darauf zu antworten. Sie könnten ihre Botschafter abziehen, sie könnten Honecker-Besuche absagen und damit das komplexbeladene, um immer neue „Anerkennung" buhlende Regime empfindlich treffen.

Vor allem könnten sie – und das wäre besonders peinlich für die angebliche „Hauptstadt der DDR" – ihre Militärpatrouillen dort erheblich verstärken. Kommunisten verstehen nur eine Sprache: Druck. Die Westalliierten handeln nicht nur im Interesse der ihnen schutzbefohlenen Stadt und ihrer deutschen Verbündeten, sie handeln auch im eigenen Interesse, wenn sie zeigen, daß sie ihre Würde nicht antasten lassen.

Kursänderung in Kuba?

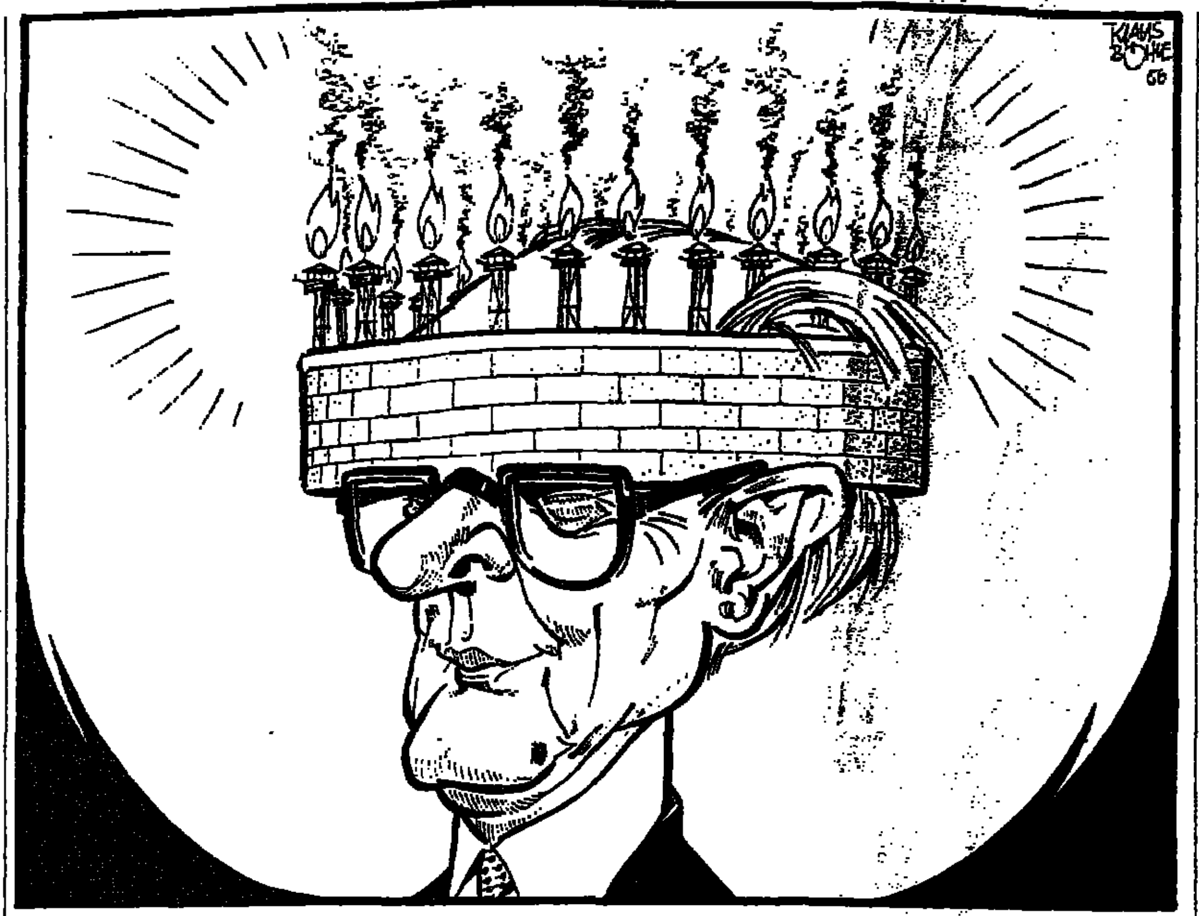
Von Günter Friedländer

In einer Aufforderung an die Kubaner, ganz offen alle Mißstände in Kuba anzuprangern, ohne die Schadenfreude zu fürchten, die „der Feind in Miami" empfinden wird, hat Fidel Castro das Beispiel gegeben und viele Träger seiner Revolution korrupt geschimpft. „Der Feind in Miami" ist natürlich die Gemeinde Hunderttausender Exilkubaner.

Castro sagt, was ihm in Kuba mißfällt: Bauern, die Lebensmittel teuer auf dem vor fünf Jahren wieder eingeführten und nun abermals verbotenen freien Markt verkaufen. Bürger, die am bis vor kurzem erlaubten freien Immobilienmarkt spekulierten. Arbeiter – bis zu einem Viertel der Belegschaft großer staatlicher Betriebe –, die sich für Arbeiten bezahlen lassen, die sie nie ausführten. Krankenhäuser, die dem Publikum Dienste verweigern. Bauunternehmer, die seit zwei Jahrzehnten an Projekten arbeiten, ohne damit jemals fertig zu werden. Die Unsicherheit auf den Straßen, die vielen Diebstähle. Die Liste der Klagen des enttäuschten Diktators nimmt kein Ende.

Hinzu kommen andere Übel, die sich seiner Kontrolle entziehen: der niedrige Preis für Zucker, Kubas Hauptprodukt, und der Erdölpreisverfall, der den Weiterexport russischen Erdöls unrentabel macht. Kuba kann den Verpflichtungen seiner Auslandsschuld von 3,5 bis 3,8 Milliarden Dollar an Banken des Westens nicht mehr nachkommen.

Castro kündigt einen großen revolutionären Gegenangriff gegen die „Korruption" in den eigenen Reihen an. Was bedeutet das? In Kuba fürchtet man die Rückkehr zu dem 1970 benutzten System „freiwilliger" Arbeitseinsätze. „Der Feind in Miami" vermutet, daß Castro abermals die Unzufriedensten gehen lassen will. Aber werden die USA noch einmal einen ungeordneten Flüchtlingsstrom mit den damit verbundenen finanziellen und sozialen Lasten hinnehmen? Bis heute ist ein unauflösbarer Rest asozialer Elemente geblieben, die Castro 1980 in die „Freiheitsflotte" von Mariel einschleuste. Sie hat zu der Einwanderungsfeindlichkeit beigetragen, die bei Umfragen in den USA bemerkbar wurde.


KLAUS BÖHLE

Kalaschnikow und Pantoffel

Von Günter Zehm

In einer Fernsehsendung über Mauer und Stacheldraht sagte der vor einiger Zeit aus Leipzig in den Westen gekommene Schriftsteller Erich Loest: Man „kann" die innerdeutsche Mordgrenze gar nicht von einem Tag auf den anderen schleifen, selbst wenn man es „will", denn – „eine Woche danach würde die DDR-Wirtschaft zusammenbrechen und zwei Wochen danach die der Bundesrepublik".

Der zweite Teil des Satzes ist reiner Unfug. Der Mann hat keinen Begriff davon, was alles eine freie Wirtschaft wegzustecken imstande ist. Den momentanen Zuzug vieler Tausender tüchtiger Landsleute würde sie zunächst gar nicht bemerken. Und à la longue käme ihr die Blutauffrischung nur zugute.

Mehr Wahrscheinlichkeit hat freilich der erste Teil von Loests Feststellung. In der Tat, die Wirtschaft der „DDR" ist im fünfundzwanzigsten Jahr des Mauerbaus nach wie vor so fragil und störanfällig, daß ihr die plötzliche, durch die Lockung der offenen Grenze verursachte Westdrift einer begrenzten Zahl von „Werktätigen" größte Schwierigkeiten bereiten würde. Denn immer noch geht drüben *Masse vor Klasse, Quantität vor Qualität*, immer noch bleibt das System auf die extensive Ausbeutung ganzer sozialer Schichten angewiesen, weil es unfähig ist, den Produktionsprozeß mit Hilfe moderner Technologien zu intensivieren und zu computerisieren.

Die Mauer „stabilisiert" die Verhältnisse also, indem sie die Fortdauer der Ausbeutung und Auspowerung der „DDR"-Bevölkerung ermöglicht; insofern hätten die Berliner Bischöfe der Evangelischen Kirche mit ihrem kürzlich abgegebenen Statement recht. Aber die Mauer destabilisiert auch, und zwar in einem viel bedrohlicheren Maße, enthebt sie doch zum Beispiel die Kommunisten des Zwanges, über humanere und effizientere Methoden beim Umgang mit „ihren" Menschen nachzudenken. Die Mauer ist nicht nur ein Denkmal der Inhumanität geworden, sondern auch eines der *Ineffizienz, der Unmodernität, der Zurückgebliebenheit* auf allen Gebieten des Lebens.

Keine noch so hektische und zynische Mauer-Feierei mit Kampfgruppenaufmarsch und Sonderbriefmarke kann darüber hinwegtäuschen, daß der „Schutzwall" das seinerzeit mit ihm angepeilte Ziel vollkommen verfehlt hat. Zur Zeit des Mauerbaus konnte man von Funktionären oft hören, daß die Menschen, wenn ihnen erst einmal klar gemacht sei, daß sie zu Hause bleiben müßten, sehr bald *ihre schöpferischen Energien auf* die Verbesserung der unmittelbaren, sozialistischen Umwelt richten und die „DDR" zum „Schmuckkästchen Europas" machen würden. Heute müssen die Funktionäre konstatieren, daß nichts von ihren Erwartungen eingetroffen ist. Die Entwicklungs-Schere zwischen Bundesrepublik und „DDR" hat sich im Gegenteil immer weiter geöffnet.

Und es ist zweifellos gerade das Fortbestehen der Mauer, das Dauerbewußtsein des Eingeschlossenseins, das sogar einstmals überzeugte Sozialisten in Resignation und Passivität treibt. Seelenärzte, die von drüben kommen, wie Professor Müller-Hegemann, haben längst das „Mauer-Syndrom" als psychosomatische Sonderbelastung des „DDR"-Menschen diagnostiziert: ein angespanntes „Leben im Futurum", ein Warten auf die Ausreise, das einen den Alltag der Gegenwart eigentümlich unwirklich und gleichgültig werden läßt; ein unfrohes „Leben nach Innen", frühes Altern, früher Rückzug in strikt private Sphären, das, was westliche Schönfärber à la Gaus als Idylle preisen, was aber in Wirklichkeit nur ein Wechselbalg aus Kalaschnikow und Filzpantoffeln ist.


Kein „Stabilitätsfaktor": Mauer in Berlin FOTO: JÜRGEN VOLKMANN

Hinzu kommt ein nicht minder lähmendes nationales Inferioritätsgefühl. Die westdeutsche D-Mark, zur Zeit des Mauerbaus noch als „Verbrecherschein" und „Spekulationsniete" verfemt („Die Westmark fällt weiter" hieß ein parteitreuer *Roman des damals noch in* Leipzig lebenden Loest) ist jenseits des „Schutzwalls" zur Währung Nummer eins aufgestiegen. Ein gut Teil des „DDR"-Lebens dreht sich heute um den Erwerb eben dieser Westmark. Große, sogenannte „graue" Teile der Volkswirtschaft werden nur noch auf D-Mark-Basis abgewickelt und heben so zwar den Lebensstandard, behindern andererseits aber das Funktionieren der „eigentlichen", sozialistischen Produktion.

Um noch einmal von den Funktionären zu sprechen: Auch für sie wird die Existenz der Mauer zur wachsenden Belastung, wenn nicht psychologisch, so doch bei den Kosten und vor allem beim Prestige. Zwar ist es ihnen gelungen, in der Bundesrepublik eine Menge einflußreicher Schreiber in Bewegung zu setzen, die die Mauer im Stil der Berliner Bischöfe als Stabilitätsfaktor besingen und im übrigen die *Schuld am Mauerbau dem Westen* in die Schuhe schieben. Aber die Weltöffentlichkeit im Ganzen empfindet doch weit weniger pervers; in ihren Augen bleibt der „Schutzwall" ein Schandmal und das monströs negative Kennzeichen des Ostberliner Regimes.

Man sollte darüber nicht vergessen, daß die Mauer keine genuin deutsche Erfindung war. Sie wurde von den Sowjets befohlen und von den damaligen Westalliierten hingenommen. Für jeden guten Deutschen bleibt sie eine tiefe Wunde und eine Beleidigung seiner Menschenwürde. Sie ist auch kein Ausfluß „preußischen Perfektionswahns", wie einige schrieben, sondern artgemäßes Merkmal und Zubehör kommunistischer Wirtschafts- und Menschenführung. Ihr Abbau kann nur synchron geschehen mit tiefgreifenden Reformen und Liberalisierungen. Und diese müssen wohl im Stile der polnischen *Solidarność von unten* angestoßen werden, um in Fahrt zu kommen. Insofern ist die Mauer eine ständige Herausforderung für den politischen Willen und die politische Phantasie der Deutschen hüben wie drüben, für ihre Geduld wie für ihre brennende Ungeduld.

IM GESPRÄCH Herbert Brückner

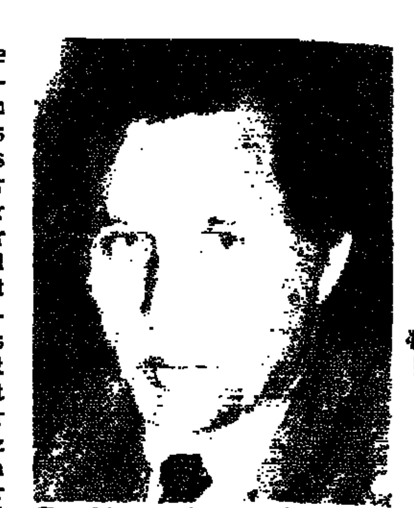
Eigenbrötler von links

Von Winfried Wessendorf

Zwar tut die Bremer SPD, als gebe es zur Wahl ihres neuen Vorsitzenden am 13. September auf dem Landesparteitag – als Nachfolger des überraschend verstorbenen Hans Dieter Müller – eine Auswahl. Aber der neue Mann steht schon fest. Er heißt Herbert Brückner und ist zur Zeit Senator für Gesundheit und Sport im Zweistädtestaat. Wohl hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltemathe ebenfalls als Kandidat gemeldet, aber man gibt ihm keine Chance – in Bremen heißt es, er wolle nur seinen Namen wieder ins Gespräch bringen, um seinen Sitz im Bonner Parlament zu behalten. Da Bonn und Bremen nach nördlicher Meinung ohnehin nicht in einer Hand zu schaffen seien, fällt das Amt dem gewieften Politiker Brückner zu, einem Ableger aus dem ehemaligen „Bürgerhofkreis". Er zog als Vertreter des linken Flügels nach der Bürgerschaftswahl am 28. September 1975 in das Amt des Senators für Gesundheit und Umweltschutz ein.

Mit dem stets adrett gekleideten Genossen an der Bremer SPD-Spitze setzt sich der Linksruck an der Parteibasis fort. Es gelang Brückner als Senator für Umweltschutz – einer der ersten in der Bundesrepublik –, die Verbandsklage im kleinsten Bundesland einzuführen, was die Handelskammer nach wie vor heftig beklagt.

Sein ideologisches Stehvermögen zeigte Brückner im Streit um die Bremer Krankenhauspflegesätze. Die CDU-Opposition wirft ihm dabei vor, dem ohnehin strapazierten Bremer Haushalt um dreihundert Millionen Mark belastet zu haben. Der Senator wollte beispielsweise die Schwesternwohnheime über den Pflegesatz subventionieren. Die Krankenkassen allerdings machten bei diesem extravaganten Einfall nicht mit. Denn schon 1980 war es bundesweit unstrittig, daß die Subvention von Wohnheimen nicht pflegesatzfähig ist.


Eine Marotte kostete dreihundert Millionen: Neuer Bremer SPD-Chef Brückner FOTO: DIE WELT

Der heute siebenundvierzigjährige Arbeitersohn aber überstand das über fünf Jahre dauernde Gerangel ohne erkennbare Blessuren, obwohl ihm schließlich die Kassen in die Vereinbarung diktierten, was er fortan zu tun habe. Der Senat hat ihn in dieser ziemlich schmachvollen Affäre gestützt, aber nur widerwillig.

Der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, wird es mit Brückner an der Spitze der Partei schwerer haben. Der künftige SPD-Landesvorsitzende, der zum Ende des Jahres aus dem Senat ausscheidet (als Parteichef wird er mit Dreiviertel seiner Senatorenbezüge ausgestattet), kann seine politischen Vorstellungen außerhalb der Kabinettsdisziplin noch energischer verfolgen. Brückner gehört zu den Befürwortern eines sofortigen Ausstiegs aus der Kernenergie. Seine Freizeit verbringt der Vater zweier Kinder auf seinem liebevoll gepflegten und gehegten Bauernhof in der nahegelegenen Grafschaft Hoya. Dort backt er auch selber Brot.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Mannheimer MORGEN

Er bemerkt zu Südafrika:

Auffällig ist, daß die wenigen afrikanischen Politiker, die eine zufriedenstellende Entwicklung in Gang *gesetzt haben, schweigen, wenn zum Kampf* gegen Apartheid aufgerufen wird. Aber diejenigen, die die Unabhängigkeit für ihre Völker zum Alptraum haben werden lassen, geben den Ton an ... Sollten wir nicht die Gelegenheit nutzen und unsere Unterstützung der afrikanischen Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika von der Respektierung der Menschenrechte in Schwarzafrika abhängig machen?

ppp

Der SPD-eigene „Parlamentarisch Politische Pressedienst" nennt Böllings Buch eine „Stinkbombe":

Der gestelzte, gespreizte Stil, in dem er seinen platten Klischees einen intellektuellen Nimbus anzuheften versucht, ist zum Kotzen. Aus jeder eitlen Zeile spricht der Frust einer beendeten Referentenkarriere ... Besonders infam ist, daß der schleimige Geselle im Buch und den Begleit-Interviews die Attacken auf Rau als für*sorglichen Akt, als freundschaftliche* Lebenshilfe ausgibt.

LE MATIN

Er schreibt zur Mauer:

Die Zeit vergeht und nutzt ganz natürlich das Gedächtnis ab, läßt Emotionen zu Gemeinplätzen werden und *erstickt die Passionen*. Als vor 25 Jahren die Berliner Mauer mitten im Herzen der einstigen Hauptstadt des Dritten Reichs erstand, erschütterte sie Deutschland und die Welt. Sie war die Mauer der Schande, der Schande Ostdeutschlands, das mangels des Vermögens, seine Bevölkerung zurückzuhalten, diese hinter Beton einsperrte ... Heute ist die Mauer nach wie vor da, und selbst wenn sie nichts von ihrer beleidigenden Symbolik eingebüßt hat, selbst wenn das moralische, politische und menschliche Urteil über sie in 25 Jahren sich *nicht* geändert hat, muß man feststellen, daß sie – aufgrund der Macht der Gewohnheit – zur europäischen Landschaft gehört.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er geht auf die Rentenreform ein:

Höhere Beiträge: Sie dürfen ja nicht dazu führen, daß der Arbeitnehmer das, was ihm im Zuge der ebenfalls notwendigen Steuerreform erlassen wird, an die Rentenkasse zurückzahlt. Er hat vielmehr Anspruch auf eine fühlbare Entlastung. Und durch den höheren Zuschuß des Bundes zur Rentenversicherung dürfen auch nicht die Mittel verbraucht werden, die eine Steuersenkung erst möglich machen sollen.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung ist erstaunt von einem Auftritt in Tschernobyl:

Das Erscheinen von KGB-Chef Viktor Tschebrikow in der Öffentlichkeit ist für die Sowjets ein großes Ereignis ... Bisher wurde das KGB zu recht stets als „Schwert und Schild" der Partei, also als das Instrument angesehen, das in erster Linie dazu dienen soll, die politischen Gegner des Regimes zu treffen. Diesmal will Moskau den Eindruck erwecken, als könne der KGB eine andere Rolle spielen, als könne die Geheimpolizei im Dienste der Bürger stehen, die von unverantwortlichen Personen geschädigt wurden, welche die Gesellschaft in Gefahr bringen.

Haust du meine Zitronen, hau ich deine Nudeln

Das Ende des Spaghetti-Kriegs ist immer nur vorläufig / Von Hans-Jürgen Mahnke

Spaghetti-Krieg beendet. So lauten wieder einmal die Schlagzeilen, nachdem sich Europäer und Amerikaner darauf verständigt hatten, wie künftig der US-Export von Zitrusfrüchten und Walnüssen und die EG-Lieferungen von Teigwaren ablaufen sollen.

Ein Streit um peanuts? Leider nur auf den ersten Blick. Das Verhältnis der beiden größten Industrieblöcke wird immer häufiger mit Begriffen gekennzeichnet, die aus Bereichen stammen, die mit normalen wirtschaftlichen Beziehungen nichts zu tun haben.

Das war so, als es vor einigen Wochen um die Folgen des Beitritts von Spanien und Portugal für die Absatzchancen der amerikanischen Farmer ging. Stahl, Textilien, Schuhe – immer drohte eine Eskalation im atlantischen Verhältnis. Sicher, es gab früher den Hähnchenkrieg. Aber nun häufen sich die Fälle. Und dabei ist es nur ein schwacher Trost, daß die Schadensbegrenzung einigermaßen funktioniert, daß man sich noch verständigt.

Die Furcht wächst, daß dieses „Haust du meine Zitronen, hau ich deine Nudeln" sich nicht mehr begrenzen läßt, auf Produkte ausgedehnt wird, die an die Substanz gehen. Immerhin: Wo immer nach den Gefahren für die Weltwirtschaft gefragt wird rangiert der Protektionismus mit an der Spitze. Dabei ist der Atlantik wahrlich keine See der Seligen.

Vordergründig liegt die Häufung der Konflikte daran, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zur Gründungsphase die Europäische Gemeinschaft nicht einfach gewähren lassen. Die USA haben vor bald dreißig Jahren den wirtschaftlichen Zusammenschluß in Europa gefördert, obwohl er eigentlich einen Eingriff in den Freihandel bedeutet: Wenn einige Staaten untereinander die Zölle abbauen, dann tangiert das die Absatzchancen anderer. Damals spielte das nicht nur wegen der Amerika zugestandenen Kompensation keine Rolle, weil der Außenhandel der USA noch zu stark war. Auch die Erweiterungen der EG gingen über die Bühne, wobei das Gerangel um Ausgleichsleistungen zunahm und schließlich sogar zum Konflikt führte.

Ursächlich dafür ist, daß die Europäische Gemeinschaft an Gewicht gewonnen hat, daß sie den Anbietern aus den USA Konkurrenz macht, selbst vor der eigenen Tür und nicht nur in solchen Zeiten, in denen der Dollar als überbewertet gilt. Ein Beispiel ist die Landwirtschaft. *Die Gemeinschaft* wandelte sich vom Importeur zum Exporteur, der nicht nur andere von seinem Markt abschottete, sondern mit subventionierten Lieferungen andere auch noch verdrängte. Und das in Jahren, in denen es den amerikanischen Farmern trotz *steigender Hilfen immer* schlechter ging.

In den USA wurde die Idee des fairen Außenhandels neu propagiert. Wenn die Lieferungen amerikanischer Firmen von einem Staat behindert werden, dann sollten auch dessen Verkäufe in den Vereinigten Staaten belastet werden. Die Spielregeln sollten in Washington festgelegt werden. Das steht im Widerspruch zu den Prinzipien eines freien Welthandels, wie sie im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) festgelegt sind. Danach sind Handelshemmnisse nur in Ausnahmefällen erlaubt, wenn gleichzeitig an anderer Stelle wertgleich Erleichterungen angeboten werden. All das muß zudem gegenüber jedem Staat gelten. Die Fairhandels-Drohung hat die Position der *Freihändler* in anderen Staaten gestärkt, hat die Bereitschaft zu einer neuen Gatt-Runde gefördert.

Aber lassen sich damit die eigentlichen Ursachen beseitigen? Liegen sie nicht vielmehr in dem Mangel an Strukturwandel?

Sicher, es finden immer wieder *Veränderungen statt, es sind in den* vergangenen Jahren ganz neue Branchen entstanden. Ein augenfälliges Beispiel ist die Mikroelektronik. Auch werden im Dienstleistungssektor immer mehr Menschen beschäftigt.

Allerdings werden andere Bereiche, die schrumpfen müßten, weiter gestützt, mit steigenden Subventionen. Wenn die EG-Landwirtschaft nicht vom Weltmarkt abgekoppelt worden wäre, dann gäbe es die Überschußprobleme kaum. Sie würde wohl auch weniger produzieren. Das gilt auch für die amerikanische Stahl- oder Textilindustrie, wenn sie der Konkurrenz ausgesetzt würde. Nicht erst seit die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, greifen Politiker gern zur süßen Pille der Subvention. Gerade vor Wahlen steht der Wettbewerb nicht besonders hoch im Kurs, zumal dann nicht, wenn er aus dem Ausland kommt. Und das, obwohl die Rechnung längerfristig gar nicht aufgehen kann.

Die eindrucksvollsten Beschreibungen der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wurden vor bald zweihundert Jahren zu Beginn der modernen Volkswirtschaftslehre veröffentlicht. Eine Rückbesinnung wäre beiderseits des Atlantiks notwendig, vor allem im Interesse des Wohlstandes. [illegible] dann Scharmützel wie der Spaghetti-Krieg vermieden [illegible], wäre nur eine liebsame [illegible]scheinung.

Ein wenig Amt, eine Menge Mensch

Sein Vorbild kommt s Schweden, wo er Omdsman heißt. Auch hierzulae hat sich diese Bezeichnung dehgesetzt – auf jeden Fall mehrs das Amt selbst. Denn nurnen dieser Mittler zwisch Bürgern und Behörden gibt es der Bundesrepublik. Unter macht nach zwölf Jahren zu Jahresende einem Nafolger Platz.

Von JOACHIM NINDER

Er geht aus freien Sken, nicht etwa des Ärgers oc des bevorstehenden Wahltains, sondern der Nierensteine uder ständigen Kreuzschmerzen wen. Johannes Baptist Rösler, 64 Jre alt und seit zwölf Jahren Bürgeauftragter des Landes Rheinland-Fz, wie sein offizieller Titel heißt, gehls hochangesehener Mann. Beifavon allen Seiten verabschiedet ihr

Braucht der dekratische Rechtsstaat mit seinen waltungsgerichten überhaupt so ne vermittelnde Einzelperson zwisen Bürger und Verwaltung? Hat d Amt sich bewährt? Warum ist Rös bis heute der einzige im Landegeblieben? Auch die Wissenschaft t sich die Frage vorgeknöpft. Untdem Titel „Ein deutscher Ombuman" erschien 1986 eine Broscre, in der sich einer der Aufsätzenibel mit der Frage beschäftigt, und wie man die Wirksamkeit ein Ombudsmans kontrollieren u messen könne.

Der Schlußsatz dieses tikels lautet: „Da solche Perzeptusprozesse ihrerseits wiederum gruenspezifische Maßstäbe voraussen, könnte sich das Responsivitätsnzept als ein adäquates Instrumerler Ermittlung gruppenspezifischeMeinungsmuster über Wirksamk von Verwaltungskontrollsysteme erweisen."

Man genieße diesensatz. Und dann sehe man sich den Inn an, von dem die Rede ist. Ein kleer, gemütlicher, fast immer fröhlicvirkender, beileibe nicht immer fröcher Dikker aus dem Sudetenlar Christkatholische Gesinnungstre, böhmische Schlitzohrigkeit, ncheinische Lebensklugheit und Hurr.

Er ist der Sohn eines berei-Prokuristen, studierte Staatsnd Soziallehre, war Religionslehren der Berufsschule, dann jahrelaLandtagsabgeordneter und -präsnt. Einer, der aus Talent und Neigg mit den *großen* wie den kleinen Lten reden, *sich mit ihnen freuen u mit ihnen* leiden kann. Ein Menscalso, kein Verwaltungskontrollsystu.

Was man vielleicht rrsen kann, ist die Statistik. Das rheiund-pfälzische Gesetz über den Irgerbeauftragten von 1974 – es isach allgemeinem Urteil eines der bten seiner Art in der Welt – definiertn Auftrag des Ombudsmans so: „... wird tätig, wenn er durch Eingaben an den Landtag oder an den Petitionsausschuß oder in sonstiger Weise hinreichende Anhaltspunkte dafür erhält, daß Stellen, die der parlamentarischen Kontrolle des Landtags unterliegen, Angelegenheiten von Bürgern rechtswidrig oder unzweckmäßig erledigen oder erledigt haben."

Das waren in zwölf Jahren mehr als 28 000 Fälle, meistens Eingaben. Rösler hat jede einzelne selbst gelesen – oder persönlich am Telefon, in seinem Mainzer Dienstzimmer oder bei seinen Außensprechstunden im ganzen Land angehört. „Ich habe in dieser Zeit mit ungefähr 7000 Menschen selber gesprochen", erzählt er. „Das heißt, Sie können diese Zahl ruhig verdoppeln. Die bringen ihre Frauen mit oder Nachbarn. Manchmal kommen ganze Gruppen."

Deutschlands einziger Ombudsman: Johannes Baptist Rösler FOTO: DIE WELT

Für so etwas gibt es keine Effizienzkontrolle. Wenn das Anliegen vorgetragen ist, kommen manchmal noch ganz andere Dinge zur Sprache. Der Mann trinkt, die Ehe ist kaputt, Krach mit den Kindern, schwere Krankheit. Ängste. Viele haben hinterher gesagt: „Sie waren der erste, der mir richtig zugehört hat." Viele *kommen auch, obwohl sie genau wissen*, daß der Ombudsman kein Gerichtsurteil korrigieren, in kein schwebendes Verfahren eingreifen, keinen Konkurs verhindern, niemandes Schulden übernehmen und keinen Familienstreit schlichten kann.

Rösler: „Ich könnte ja sagen, daß mich das nichts angeht, daß das nicht *in meine Kompetenz fällt*. Aber ich habe dieses Amt immer aus meiner weltanschaulichen Überzeugung heraus verstanden. Hier kommt einer, der hat sich tagelang auf diesen Augenblick vorbereitet, vielleicht Nächte nicht geschlafen. Jetzt muß auch ich diesen Augenblick so wichtig nehmen wie er, egal, was er auf dem Herzen hat, ob ich ihm helfen kann oder nicht." Auf diesem Hintergrund sind auch die statistischen Zahlen zu werten, die außerdem in einigen Punkten nicht vollständig sein können, weil die totale Erfassung aller Daten weiß Gott nicht zu den Aufgaben eines solchen Amtes gehört.

Etwa 20 bis 25 Prozent aller Eingaben sind von vornherein unzulässig. Teilweise erweist sich die Unzulässigkeit erst bei näherer Nachprüfung durch die Juristen in der Dienststelle des Bürgerbeauftragten. Von den zulässigen Eingaben konnte im mehrjährigen Durchschnitt etwas weniger als die Hälfte auf irgendeine Art positiv erledigt werden. Entweder ganz oder wenigstens teilweise, oder man konnte dem Bürger durch eine Auskunft weiterhelfen.

Am stärksten sind unter den Petenten die 40- bis 50jährigen vertreten. Es folgen die 50- bis 60jährigen und die 60- bis 70jährigen. Bei den Berufsgruppen führen die Rentner und Pensionäre vor dem öffentlichen Dienst, den Angestellten, den Hausfrauen, Landwirten und Winzern. Am wenigsten treten Arbeiter und Studenten in Erscheinung. Die Bewohner von Landgemeinden und Kleinstädten suchen relativ häufiger den Weg zum Ombudsman als Mittel- und Großstädter.

Und womit kommen die Leute? Bis 1980 dominierte eindeutig das Baurecht. Seitdem liegt der Strafvollzug in Führung, und sein Vorsprung wächst. Die Gründe sind simpel. Es wird weniger gebaut. Und die Gefängnisse werden voller.

Einzelfälle. Es gibt Dinge, die auch einen Mann, der sie zu Tausenden studieren muß, schlecht schlafen lassen. Rösler nennt zum Beispiel die „Schräglage zum Gesetz". Da ist einer vor Jahren zu seinem Ortsbürgermeister gegangen und hat gefragt, ob er sich irgendwo im Grünen ein Holzhäuschen bauen kann. Der Bürgermeister hat gesagt: „Kauf dir ein Stück Land und setz dir was hin." Der Bürger hat dies als offiziellen Bescheid genommen. War es aber nicht. Der Bürgermeister hat seine Kompetenz überschritten. Und nun kommt das Bundesbaugesetz, Paragraph 35, die Abrißverfügung der zuständigen Behörde. „Das habe ich in meinen Berichten jedes Jahr", klagt Rösler. „Da liegt der Bürger schräg zum Gesetz. Und ich kann nichts machen." *So entsteht Staatsverdrossenheit.*

Beim Strafvollzug ist es „die eklige Angst vor dem Präzedenzfall", wie der Ombudsman sich ausdrückt. Er könne ja verstehen, daß die Justiz sich damit schwer tut, in einem Einzelfall einmal „gnädig" zu sein. Sofort kommen die anderen und berufen sich auf die Gleichbehandlung. Alles spricht sich sofort herum. Und in den Anstalten sitzen regelrechte Petitions-Schreiber, die – man kann es am Stil feststellen – den anderen ihre Eingaben verfertigen.

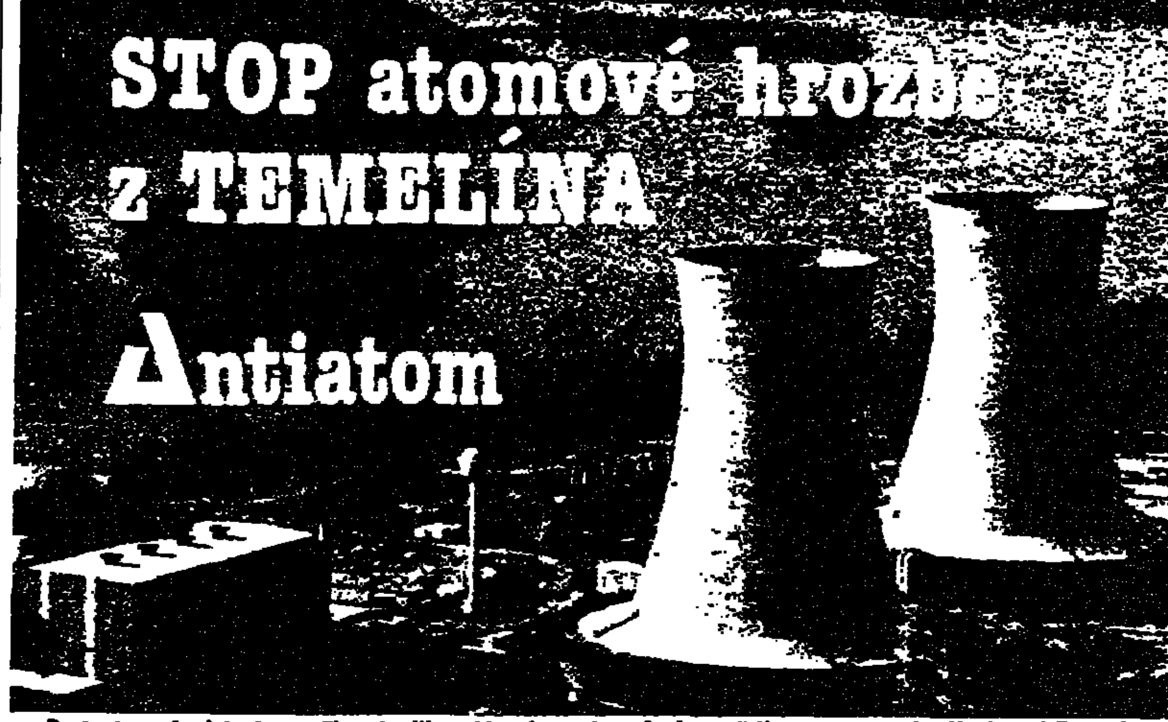
Und dennoch beharrt Rösler darauf (und hat es in seinen Jahresberichten, gar nicht zum Entzücken seiner CDU-Freunde in Regierung und Parlament, auch immer deutlich formuliert), daß „man mitunter schon etwas gnädiger verfahren sollte, den Menschen hinter Gittern zeigen, daß es auch so etwas wie eine christliche Barmherzigkeit gibt". Er erzählt den Fall eines Häftlings, der um die Verlegung in eine andere Haftanstalt gebeten hatte, damit seine Frau ihn öfter besuchen könne. Abgelehnt. Viele *kommen mit solchen Wünschen*. Man kann nicht alle erfüllen. Aber nun ist die Frau tot, vermutlich Selbstmord. Da liegt dann auch der Ombudsman nachts wach und grübelt über Gerechtigkeit, Gesetz und Menschlichkeit.

Auch Probleme wie die „eheähnlichen Gemeinschaften" beschäftigen ihn. Sie haben sich manche Rechte *erstritten, die früher nur den offiziellen* Ehen zustanden. Aber nun kommen auch Nachteile. Zwei zusammenlebende Sozialhilfe-Empfänger zum Beispiel erhalten nicht zwei volle Sozialhilfe-Sätze. Man behandelt sie folgerichtig wie ein Ehepaar, und man ist da ziemlich rigoros. Plötzlich muß eine anständige, arme Witwe einem mißtrauischen, vielleicht sogar *hämischen Sachbearbeiter* gegenüber nachweisen, daß sie mit ihrem Untermieter nur die Küche, aber nicht das Bett teilt. Staat und Menschenwürde.

Rösler hat manches dazugelernt. Daß man als Ombudsman beispielsweise keineswegs den „mächtigen Kontrolleur" herauskehren darf. Im Gegenteil. Wenn man den zuständigen Behörden zwar deutliche, aber betont höfliche Briefe schreibt, sind sie eher bereit, eigene Fehler einzugestehen und zu korrigieren.

Warum er der einzige seines Amtes in der Bundesrepublik geblieben ist? Er glaubt es zu wissen. Seinem Ministerpräsidenten Bernhard Vogel haben dessen Kollegen aus den anderen Ländern einmal eingestanden, daß sie ihn insgeheim bedauern, weil er so einen Ombudsman ertragen müsse. Um so mehr ärgert sich Johannes Baptist Rösler, wenn, wie jüngst in Wien beim Kongreß der europäischen Ombudsleute, an die 20 Damen und Herren aus der Bundesrepublik auftreten. Alles keine Ombudsleute, sondern Vorsitzende von Petitions-Ausschüssen. „Herr Ausschuß", sagt Rösler spöttisch.

Man ist geneigt, diesem kleinen, gefühlvollen Herrn, der sein außergewöhnliches Amt so menschlich, so persönlich auszufüllen versucht und an seinem Dienstwagen nicht ohne Absicht das Notruf-Kennzeichen RPL 1 – 10 führt, zuzustimmen.



Protest per Ansichtskarte: Eine der illegal kursierenden „Antiatom"-Karten gegen das Kraftwerk Temelin FOTO: DIE WELT

„Wir riskieren Kopf und Kragen – und nichts passiert"

Die CSSR will bis zum Jahr 2000 den Anteil ihrer Stromversorgung aus Atomkraft von jetzt 15 auf 60 Prozent steigern. Vergeblich versuchen seit längerem Kernkraftgegner im Untergrund, diese Entwicklung in ihrem Land zu verhindern. Sie wundern sich, daß Gleichgesinnte in Österreich und der Bundesrepublik die CSSR-Kernkraftwerke nicht zur Kenntnis nehmen.

Von OTA FILIP

Der Anruf aus der CSSR war kurz: „Ich habe Jugoslawien bekommen und fahre heute los. Ich rufe dich morgen aus Jugoslawien an." Ich erkannte die Stimme. Einen Tag später meldete sich mein Freund aus Ljubljana.

Wenn ein Freund aus der CSSR, der Jugoslawien „bekommt", mich anruft, dann gibt es nur kurze, gezielte Fragen und sachliche Antworten: „Wohin fährst du?" „In ein Hotel in Istrien." „Gut. Dann sehen wir uns am Freitag um 9.00 Uhr am Parkplatz vor dem italienischen Konsulat in Koper." „Und bring was Ordentliches zum Lesen mit!" sagte mein Freund, und damit war das Gespräch zu Ende.

Am Freitag war ich schon um acht Uhr auf dem schattigen Parkplatz vor dem italienischen Konsulat in Koper. Zum Strandbad waren es einige Schritte. Als ich aus dem Auto stieg, hatte ich das ungute Gefühl, beobachtet zu werden.

Gerade als ich *mich bückte*, um aus dem Auto die Thermosflasche mit Kaffee zu holen, legte jemand seine schwere Hand auf meine rechte Schulter. Ich drehte mich blitzschnell um, sah das grinsende Gesicht meines Prager Freundes. „Mensch, hast du mich aber erschreckt!" stotterte ich. „Mein Gott, wir haben uns dreizehn Jahre nicht mehr gesehen!" *lachte mein Freund, nennen wir ihn* Franz.

„Wir sind schon seit sechs Uhr da. Wir haben uns hier ein wenig umgesehen, denn sicher ist eben sicher. Unseren klapprigen Skoda haben wir in der Stadt geparkt", sagte Franz leise. „Du bist nicht allein?" „Wir sind drei." Aus dem Schatten hinter dem Gebüsch traten zwei junge Männer heraus. Franz stellte sie mir vor; der eine war Alois, der zweite Josef.

„Wir alle drei sind Mitglieder von Antiatom. Hast du schon etwas über die Bewegung gehört?" „Klar, ich kenne die von Antiatom herausgegebene Ansichtskarte", antwortete ich. Vor fast einem halben Jahr – lange vor Tschernobyl – habe ich eine illegal in der CSSR gedruckte Ansichtskarte bekommen; auf der Vorderseite das Bild des größten örtlichen Atomkraftwerkes, Temelin an der Moldau, nicht ganz sechzig Kilometer weit von der österreichischen Grenze entfernt; auf der Rückseite der Text: „In der CSSR werden in den nächsten Jahren zwölf Atomkraftwerke gebaut. Die in Bohunice, in Mochovce und Dukovany stehen ungesichert einige Kilometer von dicht besiedelten Gebieten. Das Atomkraftwerk in Temelin soll eine Leistung von 4000 Megawatt erreichen und wird fast das gesamte Wasser aus der Moldau für die Kühlung verbrauchen. Ein Atomkraftwerk von 1000 Megawatt liefert jährlich 250 Kilogramm Plutonium, die richtige Menge für 25 Atombomben. *Die Tschechoslowakei soll sich* in ein Atombollwerk des Warschauer Paktes verwandeln."

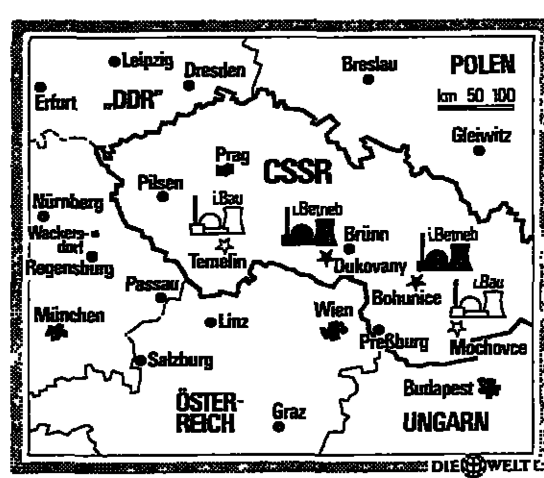
„Tja, die Karte", lachte Josef, „die Geheimpolizei ist ganz scharf darauf, die Untergrundbewegung Antiatom zu entlarven. Ohne Erfolg." „Sie hätten uns schon längst erwischt, aber nach Tschernobyl halten die Leute *bei uns zusammen", sagte Alois und* sah sich unsicher um. „Das macht die Angst", fuhr Franz fort. „Auch die der Partei bisher restlos ergebenen Genossen haben nach Tschernobyl die Hosen voll." „Und die Leute werden mutiger, vor allem Frauen mit Kindern. Ich habe nämlich drei." Alois sah mich an und spuckte ins Wasser.

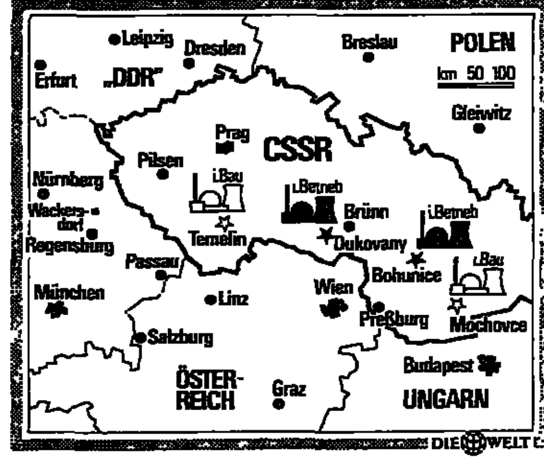
Dann erzählt er eine makabre Geschichte: „Im Mai und Anfang Juni gab es wenigstens nach langen Jahren wieder Spargel aus Ungarn zu *kaufen*. Der ungarische Spargel sollte in die Bundesrepublik Deutschland exportiert werden, aber da er verseucht war, ließen ihn die bayerischen Zöllner nicht ins Land. Da haben die Ungarn die Lkw mit dem Spargel zu uns und in die DDR umgeleitet. Und die Leute bei uns haben den verseuchten Spargel wie die Wilden gekauft. Wann bekommt schon ein Bürger der sozialistischen Tschechoslowakei Spargel, eine Delikatesse nur für Kunden im kapitalistischen Ausland, zu kaufen?"

Alois' vorwurfsvoller Blick störte mich ein wenig. Ich hatte das Gefühl, die Sache mit dem auf andere Märkte umgeleiteten ungarischen Spargel mitverschuldet zu haben. „Wir haben die Leute in Flugblättern vor dem Spargel gewarnt", sagte Franz ziemlich unsicher.

Alois schwieg und spuckte zum zweitenmal ins Wasser. „Das tun wir seit Jahren. Wir warnen, wir verfassen Flugblätter, lassen illegal Karten gegen das Atomkraftwerk in Temelin drucken, riskieren Kopf und Kragen – und nichts passiert. Ich sag euch, wir sind schon seit Jahren ideologisch verseucht." Seine Stimme klang gedämpft, er griff nach seiner Badetasche und zog eine Landkarte heraus.

Franz breitete die Landkarte der CSSR, Österreichs und vom östlichen Teil von Bayern aus und nahm einen schwarzen Filzstift in die Hand. „Hier ist also Temelin." Franz machte zwischen der böhmischen Stadt Vodňany und dem rechten Moldau-Ufer einen dicken Punkt.





„Temelin soll im Unterschied zu den schon gebauten Atomkraftwerken mit allen möglichen Sicherheitseinrichtungen ausgestattet werden", bemerkte Josef mit einem ironischen Grinsen. „Josef hat recht", erwiderte Alois, „das wurde zwar nach Tschernobyl beschlossen, aber der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit Sitz in Moskau weiß bis heute nicht, wer die komplizierten Sicherheitsgeräte bauen soll. Wären die Ungarn ihren verseuchten Spargel in der Bundesrepublik Deutschland losgeworden, hätten wir jetzt mehr Devisen für den Einkauf von westlicher Technologie." „Für die Rüstungsindustrie", bemerkte Josef.

Franz machte auf der Landkarte einen zweiten Punkt, diesmal südwestlich von Brünn am Ufer des Flusses Oslava. „Hier steht bereits das Atomkraftwerk von Dukovany, nach dem Muster von Tschernobyl gebaut, also ohne eine einzige Schutzkuppel aus Beton oder aus Stahl. Von Dukovany nach Wien sind es nur *100 Kilometer*." Josef kicherte: „Die Österreicher können jedoch fröhlich sein. Sie haben ihr einziges Atomkraftwerk in Zwentendorf stillgelegt. Dafür bauen wir ihnen zwei Atommeiler nördlich von Wien."

Den dritten Punkt zeichnete Franz nördlich von der slowakischen Stadt *Trnava, hundert Kilometer nordöst*lich von Wien. „In Bohunice gab es gleich am Anfang ein Unglück. Radioaktives Wasser floß in den kleinen Fluß Blava, von dort in den Waag und in die Donau. So hat man den ersten Meiler ganz einfach zubetoniert, und den zweiten gleich daneben läßt man auf Hochtouren laufen."

„Wir haben Glück", grinste Josef, „alle Flüsse fließen aus dem Land heraus. Die Elbe nimmt uns den chemischen Dreck aus den Textilfabriken und Färbereien in Nordostböhmen weg, die Moldau schwemmt den Abfall aus den Papierfabriken in Südböhmen, wo heute auch Temelin gebaut wird, ins Ausland. Wenn es einmal in Temelin krachen sollte, fließt das verseuchte Wasser durch ganz Böhmen in die Elbe, dann durch die DDR bis nach Hamburg. Die Oder befreit uns vom Schmutz und chemischen Abfall aus dem Ostrauer Kohlenrevier mit seinen zahlreichen chemischen Fabriken. Aus Südmähren schwemmt die March das Gift in die Donau."

Den vierten Punkt zeichnete Franz östlich von Nitra. „Das Atomkraftwerk in Mochovce hat genauso wie die Meiler in Dukovany und in Bohunice keinen Schutzmantel. Von Mochovce bis nach Wien sind es zwar nur 140 Kilometer, aber die Winde wehen in der südslowakischen Ebene meistens von Westen oder von Norden. Ein Glück für die Österreicher, Pech für die Ungarn und für die Rumänen."

Franz sah mich ernst an und fragte: „Schau dir die vier Punkte auf der Landkarte an. Fällt dir dabei etwas auf?" Er ließ mich nicht zu Wort kommen und fuhr fort: „Mit Ausnahme von Mochovce sind alle tschechoslowakischen Atomkraftwerke nicht weiter als 50 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. Die vier Atomkraftwerke kreisen von Norden Österreich ein. Alle sind also viel näher an Wien, an Linz oder an Salzburg gebaut als das noch nicht gebaute Wackersdorf. Wenn die weiteren zwölf Atomkraftwerke gebaut werden, dann ist das Herz von Europa ein einziger Atommeiler", sagte er nach einer Weile.

Josef musterte mich mit einem ironischen, ja bösen Blick. „Die österreichischen Atomgegner fahren einige hundert Kilometer nach Wackersdorf, um dort zu demonstrieren und zu protestieren, dabei hätten sie es nach Temelin, nach Dukovany, nach Bohunice und sogar nach Machovce viel näher . . "

„Aber . . ."

„Haben sie schon vor der CSSR-Botschaft in Wien gegen die Gefahren aus dem *Norden protestiert? Mein* Lieber, Tschernobyl ist überall, Tschernobyl liegt in der Ukraine, die Zweigstellen sind heute in Dukovany, in Bohunice, in Machovce und in absehbarer Zeit auch in Temelin zu finden."

Es wurde heiß. Der sanfte Wind trieb die Ölflecken, die sich von der Werft in Koper in alle Richtungen ausdehnten, hinaus aufs Meer. „Kennen Sie die neuesten Tschernobyl-Witze?" fragte Josef und erzählte: „Der Sieger der heurigen sogenannten Friedensfahrt, die jeden Mai durch die CSSR, Polen und durch die DDR führt, hat eine Sonderbehandlung in einer amerikanischen Klinik für radioaktiv Verseuchte gewonnen. *Der zweite bekam tiefgefrorenes gesundes* Knochenmark, der dritte ein Trikot aus Blei." Keiner hat gelacht.

Am Mittag wollte ich die drei zum Essen einladen. „Vor 13 Uhr müssen wir zurück sein", sagte Franz. „Beim Mittagessen zählen die drei Prager Spitzel, die unser Hotel bewachen, ob alle da sind. Gestern sind wieder fünf *nach Italien oder nach Österreich ab*gehauen."

Ich fragte: „Und du fährst nach 14 Tagen zurück?" „Natürlich, unser Platz ist jetzt zu Hause", fuhr mich mein Freund barsch an. Josef musterte mich mit seinem ironischen Blick. und Alois spuckte zum viertenmal ins Wasser. „Gehen wir", sagte er.

Wenn de Hähne kämpfel, fließen Blut und Gell

Hier ist es der Fußballtoto, dort sind es Pferde- od Hunderennen. Wettbeerbe für Wetter. Weniger humageht es bei den Hahnenkämpf zu, die vor allem in Lateinamrika verbreitet sind. Doch Traditionen lassen sicschwer verbieten.

Kampfstätte „Runaga" in Managua: Viel Geld ist im blutigen Spiel, wenn die Wetter „ihren" Hahn anfeuern FOTO: INGOLF BUNGE

Von INGOLF BUGE

Stirb, Weißer, stirb", hreit Carlos wild gestikuliend in die Arena. Der kleine, dze Nicaraguaner hat eine größere umme auf den rotbunten Hahn gesttet. Die Stimmung ist geladen – geht um viel Geld beim Hahnenkapf.

Carlos' Augen glänzen nter dem großen Macho-Hut: De Rotbunte schien unterlegen zu sei hat jetzt aber seine Klinge demWeen in den Hals geschlagen – ein entseidender Treffer. Das Tier verlierviel Blut. Die ersten Wetter zahlen e Partner aus. Carlos hat 10 000 Cdobas gewonnen, mehr als den natslohn eines Arbeiters. Der weißHahn läßt Schnabel und Brust in deSand sinken. Er ist tot.

Es ist Wochenende, die it für derartige Spektakel, und die rena „Runaga" in der nicaraguanisen Hauptstadt ist voll von Männer die ihrer Leidenschaft frönen. Ara ist freilich ein anspruchsvolles Vrt für diese Wellblech-Baracke r Sandboden, auf dem die Streithäe aufeinandergehetzt werden. Imerhin beleuchten Neonröhren die zene, und für Flaschenbier ist gesor.

Hahnenkämpfe haben ine lange Tradition: Bereits vor 300 ahren ließen Menschen in Südoasien die Hähne aufeinander los. 1 Europa war Hahnenkampf bis zu Mitte des 19. Jahrhunderts als Vksbelustigung verbreitet und benders in England beliebt, wo er 18 dann gesetzlich verboten wurde. Noch heute gibt es dieses umstrittene Spektakel im Südteil des alten Kontinentes, vornehmlich in Spanien.

Die spanischen Hähne, eine kleine, aber besonders aggressive Rasse, gelten in Nicaragua bei den „Galleros" – den Hahnbesitzern – als die besten. Man erzählt sich, die Züchter gäben eine Garantie dafür, daß ihre Hähne nicht davonlaufen, sondern bis zum Tod kämpfen. Denn es gilt als Schande für den „Gallero", wenn sein Tier „feige" ist und wegrennt.

Hahnenkämpfe enden für das unterlegene Tier in den allermeisten Fällen tödlich, ja sogar „Sieger" erliegen mitunter ihren Verletzungen. Kämpften die Hähne ohne Hilfsmittel – nur mit Sporn und Schnabel – dauerten die Kämpfe rund eine Stunde.

Sie bekämpfen sich mit scharfer Klinge

Das machte die Veranstaltung noch grausamer und schädigte vor allem das Wettgeschäft. So wird den Hähnen auf dem gekürzten Sporn eine kleine, äußerst spitze und scharfe Klinge montiert, die die gleiche Funktion hat wie die natürliche Waffe des Hahnes, der Sporn.

Nach längstens 15 Minuten ist alles vorbei. Leben dann noch beide Tiere, gilt der Kampf als unentschieden, die Wetten werden annulliert. Den Schaden tragen die „Galleros", sind doch meist beide Hähne nach einem Unentschieden nur noch für die Suppe gut. Die meisten Kämpfe sind jedoch recht schnell entschieden, manchmal schon nach Sekunden – und zwar wenn ein Hahn den anderen gleich an der Halsschlagader trifft. Um die Kämpfe zu verkürzen, fehlen den Hähnen auch Kropf und Kamm: Beides wird ihnen „wegoperiert", da sie sich andernfalls an Kropf und Kamm ineinander verbissen.

In der Arena betreuen die „Galleros" ihren Hahn fast nie selbst. Dies ist die Aufgabe der „Sultadores", der „Loslasser". Sie kennen alle Tricks und Kniffe, die Tiere zu stimulieren oder auch mal über die Zeit zu retten. Sie machen die schmutzige Arbeit: Ist beispielsweise ihr Hahn am Kopf verletzt, lutschen sie das Blut ab, damit die Augen nicht verkleben. Blutende Wunden am Körper werden auch mal mit Dreck gestillt, was zwar verboten ist, worum sich die Schiedsrichter in Nicaragua jedoch meist nicht kümmern. Die „Sultadores" wetten meist einen kleineren Betrag auf das Tier ihres Auftraggebers, womit sie zeigen wollen, daß sie ihr Bestes für den Hahn und damit für das Geld des „Galleros" tun.

In der Hitze des Gefechtes und vor allem in Anbetracht der großen Wettsummen sind Zwischenfälle bei den hitzigen Latinos in der Arena – wie auf den Rängen – keine Seltenheit. Je nach Stand der Alkoholisierung der Streithähne kommt es zu Schlägereien, wobei jedoch im allgemeinen auf die Männer nicht gewettet wird.

Für deutsche Tierschützer steht außer Zweifel, daß es sich beim Hahnenkampf um Tierquälerei handelt. Dagegen meinen die „Galleros" – wen wundert's? –, das Kämpfen entspreche dem Naturell der Tiere, die vor Aufregung auch keine Schmerzen spürten. Zur Quälerei wird oft die Zeit nach dem Kampf: Während die nur leicht verletzten Tiere mit viel Mühe und Antibiotika gepflegt werden, verenden die schwer verletzten Hähne langsam in ihren Boxen. In Lateinamerika kümmert das niemanden: zu drückend sind andere Probleme.

Zu den Wettern zählen oft die „besseren Leute"

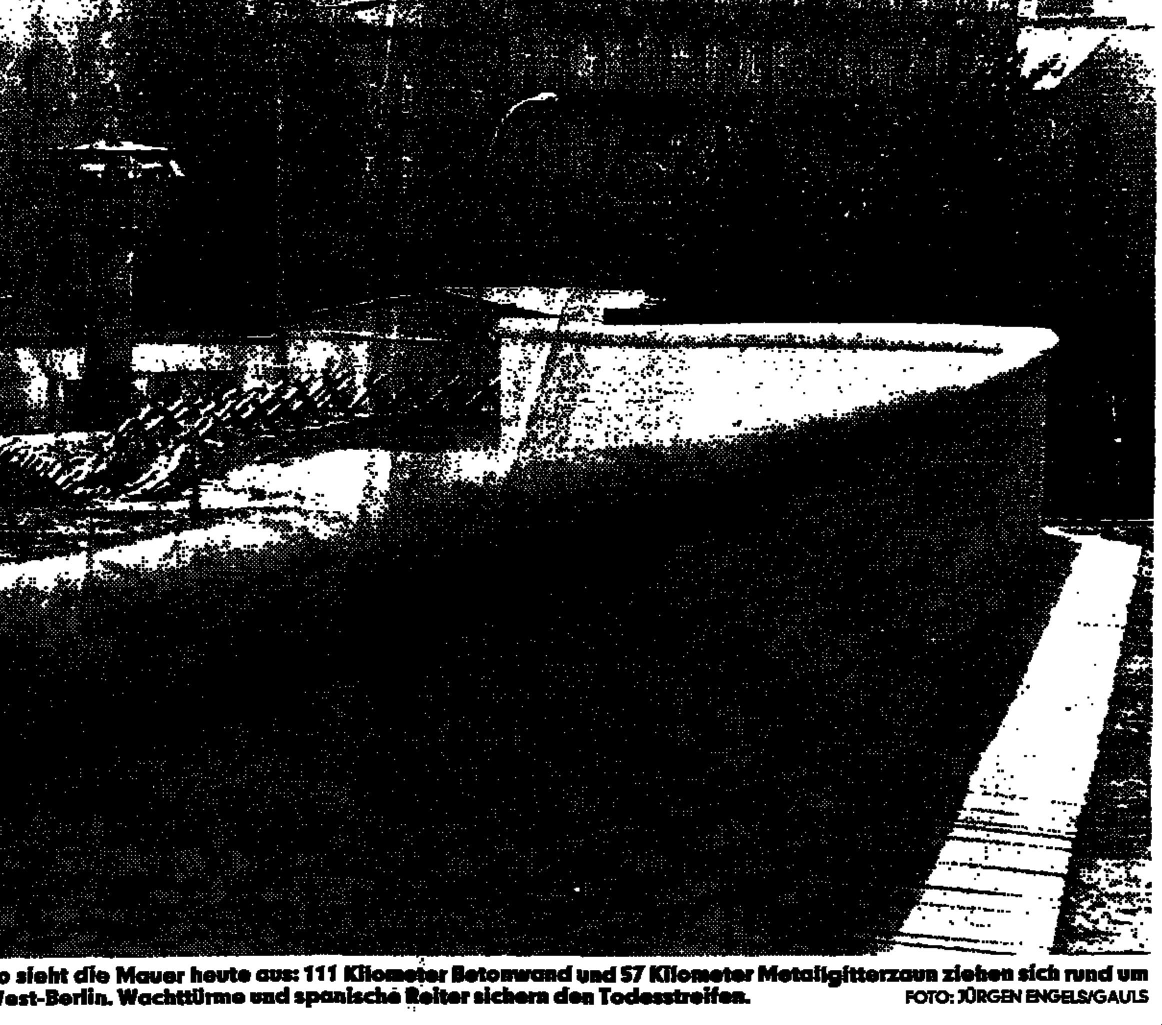
Der 1979 gestürzte Diktator Somoza war ein großer Förderer dieses blutigen Spieles, weshalb die Hahnenkampfarenen für die sandinistische Regierung ein Relikt aus früheren Zeiten sind. Bei den in den Hahnenkampfstätten üblichen Wettsummen, die bisweilen auch die offiziellen Bezüge von Ministern übersteigen, treffen sich dort keineswegs die Armen.

So ist es nicht verwunderlich, daß in den Arenen oft kräftige Worte gegen die Regierung fallen, denn die Reicheren gehören meist zu den Verlierern einer Revolution. Ob die Regierung die Arenen schließen kann, ist mehr als fraglich: Traditionen zu ändern, ist schwierig, kann für eine labile Regierung sogar gefährlich werden. Auch auf Kuba gibt es 27 Jahre nach der Revolution noch Hahnenkämpfe.

Vor 25 Jahren riegelte die „DDR“ West-Berlin ab – Zwei Augenzeugen berichten über die Ereignisse im Osten un[illegible]m Westen



So begann es vor 25 Jahren: Volkspolizisten reißen auf dem Potsdamer Platz das Pflaster auf, setzen Betonpfähle ein und ziehen einen Zaun. West-Berliner schauen in ohnmächtiger Wut zu. FOTO: SCHIRNER



So sieht die Mauer heute aus: 111 Kilometer Betonwand und 57 Kilometer Metallgitterzaun ziehen sich rund um West-Berlin. Wachttürme und spanische Reiter sichern den Todesstreifen. FOTO: JÜRGEN ENGELS/GAULS

„Adenauers größter Fehler. Diesmal versagte sein Gespür.“

Von EBERHARD NITSCHKE

Als am 13. August 1961 die Mauer quer durch Berlin gebaut wurde, gelang es einem der engsten Mitarbeiter von Bundeskanzler Konrad Adenauer nicht, an den Regierungschef heranzukommen, um ihm eine sofortige Reise in die alte deutsche Hauptstadt dringend zu empfehlen. Der Flug unterblieb.

25 Jahre später schreibt der damalige Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt, Ministerialdirektor Horst Osterheld, in einem Buch (Reihe „Adenauer-Studien“, Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz) über diese dramatischen Tage:

„Ich halte es für möglich, daß sich die Dinge anders entwickelt hätten, wenn er umgehend geflogen wäre.“ Und: „Adenauers größter Fehler. Diesmal versagte sein Gespür.“

Während Osterheld, der neun Jahre lang täglich mehrere Stunden mit Adenauer zusammenarbeitete, in seinem 1974 erschienenen Buch „Konrad Adenauer – ein Charakterbild“ noch schrieb, der Kanzler hätte am 13. August oder kurz danach in Berlin „nicht viel ausrichten können“, meint er 1986: „Sicher, der unverzügliche Flug nach Berlin, für den ich leidenschaftlich plädierte, wäre keine ‚Gegenmaßnahme‘ gewesen. Aber er hätte den Deutschen über ihre tiefe Erregung, ja Erschütterung, hinweggeholfen; er hätte das Vertrauen in die freien Völker und das in Adenauer weniger geschmälert; er hätte das politische Gewicht der Bundesrepublik und des Kanzlers erhöht – und Adenauer hätte die Bundestagswahlen hoch gewonnen.“

Unter dem Eindruck des Mauerbaus ging die absolute Mehrheit für die Union in Bonn verloren, Adenauer blieb nur noch für eine halbe Legislaturperiode Kanzler, bis 1963. Wie war es dazu gekommen?

Osterheld stützt sich bei seinen neuen Aufzeichnungen auf sein Tagebuch von damals. Es dokumetiert, wie er in den kritischen Stunden immer wieder vergeblich versuchte, zu Adenauer, zu seinem Staatssekretär Hans Globke oder zum damaligen Außenminister Heinrich von Brentano durchzudringen.

Für Adenauer gaben drei Hauptgründe den Ausschlag, sich so zu verhalten, wie er es tat. Einmal hatte er sich, soeben aus seinem Ferienort Cadenabbia zurückgekehrt, einen *Wahlkampfplan zurechtgelegt, den er* strikt einhielt: Er fuhr am Tag nach dem Mauerbau nicht nach Berlin, sondern zu einer geplanten Wahlveranstaltung in Regensburg. Osterheld: „Was für ein Jammer! Es war für mich der schwerste, drückendste Tag, seit ich im Kanzleramt bin. Ich überlege, ob ich resignieren und um meine Rückversetzung ins Auswärtige Amt bitten soll.“

Hinzu kam, daß eine Fahrt nach Berlin ihn zum Schulterschluß mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) bringen mußte, gegen den er den bevorstehenden Wahlkampf zu führen hatte: „Das ging ihm gegen den Strich.“

Nach den Aufzeichnungen *Osterhelds* nahm Adenauer an, daß man mit dem Mauerbau erst in einer „Vorkrise“ stecke, daß die gewaltsame Spaltung Berlins nur der Anfang noch drastischerer Maßnahmen des Ostblocks sei. Das wurde gestützt durch Äußerungen im Westen, unter anderem durch die Festlegung des *US-Präsidenten John* F. Kennedy, der, so Osterheld, „schon seit einiger Zeit nur noch von einer Verteidigung West-Berlins sprach“. Anfang Juli 1961 sei diese Sprachregelung ausdrücklich von Kennedy entschieden worden.

Anfang August habe er sich auch zur Änderung der bisherigen Berlin-Politik der USA entschlossen. Wörtlich heißt es dazu in Osterhelds Buch: „Dies wurde keinem Deutschen bekannt – aber wer weiß – vielleicht den Russen? Möglicherweise brauchte Chruschtschow die verschiedenen Äußerungen gar nicht mühsam zu interpretieren? Vielleicht erfuhr er deutlich, wie weit er gehen durfte?“

Horst Osterheld (67) war neun Jahre lang einer der engsten Mitarbeiter Adenauers. 1961 erlebte er aus nächster Nähe die Reaktion des Kanzlers auf den Mauerbau.

Der damalige britische Premierminister Harold Macmillan, der seinen Urlaub ruhig fortsetzte, äußerte jedenfalls, die Teilung der Stadt sei nicht illegal und bedeute keinen Bruch der Vereinbarungen. Osterheld: „Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß ein Mann, der seit vielen Jahren Regierungsverantwortung trug, sich mit einer so wichtigen Frage so wenig beschäftigt hatte.“

Am 16. August kam der sowjetische Botschafter in Bonn, Andrej Smirnow, um 12 Uhr zu Bundeskanzler Adenauer ins Palais Schaumburg. In dem Konzept, das er (nach Osterheld) langatmig verlas, war Berlin und war der Mauerbau ausgespart, es ging vor allem um west-östliche Wirtschaftsperspektiven. Am Schluß verlangte Adenauer, *die Sowjetregierung* „möge verhindern, daß etwas passiert, und zur Milderung der Situation in Berlin beitragen“.

Smirnow „erwiderte, daß die getroffenen Maßnahmen überprüft werden und eventuell nur vorübergehend sein könnten, wenn es zu einer befriedigenden Berlin-Lösung komme. Die Maßnahmen seien durch aufreizende *Reden westlicher Politiker*, namentlich Brandts und Lemmers (Ernst Lemmer, Mitbegründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin, 1957–62 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, d. R.) herausgefordert worden.“

Am Schluß des Gesprächs zog Smirnow ein vorbereitetes Kommu*niqué in deutscher Sprache aus der* Tasche. Osterheld lancierte über Globke einen Zettel in die Besprechungsrunde: Der Kanzler solle den letzten Satz des Osterheld bekannten Textes nicht unterschreiben und streichen. Der Satz lautete, so Osterheld heute: „Der Bundeskanzler versicherte, daß er alles vom Botschafter *Vorgetragene sorgfältig prüfen* wird, und wies seinerseits darauf hin, daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern.“

Aber der Kanzler bestand nicht auf der Streichung; er ließ nur hinzufügen, daß er dem Botschafter seine Auffassung über die Lage in Berlin dargelegt habe. 1986 sagt Osterheld über dieses Ereignis: „Ich war sehr unglücklich über dieses fade, unpassende Kommuniqué und sagte das später auch Globke, der noch beim Kanzler geblieben war, wöhrend ich Smirnow hinunterbegleiten mußte.“

Am Tag des Smirnow-Besuches beim Kanzler fand in Berlin eine Großkundgebung statt, von der Heinrich Krone, damals Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, später sagte, daß „Wut und Verbitterung gegen den Westen“ erkennbar wurden, „weil er nichts tut“.

Am 19. August schließlich traf, auf dem Wege nach Berlin, der US-Vizepräsident Lyndon B. Johnson in Bonn ein. Adenauers Bitte, mit ihm in die geteilte Stadt fliegen zu dürfen, wurde unter *Hinweis auf den deut*schen Wahlkampf, aus dem man sich heraushalten müsse, abgelehnt.

Am 22. August schließlich traf Adenauer in Berlin ein. „Zu spät, aber endlich doch“, notierte Osterheld in seinem Tagebuch, dem er auch den Satz anvertraute: „Bei der Pressekonferenz erwartete den Kanzler eine bleiern-feindliche Atmosphäre.“ Er habe „geschickt und tapfer“ geantwortet, „auch mal Kraut und Rüben“.

Und was 1961 noch nicht im Tagebuch stand, weil die ganze Tragweite des Geschehens kaum zu überblicken war, wird 1986 von Horst Osterheld nachgereicht: „Die Mauer verschob die Machtbalance zwischen den beiden Weltmächten nicht auf dramatische Weise, aber nachhaltig. Für Adenauer war es ein schwerer Schlag, der Anfang vom Ende seiner Kanzlerschaft.“



50 Minuten lang lag am 17. August 1962 der niedergeschossene Peter Fechter sterbend im Niemandsland. Erst als er verblutet war, transportierten Volksarmisten den achtzehnjährigen Flüchtling ab. FOTO: DPA

Honeckers Kurier berichtet: Es war wie ein Bürgerkrieg

Von SIEGFRIED WOLTER

Fünfzehn Minuten nach Mitternacht schrillte das Telefon und riß meine Familie aus dem Schlaf. Die Stimme am anderen Ende rief das Codewort. Zum Beispiel „Balkan“, und der an*dere mußte eine Ziffer* nennen – es hätte ja auch eine falsche Verbindung sein können. „Tempo, es ist verdammt ernst!“ rief der Mann. Das waren nicht die üblichen Worte vor Übungen.

Hastig packte ich meine Utensilien: Toilettenartikel, Schreibzeug, Verpflegung. Das Sturmgepäck lagerte in der Dienststelle.

Im Treppenhaus knöpfte ich den Uniformrock zu. Dabei strich meine Hand über die Innentasche mit dem Verbandspäckchen. Als ich mich meiner Dienststelle am Pfaffenteich in Schwerin näherte, sah ich schon die verstärkten Posten mit Maschinenpistolen patrouillieren. Der Bezirk Schwerin grenzt mit den Kreisen Gadebusch, Hagenow, Ludwigslust und Perleberg an die Bundesrepublik – auf einer Länge von 198 Kilometern.

„Genosse Hauptmann, sofort zum Chef!“ Mit weiteren leitenden Offizieren meldete ich mich in seinem Arbeitszimmer. Dort befand sich auch der sowjetische Stadtkommandant, Oberst Erwin Rudnick, heute Generalmajor und Polizeichef im Bezirk *Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), begrüß*te uns kurz: „Wir werden sehr viel Kraft brauchen. Warten Sie noch einen Moment!“

Die Pause nutzten wir zu kurzen Gesprächen. Ich wechselte mit dem Russen einige Worte – er sprach Deutsch. Wie immer begann die Konversation mit Unverbindlichem: „Es war für Sie alle eine sehr kurze Nacht …“

Er fragte auch nach der Familie, den Kindern, dem dienstlichen Spezialgebiet. Ihm gefiel offenbar meine Antwort auf seine Frage, warum ich unrasiert sei: Fidel Castro habe gesagt, er wolle seinen Bart behalten, solange die Revolution nicht endgültig gesiegt habe: „Bei uns hat der Sozialismus auch noch nicht gesiegt.“

Es war schon gegen zwei Uhr morgens: Jetzt überreichte uns der Chef die Briefpakete im A4-Format. Über der Adresse ein roter Aufdruck „STRENG GEHEIM“. Die Fracht bestand aus den Befehlen, Anweisungen und Einsatzdokumenten des Berliner Planungsstabes unter Erich Honecker – für den Bau der Mauer in Berlin und den Todesstreifen zur Bundesrepublik.

Diese Dokumente hatte ich als Sonderkurier an die Leiter der Volkspolizei-Kreisämter Ludwigslust und Perleberg zu übergeben. Mein Kampfbefehl lautete: „Gegen jeden *mit der Waffe vorgehen, der versucht*, uns unterwegs zu stoppen!“ Und der sowjetische Kommandant fügte hinzu: „Unsere Stellen kennen diesen Befehl.“

Unser Chef unterstrich, welche Bedeutung die Sonderkuriere hätten: „Sie, Genossen Offiziere, sind direkt im Auftrag der Führungsorgane des Warschauer Vertrages unterwegs!“ Ich erhielt einen Begleiter, der seine Maschinenpistole griff. Besorgt fragte er: „Gibt es Krieg?“ „Ich hoffe nicht“, war meine kurze Antwort.

Wir rasten. Erst in Perleberg erfuhr ich – gegen vier Uhr früh – was dieser Tag offenbarte, was er für Deutschland einleiten sollte.

Auf der Rückfahrt sah ich Truppen und Einsatzkräfte aller Art: Sowjettruppen, NVA, Volkspolizei, Kampfgruppen und auch viele Zivilisten – „die vom Konsum“, wie die Stasi-Leute allgemein genannt wurden. Die Stabsdokumente aus dem Büro von Erich Honecker enthielten auf topografischen Karten die Legenden für die Aktion im jeweiligen Kreis. Für alle aber galt:
– Zügige Besetzung aller Bahnhöfe. Keine Reisen in Richtung Berlin mehr, sofortige Verhaftung bei Fluchtverdacht.
– Auf den Straßen in Richtung Berlin Sperren und Kontrollpassierpunkte (KPP) einrichten. Kein Personenverkehr in Richtung Berlin!
– Sofortige Schaffung eines Fünf-Kilometer-Sperrgebiets mit Kontroll*punkten an allen Zufahrtsstraßen zur* „Staatsgrenze West“.

Die Berliner, in Ost und West, wurden von der Geheimaktion völlig überrascht. Der eigentliche Mauerbau – den Beton-Wall ordnete das SED-Zentralkomitee erst konkret im September an – bedeutete zugleich einen brutalen, zügellosen Bürgerkrieg nach innen.

Dieses Kapitel der Ausschreitungen von fanatisierten Kampfgruppen-Mitgliedern ist bisher noch nicht geschrieben worden. Im Westen blieb so gut wie unbekannt, welche schweren Zusammenstöße zwischen Ost-Berlinern, die in Richtung Grenze aufbrachen, und Kampfgruppen das Bild dieses Sonntags im August zeichneten.

Seit Jahrzehnten müssen für die SED-Propagandisten die Bilder vom Einsatz am Brandenburger Tor, als die Wasserwerfer aufgebrachte West-Berliner niederhielten, als Beispiel für angeblich mustergültige Disziplin und hohe Einsatzbereitschaft herhalten.

Wie ich aus erster Hand weiß, gab es an jenem Sonntag auch in Ost-Berlin erheblichen Widerstand. Der nicht erklärte „Bürgerkrieg nach innen“, die „Abrechnung“ mit jenen, die dem brutalen Zugriff der Diktatur des Proletariats nun nicht mehr entgehen konnten, begann am 13. August.

Dr. *Siegfried Wolter (55) kam 1982 aus der „DDR“ nach* West-Berlin. Zuletzt war er an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg als Hochschullehrer tätig und beschäftigte sich hauptsächlich mit Fragen der SED-Militärpolitik. Am 13. August 1961 war der Offizier Wolter als Sonderkurier des Stabs eingesetzt, um die Befehle und Dokumente aus der Ostberliner Kommandozentrale Erich Honeckers im Grenzbezirk Schwerin zu überbringen. *Die Anlage der Todesstreifen leitete die innere Umkehr* des Parteihochschul-Absolventen ein: 1979 wurde er wegen „parteifeindlicher“ Einstellung aus der SED ausgeschlossen und mit einem absoluten Berufsverbot gemaßregelt.

Wenige Tage danach traf ich einen hochrangigen Mitarbeiter des Stabes „Kampfgruppen“ beim Innenmini*sterium. Er gehörte zu den Funktio*nären, die diese „Partei-Armee“ aufgebaut hatten. Die Kampfgruppen hätten sich „hervorragend bewährt“, schwärmte der Genosse. Ich fragte ihn: „Waren es denn viele, die Randale machen wollten?“ „Ja“, antwortete er, „mehr, als wir gedacht hatten.“

Der Widerstand habe erst nachgelassen, als die ersten Fernsehbilder aus dem Westen über die Lage an der Grenze über die Bildschirme gingen.

Und als sich die „Methoden“ der Kampfgruppen herumgesprochen hatten: Die „Kämpfer“ schlugen mit Knüppeln oder der blanken Faust selbst Jugendlichen zusammen, die in kleinen Gruppen diskutierten. Es gab, und das ist verbürgt, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. Trafen dann Schnellkommandos der Polizei ein, griffen sie unter dem Vorwand ein, einen Streit zu schlichten.

Mein Gesprächspartner berichtete mir auch von einer besonders verachtenswerten Variante: „Die Frauen der Kämpfer haben sich besonders als Melder und Kundschafter (sprich Spitzel) qualifiziert“, freute er sich.

Selbst im offiziellen Heft des „Zentralinstituts für Geschichte“ in Ost-Berlin über den 13. August wird der Widerstand in Ost-Berlin eingeräumt: „Provokateure treten in größerer Zahl auf und fordern: Durchbruch durch die Grenze! Streik am Montag! Steine werden geworfen, Drohungen ausgestoßen: Dich möchte ich mit Benzin übergießen und dann anstekken!“ Eine Verhaftungswelle rollt: „Provokateure und Aufwiegler werden den Sicherheitsorganen übergeben“, heißt es in dem Heft.

Wenn morgen, am 13. August, in Ost-Berlin die Kampfgruppen an Erich Honecker, dem Strategen des Mauerbaus, entlangparadieren – dann sind diese Feierlichkeiten dem Tag gewidmet, an dem der reale Sozialismus Arbeiter gegen Arbeiter hetzte.

Der Kern des 13. August bestand in einer Polizeiaktion nach innen, von NVA und Sowjettruppen getragen, denen als „Gegner“ lediglich einige tausend verängstigte DDR-Bürger gegenüberstanden – auf der Flucht nach Berlin.

G[illegible]dene [illegible]hren f[illegible]r die T[illegible]des-Sc[illegible]ützen

Von H[illegible]S-R. KARUTZ

Die [illegible]-Garbe peitschte um 16 [illegible] über das Wasser im Ha[illegible]becken. Die beiden Schützen [illegible] der Uniform der „DDR“-T[illegible]sportpolizei standen auf den [illegible]sen der S-Bahn und feuerten [illegible]nterbrochen auf den Mann im [illegible]sser.

Es war [illegible]nnerstag, der 24. August 1961, [illegible] Tage nach dem Mauerbau. G[illegible]r Litfin (24) versank, zu Tode [illegible]roffen, in der Spree. Der jung[illegible]ann aus dem Ostberliner Sta[illegible]l Weißensee war das erste Mor[illegible]pfer an der Mauer. Bis heute fol[illegible] 73.

Der ju[illegible] Mann zählte bis zum 13. Augus[illegible]s Grenzgänger, arbeitete in ei[illegible] Westberliner Schneiderei, ver[illegible]gte seine verwitwete Mutter. [illegible] die ihn erschossen, erhielten [illegible]äter die „Verdienstmedaille [illegible] Volkspolizei“ und eine vergo[illegible]te Armbanduhr im Wert vo[illegible]0 Mark. Die Namen der Täter [illegible]d, wie die vieler anderer, im W[illegible]en bekannt.

In der [illegible]hlichen Sprache der offiziellen [illegible]enatsbroschüre heißt es zu [illegible]em bedrückendsten Thema [illegible]tscher Nachkriegsgeschichte: [illegible]om August 1961 bis Ende Ma[illegible]86 sind nach den Erkenntnis[illegible] der Westberliner Behörden 7[illegible] Personen bei Fluchtversuche[illegible]umgekommen, unter ihnen fü[illegible]Frauen.“ Von 21 Opfern ken[illegible]an bis heute den Namen nich[illegible] Unter den Toten befinden sich [illegible]h vier NVA-Grenzposten, von [illegible]meraden erschossen.

Den er[illegible] tödlichen Zwischenfall verm[illegible]ten die Westberliner Polizist[illegible]chon am 19. August 1961 in i[illegible]n Meldekladden: Aus einem G[illegible]zhaus an der Bernauer Straße, d[illegible]en Fenster vermauert werden [illegible]lten, seilte sich der 46jährige [illegible]dolf Urban mit seiner Ehefrau [illegible]d einem Verwandten aus dem [illegible]sten Stock ab. Urban stürzte a[illegible]brach sich ein Bein. Sein sch[illegible]cher Körper überstand die Stra[illegible]en nicht; er starb vier Wochen später. Frankreichs Staatspr[illegible]ent Giscard d'Estaing legte im [illegible]tober 1979 bei seinem Berlin-B[illegible]ch am Mahnmal für Urban ei[illegible] Kranz nieder.

In der [illegible]matischen Geschichte der Na[illegible]Mauer-Zeit in Berlin kam es [illegible] 4. Oktober 1961 zu einem e[illegible]n Schußwechsel zwischen V[illegible]os und Westberliner Beamten[illegible]lie einem Ostberliner Flüchtli[illegible] Feuerschutz gaben. Es war wen[illegible] Minuten nach 20 Uhr an jene[illegible] Abend, als auf einem Dach in [illegible] Bernauer Straße mehrere Flü[illegible]linge von uniformierten Ver[illegible]gern gestellt wurden. Nach ei[illegible]m Kampf auf Leben oder T[illegible] stürzte sich der 22jährige Bernd Lünser vom Dach in [illegible] Tiefe – mehrere Meter neben d[illegible] aufgespannte Sprungtuch de[illegible]armierten West-Feuerwehr. S[illegible]e Mutter schickte zur Beerdig[illegible] ein Telegramm aus Ost-Berl[illegible] „In tiefer Trauer bin ich mit [illegible]inen Gedanken heute bei der [illegible]auerfeier, an der ich nicht tei[illegible]hmen durfte.“

Die M[illegible]ate nach dem Mauerbau führ[illegible], nicht nur wegen der von de[illegible]erlinern nicht erwarteten Zur[illegible]haltung der Alliierten, zu eine[illegible]efen Einbruch im Vertrauen z[illegible]en Schutzmächten.

Zwei [illegible]reignisse machten die Berliner [illegible]tumm vor Entsetzen: Am Abe[illegible] des 9. Dezember 1961 beteiligt[illegible]ich der 20jährige österreichisc[illegible] Student Dieter Wohlfahrt an [illegible]em riskanten und, wie sich spä[illegible] herausstellte, verratenen Flu[illegible]unternehmen: Er wollte die M[illegible]er einer Mitstudentin in der Nä[illegible] des Kontrollpunkts Staaken [illegible]urch die Sperren bringen. Wo[illegible]fahrt lief in eine Falle und wu[illegible] ohne jede Warnung erschosse[illegible] zwei Stunden lag er verblute[illegible] im Stacheldraht. Britische Mi[illegible]rpolizei griff nicht ein.

Im f[illegible]enden Sommer, Mitte August [illegible]62, demonstrierten zum ersten [illegible] West-Berliner gegen die Al[illegible]rten. US-Posten am Checkp[illegible]t Charlie hatten sich mit de[illegible]Satz „It's not our problem“ [illegible]eigert, einem sterbenden 18jä[illegible]gen Flüchtling zu Hilfe zu komm[illegible]: Es war Peter Fechter, der bei[illegible] Überklettern der Mauer in den R[illegible]ken geschossen wurde, nahezu [illegible]e Stunde im Niemandsland la[illegible]d qualvoll starb.

„Helf[illegible] mir doch, helft mir doch“, [illegible]ef er immer wieder. „DDR“-[illegible]sten warfen damals Tränen-[illegible]nd Rauchbomben auf die emp[illegible]ten West-Berliner.

Die [illegible]berliner Agentur ADN meldete[illegible] Der Verbrecher[illegible]lag seinen [illegible]letzungen.“

„Es
aus
Rau

FDP
Münchner

CSU-Mehrhei

Polizeihilfe
als Hebel?

هكذا من الأصل



Björn Engholm, Mitglied im Bundesvorstand der SPD, warnt die Genossen vor dem Hintergrund der Bölling-Kritik davor, dem eigenen Kanzlerkandidaten Steine in den Weg zu legen. Mit dem SPD-Oppositionschef in Kiel sprach Georg Bauer.

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rau es schafft“

In der SPD-intern zunehmend diskutierten Frage, ob das – von Kanzlerkandidat Johannes Rau erst am Wochenende bekräftigte – Ziel der absoluten Mehrheit nicht unerreichbar hoch gegriffen ist, hat sich nun auch der SPD-Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Björn Engholm, mit kaum unterdrückter Skepsis zu Wort gemeldet. Engholm erklärte in einem Gespräch mit der WELT: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rau es schaffen kann“. Dies hänge vom Abschneiden der FDP ab.

Das Mitglied des SPD-Parteivorstands nahm den Kanzlerkandidaten jedoch gleichzeitig in Schutz vor der Kritik des früheren Regierungssprechers der sozial-liberalen Koalition, Klaus Bölling. Böllings Bemerkungen über Rau seien „wenig hilfreich“. Hier sei „die Basis der Fairneß verlassen“. Der frühere Regierungssprecher hatte über Rau gesagt: „Man möchte ihm wünschen, daß er Ministerpräsident bleibt.“ Rau sei „nicht der typische Hauptstadtpolitiker“, weil er offen zugebe, daß „ihm seine Familie wichtiger als die Politik“ sei.

Korrekturen in Nürnberg

Obwohl auch Engholm Raus Chancen verhalten beurteilt, warf er in dem WELT-Gespräch Politikern, die behaupteten, die absolute Mehrheit sei nicht erreichbar, vor, dem Kanzlerkandidaten Steine in den Weg zu legen. Die Partei stehe „geschlossen hinter der Person Rau“. Allerdings werde es beim Bundesparteitag der SPD in Nürnberg Grundsatzdiskussionen zur Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik geben.

Engholm: „Der Kanzlerkandidat muß bereit sein zu akzeptieren, daß es Korrekturen auch an den eigenen Vorstellungen gibt.“ In der Wirtschaftspolitik werde es „eine Korrektur geben auf Grund der Erkenntnis, daß der Markt nicht alle Probleme löst“. Einen Schritt zurück hinter Godesberg schloß der Sozialdemokrat aber aus. In der Außenpolitik komme es wahrscheinlich zu einer „schärferen Präzisierung des Willens der SPD auf Abrüstung“. Die „links von der Mitte“ angesiedelte Mehrheit werde darauf achten, daß ihre politischen Vorstellungen nicht zur kurz kämen.

Der SPD-Oppositionsführer im Kieler Landtag signalisierte in dem WELT-Gespräch seine Bereitschaft, gemeinsam mit den Christdemokraten ein Strukturkonzept für Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Er forderte Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) auf, Vertreter von Parteien, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen zu einem Gespräch einzuladen, um sich unter Verzicht auf „eigene ideologische Positionen“ Gedanken über die Zukunft des Landes zu machen. Auch die Sozialdemokraten seien bereit, notfalls eigene Positionen aufzugeben. Etwa zugunsten der Steuervorteile für die Unternehmerseite. Engholm begründete seine Aufforderung zu einem Dialog mit dem Hinweis auf die schwierige Situation des Landes, das nur „mit der Kraft aller zu neuen Ufern“ geführt werden könne.

In den Augen des früheren Bundesbildungsministers muß sich das Konzept an den Grundbedingungen des Landes orientieren – den kleineren und mittleren Unternehmen, der relativen Fachhochschuldichte und der Tatsache, daß dem Land viel Wasser, Wind und auch Sonne zur Verfügung stehen. Nach dem Urteil von Fachleuten aus dem Forschungssektor seien dies „ideale Voraussetzungen“ zur Erforschung bestimmter Dinge für die Zukunft. Unter Hinweis auf die Entwicklung im süddeutschen Raum meinte Engholm, das Land müsse sich auch darüber klar werden, wo die Chancen in der Zukunft lägen.

Zukunftsmarkt Ökologie

Als weiteren Punkt eines Konzeptes nannte er die konzentrierte Förderung bereits vorhandener kleinerer und mittlerer Unternehmen. Ihre Möglichkeiten zum Wachstum müßten verbessert und ihnen der Weg geebnet werden, sich neuen technologischen Anforderungen zu stellen.

Als Markt der Zukunft bezeichnete Engholm den gesamten Bereich der Ökologie. Engholm: „Alles was mit Ökologie in der Produktion und bei den Produkten zu tun hat, wird in den kommenden zehn bis 15 Jahren einen riesigen Weltmarkt darstellen“.

Auch müsse die Frage geklärt werden, welchen Beitrag Wind, Wasser, Sonne und Biomasse zur Gewinnung von Energie beitragen könnten. Engholm: „Es gibt keinen Zweifel, daß wir aus der Kernenergie aussteigen werden“.

Seiner Meinung nach leidet Schleswig-Holstein vor allem darunter, daß es keine „koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik“ gebe. Im nördlichsten Bundesland sei es bisher nur selten gelungen, alle Instrumente der Finanz-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bündeln. Angesichts der desolaten Lage in der Werftindustrie sprach sich Engholm ferner dafür aus, zeitlich begrenzt die Anreize des Staates für Erweiterungs- und Neuinvestitionen zu erhöhen. Um den Verlust an alten Arbeitsplätzen zumindest teilweise auszugleichen, müsse das wirtschaftliche Engagement des Landes Präferenz genießen.

In diesem Zusammenhang forderte der Sozialdemokrat eine enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft.

Vor dem Hintergrund beschränkter öffentlicher Mittel setzte sich Engholm bei der Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen kritisch mit dem Verhalten der Banken auseinander. Sie seien „absolut risikoscheu“ und förderten Unternehmen nur bei entsprechenden Sicherheiten. Um auch den „jungen Tüftlern“ ohne ausreichendes Kapital eine Chance zu eröffnen, trete er für die Entwicklung eines Systems von Risikokapital ein. Engholm sprach von einem Risikofond, der von Privaten getragen werden müsse.

Auch sollte den kleinen und mittleren Unternehmen der Weg an die Börse eröffnet werden. Dies sei der ideale, auch marktwirtschaftlich sinnvollste Kurs zur Kapitalbeschaffung. Engholm: „Warum soll ein 50-, 100- oder 300-Mann-Unternehmen, das guten Erfolg hat, nicht regional an der Börse seine Aktien handeln können?“

Saar-CDU: Leinen hat sich selbst amnestiert

ULRICH REITZ, Bonn

Es hatte sich schon in der vergangenen Woche abgezeichnet, als sich die SPD-Fraktion an der Saar einstimmig hinter den ins Kreuzfeuer geratenen Umweltminister Jo Leinen stellte. Gestern nun scheiterte erwartungsgemäß der Versuch der Opposition, das ökologische Aushängeschild im Kabinett Lafontaines wegen der Pannen im Umweltministerium im Zusammenhang mit dem Fischsterben in der Saar mit einem Mißtrauensantrag aus dem Amt zu boxen. Der Heckenschütze in den Reihen der SPD, auf den die FDP-Fraktion, die den Antrag einbrachte, spekuliert haben mag, wollte sich nicht finden. Alle 26 sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen Leinen ihr Vertrauen aus, CDU und FDP blieben mit 25 Stimmen in der Minderheit.

Der ehemalige BBU-Sprecher überstand damit den zweiten Mißtrauensantrag. Bereits vor Monaten war ein entsprechender Vorstoß der Oppostion gescheitert. Leinen hatte in einer Phase, als die Bemühungen der Landesregierung um die Rettung von Arbed Saarstahl auf vollen Touren liefen, erklärt, das durch den Stahlproduzenten verursachte Umweltproblem werde sich von selbst lösen: „Eine tote Stahlindustrie macht keinen Dreck mehr“.

CDU-Chef Peter Jacoby warf Leinen vor, sich „selbst amnestiert“ zu haben. Die Tatsache, daß er sich selbst das Vertrauen ausgesprochen habe zeige, welches Verständnis von politischer Kultur der Umweltminister habe, sagte Jacoby der WELT.

Bumerang-Effekt

Leinen hätte sich als Betroffener auch der Stimme enthalten können, ohne damit sein Amt zu verlieren. Bedarf doch der Beschluß, einem Minister das Vertrauen zu entziehen, laut Landesverfassung der „Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages“, mindestens also 26 Stimmen. Daß die SPD sich „trotz massiver, regierungsamtlich bestätigter Fehlleistungen“ vor Leinen gestellt habe, sei eine „Fehlentscheidung“, die einen „Bumerang-Effekt“ auslösen werde.

Nach dem Umweltskandal sei die Regierung „deutlich angeschlagen“. Jacoby verwies auf das Dilemma Lafontaines, Leinen nicht entlassen zu können. „Er (der Ministerpräsident, d. Red.) ist der Gefangene seiner 26. Stimme“, sagte Jacoby mit Blick auf die mögliche Gefahr, daß die Entlassung Leinens die SPD im Landtag ihre knappe Mehrheit von einer Stimme kosten könnte.

Dazu verlautete aus Regierungskreisen, es sei „lächerlich“ anzunehmen, ein entlassener Umweltminister Leinen werde im Plenum gegen die SPD stimmen. Daß der Regierungschef es bei einer „gelben Karte“ bewenden ließ, hängt offensichtlich auch mit dessen Einschätzung zusammen, Leinen als Magneten „grüner“ Stimmen noch zu benötigen.

Dem Vorwurf der Opposition, Lafontaine habe mit seiner Weigerung, Leinen zu entlassen, Führungsschwäche an den Tag gelegt, begegnet man in der Regierung mit der Bemerkung: „Wo hat es das schon mal gegeben, daß einer öffentlich Fehler zugibt?“ Der Regierungschef habe im Gegenteil „Führungsstärke“ bewiesen, indem er sich mit den Eingeständnissen Leinens zufriedengegeben habe.

Kompetenz-Gerangel

Mit deutlichem Unmut reagierte das Wirtschaftsministerium auf die Forderung Leinens, dem Umweltministerium die Überwachung der Saarbergwerke zu übertragen, die gegenwärtig beim Hoffmann-Ressort liegt. Leinen hatte zunächst den Saarbergwerken das Fischsterben angelastet, sich später jedoch dafür entschuldigt. Das Fischsterben sei „kein Problem des Ressortzuschnitts“, hieß es. Die emissionsrechtlichen Genehmigungen an die Saarbergwerke würden „im Einvernehmen mit dem Umweltministerium“ vergeben, so das Wirtschaftsministerium.

Das rheinland-pfälzische Umweltministerium hält an seinem Vorwurf fest, aus dem Saarland sei am ersten Tag des Fischsterbens, am 26. Juli, Entwarnung für Rheinland-Pfalz gegeben worden. Zugleich räumt man in Mainz mit Blick auf eine angedrohte Klage aus Saarbrücken Fehler ein. Umweltminister Töpfer (CDU) hatte seinen Vorwurf auf ein angeblich wörtliches Zitat eines saarländischen Polizeibeamten gestützt, wonach für „Rheinland-Pfalz (Saar und Mosel) keinerlei Gefahr“ bestünde. Ein entsprechendes Telefonat habe um 23.32 Uhr zwischen der Bezirkseinsatzzentrale Trier und dem Kommissar vom Dienst des Saarlandes stattgefunden.

Tatsächlich habe Töpfer sich jedoch, verlautete gestern aus Mainz, auf einen in indirekter Rede verfaßten Vermerk gestützt, mit dem ein Beamter aus Trier das Gespräch eines weiteren rheinland-pfälzischen Beamten mit dem saarländischen Polizisten zusammengefaßt hat. Dabei sind dem Trierer Beamten offenbar Fehler unterlaufen. Unter Verweis auf ein zweites Telefonat kurz nach Mitternacht, wonach eine Verseuchung der Mosel ausgeschlossen sei, bleibt Mainz jedoch bei seinen Vorwurf, aus dem Saarland falsch informiert worden zu sein.

Franke bläst zum Endspurt auf Lehrstellenmarkt

dpa, Nürnberg

Die leichte Besserung in den vergangenen Monaten auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Bundesrepublik Deutschland hat sich auch im Juli fortgesetzt. Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg meldeten in den bisherigen zehn Monaten des Berufsberatungsjahres 1985/86 Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern 482 700 Berufsausbildungsstellen zur Besetzung. Das waren 33 400 mehr als im verlgeichbaren Zeitraum davor. Gleichzeitig ging die Bewerbernachfrage zurück. Von Oktober bis Ende Juli fragten 602 900 Jugendliche bei den Arbeitsämtern wegen einer Ausbildungsstelle nach, 22 000 weniger als vor einem Jahr.

Nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt, Heinrich Franke, gibt es aber nach wie vor deutliche Ungleichgewichte in einzelnen Regionen und Berufen. Im Süden sei der Ausbildungsstellenmarkt deutlich besser als im Westen und Norden. Benötigt würden vor allem noch Stellen für Mädchen in Dienstleistungsberufen. „Hier muß noch gezielt etwas getan werden“, sagte Franke. „Wir müssen jetzt zum Endspurt auf dem Ausbildungsstellenmarkt ansetzen.“

Ende Juli hatten noch 181 300 Bewerber kein Ausbildungsverhältnis abgeschlossen, 27 200 weniger als vor einem Jahr. Unbesetzte Ausbildungsstellen waren bei den Arbeitsämtern noch 71 300 gemeldet. Das ist eine Zunahme um 20 400. Franke wies darauf hin, daß den Arbeitsämtern erfahrungsgemäß etwa zwei Drittel der Ausbildungsstellen zur Besetzung gemeldet werden, gleichzeitig aber über vier Fünftel der Bewerber um eine Vermittlung nachsuchen. Deshalb sei ein direkter Zahlenvergleich nicht möglich.

Neuer sowjetischer General für „DDR“

AP, Berlin

Zum neuen Oberkommandierenden der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ ist der Armeegeneral Waleri Alexandrowitsch Belikow ernannt worden. Nach einem Bericht der amtlichen „DDR“-Nachrichtenagentur ADN wurde Belikow gestern von „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honekker empfangen. Über Alter und Funktion Belikows, der den vor drei Wochen nach nur knapp elfmonatiger Tätigkeit abberufenen 62jährigen Armeegeneral Pjotr Luschew ablöst, machte die Agentur keine Angaben.

Wird „Arzt im Praktikum“ verlegt?

dpa, Bonn

Medizinstudenten werden vielleicht noch ein Jahr länger als geplant ohne zusätzliches Praktikum Arzt werden können. Nach Angaben des Hartmannbundes bereitet das Bonner Gesundheitsministerium zur Zeit einen Gesetzentwurf vor, um den Beginn der zusätzlichen 18monatigen Vorbereitungszeit als „Arzt im Praktikum“ von Mitte 1987 auf Mitte 1988 zu verlegen. Damit werde auch die Möglichkeit eröffnet, das umstrittene Praktikum dann sogar ganz wegfallen zu lassen, wie es der Hartmannbund gefordert hatte. Ein Sprecher des Ministeriums sagte dazu am Montag in Bonn, die Meinungsbildung über ein Hinauszögern des Praktikums sei noch nicht abgeschlossen.

1,3 Milliarden aus Entwicklungsländern

epd, Bonn

Mehr als 1,32 Milliarden Mark deutscher Darlehen haben die Entwicklungsländer 1985 zurückgezahlt. Im laufenden Jahre werden diese Zahlungen voraussichtlich 1,17 Milliarden Mark erreichen. Für 1987 wird mit Rückzahlungen in Höhe von 1,3 Milliarden Mark gerechnet. Die deutschen Nettoaufwendungen für Entwicklungshilfe betrugen im vergangenen Jahr rund 8,7 Milliarden Mark.

FDP unter der Fünf-Prozent-Marke

Münchner Umfrage / Brunner will Bayernwahl zum Test für Bonn umfunktionieren

PETER SCHMALZ, München

Mit verhaltenem Optimismus sieht der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner der Landtagswahl am 12. Oktober entgegen, bei der er seine Partei wieder ins Maximilianeum zurückbringen will.

Die FDP war im Oktober 1982 drei Wochen nach der Bonner Wende mit ihrem schlechtesten Nachkriegsergebnis von nur 3,5 Prozent gescheitert. Aufgrund einer ihm vorliegenden Umfrage meinte Brunner gestern, zur Zeit seien die fünf Prozent „wahrscheinlich“ noch nicht ereicht, es bestünde jedoch eine Reihe von Umständen, die diesen Prozentsatz zum Wahltag erreichbar macht.

CSU-Mehrheit sicher

Erschwert wird Brunners Wahlkampf dadurch, daß die absolute Mehrheit der CSU nicht gefährdet ist und somit die Motivation entfällt, FDP zu wählen, um ein rot-grünes Bündnis zu verhindern. Der agile FDP-Landeschef, mit erst 39 Jahren bereits Präsidiumsmitglied seiner Partei, will deshalb die Bayern-Wahl zur Testwahl für Bonn umfunktionieren. „Eine erfolgreiche Politik in Bonn braucht eine starke FDP in Bayern“, lautet einer seiner Slogans, mit denen er die heißeste Phase des Wahlkampfes bestreiten will. Seine Überlegung: Anders als in anderen Bundesländern haben die bayerischen Wähler die Chance, zwischen den beiden Polen der Koalition zu wählen – zwischen der FDP mit Bangemann und Genscher (Brunner: „Jeder denkende Mensch weiß, daß Genscher Außenminister ist und bleibt.“) und der CSU von Franz Josef Strauß, der Brunner die „parlamentarische Sonderidee“ nachsagt, mit fünf Ministern in der Regierung zu sein und zugleich Opposition betreiben zu wollen.

Insofern kommen ihm die CSU-Attacken gegen den Außenminister sehr gelegen, was er auch mit den Worten zugibt, die CSU habe der FDP damit indirekt einen Dienst erwiesen. Und weil er weiß, daß sich die CSU-Führung darüber ärgert, gibt er auch noch eine provozierende Analyse des CSU-Verhaltens: Dieses sei tiefenpsychologisch zu erklären, da die CSU „insgeheim Sehnsucht nach einer liberalen Partei“ habe.

Während aber CSU-Generalsekretär Gerold Tandler sagt, man brauche die FDP nicht im Landtag, kann Brunner einer umfangreichen Untersuchung entnehmen, daß sich zwei von drei potentiellen CSU-Wählern die Rückkehr der Liberalen in das bayerische Parlament wünschen. Der FDP-Wahlkämpfer will deshalb die Kritik christsozialer Anhänger aufgreifen.

Zehntelprozente

Denn nach der Untersuchung sind die CSU-Wähler mit der Politik der bayerischen Regierung im großen und ganzen einverstanden, kritisieren aber zu bemerkenswerten Prozentsätzen Wackersdorf, „Parteibuchwirtschaft“, die „Benachteiligung Frankens“ und eine „Subentionsbevorzugung der Großindustrie“.

Die CSU sieht Brunner bei 56 Prozent „und etwas mehr“ (nach 58,3 vor vier Jahren), die SPD werde die angestrebten 35 Prozent (nach 31,9) nicht erreichen, und die Grünen „sind nicht so gut, wie man meint“. Tandler und Stoiber wüßten, daß ihre Partei gut liegt, sie fühlten sich aber über jedes Zehntelprozent, das Strauß hinter Goppels bestem Ergebnis (1974 mit 62,1 Prozent) liegt, gekränkt.

Junge Mütter drängen früher in den Beruf zurück

DW. Bonn

Immer weniger Frauen wollen nach der Geburt von Kindern für längere Zeit auf ihren Beruf verzichten. Wie Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) gestern in Bonn mitteilte, dauerte es 1977 durchschnittlich noch sieben Jahre, bis Frauen mit Kindern wieder erwerbstätig wurden. Jetzt seien deutlich kürzere Unterbrechungszeiten festzustellen. Jedes Jahr kehrten rund 300 000 Frauen auf den Arbeitsmarkt zurück. Etwa 70 Prozent seien jünger als 40 Jahre.

Nach der Unterbrechung der Berufstätigkeit sei es für viele Mütter schwer, einen Wiedereinstieg auf ihrem früheren beruflichen Niveau zu finden, erklärte die Ministerin. Es dürfe nicht länger hingenommen werden, daß sie für die Übernahme von Familienaufgaben so „bestraft“ würden. Deshalb sei es ein besonders dringliches Anliegen der Bundesregierung, die Möglichkeiten zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben möglichst schnell zu verbessern.

Der allgemein gestiegene Bildungsstand der Frauen schaffe gute Voraussetzungen für die Rückkehr ins Berufsleben. Dringend notwendig seien jedoch gezielte Weiterbildungsangebote, um den sich ständig ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden zu können.

Bei Maßnahmen der beruflichen Fortbildung seien Frauen noch immer stark unterrepräsentiert. Um neue Wege zur Wiedereingliederung aufzuzeigen, fördert das Bundesfamilienministerium nach den Worten von Frau Süssmuth verschiedene Modellprojekte mit insgesamt 1,6 Millionen Mark. Dabei geht es vor allem um die Motivierung der Frauen und konkrete Hilfen bei der Orientierung im Erwerbsleben.

Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, daß Vorbereitungskurse für Frauen in der Regel drei Monate dauern sollten. Deshalb müsse das Arbeitsförderungsgesetz, das lediglich sechs Wochen vorsieht, geändert werden, forderte die Ministerin. Außerdem sollten die Arbeitsämter vermehrt Frauenbeauftragte einsetzen. Darüber hinaus seien flexible Öffnungszeiten von Kindertagesstätten notwendig, um Frauen die Rückkehr ins Berufsleben zu erleichtern.

Die Adresse ist Moskau

Windelen beseitigt Irritationen um „DDR“-Erklärung

DIETHART GOOS, Bonn

Für Verhandlungen der drei Berliner Schutzmächte über die immer dringlicher werdende Asylantenproblematik ist allein die Sowjetunion der richtige Partner. Diese aus dem Viermächte-Status für ganz Berlin resultierende Rechtsposition ist gestern von deutscher und alliierter Seite in Bonn mit allem Nachdruck bekräftigt worden. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), äußerte sich ebenso in diesem Sinne wie diplomatische Kreise der USA, Englands und Frankreichs.

Doch gerade Minister Windelen hatte noch am Tag zuvor für Irritationen gesorgt. Denn er war in seiner ersten Bewertung einer vom Ostberliner Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am Sonntag zu dem Asylantenproblem veröffentlichten Erklärung zu anderen Schlußfolgerungen gelangt. In der „DDR“-Erklärung hieß es: „In West-Berlin können Ausländer ohne Visum einreisen. Bis jetzt ist uns nicht bekannt, ob die drei westlichen Alliierten, die dort das Sagen haben, daran etwas ändern wollen. Es gibt also für die DDR als Transitland keinen Grund, Ausländern die Durchreise durch die DDR zu verweigern, nur weil sie nach Westberlin wollen.“ Windelens aufsehenerregende Interpretation lautete: „Dies könnte darauf hindeuten, daß es seitens der DDR Gesprächsbereitschaft gibt, wenn die Alliierten sie wegen des Asylantenproblems ansprechen. Anders wäre der Satz des DDR-Außenministeriums nicht zu verstehen.“

Über Asylanten gesprochen

Gestern kehrte der Minister zur politischen Realität Berlins zurück. Eindeutig sei Moskau die Adresse für Gespräche mit den drei Westalliierten. Windelen sagte, dem „DDR“-Außenministerium müßte bekannt sein, daß die Alliierten bereits mit der Sowjetunion über das Asylantenthema gesprochen haben.

Windelen bezog sich damit auf Kontakte der drei Außenministerien in Paris, London und Washington mit den Sowjetbotschaften. Dabei war den Vertretern des Kreml jeweils klargemacht worden, daß die Sowjetunion als Signatarstaat des Viermächte-Abkommens über Berlin auf die „DDR“ einzuwirken habe, mit geeigneten Maßnahmen den Asylantenstrom einzudämmen.

Der innerdeutsche Minister ist überzeugt, daß solche Demarchen der Westmächte durchaus Erfolgschancen haben. So erinnerte er gestern daran, wie die „DDR“-Behörden nach massiven Vorhalten der drei Westmächte vor Wochen von ihrem Vorhaben abrückten, das Personal der westlichen Botschaften in Ost-Berlin mit neuen Ausweisen auszustatten oder den Diplomaten andernfalls das Passieren der Sektorengrenze in Richtung West-Berlin zu verwehren.

Nach Rückfragen

Ohne Zweifel handelt die „DDR“ nach der Überzeugung von Minister Windelen in der Asylantenfrage nicht in eigener Machtvollkommenheit, sondern nach Rückkopplung mit der Sowjetunion. Die Duldung und Förderung des Zustroms von Asylsuchenden von Ost- nach West-Berlin stehe in klarem Gegensatz zu dem immer wieder bekundeten Interesse einer guten Nachbarschaft, wie es auch vom SED-Generalsekretär Honecker hervorgehoben worden sei.

Als unglaubwürdig wies Windelen die Behauptung des Ostberliner Außenministeriums zurück, Grenzbeamte der „DDR“, das Personal der Ostberliner Fluglinie Interflug und andere Einrichtungen der „DDR“ seien überfordert, politische Asylbewerber von sogenannten Wirtschaftsasylanten zu unterscheiden. „Wenn die DDR nur einen Bruchteil der Sorgfalt dabei anwenden würde, den sie bei der Kontrolle von DDR-Bürgern entfaltet, wäre das Problem leicht zu lösen.“

Die DDR müsse selber prüfen, ob sie im eigenen Interesse Maßnahmen zur Eindämmung des Asylantenstroms zu ergreifen habe. Daß Regelungen möglich sind, habe sich bei der Behandlung von asylsuchenden Tamilen erwiesen. Angehörigen dieser Volksgruppe aus dem Norden Sri Lanks, die sich mit der buddhistischen Mehrheit Ceylons bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen liefern, wird nur dann von „DDR“-Kontrolleuren die Weiterreise vom Flughafen Schönefeld am südöstlichen Stadtrand Ost-Berlins nach West-Berlin gestattet, wenn sie ein Visum für die Bundesrepublik Deutschland vorweisen können.

Polizeihilfe als Hebel?

UR. Bonn

Die saarländische Landesregierung strebt offenbar im Bereich der inneren Sicherheit eine Vorreiterrolle unter den SPD-Ländern an. Sie soll nach einer Aufforderung der SPD-Fraktion jetzt prüfen, ob eine ländereinheitliche Vereinbarung über den Einsatz von Polizisten in anderen Bundesländern möglich ist. Nach den Vorstellungen der SPD sollen Polizeibeamte aus dem Saarland nur noch an Bundesländer „ausgeliehen“ werden, in denen weder Reizgas noch Gummigeschosse eingesetzt werden.

Durch ein entsprechendes Abkommen soll offenbar die Landesregierung einen Hebel in die Hand bekommen, um die Entsendung von saarländischen Polizisten beispielsweise nach Wackersdorf verhindern zu können. Offiziell begründete Fraktionssprecher Schneider den Vorstoß mit dem Hinweis auf die fehlende Ausbildung der saarländischen Polizisten.

Arbeit am Sonntag nimmt stetig zu

rtr, Düsseldorf

Rund 40 Prozent aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland haben nicht regelmäßig ein freies Wochenende. Dieses Ergebnis einer Untersuchung des Kölner „Instituts zur Erforschung sozialer Chancen“ teilte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Heinemann gestern mit. Waren 1965 rund 2,1 Millionen Arbeitnehmer teilweise am Wochenende tätig, so waren es 1985 bereits fünf Milllionen, rund ein Fünftel aller Erwerbstätigen. Etwa 15 Prozent der Berufstätigen, in Nordrhein-Westfalen 18 Prozent, arbeiten im Schicht- oder Nachtdienst. 95 Prozent der Betroffenen lehnen hingegen den unregelmäßigen Dienst ab.

Als „törichtes Gerede“ bezeichnete Heinemann die Forderung der Koalition nach mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Wichtiger sei die Frage nach den gesundheitlichen Auswirkungen der Zusatzbelastungen.

Ermittlungen gegen Schmitz eingestellt

dpa, Wuppertal

Die durch sieben Anzeigen in Gang gebrachten Ermittlungen wegen Rechtsbeugung gegen den Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz sind eingestellt worden. „Mangelnder Tatverdacht“, lautet die Begründung der zuständigen Wuppertaler Staatsanwaltschaft. Schmitz habe lediglich von seinen Rechten als vorgesetzter Staatsanwalt Gebrauch gemacht.

Er hatte seinerzeit Bonner Staatsanwälte angewiesen, ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage zu eröffnen. Außerdem hatte er verlangt, der letztendlich erstellte Einstellungsbescheid müsse vervollständigt werden. Durch die Einstellung des Verfahrens ist auch die Anzeige gegen NRW-Justizminister Krumsiek (SPD) wegen Beihilfe zur Verfolgung Unschuldiger vom Tisch.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

EG und RGW wollen über Kooperation verhandeln

Wirtschaft, Forschung, Umwelt / Rahmenabkommen geplant

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG und Osteuropa tun sich schwer mit der Entwicklung normaler Beziehungen. Doch sieht es jetzt immerhin so aus, als würde es im Herbst zur Wiederaufnahme der seit 1980 unterbrochenen Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kommen.

Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy De Clerq hat dem (sowjetischen) RGW-Sekretär Sytschow kürzlich für September eine Zusammenkunft von Experten beider wirtschaftlicher Gruppierungen in Genf vorgeschlagen. Dabei soll ein Teffen auf höherer Ebene vorbereitet werden, das gegen Jahresende stattfinden könnte.

Es geht um den Inhalt eines Rahmenabkommens über wirtschaftschaftliche Zusammenarbeit sowie um eine gemeinsame Erklärung von mehr politischem Charakter. Darin sollen beide Seiten die Aufnahme offizieller Beziehungen besiegeln und ihre Bereitschaft zu einer engeren Kooperation im Bereich von Wirtschaft, Forschung und Umweltschutz bekunden. Den Textentwurf für eine solche Erklärung hatte Sytschow der EG im September 1985 übermittelt. Vorausgegangen war der Machtwechsel in der Sowjetunion.

Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte Michail Gorbatschow Interesse an vertraglichen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft geäußert. Dabei ließ er als erster sowjetischer Führer erkennen, daß nach Ansicht Moskaus auch die bilateralen Beziehungen zwischen der EG und den einzelnen RGW-Staaten weiterentwickelt werden könnten. Während die Sowjets sich zunächst über viele Jahre geweigert hatten, die EG überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, hatten sie in einer zweiten Phase versucht, die beiderseitigen Handelsbeziehungen möglichst durch Absprachen von Block zu Block zu steuern.

Der Westen beharrt auf bilateralen Verträgen

Dabei stand offenbar der Gedanke im Hintergrund, den ins Planungsgefüge des RGW eingebundenen osteuropäischen Staaten nur eine möglichst beschränkte Handlungsfreiheit zu gewähren. Die EG hat demgegenüber stets die Auffassung vertreten, daß ein Dialog zwischen den beiden Organisationen zwar durchaus nützlich sei, sich mangels einschlägiger Kompetenzen des RGW jedoch nicht auf Fragen des Handels erstrecken sollte. Die EG-Staaten haben ihre Kompetenz für den Abschluß von Handelsabkommen seit langem auf die Gemeinschaft übertragen. Dagegen sieht die Satzung des RGW nichts derartiges vor.

Bei inoffiziellen Kontakten ist die Gemeinschaft in den letzten Jahren immer wieder von Vertretern aus den osteuropäischen Staaten in ihrer Haltung bestärkt worden. Auch als der RGW 1985 beteuerte, daß ein Rahmenabkommen bilateralen Handelsvereinbarungen keineswegs entgegenstehen müsse, beharrte die EG auf dem Grundsatz paralleler Fortschritte im bilateralen Bereich und im Verhältnis zwischen den beiden Gruppierungen.

Mangel an Devisen hemmt den Handel

Alle europäischen RGW-Staaten (einschließlich der „DDR") haben inzwischen schriftlich ihr Interesse an offiziellen Beziehungen angemeldet, was eine diplomatische Anerkennung der Kommission als Wortführerin der EG einschließt. In den bevorstehenden Verhandlungen soll nun versucht werden, die zum Teil bereits bestehenden sektoriellen Absprachen (zum Beispiel über Textil- und Stahlexporte) durch umfassende Handels- und Kooperationsabkommen zu ergänzen. Für die Zusammenarbeit mit dem RGW bieten sich nach Meinung der EG vor allem der Austausch von Wirtschaftsdaten sowie der Umweltschutz und die Entwicklungshilfe an.

In der Praxis dürfte sich freilich schnell zeigen, daß nicht nur das geplante Rahmenabkommen wenig Substanz haben wird, sondern daß auch die bilateralen Verträge keine Wunder bewirken können. Vor allem der Wunsch einiger Ostblockländer, einen leichteren Zugang für ihre Agrarexporte in die EG zu finden, dürfte sich nur zum Teil erfüllen.

Allgemein sind die Chancen für eine spektakuläre Ausdehnung des Handels beschränkt. Die RGW-Staaten bieten entweder Waren an, die im Westen nur schwer Käufer finden oder deren unkontrollierte Einfuhr die EG mit Rücksicht auf ihre eigene Industrie nicht hinnehmen kann. Brüsseler Experten rätseln bereits darüber, wie der Grundsatz der Gegenseitigkeit im Handel überhaupt gesichert werden kann. In Staatshandelsländern bedeutet der Abbau von Zöllen und formellen Mengenbeschränkungen noch lange nicht, daß tatsächlich importiert werden kann. Ein wichtiges Hemmnis ist zum Beispiel die notorische Devisenknappheit.

Am weitesten fortgeschritten sind bisher die vertraglichen Beziehungen der EG mit Rumänien. Verhandlungen oder vorbereitende Gespräche sind auch bereits mit der CSSR, Ungarn und Polen im Gang. Die „DDR" – so meint man in Brüssel – wird voraussichtlich auf einen Handelsvertrag verzichten. Sie hat über den innerdeutschen Handel ohnehin bereits ein Bein in der EG.



Auch rastlose Revolutionäre müssen der Zeit Tribut zollen. Der Fanatiker Fidel Castro, der 1959 (Foto links) das Batista-Regime von Kuba vertrieb, ist mit den Jahren milder geworden. Morgen wird Castro, der zu den dienstältesten Führern der Dritten Welt zählt, 60 Jahre alt.

FOTOS: DALMAS/AP

Für Kuba hat sich Castro stets zu groß gefühlt

Von WERNER THOMAS

Er kann sein Alter nicht mehr leugnen. Der legendäre Bart ist grau geworden. Er trinkt Tee statt Rum und verzichtet auf Havanna-Zigarren. Nur noch selten wird das Konzentrationsvermögen seines Zuhörerkreises mit stundenlangen Reden strapaziert.

Fidel Castro Ruiz, kubanischer Präsident und KP-Chef, vollendet morgen sein 60. Lebensjahr. Auch rastlose Revolutionäre müssen der Zeit Tribut zollen. Dieser runde Geburtstag erinnert daran, daß der Kubaner heute zu den ältesten Führern der Dritten Welt zählt – und zu den dienstältesten. Er agiert bereits seit 1959 in der internationalen Politik.

Der Marxist fühlte sich schon immer zu groß für die karibische Zuckerinsel. So engagierte er sich wie kein anderer Vertreter einer Entwicklungsnation jenseits der Landesgrenzen. Nach wie vor kämpfen 30 000 kubanische Soldaten in Angola, und 3000 dienen dem sandinistischen Nicaragua als „Militärberater". In dutzenden Staaten hat Castro tausende zivile Entwicklungshelfer stationiert. Er nennt dieses Engagement „proletarischer Internationalismus".

Der Jubilar hat eine bewegte berufliche Laufbahn hinter sich, die sowohl Erfolge als auch Mißerfolge brachte. Die Grenada-Intervention der USA im Oktober 1983, die ein marxistisches Experiment abrupt beendete, war der vorerst letzte bittere Rückschlag. Seitdem spürt Fidel Castro wieder außenpolitischen Aufwind: In Lateinamerika steigen sein Ansehen und sein Einfluß.

Die Demokratisierungswelle befreite ihn aus der Isolation. Im Juni beschloß auch der regionale Riese Brasilien die Wiederaufnahme der 1964 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen. Gleichzeitig steigern marxistische Guerrilla-Gruppen auf dem explosiven Halbkontinent ihre Aktivitäten. Einige der betroffenen Regierungen beschuldigen Castro der tatkräftigen Hilfe. Che Guevaras Vision von „vielen Vietnams" scheint keine Utopie mehr zu sein.

Problematischer wirkt die Situation an der Heimatfront. Fidel Castro, eine charismatische und für kommunistische Verhältnisse populäre Persönlichkeit, sitzt wohl fest im Sattel. Das System wurde durch den bewährten marxistischen Machterhaltungsapparat gesichert. Aber auch im 27. Jahr der Revolution herrscht unter der Bevölkerung eine tiefe Unzufriedenheit über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies veranlaßte den Präsidenten im Juli zu einer weiteren selbstkritischen Rede. Ohne die massiven Subventionen der Sowjetunion, nach Schätzungen Washingtons mittlerweile acht bis zehn Millionen Dollar täglich, könnte sich die Insel nicht über Wasser halten.

Diplomatische Beobachter registrieren zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder eine offene Opposition gegen das Regime. So schrieben unbekannte Personen an Häuserwände die Losung: „Besser das Blut mit (dem gestürzten Diktator) Batista als der Hunger mit Fidel."

Der alternde Castro schürt immer noch das revolutionäre Feuer. Er ist jedoch milder geworden. Er kann plötzlich alte Feindschaften vergessen. Der zum Atheist gewordene Jesuiten-Zögling eröffnete einen Dialog mit der katholischen Kirche und hofiert die Befreiungstheologen Lateinamerikas. Er empfing im Juli die Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa, die in Havana sozial tätig werden möchte. Auch der Papst hat eine Einladung erhalten.

Moskau spannt Honecker in Offensive des Lächelns ein

JOCHEN HEHN, Hongkong

Der für die zweite Oktoberhälfte anvisierte Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Chefs Erich Honecker in der Volksrepublik China fügt sich nahtlos ein in die Offensive des Lächelns, die der sowjetische KP-Chef Michail Gorbatschow Ende Juli mit seiner „Asienrede" in der sowjetischen Pazifikstadt Wladiwostok gegenüber Peking gestartet hatte. Daß ausgerechnet der Führer des loyalsten Verbündeten Moskaus nach Peking reist, kann nur bedeuten, daß Moskau ein vitales Interesse darin sieht und deshalb grünes Licht gegeben hat.

Auch wenn Honecker offiziell nicht in seiner Eigenschaft als SED-Generalsekretär, sondern als Staatsratsvorsitzender das heißt als höchster völkerrechtlicher Vertreter der „DDR" nach China reist, gilt die Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Parteien als sicher. Die „DDR" wäre damit nach Rumänien das zweite Land des Warschauer Paktes, das wieder völlig normalisierte Beziehungen mit China unterhält.

Kommt es zu diesem Schritt – und daran ist Peking sicher gelegen –, dann werden auch die anderen Ostblock-Staaten auf dem Fuße folgen. Nur Moskau bliebe draußen vor der Tür, denn die „drei Hindernisse" – Afghanistan, Kambodscha und die Sowjet-Truppen an der chinesischen Grenze – müßten nach chinesischer Auffassung erst einmal aus dem Weg geräumt werden. Für die Vasallen Moskaus gelten diese Bedingungen nicht.

Aber auch wenn Peking von seinen Forderungen nicht abgehen sollte und Moskau in Kambodscha und Afghanistan nicht die geforderten Zugeständnisse macht, wird es schließlich über die Parteien der Ostblock-Staaten auch zwischen Peking und Moskau zu De-facto-Parteibeziehungen kommen. Beide Staaten werden die Kontaktmöglichkeiten nutzen und wahren das Gesicht.

Die „DDR" wird wieder an die Beziehungen anknüpfen, die sie vor 25 Jahren schweren Herzens – aus Loyalität gegenüber Moskau – kappen mußte. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als Ost-Berlin das chinesische Kommunesystem pries und es trotz sowjetischer Kritik in der eigenen Landwirtschaft einführen wollte.

In den folgenden Jahren herrschte Funkstille zwischen Ost-Berlin und Peking. Erst seit einigen Jahren lebten die vormals so engen Kontakte wieder auf. Horst Sindermann, der Präsident der „DDR"-Volkskammer, besuchte China. Ihm folgten die Ehefrau Erich Honeckers, die Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, und die Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Gerhard Schürer und Rudolph Schulze.

Inzwischen wurden Abkommen auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet geschlossen. Nur die Parteibeziehungen stehen noch aus. Daß die „DDR" damit den Anfang macht, ist sicher auch im Sinne der chinesischen Führung, denn Erich Honecker und den Generalsekretär der KPCH, Hu Yaobang, verbindet eine lange freundschaftliche Beziehung. Beide waren in den 50er Jahren Vorsitzende der Jugendverbände ihrer Parteien.

Gericht: Bothas Sonderrecht ist rechtswidrig

AFP/rtr, Johannesburg

Das Oberste Gericht der Provinz Natal in Durban hat jetzt das Ausnahmerecht in Südafrika für teilweise rechtswidrig erklärt. Es verfügte die sofortige Freilassung des Sprechers der größten zugelassenen Anti-Apartheid-Organisation in der Natal-Provinz, Lechesa Tsenoli, dessen Anwälte das Verfahren angestrengt hatten. Der südafrikanische Staat, der die Kosten des Verfahrens zu tragen hat, legte jedoch sofort Berufung ein. Das Urteil gilt zunächst nur in diesem einen Fall. Sollte es in der Berufung Bestand haben, wird es zur Freilassung aller rund 500 in Natal festgehaltenen Personen führen. Vor der Freilassung aller Inhaftierten in Südafrika – Schätzungen schwanken zwischen 4000 und 10 000 Personen – müßten die Obergerichte in den anderen beiden Provinzen angerufen werden. Das von Präsident Botha verfügte Ausnahmerecht ermöglicht jedem Polizisten oder Soldaten, jedermann zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einzusperren. Tsenoli war am 12. Juni festgenommen worden, am Tage der Verkündigung des Sonderrechts.

PLO sucht Bindung an Jordanien

AFP/rtr, Bagdad

Der Exekutivausschuß der PLO hat zum Abschluß von mehrtägigen Beratungen in Bagdad eine engere Bindung an Jordanien und Syrien propagiert und ein außerordentliches arabisches Gipfeltreffen gefordert, auf dem das Treffen des marokkanischen Königs Hassan mit Israels Ministerpräsidenten Peres beraten werden soll. Die Teilnehmer, die unter Leitung des PLO-Vorsitzenden Arafat zusammen mit dem Präsidenten des palästinensischen Exilparlaments, Scheich Abdel Hamid El Sayehs, getagt hatten, würdigten ausdrücklich die Rolle der Sowjetunion bei der Aussöhnung zerstrittener PLO-Fraktionen.

Japans Liberale wieder vereint

dpa, Tokio

Der „Neue Liberale Club" in Japan, der bei der Parlamentswahl am 6. Juli von acht auf sechs Sitze im Unterhaus zurückgefallen war, wird sich der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) wieder anschließen. Der Club war 1976 wegen des Bestechungsskandals um den ehemaligen Regierungschef Kakuei Tanaka gegründet worden, als sich sechs Parlamentarier von der Regierungspartei abspalteten. 1983, als die seit 1955 ununterbrochen regierende LDP die absolute Mehrheit im Unterhaus verfehlte, ging der Club eine Koalition mit ihr ein.

„Wozu das Kontrollverfahren formulieren, wenn es keine Vereinbarungen über den Gegenstand gibt?"

Seit Jahren verhandeln NATO und Warschauer Pakt an verschiedenen Tischen und in unterschiedlicher Zusammensetzung über das umfassende Thema Abrüstung. Am 9. Juni veröffentlichte die WELT eine Analyse mit dem Titel „Wie Moskau mit zwei Zungen spricht". Darin wird die Lücke zwischen Wort und Wirklichkeit der sowjetischen Vorschläge dokumentiert. Aus Moskau erreichte die WELT nun folgende Entgegnung.

Von Generalmajor JURIJ V. LEBEDJEW

In der westlichen Presse tauchten Materialien auf, die die konkreten und weitreichenden Vorschläge der UdSSR auf dem Gebiet der Kontrolle über die Reduzierung und Begrenzung der Rüstungen und Streitkräfte bezweifeln. So versucht die WELT die Sache so darzustellen, als sei die UdSSR nur in Worten für garantierte Kontrollmaßnahmen, in Wirklichkeit aber drücke sie sich davor.

Das ist aber absolut falsch. Man muß offen sagen, daß in derartigen Materialien sowohl die Bestimmung der Kontrolle selbst als auch die Sachlage bei den Verhandlungen entstellt werden. Darin bemüht man sich, überhaupt zu vermeiden, über den Zustand der Verhandlungen, über das Wesen der Vereinbarungen zu sprechen – nur die Kontrolle. Da fragt sich aber: Wozu soll denn das Kontrollverfahren formuliert werden, wenn es keine Vereinbarung über den Umfang, mitunter ja auch über den Gegenstand der Kontrolle gibt?

Das Wesen des Herangehens der Sowjetunion an das Problem der Kontrolle besteht darin, daß die Abrüstung ohne Kontrolle unmöglich ist, aber auch die Kontrolle ohne Abrüstung keinen Sinn hat. Die Hauptbestimmung der Kontrolle ist es, zur Begrenzung des Wettrüstens, zur Einhaltung bestimmter Forderungen beizutragen, die im Ergebnis der Verhandlungen ausgearbeitet werden sollten.

Es gibt noch eine objektive Forderung an den Prozeß der Kontrolle: Sie darf die Souveränität der Staaten keineswegs schmälern. Daher ist die Sowjetunion nach wie vor ein Anhänger der Kontrolle mit nationalen technischen Mitteln. Sie haben ihre Zuverlässigkeit und Wirksamkeit bereits in der Praxis bewiesen. Die Möglichkeiten dieser Mittel nehmen dabei ständig in dem Maße zu, wie sie vervollkommnet werden. In Anwendung an konkrete Vereinbarungen ist die Sowjetunion jedoch bereit, Kontrollmaßnahmen bis hin zu einer Inspektion vor Ort zu erweitern. Ein derartiges Herangehen ist klipp und klar in der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow vom 15. Januar 1986 dargelegt worden. Es wird von sowjetischen Delegationen bei den Verhandlungen strikt eingehalten.

Eine längere Zeit wies die amerikanische Seite, indem sie sich auf ungenügende Kontrollmaßnahmen berief, den sowjetischen Vorschlag zurück, ein gegenseitiges Moratorium für Kernexplosionen zu verhängen. Die Sowjetunion verzichtete für eine längere Zeit einseitig auf die Durchführung von Nukleartests und unterstützte die Idee, ein internationales Kontrollsystem anzuwenden, sowie brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, nötigenfalls auch eine Inspektion vor Ort einzusetzen.

Kontrolle mit nationalen Mitteln und auch vor Ort

Als es offensichtlich wurde, daß Kernexplosionen, selbst von einer unbedeutenden Zerstörungskraft, durch moderne seismische Apparatur registriert werden können, erklärte die amerikanische Seite unumwunden, daß sie die Versuche nicht einstellen kann.

Es ist bekannt, daß die Sowjetunion gegen die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen ist. Sie ist der Meinung, daß solange es im Weltraum keine solchen Waffen gibt, das Verbot dieser Waffen leicht zu kontrollieren ist. Indem die amerikanische Seite die Möglichkeiten der Kontrolle leugnet, schlug sie die Idee „offener Labors" vor, wo die Seiten nach Meinung der USA die Entwicklung von Komponenten der Weltraumwaffen verfolgen können. Die Sowjetunion lehnte diesen amerikanischen Vorschlag ab, denn er lief dem Prinzip des Verbots der Schaffung von Weltraumwaffen zuwider. Die sowjetische Seite willigte in die „offenen Labors" nicht etwa zu dem Zweck ein, die Schaffung von Weltraumangriffswaffen zu beobachten, sondern mit dem Ziel, zu kontrollieren, daß die Seiten nicht an der Entwicklung dieser Waffen arbeiten. Und dies paßte den USA nicht ins Konzept, die die Entwicklung der Komponenten des Raketenabwehrsystems fortsetzen. Sie nahmen den sowjetischen Vorschlag nicht an.

Generalmajor Jurij V. Lebedjew (Jahrgang 1925) ist Stellvertretender Chef der von Generaloberst Tschwerwow geleiteten Verwaltung Rechts- und Vertragswesen im Generalstab der sowjetischen Streitkräfte. Generalmajor Lebedjew gehört seit 1981 der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen (Intermediate Nuclear Forces) in Genf an.

Grundlos ist auch die Kritik am Herangehen der UdSSR an das Problem der Kontrolle über die Reduzierung nuklearer Rüstungen, über die in Genf verhandelt wird. Es fanden bereits fünf Runden der Verhandlungen statt. Ungeachtet wiederholter konstruktiver Entwicklung der sowjetischen Vorschläge blieben die USA jedoch auf ihren früheren Positionen, die mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit unvereinbar sind.

Ihr Inhalt richtet sich unverhüllt auf die Erlangung von einseitigen Vorteilen für die USA und die Gefährdung der Sicherheitsinteressen der UdSSR aus. Das bezieht sich sowohl auf die Versuche, das Kräftegleichgewicht zugunsten der USA und der NATO zu stören, als auch auf die Absicht, die Struktur der sowjetischen Nuklearkräfte nach dem Muster der amerikanischen Kräfte umbauen zu lassen. Kein Wunder, daß bei den Verhandlungen einstweilen keine Vereinbarungen erreicht worden sind.

Nichtsdestoweniger besteht die amerikanische Seite auf der Erörterung der Fragen der Kontrolle. Es wäre angebracht zu fragen: Wenn keine Maßnahmen zur Begrenzung oder Reduzierung erarbeitet worden sind, auf was lassen sich dann die Kontrollmaßnahmen anwenden? Die Sowjetunion befürchtet nicht die „Klage", die die Einhaltung der von ihr übernommenen Verpflichtungen betrifft. Sie ist allen internationalen Vereinbarungen treu und nicht minder als die USA, vielleicht ja auch mehr, an einer wirksamen Kontrolle interessiert. Daraus resultiert die Bereitschaft der sowjetischen Seite, die Kontrolle sowohl mit nationalen technischen Mitteln, als auch durch Inspektionen vor Ort zu verwirklichen. Diese Bereitschaft der Sowjetunion kann sich auf reale Vereinbarungen beziehen, wobei ihr Inhalt den notwendigen Kontrollmaßnahmen angemessen sein soll. Was die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen anbelangt, so lassen sich hier die Kontrollmaßnahmen vorläufig auf nichts anwenden, denn es gibt ja keine Vereinbarungen.

Indem die UdSSR für eine radikale Reduzierung strategischer Offensivwaffen unter Verbot der Weltraumangriffswaffen, für die Befreiung Europas von Mittelstreckenraketen eintritt, sieht sie in der Lösung der Fragen der Kontrolle keine unüberwindbaren Hindernisse. Sie ist zu den radikalsten Maßnahmen bereit. Sie ist auch zur Erörterung der Prinzipien der Kontrolle bereit, dabei dürfen aber derartige Erörterungen nicht die Hauptfrage der Verhandlungen ersetzen, vor deren Lösung sich die amerikanische Seite einstweilen bekanntlich drückt, indem sie sich hinter das Problem der Kontrolle versteckt. Die Kontrolle ohne Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Begrenzung von Rüstungen ist sinnlos und kann sich nur in ein Mittel der Aufklärung verwandeln, was eigentlich die USA auch anstreben. Wenden wir uns z. B. Problemen des Verbotes von chemischen Waffen zu. Die Position der USA in dieser Frage besteht darin, nur die staatliche chemische Industrie kontrollierbar zu machen. Das würde aber bedeuten, daß praktisch die ganze chemische Industrie der USA, die sich in den Händen des Privatsektors befindet, für die Kontrolle seitens der UdSSR gesperrt sein würde. Die Sowjetunion tritt dafür ein, daß alle Hintertüren für die Verletzung einer künftigen Konvention geschlossen werden, und besteht in diesem Zusammenhang darauf, daß die Kontrollmaßnahmen, in gleichem Maße sowohl auf die staatliche als auch private Industrie ausgedehnt werden.

In Ergänzung des sowjetischen Programms zur Liquidierung von Massenvernichtungswaffen auf der Erde unterbreiteten die Mitgliedsländer des Warschauer Vertrags bekanntlich ein Programm zur gegenseitigen Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Neben den Maßnahmen zur Kontrolle über den Reduzierungsprozeß selbst wird vorgeschlagen, die militärische Tätigkeit der nach der Reduzierung verbleibenden Truppen zu kontrollieren. Die Kontrolle über die Reduzierung der Streitkräfte, die Vernichtung oder Lagerung der Rüstungen vor Ort konnte nötigenfalls unter Heranziehung der Vertreter einer internationalen beratenden Kommission erfolgen.

Gleiches Maß für fremde und eigene Sicherheit

Werden etwa die erwähnten Kontrollmaßnahmen keine zuverlässige Kontrolle über die Einhaltung der von den Seiten übernommenen Verpflichtungen sichern? Wie sie realisiert sein werden, hängt von der Antwort der NATO auf den Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags ab. Einstweilen bleibt aber eine derartige Antwort aus.

Statt der UdSSR ungenügende Schritte im Bereich der Kontrollmaßnahmen vorzuwerfen, müßten die westlichen Länder an ihre und fremde Sicherheit ein gleiches Maß anlegen. Es ist ungerechtfertigt, zu Maßnahmen zu greifen, die unbegründet nur die eine Seite umfassen würden.

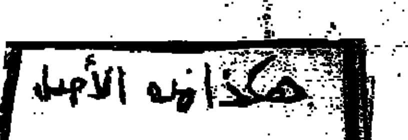
Das trifft auch voll und ganz auf das Prinzip der „Durchsichtigkeit" zu, das die NATO-Länder anwenden, um die Verhandlungen zu blockieren. Bei den Wiener Verhandlungen über gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa forderte der Westen zum Beispiel die Angabe der zahlenmäßigen Stärke, des Charakters ihrer Tätigkeit und die Organisationsstruktur der Streitkräfte der UdSSR, einschließlich der Bataillone und einzelner Kasernen, sowie die „Ausleuchtung" aller Truppen in diesem Raum und der Orte ihrer Dislozierung. Das heißt, auf jegliche „Geheimnisse" zu verzichten. Nach dem Drehbuch der westlichen Länder sollten nicht nur die Truppen in der Reduzierungszone, sondern auch in acht Grenzmilitärbezirken des europäischen Teils der UdSSR sowie auch in Bulgarien, Ungarn und Rumänien kontrolliert werden, die mit dem Raum Mitteleuropas nichts zu tun haben.

Was schlagen also die NATO-Länder dazu vor? Die UdSSR und ihre Verbündeten könnten nach dem Vorschlag des Westens nur jene militärische Tätigkeit der Streitkräfte des Blocks kontrollieren, die in den Grenzen Mitteleuropas betrieben wird. Das Territorium der USA, Kanadas, Großbritanniens und anderer NATO-Länder wird aus dieser Kontrolle natürlich unter dem Vorwand ausgeschlossen, daß der Sowjetunion schon ohnehin alles bekannt sei.

Die angeführten Tatsachen zeugen davon, daß die USA und einige ihrer NATO-Verbündeten absichtlich die Frage der Kontrolle vom Wesen konkreter Verpflichtungen der Seiten zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen lostrennen und sie mit keinen Begrenzungen verbinden wollen, die eine weitere Verstärkung und Verbesserung der Rüstungen zwecks der Erlangung einer militärischen Überlegenheit über die Länder der sozialistischen Gemeinschaft verhindern würden.

Im Politischen Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag sagte Michail Gorbatschow: „Ich möchte auf das Problem der Kontrolle hinweisen, der wir besondere Bedeutung beimessen. Wir haben wiederholt erklärt: Die UdSSR steht für die Kontrolle offen, wir sind daran nicht weniger als die anderen interessiert. Die allumfassende, genaueste Prüfung ist wohl das wichtigste Element des Abrüstungsprozesses."

Diese Worte des führenden Repräsentanten der UdSSR werden von den sowjetischen Delegationen bei der Verhandlung voll realisiert. Wort und Tat sind bei uns also eins.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Liebe und Vorurteile

„Wie das Ausland Deutschland sieht": WELT vom 14. Juli

Mit Signor Ostellinos Fazit, dessen Artikel ich nicht eben berauschend fand, läßt sich leben. Besondere Liebe und „Wertschätzung" sollte man deutscherseits nicht erwarten. Die Ereignisse der Jahre 1943–1945, der Antifaschismus und die Resistenza sind in Deutschland weitgehend unbekannt geblieben. Auch das politische Italien weckt nur dann ein größeres Interesse, wenn, wie Mitte der siebziger Jahre, die Kommunisten unmittelbar vor der Machtergreifung zu stehen schienen. Diese Unkenntnis erklärt, warum sich bei dem periodischen Wiederauftauchen dieser Vergangenheit (Fall Kappler, Reder, Waldheim) die gleiche Tragikomödie der Falschnachrichten, Mißverständnisse, Animositäten und gezielter Instrumentalisierung wiederholt. Die neue deutsche Linke hat ein Gespür für das Gewicht dieser Resistenza-Traditionen entwickelt.

Beide Seiten schleppen noch vielfach die Bleigewichte altvertrauter Vorurteile und Stereotypen mit sich herum: „Spaghetti und Pistolen" als Kriminalitäts- und Mafia-Melodram auf der einen und die bornierten, stiernackigen, „tumben" Deutschen auf der anderen Seite. Nicht ohne Grund erfreut sich die spitze Feder von G. Grosz einer besonderen Beliebtheit in italienischen Zeitungsredaktionen, wenn es darum geht, das historische (und das heutige) Deutschland zu illustrieren. Hier gibt es eine lange Kontinuität der Fehlurteile, vor allem auf seiten der italienischen Linken, die seit 1945, periodisch wiederkehrend, die große Rechtswende, den Triumph des Neonazismus, die autoritäre Gesellschaft in Deutschland erwartete.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein lehrreiches Beispiel ist Ex-Bundeskanzler H. Schmidt. Mitte der siebziger Jahre ein Kritiker der italienischen Mißwirtschaft, hat er sich unter dem Eindruck, mit welcher Zielsicherheit und inneren Gelassenheit Italien das enorme Problem des Terrorismus ohne Schaden für den Rechtsstaat gelöst hat, zu einem Bewunderer der dortigen Improvisationskünste gewandelt. Was wir brauchen, ist eine vertiefte Kenntnis des jeweiligen Gegenüber, ist mehr Sensibilität für die Andersartigkeit des Nachbarn und mehr Toleranz im Umgang mit ihm. Hier hat die Presse eine große, nur allzu oft nicht genutzte Aufgabe.

Für General-Umschauen wie die Ostellinos gibt es hierzulande den spitzig-humorvollen, von Gramsci stammenden Begriff der „piccoli accenni sull' universo" (kleine Randbetrachtungen über das Universum).

Dr. Jens Petersen, Rom

*

Wir sollten von Kindern lernen, die ohne Vorurteile mit Türken, Italienern und Jugoslawen spielen. Nur Erwachsene springen dazwischen, weil sie meinen, sie hätten mit diesen oder jenen ihre „Erfahrungen" gemacht.

Ursula Küsters
Schülerin der 9. Klasse der Ursulinerschule, Köln

Gäste aus USA

„Verläßt uns Amerika?": WELT vom 28. Juli

Peter von Zahn schreibt, daß die Amerikaner ungebetene Gäste in der Pfalz seien. Als *im Moment* in den USA lebender Kaiserslauterer, der mit den Stationierungsstreitkräften groß geworden ist, erlaube ich mir einige Aussagen zu machen, die sicherlich identisch sind mit Denkweisen der „schweigenden Mehrheit" der Pfälzer, *die die Amerikaner nicht* als ungebetene Gäste, sondern als willkommene Garanten unserer Freiheit betrachten.

So pflegt die Stadt Kaiserslautern eine intensive Partnerschaft mit der Stadt Davenport im amerikanischen Bundesstaat Iowa und hat der Landkreis Kaiserslautern enge Beziehungen zum Landkreis Lancaster in Pennsylvanien. Dieser ist weltbekannt als Heimstätte der „Pennsylvania Dutch" oder „Amish". Darüber hinaus ist das Interesse an der Aufgabe der US-Soldaten ungebrochen groß. Dies zeigt sich, wenn die Tore des großen Flughafens Ramstein geöffnet werden und Hunderttausende sich die Technologie anschauen, die unsere Verteidigung sichert.

Bernd Fischer, Larchmont, New York

Wort des Tages

„Genug ist Überfluß für den Weisen."

Euripides, griechischer Tragiker (484–406 v. Chr.)

Ursachen lösen

„Gemeinden und Asylanten"; WELT vom 5. August

Herr Löffert, Bürgermeister von Rüsselsheim, meint, man könne das Asylantenproblem lösen, wenn Europa und die USA sich bemühten, „die Ursachen der Fluchtbewegung zu beseitigen". Na, dann „beseitigt" man schön! Die hilflos auf dem Meere treibenden „Boat people" kann man wohl nicht vergleichen mit den Hunderten, die mit Flugzeugen und S-Bahn sicher in den Westen gebracht werden.

Mit freundlichem Gruß
Gerda Förster, Hamburg 65

„Verläppert"?

„Dormagen ist überall"; WELT vom 29. Juli

Der Artikel enthält gelinde formuliert eine Unrichtigkeit, auf die ich als seinerzeitiger Pressesprecher der CDU in NRW aufmerksam machen muß. Das Volksbegehren gegen die Kooperative Schule von 1978 ging von der CDU aus und wurde von ihr erfolgreich zum Abschluß gebracht. Auch die Bürgeraktion Schule war von der CDU initiiert. Durch sie sollte das Volksbegehren einen überparteilichen Charakter bekommen. Dies ist gelungen.

Ausweislich der Presseveröffentlichungen und der Plenarprotokolle seit Juli 1977 war dieses Volksbegehren das ureigenste Anliegen der CDU, und das Ergebnis war die Verhinderung der Kooperativen Schule. Es bleibt unerfindlich, wie der Autor zu dem Ergebnis kommen kann, die CDU sei auf den Zug aufgesprungen und habe den sensationellen Erfolg verläppert.

Friedhelm Geraedts, Düsseldorf

Personen

MUSIK

Im Rahmen des Schleswig-Holstein Musik Festivals geben die „Tschaikowsky-Preis"-Gewinner 1986 **Raphael Oleg** (Geige) und **Barry Douglas** (Klavier) am Mittwoch in Neumünster ihr Deutschlanddebüt. Ursprünglich war dies bei einem Auftritt mit **Herbert von Karajan** in Berlin geplant. Der alle vier Jahre in Moskau ausgetragene Tschaikowsky-Wettbewerb gilt als weltweit bedeutendstes Forum für Nachwuchsmusiker. Oleg und Douglas spielen am Abend in der Holstenhalle Werke von Tschaikowsky.

EHRUNG

Dr. **Konrad Reinhart**, Privatdozent an der Klinik für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin im Universitätsklinikum Steglitz in Berlin, ist auf dem 15. Jahrestreffen der Society of Critical Care Medicine in Washington mit dem Preis für die beste klinische Studie ausgezeichnet worden. Bei dem Treffen, das die weltweit bedeutendste Veranstaltung für Intensivmediziner darstellt, waren insgesamt 186 Arbeiten vorgelegt worden. Die Studie von Dr. Reinhart betrifft den Einfluß verschiedener Narkoseverfahren auf die für Risikopatienten besonders *kritische Aufwach- und Aufwärmphase.*

KIRCHE

Pater **Rolf-Dietrich Pfahl** (46), Provinzial der Norddeutschen Ordensprovinz *der Jesuiten, ist mit* Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Rektor der Jesuiten-Niederlassung Frankfurt-St. Georgen ernannt worden. Pfahl wird die Nachfolge von Jesuitenpater **Rainer Koltermann** (55) antreten.

VERANSTALTUNG

Mit einem großen Empfang in der Bad Godesberger Redoute am 29. September will die FDP den 65. Geburtstag ihres Fraktionsvorsitzenden **Wolfgang Mischnick** feiern.



Wolfgang Mischnick

Eingeladen haben FDP-Chef **Martin Bangemann**, der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. **Wolfgang Gerhardt**, und der Vorstand der FDP-Fraktion im *Deutschen Bundestag mit* **Hans-Günter Hoppe, Uwe Ronneburger** und Dr. **Hermann Otto Solms**. Der Dresdner Mischnick, der 1948 nach Westdeutschland flüchtete, bald danach Chef der Deutschen Jungdemokraten wurde und später Landes*vorsitzender der FDP Hessen, hat* einmal in seiner politischen Laufbahn ein Ministeramt ausgeübt. Von 1961 bis 1963 war er Vertriebenenminister. Mischnick gilt als ruhender Pol in seiner Partei. Er ist aber auch der Mann, der hinter den Kulissen geschickt alle Fäden zieht. Gratulanten hat Wolfgang Mischnick in*zwischen gebeten, keine Geschenke* mit- zubringen. Sie sollen lieber zugunsten der Deutschen Sporthilfe und des Allergiker- und Asthmatikerbundes etwas spenden.

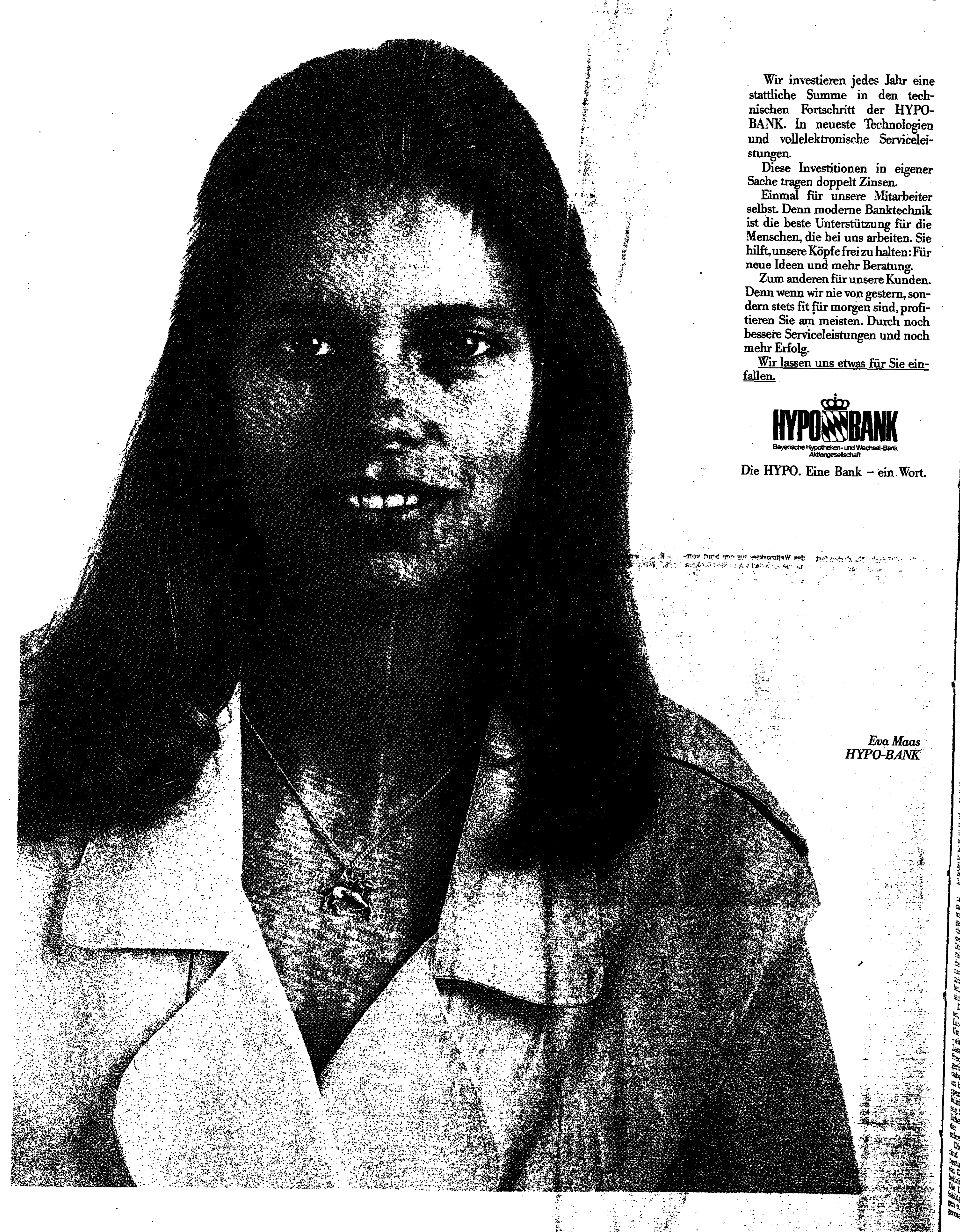
GESTORBEN

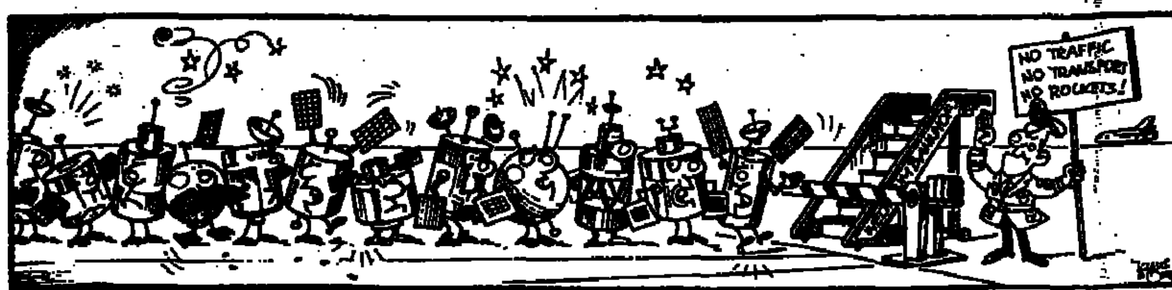
Der Patriarch der rumänisch-orthodoxen Kirche, **Justin**, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Patriarch Justin, seit 1977 Oberhaupt der zweitgrößten orthodoxen Glaubensgemeinschaft der Welt, war als ausgezeichneter Theologe bekannt. Die politische Haltung des 1910 in Cindesti geborenen Patriarchen war jedoch außerordentlich umstritten. Während er von der Partei wegen seines „Patriotismus" und seiner „harmonischen Einstellung" zum „Neuen Rumänien" *hochgelobt* wurde, stand er gleichzeitig im Verdacht, mit der rumänischen Geheimpolizei zusammengearbeitet zu haben und für die Verhaftung von Priestern und Ordensleuten verantwortlich gewesen zu sein.

*

Im Alter von 77 Jahren ist im belgischen Louvain **Joseph „Poeske" Scherens** gestorben, in den 30er Jahren der überragende Rad-Sprinter der Welt. Scherens gewann von 1931 bis 1947 bei Weltmeisterschaften *allein sieben Goldmedaillen.* 15mal war er belgischer Meister.

Die Zukunft ist teuer. Aber sie ist ihr Geld wert.





ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wenn künstliche Himmels-Boten auf der Erde eingemottet werden

Der aufgelaufene Satelliten-Stau kann in den nächsten Jahren nicht abgebaut werden

Von ANATOL JOHANSEN

Ganz soweit, wie der frühere Astronaut Jim Irwin wird man bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation der amerikanischen Raumfahrt wohl kaum gehen wollen. Der heute 56jährige Irwin, der im Juli 1971 als achter amerikanischer Astronaut den Mond betrat und bald darauf Pfarrer der Baptisten wurde, meinte nach dem „Challenger"-Absturz: „Es sieht so aus, als halte Gott Gericht über die Vereinigten Staaten."

Doch auch wenn man den religiösen Bezug einmal außer acht läßt, ist die amerikanische Luft- und Raumfahrtbehörde Nasa in einer sehr bitteren Lage. Nachdem sie anfänglich gehofft hatte, im Juli 1987 die Flüge wieder aufnehmen zu können, zeigt sich jetzt, daß dieses Datum auf jeden Fall auf 1988 verrutschen wird.

Die finanziellen Verluste der Nasa sind inzwischen enorm. Sie berechnet heute für Start und Flug eines Raumtransporters 71 Millionen Dollar, ab 1988 war ein Preis von 74 Millionen Dollar vorgesehen. 15 Flüge, deren Einnahmen fest verplant waren, fallen allein in diesem Jahr aus.

Den 16 ursprünglich für das kommende Jahr geplanten Starts geht es nicht besser. Ob überhaupt und wann man gegebenenfalls 1988 abheben wird, bleibt gegenwärtig auch noch offen.

Das Sicherheitsinteresse hat eindeutigen Vorrang

Rund gerechnet kann man also davon ausgehen, daß fast 50 Shuttle-Flüge ausfallen werden und damit natürlich auch die Einnahme ihrer Startgebühren. Allein das amerikanische Verteidigungsministerium hatte jedoch bis Ende 1988 22 Raumfährenflüge für militärische Nutzlasten fest gebucht. All diese geplanten Missionen haben aus nationalem Sicherheitsinteresse Vorrang, das heißt wenn die Shuttle-Flotte wieder als einsetzbar erklärt wird, dann müssen erst einmal knapp zwei Dutzend militärischer Missionen erledigt werden.

Mit anderen Worten: In diesem Jahrzehnt werden kommerzielle Satelliten an Bord des Shuttle kaum noch eine Chance haben. Und auch danach sieht es nicht viel besser aus: Präsident Ronald Reagan ließ bereits durchblicken, daß er es für besser hält, wenn kommerzielle Satelliten auch von kommerziellen Firmen gestartet werden. Die Weltraumbehörde sollte ihre Aktivitäten eher auf wissenschaftliche und militärische Belange konzentrieren.

Und so fragt man sich jetzt immer öfter, was all die neuen Kommunikationstechnologien nützen, wenn Sie in der geostätionären Umlaufbahn nicht zum Einsatz gebracht werden können. Werden wir in einigen Jahren nicht mehr drahtlos telefonieren können? Müssen wir Abschied vom Rundfunk- und TV-Sendungen via Satellit nehmen? Zahlreiche Fernmeldeorganisationen sehen schwarz, zumal kein Ersatz für „ausgebrannte" Satelliten in Sicht ist.

Inzwischen wartet die Nasa seit Monaten darauf, daß Reagan grünes Licht für den Ersatz der explodierten *„Challenger" gibt.* Eine neue Raumfähre aber würde rund drei Milliarden Dollar kosten, die von der Nasa aus ihrem laufenden Budget nicht aufgebracht werden können. Der jährliche Nasa-Haushalt beträgt etwa sieben Millarden Dollar, ist aber weitgehend für Personalkosten und diverse festgeschriebene Projekte eingeplant.

Zur Zeit weiß niemand, woher angesichts der angespannten Finanzlage und des Rekorddefizits des amerikanischen Haushalts zusätzliche Weltraum-Milliarden herkommen sollen. Damit steht eines fest: Der bei der Nasa aufgelaufene Satelliten-Stau kann von ihr selbst in den nächsten Jahren nicht abgearbeitet werden.

So machen sich derzeit andere daran, verstärkt in das Weltraum-Geschäft einzusteigen. Schon vor der „Challenger"-Katastrophe hatte zum Beispiel die europäische Raketen-Organisation Arianespace 50 Prozent des Weltmarktes für den Start kommerzieller Satelliten an sich gezogen.

Danach buchten mehrere Nasa-Kunden vom Shuttle auf die Ariane um. Bis heute hat die Gesellschaft insgesamt 50 Verträge für den Start von Satelliten unterzeichnet. Derzeit umfaßt ihr Auftragsbuch noch 33 Satelliten-Starts.

Zwar hat auch die Ariane bei ihrem letzten Start am 30. Mai dieses Jahres das Klassenziel nicht erreicht. Sie mußte gesprengt werden, weil ihre dritte Stufe nicht zündete. Doch erwartet man hier keine größere Verzögerung und glaubt, im Februar 1987 wieder starten zu können.

Inzwischen drängen neue Anbieter auf den Markt. Die Chinesen haben Verträge mit dem amerikanischen Unternehmen Teresat Inc. und mit Schweden für den Start von insgesamt drei Satelliten auf der Rakete „Langer Marsch" unterzeichnet.

Dabei hat Peking eine Ankündigung wahr gemacht und die Startpreise der Europäer und Amerikaner – die je nach Satellit zwischen etwa 25 und 35 Millionen Dollar schwanken – beträchtlich unterboten.

Japans Weltraum-Einstieg ist nur eine Frage der Zeit

Wenn auch keine genauen Zahlen vorgelegt werden, so heißt es doch, daß etwa die Schweden nur zehn Millionen Dollar für den Start ihres Fernmeldesatelliten „Mailstar" zahlen sollen. Inzwischen hat auch Brasilien ein Abkommen mit China unterschrieben, das den Start eines brasilianischen Erderkundungssatelliten auf einer chinesischen Rakete vorsieht.

Auf das sowjetische Angebot, ebenfalls Satelliten dritter Länder zu starten, ist zwar bislang außerhalb des Ostblocks noch niemand eingegangen. Doch wird dagegen sicher Japan in Sachen Weltraumgeschäft nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Japaner sind bereits dabei, eine Rakete zu entwickeln, die der europäischen Ariane durchaus ebenbürtig ist. Eine schwächere Version, „H-1", die etwa eine Tonne Nutzlast auf eine geostationäre Umlaufbahn in 36 000 km Höhe bringen kann, soll noch im August 1986 starten.

Eine weiterentwickelte Version, die „H-2", für zwei Tonnen Nutzlast wird 1992 fliegen. Und wenn die technologische Führungsmacht des Fernen Ostens in Sachen Raumfahrt genauso zuverlässig und kostengünstig arbeiten wird wie in anderen Bereichen, so wird man sich sowohl bei der Nasa als auch bei der Arianespace in nicht allzu ferner Zukunft noch vor Verwunderung die Augen reiben.

Massenspeicher schreiben jetzt mit Laser-Licht

D. T. Bonn

Ein entscheidener Schritt hin zu einem optischen Speicherverfahren mit extrem hoher Datendichte ist Wissenschaftlern der IBM-Laboratorien in San José (Kalifornien) gelungen. Die von Ihnen entdeckten „Photon-geschalteten" Stoffe ermöglichen es, gespeicherte Daten zu schreiben, zu lesen und zu löschen.

Zur Speicherung der Daten dienen Tausende von unterschiedlichen Laserfarben bzw. Frequenzen. Bis zu 15,5 Milliarden Zeichen pro Quadratzentimeter – so die Ingenieure – sollen gespeichert werden. Das wäre die höchste Dichte, die jemals mit einem Speichermedium, das die Funktionen Schreiben, Lesen und Löschen zuläßt, erreicht worden ist.

Die Photon-geschalteten Moleküle sind in einem Trägermaterial gleichmäßig verteilt und auf die Temperatur des flüssigen Heliums (-270° C) gekühlt. Man konnte sowohl anorganische als auch organische Stoffe mit diesen Eigenschaften nachweisen. Die anorganischen Verbindungen bestehen aus Alkalifluorid-Kristallen, die Ionen aus der Gruppe der „Seltenen Erden" enthalten, die organischen bestehen aus Carbazolmolekülen, die in einer Glasmatrix aus Borsäure eingebaut sind.

Die Stoffe heißen Photon-geschaltet, weil zum Schreiben der Daten Laserlichtquellen verwendet werden. Um die kleinste Informationseinheit – ein Bit – zu schreiben, werden zwei Laserstrahlen von unterschiedlicher Frequenz auf eine Stelle des Materials gerichtet. Ein erster Strahl „erregt" dabei eine kleine Zahl von Molekülen im belichteten Bereich, die für eine spezifische Farbe dieses Lasers sensibilisiert ist. Ein zweiter Strahl, der sog. Schaltstrahl, liefert genug zusätzliche Energie, um durch „Bleichen" der erregten *Moleküle* ein *Bit zu* schreiben.

Die extrem hohen Datendichten sind möglich, weil mehrere Tausend bestimmter Gruppen, von denen jede ein Datenbit darstellt, in demselben belichteten Bereich vorhanden sind. Die Unterschiede zwischen den Molekülgruppen werden durch Dehnungen und Unregelmäßigkeiten im Trägermaterial verursacht.

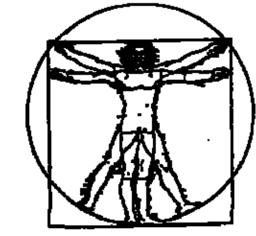
NOTIZEN

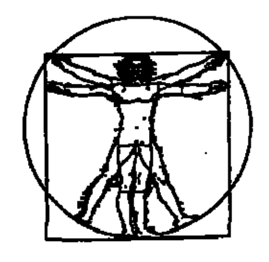
Leben auf dem Rücken

Moskau (Reuter) – Wie die sowjetische Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda" gestern berichtete, liegen seit dem Frühjahr zehn Freiwillige Tag und Nacht für die Dauer eines Jahres flach auf ihrem Rükken. Das Experiment soll Wissenschaftlern Aufschlüsse über die Folgen von Bewegungsmangel im Allgemeinen als auch bei langwierigen Raumflügen geben. Die Freiwilligen liegen in einem Raum und dürfen nur lesen, Musik hören und sich unterhalten.

Sternschnuppen-Schauer

Gainesville/Florida (AP) – Nach Angaben von Astronomen der Universität von Florida in Gainesville





wird der alljährliche Meteorschauer der Perseiden heute abend seinen Höhepunkt erreichen. Die Himmelsbeobachter rechnen mit bis zu 65 „Sternschnuppen" in der Stunde. „Das wird der schönste Meteorschauer des Jahres werden", erklärte der Astronom Alex Smith. Die Meteore der Perseiden sind berühmt für ihre langen, hell strahlenden Schweife und rasen mit 60 Kilometern pro Sekunde durch die irdische Lufthülle.

Süßen ohne Reue

Darmstadt (DW.) – Noch in diesem Jahre wird es auch in der Bundesrepublik Süßwaren geben, auf deren Verpackung ein „Zahnmännchen mit Schirm" zu sehen ist: dem Markenzeichen für zahnfreundliche, mit Zuckerersatzstoffen gesüßten „Sweeties". Dabei gelten solche Produkte als zahnfreundlich, die keinen Abfall des pH-Wertes unter 5,7 bis 30 Minuten nach ihrem Verzehr in den Zahnbelägen verursachen.

Justitia wird auf Knopfdruck abrufbar

wat. Bonn

Jahr für Jahr gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 1,8 Millionen neue Zivilprozesse. Damit verbunden ist nicht nur eine zunehmende Arbeitsbelastung der Richter, sondern auch eine für den rechtsuchenden Bürger übermäßig lange Verfahrensdauer. Rechts-Statistiken, die für Juristen, Politiker und Wissenschaftler eine wichtige Arbeitsgrundlage darstellen, stehen meist nur mit großer Verspätung zur Verfügung.

Abhilfe verspricht hierbei jetzt der Einsatz der Informationstechnik. Ein von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung entwickeltes Justiz-Statistik-Informationssystem – JUSTIS genannt – ist jetzt dem Bundesminister der Justiz übergeben worden.

JUSTIS zeigt beispielsweise in Sekundenschnelle auf, in welchen Gerichtsbezirken pro Kopf der Bevölkerung dreimal häufiger prozessiert wird als in anderen Teilen der Bundesrepublik, oder, daß die Verfahren in einem Bundesland durchschnittlich nach drei Monaten abgeschlossen sind, während sie in einem anderen mehr als fünf Monate dauern.

Im neuen Informationssystem sind die Daten von über 27 Millionen Zivilverfahren seit 1971 gespeichert, ergänzt um andere justizbezogene Daten wie etwa die Personalstärke der Gerichte und die Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte.

Damit kann eine Fülle rechtspolitisch wichtiger Fragen gestellt werden, zum Beispiel, welche Konstellationen von Kläger und Beklagtem (Firma gegen Privatperson, usw.) treten in den Prozessen auf, und worum geht der Streit? Wieviel Verhandlungstermine benötigen die Gerichte in den verschiedenen Fällen? Welche Seite gewinnt häufiger den Prozeß? *Wie oft wird eine zweite oder gar dritte* Instanz angerufen?

Die Antwort bringt meist schon der einfache Zugriff auf eine der abrufbereiten Standardtabellen (bisher schon über 350 000) auf den Bildschirm. Für individuelle Fragestellungen ist die Einzelauswertung des Datenmaterials – das übrigens anonymisiert ist und keine Namen enthält – mit statistischen Methoden möglich.

STAND●PUNKT / *Krise in einer fast geschlossenen Männerwelt*

Das Weltmeisterschaftsjahr der Reiterei bleibt das Jahr der Frauen. Im australischen Gawler wurde die Engländerin Virginia Leng Military-Weltmeisterin vor vier weiteren Amazonen. In Aachen gewann die Kanadierin Gail Greenough als erste Frau die WM im Springreiten. Im kanadischen Cedar Valley trug sich jetzt die Dänin Anne Grethe Jensen als dritte Frau in die Liste der Dressur-Weltmeister ein. Und schließlich wird Prinzessin Anne im Dezember Präsidentin der *Internationalen Reiterlichen Vereinigung* (FEI). Das Jahr der Frauen war allerdings auch das Jahr bitterer Niederlagen der deutschen Reiter. Und wären nicht die Dressurreiter wieder Mannschafts-Weltmeister, wäre nicht Johann Hinnemann Dritter des Einzelwettbewerbes geworden – *die Bilanz '86 fiele miserabel* aus. Solange Medaillen im Pferdesport vergeben werden, waren deutsche Spring- und Vielseitigkeitsreiter bei Weltmeisterschaften noch nie medaillenlos – 1986 war ein negatives Novum.

Lag's daran, daß es hierzulande kaum wirklich starke Springreiterinnen gibt? Und nur ein paar erstklassige Military-Reiterinnen wie Bettina Overesch, die in Australien sehr fehlte, oder Monika Autmaring? Der Widerspruch liegt auf der Hand. In Deutschland gibt es weit mehr *jugendliche Reiterinnen* als jugendliche Reiter, weit mehr als in den meisten Ländern der Welt. Doch Reiterei hierzulande ist nach wie vor eine fast geschlossene Männerwelt. Die wenigen Sponsoren stellen ihre guten Pferde normalerweise talentierten Reitern zur Verfügung; jüngere Reiterinnen haben es schwerer, einen Mäzen zu finden. Das reicht bis in die Führung der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN), die sich schwer tat, wenn es um die Förderung der Amazonen ging.

Insofern ist die deutsche Bilanz dieses Sommers zwischen den Olympischen Spielen von Los Angeles und Seoul auch symptomatisch: Seit die Frauen in der Reiterei das Sagen haben, haben die Männer das Siegen fast verlernt.

KARL MORGENSTERN

NACHRICHTEN

Martina Koch auf Rang elf

München (GAB) – Die Berufsgolferin Liselotte Neumann (Schweden) gewann die Offene Deutsche Damen-Meisterschaft in Olching bei München mit 282 Schlägen. Die 20jährige erhielt 23 600 Mark. Beste Deutsche war *Martina Koch (Hannover) als* Elfte mit 292 Schlägen. Die 20jährige Amateur-Europameisterin mußte am neunten Loch zwei Strafschläge wegen eines Fehlers im Wasserhindernis hinnehmen.

„Fußballer des Jahres"

Berlin (dpa) – René Müller, 27jähriger Torwart von Pokalsieger 1. FC Lokomotive Leipzig und Kapitän der Fußball-Auswahl der „DDR", wurde zum „Fußballer des Jahres" in der „DDR" gewählt.

Attila Kovacs begnadigt

Budapest (sid) – Ungarns Fußballverband hat den 1984 wegen Bestechlichkeit für vier Jahre gesperrten Torwart Attila Kovacs (früher CS Csepel) begnadigt. Er darf in der neuen Saison bei Vasa Budapest spielen.

Vierte Niederlage

Koblenz (dpa) – Das deutsche Volleyball-Nationalteam der Frauen verlor auch das letzte von vier Weltmeisterschafts-Vorbereitungsspielen gegen *die UdSSR mit 0:3 (12:15, 6:15,* 6:15).

ZAHLEN

GOLF

Offene Deutsche Damen-Meisterschaft in Olching. Endstand (Standard/Par 72): 1. Neumann (Schweden) 71+72+72+67=282 Schläge, 2. Nicolas (England) 73+73+68+70=284, 3. Conley (USA) 73+73+69+70=285 und Stewart (Schottland) 75+67+71+72=285, 5. Dowling 77+71+69+70=287, 6. Davies (beide England) 68+78+74+68=288, ... 11. Koch 71+75+71+75=292, ... 21. Helbig *(beide Deutschland)* 74+75+74+73 =296.

MODERNER FÜNFKAMPF

WM in Montecatini/Italien, Endstand, Einzelwertung: 1. Starostin (UdSSR) 5562 Punkte, 2. Massullo 5463, 3. Masala (beide Italien) 5439, 4. Dobi (Ungarn) 5404, ... 13. Scharf 5196, ... 20. Kreher 5017, ... 55. Marsollek (alle Deutschland) 5196.

TENNIS

Bundesliga, 6. Spieltag, Gruppe 1: Bamberg – Stuttgart 5:4, RW Berlin – Neuss 3:6, Mannheim – Hamburg 6:3. – Gruppe 2: Leverkusen – Großhesselohe 4:5, München – Karlsruhe-Rüppurr 5:4, Hannover – Amberg 7:2. – **Internationales Turnier** *in Stratton Mountain,* Finale: Lendl (CSSR) – Becker (Deutschland) 6:4, 7:6. – **Internationales Turnier** der Damen in Montreal, Finale: Sukova (CSSR) – Shriver (USA) 6:2, 7:5.

VOLLEYBALL

Länderspiel, Frauen in Koblenz: Deutschland – UdSSR 0:3.

FUSSBALL

Turnier in Eindhoven, Finale: Gremio Porto Alegre – M'gladbach 2:1 (2:0).

REITEN

WM der Dressur in Toronto, Endstand, Einzelwertung: 1. Jensen (Dänemark) Marzog 1447 Punkte, 2. Stükkelberger (Schweiz) Gauguin de Lully 1418, 3. Hinnemann mit Ideaal 1387, 4. Klimke auf Pascal 1381, ... 8. Capellmann auf Ampere 1339, ... 12. Krug (alle Deutschland) Dukat 1277.

EISHOCKEY

Wurmberg-Pokal: Frankfurt – ZSKA Moskau 3:13, Düsseldorf – Polen 2:5.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 8, 30, 31, 39, 45, Zusatzspiel: 44. – **Rennquintett:** Rennen A: 11, 3, 8. – Rennen B: 21, 30, 35. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Der Weltranglisten-Erste besiegte deutschen Wimbledonsieger

Boris Becker ließ zuviel Kraft gegen McEnroe – Lendl stark konzentriert

sid/dpa, **Stratton Mountain**

„Gegen Curren waren es zwei, gegen McEnroe vier, ob ich auch sechs Matchbälle abwehren kann?" fragte Boris Becker beim Seitenwechsel im Tiebreak des zweiten Satzes trotz eines desolaten 0:6-Rückstands schelmisch Ivan Lendl. „Geh' lieber rüber, sonst kriegst Du noch einen Strafpunkt, und dann ist alles vorbei", lachte der tschechoslowakische Weltranglisten-Erste. Zwanzig Sekunden später war nach einem der vielen Rückhandfehler des Wimbledonsiegers dann wirklich alles vorbei.

Der 26 Jahre alte Ostrauer gewann das Endspiel in Stratton Mountain mit 6:4, 7:6 (7:0) gegen den acht Jahre jüngeren Leimener und nahm damit Revanche für die beiden einzigen Niederlagen in sieben Zusammentreffen, die er in diesem Jahr in Chicago und Wimbledon gegen die Nummer drei sogar ohne Satzgewinn hinnehmen mußte.

Nutzten die Regenpause zu einem Plausch: Boris Becker (rechts) und Ivan Lendl, der auch kumpelhaft sein kann. FOTO: AP

Auf demselben Bodenbelag (Deco-Turf II), auf dem Lendl vom 25. August bis 7. September seinen US-Open-Titel in Flushing Meadow verteidigen muß, hatte der Masters-Gewinner genau das, was dem Deutschen an diesem Tag fehlte: absolute Konzentrationsfähigkeit und hundertprozentigen Siegeswillen. „Das Halbfinale gegen McEnroe hat Substanz gekostet", versuchte Boris Bekker die unverständlich hohe Quote *von leichten Fehlern zu erklären.* „als ich heute Morgen aufstand, dachte ich zunächst: Mein Gott, Du bist ja immer noch im Turnier, war das gestern etwa nicht das Finale."

Und als Kompliment an seinen großen Gegner: „Ich habe mich nicht mehr *hundertprozentig für das Match* motivieren können, so sehr ich mich bemüht habe. Und um Ivan zu schlagen, muß man hundertzehnprozentig motiviert sein." Die beiden Finalisten hatten in dem ständig von Regen unterbrochenen Turnier an den beiden letzten Tagen je vier Matches bestreiten müssen.

Lendl schraubte mit den 40 000 der insgesamt 315 000 Dollar Preisgelder (Becker erhielt 20 000) seine diesjährige Prämiensumme auf 713 663 Dollar und überschritt als erster Mann in der Tennisszene die Neun-Millionen-Dollar-Grenze, die die inzwischen bei mehr als zehn Millionen liegende Martina Navratilova (USA) bereits Anfang des Jahres passiert hatte.

„Es war ein anderer Tag, ein anderes Match, ein anderer Belag, der mir natürlich besser lag als der Rasen in Wimbledon", sagte ein gelöst lächelnder Lendl in der Pressekonferenz, „es ist immer schön, zu gewinnen, und *gegen Becker ist das sogar etwas* besonderes. Ich muß nur aufpassen, daß ich meinen Leistungsgipfel nicht zu früh erreiche, denn ich möchte nur allzu gern die US-Open erneut gewinnen."

Was für Becker der Grasboden von Wimbledon ist, ist für Lendl der Hartplatzboden in den USA. Becker kann sein Serve- und Volleyspiel nur auf dem schnellen Untergrund erfolgreich durchsetzen. Auf dem etwas langsameren Hartplatzboden ist der Grundlinienspieler Lendl, der viele Volleys von Becker noch zu erlaufen vermochte, im Vorteil. Lendl: „In Wimbledon gibt es kaum ein Rezept gegen seinen Aufschlag. Auf Hartplatzboden kann ich ihn zurückbringen." Becker: „Auf Hartplätzen muß man mehr für einen Punkt arbeiten. Es kommt auf die richtige Dosierung zwischen Angriffs- und Distanzspiel an. Da ist mir Ivan noch ein bißchen überlegen."

Mit dem US-Linkshänder Tim Wilkison schied Boris Becker anschließend im Viertelfinale des Doppels mit 7:5, 4:6, 3:6 gegen die Boca-Raton-Gewinner Brad Gilbert/Vince van Patten (USA) aus.

FUSSBALL

Homburg plagen Personalprobleme

sid, **Frankfurt**

Mit einer Sondergenehmigung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) sollen der Uerdinger Wolfgang Schäfer und der Hannoveraner Roman Geschlecht heute abend im vorgezogenen Bundesligaspiel gegen den VfB Stuttgart für ihren neuen Klub FC Homburg starten können. Nach seinem 0:2-Fehlstart am Wochenende gegen Uerdingen hatte Aufsteiger Homburg die Spieler kurz entschlossen für insgesamt 900 000 Mark gekauft. Doch erst morgen können beide auf der neuen Transferliste erscheinen. „Wir prüfen, ob es sich um eine vertretbare Ausnahme handelt", sagte DFB-Liga-Sekretär Straub.

Bei einer Ablehnung würden Homburgs Trainer Fritz Fuchs schon Personalsorgen plagen. Kapitän Mörsdorf, Hentrich und Müller sind verletzt, Jimmy Hartwig ist noch nicht völlig fit. Stuttgarts Trainer Egon Coordes kann dagegen die gleiche Elf nominieren, die beim 2:3 in Mannheim eine gute Leistung bot.

SCHACH

Prawda greift Kortschnoi an

dpa, **Moskau**

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat dem ehemaligen Schach-Großmeister Viktor Kortschnoi vorgeworfen, die Atmosphäre bei der in London stattfindenden Schach-Weltmeisterschaft vergiften zu wollen und in eine Sprache des Antisowjetismus zu verfallen.

In der Zeitung hieß es, die Spielsituation sei freundschaftlich, aber es gebe in London „Spezialisten", die die Atmosphäre vergiften und zu einem *Dialog von der Sprache des* Schachs zu einer Sprache des Antisowjetismus übergehen wollten. Kortschnoi lebt seit 1976 im Westen. Er hatte bei der Schach-Weltmeisterschaft 1981 gegen den Ex-Weltmeister Karpow (UdSSR) verloren. Kortschnoi habe versucht, auf einer Pressekonferenz einen Skandal zu provozieren. „Ganz allgemein rufen die Erfolge der Sowjetunion auf beliebigen Gebieten nach wie vor bei bestimmten Kreisen und ihren Vertretern einen Ausbruch von Hysterie hervor."

WERDER BREMEN

Noch immer Prämien-Streit

dpa, **Bremen**

Beim Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen hängt weiterhin der Haussegen schief. Auch zwei Tage, nachdem die Profispieler um Mannschaftsführer Benno Möhlmann nach dem 5:3 über Nürnberg ihre Kritik an der Prämienregelung des Präsidiums deutlich machten, gibt es keine Annäherung zwischen Vereinsführung und Mannschaft. „Die Spieler sollen nicht nur von der Höhe der Prämien reden", sagte Manager Willi Lembke, „sondern von ihrem Gesamteinkommen, das durch Verträge abgesichert ist. Dabei liegen sie durchaus in der Spitzengruppe der Liga."

Die Bremer erhalten pro Punkt 1250 Mark, sofern sie auf Platz eins bis vier der Tabelle stehen. Bei schlechterem sportlichen Abschneiden können sich die Prämien auf 1000 und 750 verringern. Zum Vergleich: Bayern München zahlt bei einem Heimsieg 3000, bei einem Auswärtssieg 4000 Mark, unabhängig vom Tabellenstand.

Wird der Sieger McLaren zum großen Verlierer?

dpa, **Budapest**

Als nach zwei Stunden beim Großen Preis von Ungarn die Zielflagge fiel, da war der Sieg von Nelson Piquet nur Nebensache. Die Ungarn hatten der Welt gezeigt, was sie leisten können. Sie organisierten einen Formel-1-Grand-Prix der Superlative, ein automobiles Volksfest mit 200 000 Zuschauern.

Ex-Weltmeister Niki Lauda aus Österreich faßte das turbulente Wochenende, das der Formel 1 mehr Publicity brachte als der Rest dieser Saison, auf seine Art zusammen: „Eine tolle *Rennstrecke* und *eine* perfekte Organisation. Da sollten sich andere Veranstalter 'mal ein Beispiel nehmen." Auch der Brasilianer Piquet zollte Respekt: „Wenn man bedenkt, daß sie überhaupt keine Erfahrung mit der Formel 1 hatten, haben sie Großes geleistet."

Im Kampf um den WM-Titel brachte Piquets 16. Grand-Prix-Sieg die Spannung zurück. Fünf Rennen vor Saisonende liegt das Quartett Nigel Mansell (55), Ayrton Senna (48), Nelson Piquet (47) und Alain Prost (44) nur elf Punkte auseinander. Von den vier Titelaspiranten hat Weltmeister Prost die schlechteste Ausgangsposition. Bei seinen Gegnern ist die sportliche Zukunft bereits gesichert. Piquet, Mansell (beide Williams-Honda) und Senna (Lotus-Renault) sitzen fest in ihren Cockpits, die Motorenfrage für 1987 ist geklärt.

Bei McLaren, dem Erfolgs-Rennstall der letzten zwei Jahre, weiß niemand, wie es weitergeht. Alles hängt von der Entscheidung des TAG-Chefs Mansour Ojjeh ab. Einiges spricht dafür, daß die Araber den Porsche-Motorenauftrag kündigen. Ojjeh sagte schon beim Großen Preis von Frankreich: „Die Japaner betreiben einen Aufwand, da können wir nicht mehr mithalten."

Zweiter Schwachpunkt im Team ist McLaren-Chef Ron Dennis. Er fühlt sich in seiner Eitelkeit verletzt, weil die Konkurrenz ihre Motoren gratis bekommt, während er die Porsche-Turbos bezahlen muß. Renault hat dem McLaren-Direktor nun einen Vertrag angeboten, der ihm ins Konzept passen würde: Die Motoren sind umsonst, zusätzlich würde ein ansehnlicher Betrag auf McLarens Sponsorenkonto fließen. Renault: „Entweder wir bekommen McLaren, oder wir hören auf." Eine Entscheidung soll bereits nächste Woche in Zeltweg fallen.

So lange muß sich auch noch Alain Prost gedulden. Gerüchte über seine Abwanderungsgelüste zu Ferrari dementierte der Weltmeister heftig. Prost will die Entscheidung seines Konstrukteurs John Barnard abwarten, der von Ferrari umworben wird. Immerhin hat Barnard seine Anteile an McLaren bereits an Mansour Ojjeh verkauft. So paradox es klingt, McLaren, die Siegermannschaft der letzten Jahre, könnte am Saison-Ende vor dem Nichts stehen.

Christian Danner sieht da einer besseren Zukunft entgegen: „Seit ich bei Arrows fahre, haben sich meine Aussichten, in der Formel 1 zu bleiben, um 200 Prozent gebessert." Zwar sind die Resultate des Münchners nicht berauschend, doch ist er meistens schneller als sein renommierter Teamkollege Thierry Boutson. „Und das zählt in der Formel 1", sagt Danner. Der Münchner muß noch bis zum 30. November warten, bis er weiß, wie es weitergeht. Teamchef Jackie Oliver hält eine Option auf den Deutschen, und erst wenn er sich negativ entscheidet, ist Danner frei. Im Moment sieht es nicht danach aus. Man hat Danner sogar den neuen Arrows-BMW A9 angeboten. „Der Wagen ist zwar kein Fortschritt, aber es ist immerhin eine Geste", meinte der 28jährige.

Uneinigkeit beherrscht den Südpazifik

AFP, Suva

Mit deutlichen Differenzen über seine künftige Rolle ist gestern in Suva, der Hauptstadt der Fidschi-Inseln, die Jahrestagung des Südpazifik-Forums zu Ende gegangen. Der Premierminister von Vanuatu (früher Neu-Hebriden), Pater Walter Lini, möchte die Organisation verstärkt in internationale Fragen eingeschaltet sehen. Er forderte einen Appell für die Unabängigkeit Irian Jayas und Osttimors von Indonesien sowie die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Der neuseeländische Premierminister David Lange drohte daraufhin mit dem Austritt seines Landes aus dem Südpazifik-Forum, das nicht zu einer regionalen Kopie der Vereinten Nationen werden dürfe, sondern sich verstärkt mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen befassen solle.

Meinungsverschiedenheiten traten auch in der Frage des 1983 verabschiedeten Südpazifikvertrags über eine Entnuklearisierung der Region auf, für den noch die Unterschriften von vier der 13 Mitgliedsstaaten erforderlich sind. Vanuatu machte deutlich, daß es das Abkommen nicht ratifizieren wird, da es die Durchfahrt von Nuklearschiffen und den Export von Uran nicht verbiete.

Einig waren sich die Mitgliedsstaaten in ihrer Forderung an die Pariser Regierung, das französiche Überseegebiet Neukaledonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. In einem Kommuniqué wird beklagt, daß die Politik der seit März amtierenden konservativen Regierung gegenüber Neukaledonien einen erheblichen Rückschritt darstelle. Im Gegensatz zu früheren Erklärungen ging das Kommuniqué jedoch nicht auf die französischen Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll ein, die vor allem von Neuseeland heftig kritisiert werden.

Treffen Mubaraks mit Peres möglich. Beide Länder vor Einigung über Taba

Schlichtungs-Verfahren über Grenzstreifen auf Sinai nur noch in wenigen Punkten ungeklärt

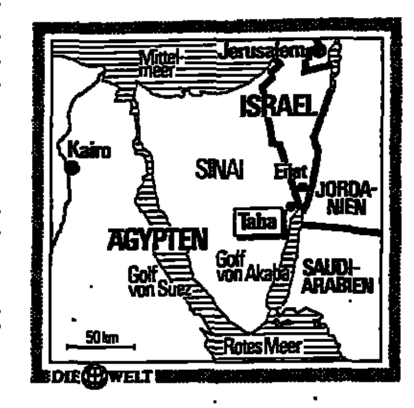
DW. Kairo

Die Verhandlungsdelegationen Israels und Ägyptens haben sich in Kairo über eine internationale Schlichtung des Konfikts um den Sinai-Streifen Taba nahe der südisraelischen Hafenstadt Eilat grundsätzlich geeinigt. Allerdings seien noch immer wichtige Punkte offen, sagte gestern Außenminister Izhak Shamir. Das israelische Kabinett muß am Mittwoch über das bisherige Verhandlungsergebnis entscheiden. Aus dem Ministerpräsidentenamt verlautete, der vorliegende Entwurf ebne den Weg zu einem Gipfeltreffen zwischen Israels Ministerpräsident Shimon Peres und Ägyptens Präsident Husni Mubarak.

Trotz der vorläufigen Einigung gibt es noch strittige Punkte zwischen beiden Ländern. So besteht nach israelischen Angaben noch Uneinigkeit über die zu verwendenden geografischen Karten über das nur ein Quadratkilometer große Grenzgebiet, die Auswahl der drei internationalen Schlichter sowie die Regelung der „Normalisierung der bilateralen Beziehungen".

US-Sonderbotschafter Richard Murphy, der an den Verhandlungen in Kairo teilgenommen hatte, sprach am Montag mit Peres und Shamir. Die USA sollen eine Liste mit 30 Namen erstellen, aus der Israel und Ägypten drei gemeinsame Personen auswählen müssen. Die internationale Schlichtung soll etwa 18 Monate dauern, wobei in den letzten Monaten direkt in Genf verhandelt werden soll. Aus ägyptischen und israelischen Delegationskreisen war zu erfahren, daß die Unterhändler in der nächsten Woche wieder in Israel zusammenkommen. Die jetzt getroffene Regelung muß noch von den Regierungen beider Staaten gebilligt werden. Einzelheiten des Textes wurden zunächst nicht veröffentlicht.

Israels Unterhändler David Kimche sagte, während der jüngsten Gesprächsrunde sei auch über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Ägypten und Israel mit Staatspräsident Hosni Mubarak und Außenminister Esmat Abdel Megid gesprochen worden. „Wir glauben, daß mit der Unterzeichnung der Vereinbarung ein neuer Abschnitt in den Beziehungen zwischen Israel und



Ägypten beginnen wird", sagte Kimche. Er äußerte die Hoffnung, daß nach einer Unterzeichnung des Taba-Vertrags ein Gipfeltreffen zwischen Mubarak und Israels Ministerpräsidenten Peres zustandekommen werde. Er hoffe auch, daß Ägypten nach der Unterzeichnung wieder einen Botschafter nach Israel entsenden werde. Ägypten hatte seinen Botschafter 1982 nach dem Einmarsch Israels in den Libanon abgezogen.

Die Vereinigten Staaten haben den Kompromiß für das Schlichtungsverfahren zur Beilegung des Taba-Konflikts als „wichtigen Schritt" begrüßt. Man sei jetzt einer Lösung näher gekommen, hieß es im State Departement. Die noch offenen Fragen dürften jetzt rasch gelöst werden.

Israel hatte sich im Abkommen von Camp David 1979 zum Rückzug aus der besetzten Sinai-Halbinsel verpflichtet. Trotzdem hatte Tel Aviv den 700 Meter langen Küstenstreifen beim Rückzug 1982 einbehalten. Im vergangenen Jahr hatte Israel zugestimmt, daß der Konflikt durch einen bindenden internationalen Schiedsspruch gelöst werden sollte. Seither wird darüber zwischen Tel Aviv und Kairo verhandelt. Bei dem Streit zwischen beiden Ländern geht es, so die öffentlichen Verlautbarungen, um alte Landkarten und verbindliche Grenzen, um israelische Investitionen und einen strategisch interessanten Hügel, der gegenüber jordanischem Gebiet liegt. Darüber hinaus ist Taba aber auch zu einem Zankapfel in der Innenpolitik beider Länder geworden. Ägyptens Präsident Mubarak bemüht sich nach Ansicht von Kreisen der israelischen Arbeiterpartei ernsthaft um eine Fortsetzung des Friedensprozesses. Allerdings benötigt er auch einen Erfolg in der Taba-Frage, der ihm innenpolitisch den Rücken stärkt.

Viele Politiker in Israel sind über die mageren Ergebnis von Camp David enttäuscht. Nach Ansicht der Arbeiterpartei verhindert auch die israelische Rechte Fortschritte mit Kairo. Der Likud-Block hatte sich gegen eine internationale Schlichtung des Streits um den kleinen Wüstenstreifen gesträubt und für direkte Verhandlungen plädiert. Außenminister Shamir (Likud) muß zudem auf ein wichtiges Datum Rücksicht nehmen: Am 13. Oktober 1986 soll er Peres als Ministerpräsident ablösen.

In Indien wächst Furcht vor Terror-Anschlägen

Mord an General könnte Auftakt für Sikh-Aktionen sein

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Der pensionierte indische General Arun Kumar Shridar Vaidya, der am Wochenende in seiner Heimatstadt Puna von vier Terroristen erschossen worden war, stand auf der „Hit-Liste" – eine Auflistung jener Prominenten, an denen Sikh-Terroristen Rache für die „Operation Bluestar", den Sturm auf den Goldenen Tempel im Juni 1984, nehmen wollen – ganz oben, gleich unter dem Namen der 1984 von Sikhs ermordeten Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Sie hatte dem General den Befehl gegeben, das Sikh-Heiligtum zu stürmen.

Noch kurz vor seinem Tod hatte der als entschlossen geltende General davon gesprochen, wie schwer ihm die Entscheidung zum Angriff auf den Tempel gefallen sei. Am Sonntag, um 11.45 Uhr, wurde er in seinem „Maruti"-Kleinwagen von vier Motorradfahrern mit Neun-Millimeter-Pistolen erschossen. Eine kugelsichere Weste, wie sie Rajiv Gandhi stets trägt, hätte ihm nicht geholfen: Die Schüsse trafen seinen Kopf.

Alarmstufe „rot"

In den nordindischen Staaten herrscht seit Sonntag Alarmstufe „rot". Die Sicherheitskräfte konzentrieren sich jetzt auch auf den Schutz von lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen wie Elektrizitäts- und Wasserwerken sowie Eisenbahnanlagen, da sie Sabotageakte durch Sikh-Extremisten erwarten: Der Mord am General könnte ein Zeichen für eine großangelegte Operation sein.

Gleichzeitig hat der Polizeichef von Punjab, Julio Ribeiro, einen Schlag gegen Sikh-Extremisten geführt. 38 Kämpfer der „Khalistan-Kommando-Streitmacht" wurden samt ihrem „General" Hari Singh in einer Blitzaktion verhaftet, zahlreiche automatische Waffen bei ihnen gefunden. Ausgerechnet im Haus eines pensionierten Armee-Offiziers trafen sich die Terroristen regelmäßig, und dort hatten sie auch ihr Waffenlager. Von den 38 meistgesuchten Sikh-Terroristen wurden bisher von Ribeiros Truppe fünf festgenommen und sieben bei Feuergefechten getötet.

Flucht über die Grenze

In der Terrorismus-Bekämpfung in Punjab sind die indischen Sicherheitskräfte in ein Dilemma geraten. Ihnen liegen „stichhaltige" Beweise vor, daß die Terroristen von Pakistan kommend illegal die Grenze zum Nachbarstaat Indien überschreiten, hier ihre Anschläge verüben und dann blitzschnell wieder über die Grenze nach Pakistan verschwinden, wo sie nach indischen Erkenntnissen auch für Terrorakte ausgebildet werden.

Die Operationen der Sikhs sind stets exakt geplant und werden mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel durchgeführt. Zwar plant die indische Regierung die völlige Abriegelung der pakistanisch-indischen Grenze auf eine Länge von über 600 Kilometern durch die Armee und mit Hilfe von „Überwachungszonen", doch weigert sich der Chiefminister des Bundesstaates Punjab, S. S. Barnala bisher, einer notwendigen Gesetzesänderung zuzustimmen. Ob die Grenzabriegelung tatsächlich besonders sinnvoll ist, wird inzwischen von einigen Sicherheitsexperten bezweifelt. „Mit dem Anschlag auf General Vaidya haben die Terroristen bewiesen, daß sie überall im Lande zuschlagen können." Immerhin ist Puna rund 1000 Kilometer von der indisch-pakistanischen Grenze entfernt.

Reagan: Gipfel wird noch dieses Jahr stattfinden

DW. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan geht fest davon aus, daß es noch in diesem Jahr zu einem Gipfel zwischen ihm und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow kommt. In einem Exklusiv-Interview für die heutige Ausgabe der „Bild"-Zeitung erinnerte er daran, daß diese Vereinbarung zwischen ihm und Gorbatschow während des Gipfels im vergangenen November getroffen worden sei.

Reagan begrüßte die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge als „ein Signal". Sie zeigten, daß die Sowjets „begonnen haben, sich ernsthaft zu bemühen". Er habe den Sowjets „im konstruktiven Geist" darauf geantwortet. „Sie haben jetzt den Ball; wenn die Sowjets konstruktiv antworten, können wir wichtige Fortschritte machen," sagte Reagan.

„Für mich hat es den höchsten Vorrang, ausgewogene und überprüfbare Übereinkommen über eine umfassende, stabilisierende Verringerung der Nuklearwaffen zu treffen. Dieses Ziel ist erreichbar." Reagan verwies ausdrücklich darauf, daß die NATO, wie 1983 in Montebello beschlossen, fortfährt „mit der einseitigen Abrüstung ihrer nuklearen Arsenale, um den niedrigsten Bestand zu erreichen, der immer noch im Einklang mit einer glaubhaften Abschreckung steht".

In Moskau haben unterdessen zweitägige Gespräche hochrangiger sowjetischer und amerikanischer Abrüstungsexperten begonnen. Es gibt zwar keine regelrechte Tagesordnung, aber im Mittelpunkt dürften die jüngsten Abrüstungsvorschläge von US-Präsident Reagan und die Pläne für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) stehen. Außerdem dienen die Gespräche sicherlich der Vorbereitung des für September geplanten Treffens der Außenminister Shultz und Schewardnadse.

Obwohl der amerikanischen Delegation der Sonderberater des Präsidenten, Paul Nitze, der stellvertretende Verteidigungsminister, Richard Perle, der Präsidentenberater Edward Rowny und die Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Max Kampelman, Ronald Lehman und Maynard Glitman, angehören, wurde die Bedeutung der Gespräche von Moskau sichtbar heruntergespielt. Die Mitglieder der ersten offiziellen Delegation, die seit Amtsantritt Reagans nach Moskau geschickt wurde, wurden in einem Gästehaus in einem Moskauer Vorort untergebracht. Bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen waren sie nicht offiziell in Empfang genommen worden, sondern wie normale Moskau-Besucher behandelt worden.

Neue Konkurrenz für NDR: Radio Hamburg darf senden

Verleger-Gruppe erhält Lizenz / Studio in der City

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Vom 1. Januar nächsten Jahres an wird in Hamburg privater Hörfunk gesendet. Die Hamburgische Anstalt für neue Medien (HAM) schuf gestern mit der Vergabe einer privaten Hörfunklizenz an die „Radio Hamburg GmbH & Co. KG" die Voraussetzung dafür. Die Anbietergemeinschaft wird zunächst über einen 160 Watt-Sender im low-power-Bereich, vom 1. Juli 1987 an dann mit einem Sender *mit einer Leistung von 80 Kilowatt* ein Programm ausstrahlen.

„Radio Hamburg" machte gegen eine Konkurrenz von 23 Mitbewerbern das Rennen. An der Anbietergemeinschaft sind die Ufa Film- und Fernseh GmbH (Gruner + Jahr/Bertels-mann) mit 24 Prozent, der Axel Springer Verlag mit 35 Prozent (davon 24 Prozent stimmberechtigt), der Heinrich Bauer Verlag mit 24 Prozent, „Lühmanndruck" (Harburger Anzeigen und Nachrichten) mit sechs Prozent, „Zeit"-Verleger Gerd Bucerius mit sechs Prozent sowie die „Hamburger Morgenpost" mit fünf Prozent beteiligt. Ein Sprecher dieser Gruppe bedeutender Hamburger Verlage kündigte ein informatives und unterhaltendes Programm an.

„Radio Hamburg" hat bereits mit der Einrichtung eines Studios am Speersort im Herzen der City begonnen. Dort soll auch ein „Gläsernes Studio" entstehen, um einen direkten Kontakt zwischen Bürgern und Programm-Machern herzustellen.

Bei Gesamtinvestitionen von fast zehn Millionen Mark wird ein Gewinn erst im fünften Geschäftsjahr erwartet. *Die Anbietergemeinschaft will* in der Ausbaustufe 51 Mitarbeiter beschäftigen, sie sucht nach der gestern erteilten Lizenz einen Chefredakteur und einen Geschäftsführer. Die Zulassung gilt für mindestens fünf, höchstens zehn Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit).

Der Norddeutsche Rundfunk wird damit im nächsten Jahr mit drei privaten Sendern um die Gunst der Hörer zu kämpfen haben: Seit dem 1. Juli sendet „Radio Schleswig-Holstein" (RSH) mit beträchtlichem Erfolg, mit Jahresbeginn wird nicht nur „Radio Hamburg" auf Sendung sein, sondern auch „Funk und Fernsehen Niedersachsen" (FFN).

Südkoreas Chun verspricht Rücktritt

AFP, Seoul

Der südkoreanische Präsident Chun Doo-Hwan hat angekündigt, bei Auslaufen seines Mandats in 18 Monaten von seinem Posten zurückzutreten. Der 55jährige General betonte seine „unerschütterliche Entschlossenheit", sein siebenjähriges Präsidentschaftsmandat zu beenden, „um einen friedlichen Regierungswechsel zu vollenden, damit eine echte Demokratie in diesem Land entstehen kann". Er hoffe, daß sein Schritt in eine „feste und dauerhafte Tradition" münde. Wer sein Nachfolger werde, hänge von den Verfassungsänderungen ab.

Berlin räumt Notunterkünfte

AP/rtr, Berlin

In Berlin sollen bis zum kommenden Donnerstag alle Notunterkünfte für Asylbewerber geräumt werden. Dies ist nach Worten der Innenverwaltung des Senats möglich, da Flüchtlinge künftig nicht nur einmal, sondern viermal pro Woche in das Bundesgebiet weitergeleitet werden. Gestern abend sollten 1062 Asylsuchende nach Westdeutschland gefahren werden, weitere 1250 folgen in dieser Woche. Die Aktion wurde unter anderem durch eine personelle Verstärkung der Ausländerbehörde möglich.

Neues Kabinett in Malaysia

rtr, Düsseldorf

Malaysias Ministerpräsident Mahathir Mohamad hat gestern sein neues Kabinett vorgestellt. Neu besetzt wurden das Rohstoff-, das Außen-, das Kultur- und das Informationsministerium. Die wichtigsten Ministerien für Inneres, Verteidigung, Finanzen und Handel blieben unverändert. Die aus 13 Parteien bestehende Koalition hatte bei den Wahlen in der vergangenen Woche 148 der 177 Parlamentssitze gewonnen. Die Partei des Ministerpräsidenten wird weiterhin mit 14 Ministern am stärksten im Kabinett vertreten sein.

Griechischer Tanker in Brand geschossen

dpa/rtr, Bagdad/Teheran

Bei Luftangriffen zwischen Iran und Irak ist im persischen Golf ein unter griechischer Flagge fahrender Öltanker getroffen worden. Die „Olympia Spirit" trieb vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate brennend und steuerlos im Golf. Der Riesentanker hatte zuvor den saudiarabischen Hafen Ras Tanura mit Fracht verlassen.

Polen macht Grenze für Familien dicht

Immer mehr Deutsche reisen illegal aus / Aussiedlerberatung wird schwieriger

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Weil immer weniger deutsche Aussiedler legal und mit Genehmigung polnischer Behörden das Land verlassen können, um in der Bundesrepublik Deutschland zu wohnen, ist die Aussiedlerberatung des Bundes der Vertriebenen (BdV) komplizierter und aufwendiger geworden.

Auf diesen Umstand hat der Vertriebenenverband das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hingewiesen, aus dessen Etat rund 1,3 Millionen Mark Zuschüsse für Sachaufwendungen von rund 700 BdV-Aussiedlerbetreuern in diesem Jahr gezahlt werden. Im Vorjahr betrug der – erstmals gewährte – staatliche Zuschuß für diese ehrenamtliche Tätigkeit noch 500 000 Mark.

Während 1985 noch 22 075 Personen als deutsche Aussiedler von der polnischen Regierung in die Bundesrepublik geschickt wurden und hier fast durchgehend im Familienverband eintrafen, kamen schon im Januar 1986 90 Prozent nur noch als Einzelpersonen hierher. Sie reisten illegal ein und verfügten daher kaum über Papiere. Die aus der Familientrennung herrührenden Probleme bezeichnet der Bund der Vertriebenen als besonders auffällig. Als Nachteil erweist sich, daß die in der bisherigen Heimat erworbenen Kenntnisse und beruflichen Fähigkeiten durch Strukturunterschiede und den technologischen Abstand auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht mehr verwertbar sind. Der Umfang der sozialen Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen für Aussiedler hat daher nach Angaben des Verbandes „erheblich an Qualität und Quantität zugenommen".

Obwohl Aussiedlerberatung von einer ganzen Reihe großer karitativer Organisationen und Verbände betrieben wird, verzeichnet der Bund der Vertriebenen nach eigenen Angaben *schon deswegen besonders viele* Beratungen (40 000 im Vorjahr), weil seine Betreuer mit der komplizierten Gesetzesmaterie vertraut sind und sie durch Sprachkenntnisse voll vermittelt werden kann. Die landsmannschaftliche Verbundenheit und das „ähnlich geartete Lebensschicksal" erleichtere zudem eine Kontaktaufnahme mit den „zurückhaltenden und zum Teil mißtrauischen Aussiedlern ganz wesentlich".

Um in den Besitz der staatlichen Zuschüsse zu kommen, muß der BdV 20 Prozent der Summe aus Eigenmitteln beitragen. Die Entschädigung der Helfer sieht dann beispielsweise so aus, daß dem Kreisverband Iserlohn für 2741 geleistete Beratungsstunden von Januar bis Dezember 1985 insgesamt 2000 Mark zugewiesen wurden – 73 Pfennige pro Stunde.

Rat und Hilfe werden von ihnen erteilt bei Staatsangehörigkeitsfragen, Sprachförderung, Anerkennung von Zeugnissen und Schulabschlüssen – *und bei der Familienzusammenführung.*



Viele Grundnahrungsmittel sind heute billiger als am Jahresanfang. Diese Entwicklung bremst auch die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Kaum Veränderungen gab es bei den Preisen für Rindfleisch, Geflügel sowie Obst- und Gemüsekonserven.

QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

Wertpapiere: Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpositionen in Form eines Mengentenders an mit einem Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage.

Währung: Warum verliert die D-Mark in Zürich an Boden, während sie gegenüber dem Dollar kräftig steigt? Zu erklären ist dies durch die restriktive Geldpolitik in der Schweiz. Politische Gründe spielen auch eine Rolle. (S. 12)

Japan: Nachdem die Kokko Steel Works Vergleich beantragt hat, wird der Wert am 2. November von der Kurstafel der Aktienbörse Osaka gestrichen. So lange gilt sie als Liquidationsposten.

Börse: Die New York Stock Exchange hat die Notierungsbedingungen für Aktien ausländischer Unternehmen erleichtert. Dadurch sollen vor allem japanische Firmen ermutigt werden, ihre Aktien an der Nyse einzuführen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 274,57 (266,61); Chemie: 159,03 (151,71); Elektro: 320,64 (311,36); Auto: 712,90 (685,10); Maschinenbau: 155,05 (151,92); Versorgung: 163,20 (162,14); Banken: 421,20 (402,75); Warenhäuser: 167,40 (168,65); Bauwirtschaft: 504,71 (495,42); Konsumgüter: 184,35 (180,59); Versicherung: 1447,95 (1421,96); Stahl: 157,59 (152,22).

Nachbörse: Weiter fest.

WELTWIRTSCHAFT

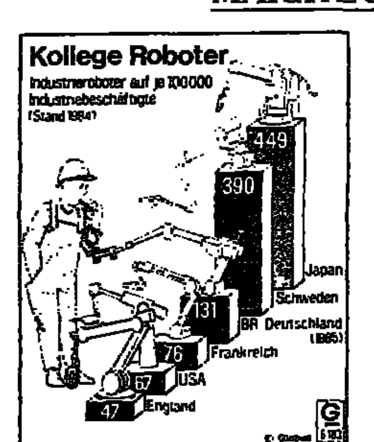
Japan: Der Außenhandelsüberschuß Japans hat im Juli einen neuen Rekordstand von 8,22 Mrd. Dollar erreicht. Im Vormonat waren es nur 4,6 Mrd. Während die Exporte um 23,4 Prozent über denen des Vergleichsmonats 1985 lagen, schrumpften die Importe um 0,4 Prozent.

Bolivien: Bolivien will den Peso durch die Währung Condor ersetzen. Für einen Dollar bekommt man zur Zeit 1,9 Mill. Peso, der Condor soll entweder 1 oder 10 Mill. Peso wert sein.

UdSSR: Die UdSSR will nach Angaben von Banken in Tokio in diesem Jahr bis zu zehn Mrd. Dollar bei westlichen Kreditinstituten aufnehmen. Sie will damit ihr Zahlungsbilanzdefizit ausgleichen.

Nordirland: Zehn Prozent ihres Betriebsbudgets geben nordirische Firmen, die für die Armee liefern, für Sicherheitsvorkehrungen aus. Sie werden von allen Seiten bedroht und terrorisiert. Betroffen sind hier besonders Unternehmen der Baubranche. (S. 12)

MÄRKTE & POLITIK



Industrieroboter: Zwar steigt die Zahl der eingesetzten Maschinen ständig, aber von einer echten Revolution kann weltweit noch nicht gesprochen werden, stellt das Internationale Arbeitsamt in Genf fest. (S. 12)

Tourismus: Nach TUI senkt jetzt auch der Zweitgrößte der Branche, *NUR Touristik, die Preise für* die Wintersaison. Besonders bei Fernreisen kann der Kunde bis zu 17 Prozent sparen.

Gesundheitswesen: Jährlich werden 750 Stellen für leitende Krankenhausärzte ausgeschrieben. Jede Neubesetzung kostet die Krankenhausträger eine sechsstellige Summe. Bei einer Fehlbesetzungsquote von drei Prozent leistet eine gute Personalberatung einen Beitrag zur Kostendämpfung. (S. 15)

Bauland: Um 20 Prozent ist die Zahl der Baulandkäufe im ersten Quartal dieses Jahres zurückgegangen. Dies meldet das Statistische Bundesamt. Mit 84,40 DM lag der durchschnittliche Grundstückspreis pro Quadratmeter dennoch leicht über dem Niveau des letzten Vierteljahres 1985.

Schattenwirtschaft: Anstatt 56 DM für eine ordentlich kalkulierte Arbeitsstunde (Bruttolohnstunde) zahlen Bauherren auf dem *Schwarzmarkt nur einen Preis* von 25 DM. (S. 12)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Pharma-Großhandel: Die Umwächse sinken und der Druck auf die Erträge hält wegen des unverminderten Rabattwettbewerbs an. Deshalb geht der Konzentrationsprozeß weiter. Ende letzten Jahres gab es nur noch 31 selbständige Großhändler, 1960 waren es knapp 90. (S. 13)

LTV-Stahlkonzern: Trotz des angemeldeten Konkurses läßt das amerikanische Recht noch gute Überlebenschancen. Allerdings sind dabei auch die Mitarbeiter gefordert. (S. 12)

Volksfürsorge: Das Vertriebs- und Servicenetz soll weiter ausgebaut werden. Dabei wird auf verstärkte Zusammenarbeit mit der Bank für Gemeinwirtschaft und das Beamtenheimstättenwerk gesetzt. (S. 13)

Ideal Standard: Auf dem schwachen Inlandsmarkt für Sanitärkeramik und -armaturen wurde die Marktstellung in diesem Jahr gefestigt. (S. 13)

Personalauswahl: Viele Einstellende machen den Fehler, im Vorstellungsgespräch den Charakter des Bewerbers dechiffrieren zu wollen. Beide Seiten sollten sich *statt dessen um eine normale Ge*sprächsatmosphäre bemühen. (S. 15)

Equity & Law: Das Deutschland-Geschäft des Londoner Versicherungskonzerns zeigt noch rasantes Wachstum. Doch die Branche stellt sich langsam auf den Neuling ein. (S. 13)

WER SAGT'S DENN?

Die Dummen haben zwar nicht das Pulver erfunden, aber sie schießen damit

Düsseldorfer Volksweisheit

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	8. 8. 86	7. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	181,50	173,00	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	–	–	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	122,00	129,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	–	–	62,00	142,00	37,00
Heizöl 3,5 % S	61,00	60,00	51,00	139,00	29,00

Preisexplosion bei Platin und Gold Handel: „Spekulation hat überzogen"

Bei Platin wird Knappheit erwartet, falls Südafrika seine Exporte drosselt

fu/cd. **London/Frankfurt**

Der Platinpreis ist gestern so stark gestiegen wie nie zuvor. Allein bis zur gestrigen Mittagsnotierung schoß der Preis des Edelmetalls in London von 502,25 auf 565 Dollar je Unze hoch. Die hektischen Handelsaktivitäten *schwappten auch auf den Goldmarkt* über, wo der Preis für die Feinunze von 368.80 Dollar beim zweiten Fixing am Freitag auf 394,50 zum gestrigen Vormittagsfixing hochkatapultiert wurde.

Hinter der Platin-Preisexplosion stecken Befürchtungen, die südafrikanische Regierung könnte als Antwort auf Wirtschaftssanktionen Exportbeschränkungen für das begehrte Edelmetall verhängen. Immerhin liefert die Kap-Republik 85 Prozent des Platins für die westliche Welt. Die niedrigste Platin-Notierung lag im letzten Jahr bei 244 Dollar. Anfang dieses Jahres kletterte der Preis auf 360 Dollar, und seither ist er konstant bis zur jetzigen Preisexplosion gestiegen. In der vorigen Woche gewann das grauweiß glänzende Metall 38 Dollar, und am vergangenen Freitag sprang der Preis erstmals seit Anfang 1981 über die Marke von 500 Dollar.

Londoner Metallhändler bezeichneten den Preissprung an dem sehr *engen Markt als „spekulativ überzogen"*. Unterstützt wird der Preisauftrieb auch durch kontinuierlich wachsendes Interesse von Industrie und Anlegern. Nicht zuletzt das Vordringen von Auto-Abgas-Katalysatoren, für die Platin benötigt wird, haben *den industriellen Platin-*Verbrauch merklich steigen lassen.

Der gestrige Sprung des Goldpreises, der nach einem 1985er Tiefststand von 282 Dollar je Unze seit Beginn dieses Jahres zwischen 330 und 365 Dollar geschwankt hatte, war der seit vielen Jahren höchste an einem Handelstag. Stimmungsmäßig spielte die Platin-Preisexplosion die Rolle eines Treibsatzes. Von dem anziehenden Goldpreis wurden dann viele Spekulanten, die mit Optionen auf einen stabilen Preis des gelben Metalls gesetzt hatten, auf dem falschen Fuß erwischt. Eindeckungen begannen gestern den Preis hochzujagen. Gold aus neuer Produktion ist zwar reichlich vorhanden, und am Markt befürchtet auch niemand Knappheitserscheinungen wie bei Platin. Doch verfügt derzeit kaum jemand über große Bestände, aus denen die unerwartet aufgeflammte Nachfrage hätte befriedigt werden können. Diese technische Situation des Marktes begünstigte gestern den Sprung des Goldpreises um zeitweilig mehr als 30 Dollar auf 388 Dollar vor dem ersten Fixing in London.

Auch die Dollarschwäche unterstützt inzwischen die Nachfrage nach Gold, wird aus dem Handel berichtet. Hinzu kommt, daß auch die Erwartung sinkender Zinsen und nach Auslaufen der Ölpreiseffekte leicht steigender Inflationsraten neuerdings wieder Anlegerinteresse weckten.

Bonn ist Spitzenreiter beim Abbau von Schulden

Institut der deutschen Wirtschaft vergleicht Defizite

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Bei der Sanierung der Staatsfinanzen hat die Bundesrepublik international die größten Erfolge. Während 1981 noch 7,4 Prozent der Ausgaben des Bundes und der Sozialversicherung über Kredite finanziert wurden, betrug dieser Anteil 1985 nur noch 3,6 Prozent. Damit weist die Bundesrepublik im Vergleich zu neun westlichen Industrienationen, wie das Institut der deutschen Wirtschaft gestern mitteilte, die mit Abstand niedrigste Fremdfinanzierungsquote auf. Am Ende dieser Vergleichsskala steht Italien, *das im vergangenen Jahr mit* 36,7 Prozent deutlich mehr als ein Drittel seines zentralen Staatshaushaltes über zusätzliche Kredite finanzieren mußte.

Die bisherigen Konsolidierungsfortschritte sind jedoch sehr unterschiedlich. Neben der Bundesrepublik haben Japan, Großbritannien und Schweden eine niedrigere Defizitquote als 1980. Die USA lagen in den vergangenen beiden Jahren zwar deutlich unter ihrer Rekordquote von 1983 (23,7 Prozent), jedoch immer noch wesentlich ungünstiger als 1980 (12,2 Prozent).

Die einzelnen Länder wendeten auch unterschiedliche Methoden an. So erreichten die Bundesrepublik, die USA, Japan und Schweden ihre Fortschritte beim Schuldenabbau vornehmlich über ein gebremstes *Ausgabenwachstum. Frankreich und* Großbritannien dagegen konnten ihre Erfolge nur erreichen, indem sie durch mehr staatliche Einnahmen die Kasse aufbesserten.

Zusätzlicher Effekt bei der Ausgabendisziplin ist nach den Ausführun*gen des Instituts ein allgemeiner* Rückzug des Staates aus der Volkswirtschaft. Für die Bundesrepublik habe sich überdies ein heilsamer Konsolidierungsdruck ergeben. Der Bundesrepublik sei, wie es heißt, in den achtziger Jahren am besten gelungen, den über die Zinskosten gewachsenen Finanzierungsdruck durch eine Entlastung auf der Mengenseite auszugleichen. Zinslastbedingte Haushaltsengpässe zeichnen sich demgegenüber für die USA, Frankreich und Italien ab.

Bangemann sagt Ägypten Hilfe zu

Kairo erhält aus Bonn 85 Millionen Mark mehr als ursprünglich geplant

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die Mobilisierung einer Soforthilfe von 85 Millionen Mark für Ägypten und die Zusicherung, die Kairoer Position beim internationalen Währungsfonds (IWF) zu unterstützen, sind die wesentlichen Ergebnisse des viertägigen Arbeitsbesuches von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann am Nil, bei dem er mit den höchsten Staats- und Regierungsvertretern des Landes zusammengetroffen war.

Nach nur kurzem Zwischenaufenthalt in Bonn ist Bangemann für drei Tage nach Schweden und Finnland gereist, wo er Fragen des Welthandels, der europäischen Integration und der bilateralen Beziehungen erörtern will.

Wie ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums gestern der WELT mitteilte, hat Bangemann in *Ägypten in Übereinstimmung mit* dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür gesorgt, daß die bisher zugesagten 60 Millionen Mark für das industrielle Sektorprogramm durch Umwidmung von Mitteln der allgemeinen Entwicklungshilfe um 85 Millionen auf 145 Millionen Mark aufgestockt werden. Diese dringend benötigten Mittel sollen für den Ankauf von Rohstoffen, Vorerzeugnissen und Ersatzteilen verwendet werden.

Der Bundeswirtschaftsminister hat auch Möglichkeiten einer Umwidmung oder Neudefinition der schon bewilligten Mittel aus der finanziellen Zusammenarbeit in einer Größenordnung von 1,2 Milliarden Mark erörtert. Diese Projektbeihilfen konnte Ägypten bisher aus Mangel an Eigenmitteln nicht abrufen.

Schließlich hat Bangemann Kairo die Unterstützung Bonns beim IWF in der Weise zugesichert, daß die Bundesregierung die Schwierigkeiten Ägyptens bei der Durchsetzung der vom IWF verlangten wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen erläutert (ohne dabei die Grundsätze des IWF in Frage zu stellen). Dabei geht es z. B. um die Forderung, bestimmte hochsubventionierte Lebensmittelpreise (Brot) freizugeben.

Schließlich seien aktuelle Probleme deutscher Firmen und die Möglichkeit der Kooperation mit ägyptischen Privatfirmen auf dem Wege von Joint ventures zur Sprache gekommen. Zu Bangemanns Begleitern zählten Ferrostaal-Vorstandsmitglied von Menges, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Groß- und Außenhandelsverbandes, Stracke, und das Vorstandsmitglied des Nah- und Mittelostvereins, von Lüttwitz.

In der schwedischen Hauptstadt führt Bangemann Gespräche unter anderem mit dem Finanzminister und dem Außenhandelsminister sowie mit Vertretern der deutsch-schwedischen Handelskammer. Dabei geht es um allgemeine Welthandelsfragen zur Vorbereitung der nächsten Gatt-Runde, um die von Bangemann angestrebte Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen EG- und Efta-Staaten sowie um bilaterale Wirtschaftsprobleme und Fragen des Umweltschutzes. In Helsinki trifft der Wirtschaftsminister mit Ministerpräsident Sorsa und dem Außenhandelsminister zusammen, um über Eureka-Projekte und über die Industriekooperation im Ostgeschäft zu sprechen.

Goldener Glanz

cd. – Gold, lange Zeit nur noch blaß schimmernd, erstrahlt in neuem Glanze. Signalisiert der zehnprozentige Preissprung dem gelben Metall nach den vielen Jahren, in denen es als verlustbringendes Anlagemedium zu recht ein Mauerblümchendasein gefristet hat, eine neue Zukunft?

Eine solche Prognose mag sehr gewagt erscheinen. Aber einige Trends an den internationalen Finanzmärkten scheinen dafür zu sprechen, das Gold von den Anlegern künftig wieder mehr beachtet wird. Die Zinsen sind – zumindest in den USA – noch auf dem Rückmarsch. Gleichzeitig zeichnet sich ab, daß die Geldentwertungsraten weltweit wieder etwas steigen, wenn die Einmaleffekte vom Ölpreisverfall statistisch „verfrühstückt" sind. Das heißt jedoch nicht, daß Gold wieder als Inflationsschutz interessant würde. Denn von Inflation redet niemand.

Aber wenn bei sinkenden Zinsen und etwas höherer Geldentwertung die Realzinsen in den USA zurückgehen, schreckt die zinslose Vermögensanlage in Gold nicht mehr so ab wie bisher. Vorstellbar ist auch, daß manche Anleger, die die Wall Street wegen der flauen US-Konjunktur und Unternehmensgewinne mit Skepsis betrachten, nun das Gold wiederentdecken. Für Ausländer kommt hinzu, daß sie jetzt mit billigen Dollar kaufen können.

Wenn alles so kommt, liegen Goldexperten sicherlich nicht schief, die Anlegern raten, bei einem Preisrückgang um vielleicht 20 oder 30 Dollar mal wieder Gold zu kaufen.

Unternehmen investieren mehr als geplant

Ha. **Brüssel**

Die verarbeitende Industrie in der EG investiert 1986 mehr als die Unternehmen im Herbst vergangenen Jahres geplant hatten. Dies zeigt die jüngste Konjunkturumfrage der Brüsseler Kommission. Statt zehn Prozent sollen im Laufe des Jahres wertmäßig 13 Prozent mehr investiert werden. Auch 1985 waren die ursprünglichen Angaben bereits nach oben korrigiert worden.

Die Aufstockung des industriellen Anlagekapitals in der Gemeinschaft dürfte damit 1986 größere Fortschritte machen als in jedem Jahr seit der ersten Ölkrise. Trotzdem hat der Investitionsschub bisher nur eine Stabilisierung der Arbeitslosenzahlen bewirken können. Die Kommission meint darum, auch in den kommenden Jahren sei ein starkes Investitionswachstum nötig.

Für die Bundesrepublik wurde ermittelt, daß der Anteil der Erweiterungsinvestitionen 1986 von 33 auf 37 Prozent steigen wird. Das ist der *höchste Anteil seit Beginn der achtzi*ger Jahre, wenn auch immer noch zu wenig. Zu großen Hoffnungen gibt nach der Umfrage die Entwicklung in Italien Anlaß. Nach einem ständigen Rückgang in den Jahren 1972 bis 1984 stieg die Investitionsrate 1985 auf zwölf und 1986 auf voraussichtlich 14 Prozent.

AUF EIN WORT



„Schon heute hat man Schwierigkeiten, wenn man lautstark die Fehler des Marktes beklagt, ohne zu berücksichtigen, daß nur etwas mehr als jede zweite Mark überhaupt noch durch den Markt zugeteilt wird. Daran, daß eine weitere Erhöhung der Staatsquote die Steuerungsmöglichkeiten des Marktes weiter in Frage stellen würde, besteht unter Fachleuten kein Zweifel."

Prot. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Leiter *des Instituts der deutschen Wirtschaft* (IW). FOTO: DIE WELT

Japans Exporte erreichen Rekordmarke

rtr. **Tokio**

Die japanischen Exporte in die USA und die Europäische Gemeinschaft (EG), die beiden größten Handelspartner Japans, haben im Juli eine neue Rekordmarke erreicht. Die Ausfuhren in die USA seien im Juli gegenüber dem Vormonat um 28,5 Prozent gestiegen, berichtete das Finanzministerium gestern in Tokio. Die Exporte in die EG hätten im Juli sogar um 66,9 Prozent zugenommen.

Das Ministerium hatte zuvor für Juli einen Anstieg des Handelsüberschusses auf Zollabrechnungsbasis auf 8,22 Milliarden Dollar von 7,36 Milliarden Dollar im Juni und von 4,60 Milliarden Dollar im Juli 1985 berichtet.

Die Exporte Japans seien im Juli um 23,4 Prozent auf 18,87 Milliarden Dollar gestiegen, teilte das Ministerium weiter mit. Die Importe hätten sich zugleich um 0,4 Prozent auf 10,65 Milliarden Dollar verringert.

Die japanische Handelsbilanz wies nach diesen Zahlen im Juli gegenüber den USA *noch* einen Überschuß von 4,52 Milliarden Dollar aus, obwohl der US-Absatz in Japan mit 39 Prozent noch stärker gestiegen ist als die japanischen Verkäufe in den USA. Gegenüber der EG betrug der Überschuß Japans im Juli 1,56 Milliarden Dollar trotz einer um 55,1 Prozent erhöhten Einfuhr aus der EG.

In der Budgetklemme

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der neue Haushaltsplan, der von der französischen Regierung Mitte September beschlossen werden soll, macht Budgetminister Alain Juppé schwer zu schaffen. Hat doch Premierminister Jacques Chirac für das nächste Jahr „Einsparungen" von nicht weniger als 40 Milliarden Franc oder umgerechnet 12 Milliarden DM versprochen, von denen 25 Milliarden Franc für Steuerermäßigungen und 15 Milliarden Franc zur Verminderung des Budgetdefizits auf 125 Milliarden Franc verwendet werden sollten.

Dieser Plan, der nach den Worten Chiracs „erstmals in der französischen Geschichte" den Ausgabenetat real drücken wollte, kann wohl nur bei einem verstärkten Wirtschaftswachstum und einer weiter sinkenden Inflationsrate verwirklicht werden. Bisher aber ist die französische Konjunkturentwicklung hinter den amtlichen Erwartungen zurückgeblieben. Besonders schlecht steht es nach wie vor um die Investitionstätigkeit. Und was die Inflation betrifft, so könnte sie sich angesichts des Wiederanstiegs der Ölpreise durchaus wieder verstärken.

Frankreichs Regierung will die Staatsausgaben 1987 um rund zwölf Milliarden Mark senken. Die schwache Konjunktur wird dies jedoch *möglichweise nicht* zulassen.

Vor allem aber haben sich die Sparpläne Chiracs als zu ehrgeizig erwiesen. Immerhin waren schon in den letzten sozialistischen Jahren sowie im Nachtragshaushalt der Regierung für 1986 die Staatsausgaben kaum noch real erhöht worden. Deshalb will man sich jetzt insbesondere mit der Streichung von 15 000 statt 20 000 Beamtenstellen *(von 2,5 Millionen) begnügen.* Auch wurde die Kürzung der staatlichen Subventionen an die Wirtschaft etwas gemildert. Mit elf von 100 Milliarden Franc bleibt sie aber immer noch beträchtlich. Bei den meisten Ressortministern konnte sich Juppé bisher jedoch noch nicht voll durchsetzen.

Nachdem er kürzlich der Regierung vorgeschlagen hatte, die Lükken durch eine Kürzung der Steuererleichterungen um fünf auf 20 Mil*liarden Franc zu schließen, ist jetzt* von einer Erhöhung auf 27 Milliarden Franc die Rede. Davon soll die Hälfte den Unternehmen zugutekommen – insbesondere durch die Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 50 auf 45 Prozent, der damit allerdings immer noch über dem internationalen Niveau liegen würde.

Die andere Hälfte betrifft die Einkommenssteuer, wobei die Freigrenze für niedrige Einkommen erhöht und der Steuerhöchstsatz von 65 auf 60 Prozent ermäßigt sowie die Vermögenssteuer beseitigt werden soll. Andererseits muß jeder Franzose 0,4 Prozent seiner Einkommmenssteuer als „Solidaritätsbeitrag" zum Ausgleich des Defizits der gesetzlichen Sozialversicherung neu entrichten. Die Regierung nimmt sich so mit der sozialen Hand mehr als die Hälfte von dem *wieder, was sie mit der Steuerhand* gibt, nachdem sie bereits am 1. August die Arbeitnehmerbeiträge zur Altersversicherung um 0,7 Prozent erhöht hatte.

Dieses Verfahren wurde zwar auch schon unter der sozialistischen Regierung praktiziert. Aber es war von den bürgerlichen Parteien heftig kritisiert worden. Im Wahlkampf glaubten sie sogar, Steuerermäßigungen von netto nicht weniger als 40 Milliarden Franc ankündigen zu können. Dies hat sich als eine der größten Illusionen erwiesen.

So erscheint es sehr zweifelhaft, ob Premierminister Chirac sein Versprechen verwirklichen kann, *innerhalb der nächsten fünf Jahre,* also der derzeitigen Legislaturperiode, die „sozialfiskalische Last" (Steuern und obligatorische Sozialbeiträge) von gegenwärtig 45 auf 35 Prozent des Bruttosozialprodukts zu reduzieren. Denn die Lage der Sozialversicherung dürfte selbst bei sinkender Arbeitslosigkeit wegen der steigenden Altersrenten prekär bleiben.

Günstiger sind dagegen die Aussichten für die Budgetsanierung. Denn die Regierung kann hier auf die Erlöse ihrer Privatisierungsaktion zurückgreifen, die auf 200 bis 300 Milliarden Franc veranschlagt werden. Dadurch soll die Staatsverschuldung von zur Zeit 1200 Milliarden Franc reduziert werden mit der Folge, daß auch der Zinsendienst des Staates von gegenwärtig rund 100 Milliarden Franc geringer wird, wodurch das Budgetdefizit entlastet würde. Aber damit würde wohl auch die Versuchung zu wieder höheren Staatsausgaben größer werden – vor allem wenn Wahlen bevorstehen. Das ist schon 1988 der Fall.

Zu wenig deutsche Privataktionäre

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Bedeutungslos ist sie zwar auch für zur Wiederwahl anstehende Wirtschaftspolitiker beileibe nicht, die Zahl der etwa 2,5 Millionen bundesdeutschen Privathaushalte, die einen Teil ihres Vermögens direkt in deutschen Aktienwerten angelegt haben. Vom gesellschaftspolitisch wichtigen Ideal einer möglichst großen Beteiligungsquote der knapp 24 Millionen Privathaushalte am Produktivvermögen der Wirtschaft aber ist sie weit entfernt.

Diesen Schluß vermittelt eine neue Untersuchung der Commerzbank AG über die Struktur des Aktienbesitzes in der Bundesrepublik an Hand der (letzten) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (per Ende 1983) sowie der jüngsten Geldvermögensrechnung (per Ende 1985) der Bundesbank. Vielleicht schon ein überholter Schluß. Denn die Commerzbank verweist zugleich darauf, daß Privatpersonen allein von 1983 bis 1985 für netto mehr als 8 Mrd. DM Aktien erwarben und damit das Gesamtresultat der 70er Jahre (7,5 Mrd. DM) schon übertrumpften.

Doch was da seit 1983 auch an Aktionärszahl (und nicht nur an Investment-Zertifikatinhabern) zugewachsen sein mag, holt längst nicht den Rückstand zu schöneren Vorbildern auf, von denen die Bank gleichfalls berichtet: Seit den 70er Jahren jeweils verdoppelt und in Relation zur *Einwohnerzahl mindestens doppelt* so hoch wie hierzulande registrieren die USA mit 47 Millionen und Großbritannien mit sechs Millionen Privataktionären wesentlich höheres Interesse an Aktien-Engagements.

In ihrer Strukturuntersuchung zum deutschen Aktienbesitz bietet die Bank zu so traurigem Resultat einen weiteren Trost: Erstens und vor allem ist der hohe Aktienzeichnungs-Nettobetrag aus 1983/85 auch Reflex darauf, daß deutsche Privatanleger seit vielen Jahren schon den indirekten Aktienerwerb über auf Wertpapierverwaltung professionalisierte Investmentfonds gegenüber dem eigenen Direkterwerb bevorzugen – was die Aktionärszahl drückt.

Zweitens liegt die Quote der Ausländerengagements am deutschen Aktienmarkt mit 24 Prozent der Nominalkapitalien rund fünfmal so hoch wie bei den Amerikanern und Briten. Auch das macht den heimischen Aktienmarkt für Neuaktionäre trotz aller Börsenneulinge immer noch eng. Doch das erklärt nicht alles. Die Bank pointiert auch, daß nicht nur ein Fünftel aller britischen Aktionäre weniger als 30 000 DM Jahreseinkommen hat. Auch in den USA habe der „kleine Mann" weniger Scheu vor der Aktienbörse und müsse nicht, wie bislang bei uns, von deren Reiz „mühsam überzeugt" werden.

Viele US-Firmen bei Krediten in Verzug

VWD, New York

Die eher schleppende wirtschaftliche Entwicklung in den USA hat nicht nur viele Volkswirtschaftler des Landes verblüfft. Überrascht worden sind offenbar auch einige amerikanische Unternehmen, die in den letzten Jahren nennenswerte Summen aufgenommen haben. Nach Schätzungen der Unternehmensberatungsgesellschaft Merrill Lynch + Company werden die Zahlungsverzüge amerikanischer Unternehmen bei Krediten im laufenden Jahr weiter steigen und die 1,3-Mrd.-Dollar-Marke des letzten Jahres übertreffen.

Am schlechtesten geht es danach den Sektoren Stahl und Öl. Aber auch Elektronikunternehmen und der Einzelhandel seien betroffen. Ein Grund für den Anstieg des Zahlungsverzuges unter den Unternehmen sei die steigende Rate von „Versagern" unter den Anleihen, die ein geringes Ansehen genießen, aber eine hohe Rendite garantieren – bekannt als Junk Bonds. Als jüngstes Beispiel wird das Stahlunternehmen LTV genannt. Den Angaben zufolge ist die Junk-Bonds-Verzugsrate im laufenden Jahr bereits auf 2,7 Prozent gestiegen, verglichen mit 1,68 Prozent 1985.

Philips: Konferenz ohne Dienstreise

tl. Hamburg

„Bei Wegfall der heute noch bestehenden technischen Einschränkungen wird mit einem Potential von 1500 Videokonferenzstudios in der Bundesrepublik gerechnet." Dies erklärte Cornelis Bossers, Vorsitzender des Vorstandes der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH (Alldephi), anläßlich der Einweihung der Videokonferenzstudios in der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Hamburg und der Hauptverwaltung der Philips Kommunikations Industrie AG (PKI) in Nürnberg.

Als Hauptproblem nannte Bossers, daß es noch keine geschlossene Netz*infrastruktur in Glasfasertechnik* gäbe. So sei es vorläufig nicht möglich, zwischen den Studios eine durchgängige Übertragungsrate von 140 Mbit/s sicherzustellen, wie sie für eine Bildqualität entsprechend dem gewohnten Fersehstandard erforderlich wäre. Auf Teilstrecken müsse die Übertragungsrate auf 2 Mbit/s reduziert werden: „Und das beeinträchtigt – trotz allen technischen Aufwands – die Bildqualität. Außerdem können Videokonferenzen noch nicht im Selbstwählverfahren und mit mehreren Studios gleichzeitig hergestellt werden." Nach Beseitigung dieser technischen Schwierigkeiten rechnet Bossers mit einem „schnell wachsen*den Markt". Von den bisher in Auf*trag gegebenen 30 öffentlichen und privaten Studios entfallen acht Aufträge auf die PKI. Das entspricht einem Marktanteil von 27 Prozent. „Es ist das Ziel der PKI, einen dauerhaften Anteil von 25 Prozent zu erzielen", erklärte Bossers.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Robert E. Velte Elektroanlagenbau; **Köln:** Nachl. d. Rudolf Franz Seidler; **Tübingen:** Unipac Möbelfabrik GmbH, Mössingen-Talheim.

***Anschluß-Konkurs eröffnet:* Bielefeld:** Wilhelm Cronjaeger GmbH u. Co. KG: Wende Tappisseriewaren GmbH; **Hagen:** Westfälische Eigenheim- u. Bauges. mbH.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Gebr. Kämpermann GmbH u. Co. KG; H. u. Q. Sanitär-Verwaltungs- u. Beteiligungsges. mbH.

Noch ist „Kollege Roboter" selten im Einsatz

Studie des Internationalen Arbeitsamtes: Eine echte Revolution wurde bisher weltweit nicht registriert

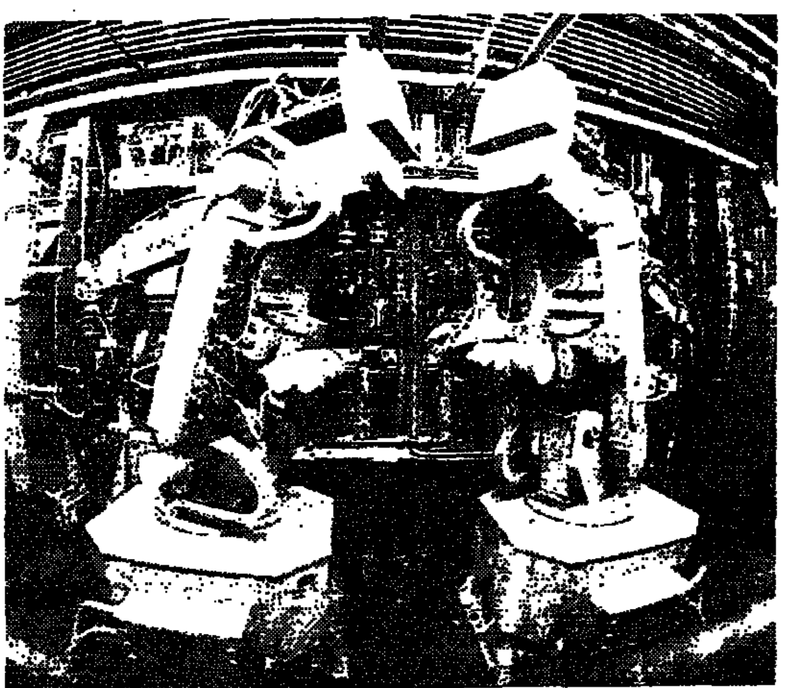
ALFRED ZÄNKER, Genf

Industrieroboter sind seit Jahren auf dem Vormarsch. Sie werden billiger und besser. Auch mittlere und kleine Unternehmen machen mit. Der Weg zur dritten Generation mit Sensoren und künstlicher Intelligenz ist nicht mehr weit. Dennoch: Der Roboter dringt längst nicht so rasch vor. Seine Auswirkungen auf Rentabilität und Beschäftigung sind viel geringer als vor zehn oder noch fünf Jahren erwartet wurde. Eine echte *Roboterrevolution hat nicht stattge*funden. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des Internationalen Arbeitsamtes (Ilo) in Genf.

In Japan dürften 1990 etwa 70 000; in den USA 60 000: in der Bundesrepublik mindestens 25 000; in Schweden, Großbritannien und Frankreich zusammen weitere 25 000 Einheiten in Betrieb sein. Auch die Roboterdichte gemessen an ihrer Zahl je 10 000 Industriebeschäftigte ist am *höchsten in Japan mit 46 Einheiten* (1983): dann folgt Schweden mit 44 Einheiten; dahinter die Bundesrepublik mit 15 Einheiten; die USA mit elf sowie Großbritannien und Frankreich auf den nächsten Rängen.

„*Die deutsche Industrie liegt dabei* ziemlich gut im Rennen", betont Karl-Heinrich Ebel, der Verfasser der Genfer Studie. VW dürfte in der Autobranche beim erfolgreichen Robotereinsatz weltweit an der Spitze stehen vor den Japanern. „*In der Technik* kann sich die Bundesrepublik durchaus mit Japan messen. Nur hat es bis vor wenigen Jahren an den Investitionen gehapert; aber das ändert sich nun rapide", meint Ebel.

Auch im Robotergeschäft gibt es Plus und Minus. Der Markt bleibt relativ klein. Neben einigen führenden Herstellern bemühen sich zahlreiche kleinere spezialisierte Firmen, die meist nicht oder nur mit Mühe auf *ihre Kosten kommen.* Viele sind schon wieder vom Markt verschwunden. Inzwischen hat sich auch gezeigt, daß Robotisierung oft technisch möglich, aber wirtschaftlich – in der Kosten-Nutzen-Rechnung – nicht lohnend ist.



In der Automobilbranche arbeiten schon viele Industrie-Roboter

FOTO: MANFRED VOLLMER

So hat es Rückschläge gegeben. *Nach einer britischen Studie stießen* 44 Prozent aller Firmen beim Robotereinsatz auf Anlaufschwierigkeiten, und die Hälfte von ihnen gab auf. Es mangelte am Know-how und am qualifizierten Personal. Roboter machen sich nach vorliegenden Untersuchungen in Zeiträumen von zwei bis sieben Jahren bezahlt, verglichen mit allgemein 1,5 Jahren für Maschinen. Die Rentabilität von Roboterinvestitionen erweist sich daher als relativ *niedrig. Die anfängliche Begeiste*rung ist einer vorsichtigeren Beurteilung der Robotisierung gewichen.

Auf der Plusseite: In Ländern mit hohen Lohnkosten besteht dennoch in wachsendem Maße ein Anreiz zur Robotisierung. Roboter der zweiten Generation können oft zwei bis sieben *Produktionsarbeiter ersetzen. In* der amerikanischen Automobilindustrie kostet die menschliche Arbeitsstunde viermal soviel wie diejenige des Roboters. Vor allem: Industrieroboter übernehmen monotone körper*lich schwere, schmutzige und gefähr*liche Arbeit. Sie helfen Arbeitszeitkürzungen auszugleichen, können rund um die Uhr arbeiten (Nachtarbeit) und steigern so – dort wo sie gut in den Gesamtbetrieb integriert wer*den – Produktivität und Qualität.*

Früher wurde der Roboter vielfach als Jobkiller betrachtet. Auch das hat *sich als falsch, jedenfalls als übertrie*ben erwiesen. „Bisher scheint die Robotisierung der Betriebe auf die Beschäftigung nur minimale Wirkungen zu haben, verglichen etwa mit den Konjunkturschwankungen oder demographischen Bewegungen. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Robotereinsatz und Arbeitslosigkeit ist nicht nachzuweisen", unterstreicht Ebel. In Japan mit den meisten Industrierobotern herrscht nahezu Vollbeschäftigung, in Europa mit noch relativ wenigen dagegen hohe Arbeitslosigkeit.

Es gibt auch Lehrbeispiele dafür, besonders aus Japan und Schweden, *daß Belegschaften bei solider Berufs*ausbildung und Vielseitigkeit mit dem Roboterproblem recht gut fertig werden. Erfolgreiche Robotisierung setzt voraus, daß es auf allen Stufen geeignete Fachkräfte gibt. In Schweden haben die Metallarbeiter *in einigen Fällen selbst vorgeschlagen* Roboter einzusetzen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

In den meisten Ländern hat sich auch die Haltung der Industriege*werkschaften – weniger jene der* Handwerker – gewandelt. Man sieht ein, daß Innovation nötig ist, daß jeder Versuch, den Einsatz von Robotern zu verhindern oder zu verzögern, das Unternehmen gefährden und *schließlich zur Betriebsstillegung* und noch größeren Arbeitsplatzverlusten führen könnte.

Ernste soziale Spannungen und Arbeitskonflikte hat es bisher nicht gegeben. Sie lassen sich – wie die Erfah*rungen in den beim Robotereinsatz* besonders erfolgreichen Ländern beweisen – durch frühzeitige und offene Gespräche der Arbeitspartner am Verhandlungstisch vermeiden, heißt es abschließend in der Studie des In*ternationalen Arbeitsamtes.*

Wirtschaft im Schatten

Mit Steuersenkung gegen Schwarzarbeit

Von OTTO SOLMS

Die *Schattenwirtschaft blüht* schon längst nicht mehr im Verborgenen, denn heutzutage ist fast jeder Bürger in irgendeiner Form daran beteiligt. Zur Schattenwirtschaft zählt man nicht nur die illegale Leiharbeit und Schwarzarbeit, sondern auch die erlaubten Bereiche der Eigenarbeit und der Nachbarschaftshilfe. Die Fachleute sind sich einig darüber, daß der Umfang der Schattenwirtschaft in den letzten Jahren rasant zugenommen hat. Dies hat seinen Grund vor allem in den gestiegenen Personalnebenkosten und der zunehmenden Steuer- und Abgabenlast. Beides *hat den Preis einer Arbeitsstunde* zu weit in die Höhe getrieben. Dazu eine Modellrechnung aus dem Baugewerbe: Ein Bauherr muß durchschnittlich 56 DM für eine ordentlich kalkulierte Arbeitsstunde zahlen. Der darin enthaltene Bruttostundenlohn beträgt lediglich rund 17 DM. Davon bleiben dem Bauarbeiter netto nach Steuern (verheiratet/zwei Kinder) nur rund zwölf DM. Da stehen sich doch beide – Bauherr und Arbeitnehmer – besser, wenn sie sich auf einen Schwarzmarktpreis von 25 DM einigen.

Strafen nützen nichts

Begünstigt wird die Schattenwirtschaft, die sich vor allem in der Bauwirtschaft, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich stark entwickelt hat, auch durch die allgemein verkürzte Regelarbeitszeit und natürlich durch die wachsende Zahl der Arbeitslosen, die den schwarzen und grauen Märkten zur Verfügung stehen. Verschärfte Kontrollen und Strafvorschriften zur Eindämmung der Schattenwirtschaft sind wenig erfolgversprechend – höchstens für den Bereich der im großen Stil organisierten illegalen Leiharbeit. Denn wie soll man die millionenfach vorkommenden Fälle in der Grauzone zwischen Nachbarschaftshilfe auf der einen Seite und Schwarzarbeit auf der anderen Seite erfassen und einstufen? Statt dessen müssen wir uns bemühen, in der Beschäftigungspolitik geeignete Anreize dafür zu schaffen, daß mehr Arbeit aus der Schattenwirtschaft auf den legalen Märkten angeboten und nachgefragt wird.

Abgabenlast senken

*Dazu muß die Arbeit einer regu*lären Arbeitsstunde relativ gesehen billiger werden. Dies können wir nur durch eine Senkung der Steuern- und Abgabenlast und durch eine allmähliche Rückkehr zu ange*messenen Personalzusatzkosten er*reichen. Deshalb fordert die FDP als Maßnahme mit höchster Dringlichkeit eine Steuerentlastung für Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmen in einer Größenord*nung von zehn bis 15 Prozent.* Außerdem muß in Tarifverhandlungen stärker auf die Interessen der mittelständischen Unternehmen eingegangen werden. Denn gerade kleine und mittlere Unternehmen bekom*men die Wettbewerbsverzerrungen* zugunsten der Schattenwirtschaft am stärksten zu spüren. Auf der anderen Seite muß das Handwerk auch innovativ tätig werden und nach neuen Formen der Zusam*menarbeit mit den „Heimwerkern"* suchen, um sich auf diese Weise neue Märkte zu erschließen.

Hermann Otto Solms ist stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Taiwan verbietet Chemiewerk

Aus Umweltgründen darf DuPont nicht investieren

dpa/VWD, Taipeh

Unter massivem Druck einer öffentlichen Protestwelle, für die es in Taiwan bisher kein Beispiel gab, mußte die Regierung in Taipeh erst*mals einer ausländischen Firma aus* Umweltschutzgründen eine Investitionsgenehmigung versagen. Der US-Chemiekonzern DuPont de Nemours + Co. Inc., Wilmington, wollte 150 Mill. Dollar in den Bau eines Ti*tandioxyd-Werkes in Changhwa inve*stieren, einem Gebiet, im dem die Bevölkerung bereits stark unter Umweltverschmutzung durch die Industrie leidet.

Doch „Umweltschutz" ist plötzlich Thema Nummer eins in einem Land, dessen erster Wirtschaftsplaner, Chao Yao-tung, kürzlich freimütig erklärte, es habe seine Exporterfolge durch Ausnützen des Sozialgefälles und auf Kosten seiner Umwelt erreicht.

Aus Furcht, der Fall DuPont könne künftige Investoren abschrecken, verabschiedete das Wirtschaftsministerium in Taipeh jetzt Pläne, nach welchen in den nächsten sechs Jahren allein für Umweltmaßnahmen in *den staatseigenen Industrien Ze*ment, Petrochemie, Stahl und Kohle 116,2 Mrd. Taiwan-Dollar (6,3 Mrd. DM) investiert werden sollen.

Die Umweltschutzbehörde erläu*terte einen Plan, nach dem in fünf* Jahren die Umweltbelastung Taiwans auf das Niveau Japans reduziert werden soll. Wie aus dem Wirtschaftsministerium verlautet, könne durch diesen Investitionsschub gleichzeitig *ein Teil der hohen Währungsreserven* des Landes von derzeit 30 Mrd. US-Dollar sinnvoll abgebaut werden. Auch eine höhere Belastung der privaten Industrie Taiwans mit verschärften Umweltauflagen wird für notwendig erachtet.

Investitionsgüter liegen vorn

Französische Industrie investiert weniger als erwartet

J. Sch. Paris

Die Investitionen der französischen Industrie, die etwa ein Drittel der gesamten Investitionstätigkeit des Landes ausmachen, werden in diesem Jahr nur um real zwei Prozent steigen, meint das Statistische Amt Insee aufgrund seiner jüngsten Unternehmerbefragung. Es hat damit seine bisherige Prognose, in welcher ein Zuwachs von fünf Prozent angekündigt worden war, überraschend stark nach unten revidiert. Gleichzeitig allerdings wurde der Vorjahresanstieg um einen Punkt auf sieben Prozent nach oben berichtigt.

Für 1987 erwartet das Amt plus drei Prozent (nominal plus fünf Prozent), was eine bloße Fortsetzung des diesjährigen Trends bedeuten würde. Allerdings sind die Investitionspläne der verschiedenen Unternehmensgruppen sehr unterschiedlich. Die repräsentativ befragten 2212 kleinen Unternehmen wollen dieses Jahr real 15 Prozent mehr investieren, wohl vor allem, weil sie jetzt nicht mehr befürchten müssen, bei der Belegschaftsausweitung über 50 Personen in eine höhere Sozialabgabenkategorie zu kommen. Bei den mittleren und großen Unternehmen dagegen werden die Investitionen 1986 real stagnieren.

Für das nächste Jahr haben allerdings die mittleren Unternehmen real plus elf Prozent und die großen plus fünf Prozent angekündigt, während die Investitionen der kleinen wieder zurückgehen dürften. Nach Branchen geordnet, führt 1987 die Investitionsgüterindustrie (plus 14 Prozent), gefolgt von der Konsumgüterindustrie (plus vier Prozent) und den Herstellern von Halbfabrikaten (plus ein Prozent).

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Auftrag aus der CSSR

Düsseldorf (J. G.) – Die Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf, erhielt aus der Tschechoslowakei den Auftrag zur Lieferung von 137 000 t längsnahtgeschweißter Großrohre, dessen nicht genannter Wert in der Größenordnung von 130 Mill. DM zu schätzen ist. Die Rohre, zum Teil kunststoffummantelt, sind für den Bau einer Erdgasleitung in der Sowjetunion bestimmt.

Dumpingverfahren

Brüssel (VWD) – Gegen die Sowjetunion, die CSSR, Polen und Ungarn hat die EG-Kommission Antidumpingverfahren im Zusammenhang mit der Einfuhr von Kupfersulfat eingeleitet. Die EG-Behörde reagierte damit nach Mitteilung eines Sprechers auf eine Beschwerde des europäischen Chemiedachverbandes Cefic, nach dessen Beobachtungen diese Länder das EG-Preisniveau erheblich unterschritten haben.

Hohe Zuschüsse

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kom*mission hat bedeutende Unterschie*de bei der Finanzierung der sozialen Sicherung festgestellt. Die Spannweite der staatlichen Zuschüsse reicht den Angaben zufolge von 18,6 Prozent der Gesamteinnahmen in den *Niederlanden bis zu 81,5 Prozent in* Dänemark, wobei es sich jeweils um Durchschnittswerte handelt. Zwischen den einzelnen Zweigen der sozialen Sicherung seien die Unterschiede noch erheblich größer.

Hilfe verstärkt

Bonn (VWD) – Die Leistungen der Bundesländer für Entwicklungshilfe sind 1985 um fünf Prozent auf 91,36 Mill. DM gestiegen. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitteilte, haben zu der Steigerung vor allem Bayern (plus 45,4 Prozent), Hessen (plus 44,5 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (plus 22,3 Prozent) beigetragen. Niedrigere Leistungen als im Vorjahr hatten Hamburg und – in geringfügigem Maß – auch Baden-Württemberg und das Saarland zu verzeichnen.

Brutto statt netto

Bonn (dpa/vwd) – Der deutsche Bauernverband hat in Briefen an die zuständigen Bundesministerien gefordert, die Mehrwertsteuer bei der Abrechnung von Getreideverkäufen nicht vom Nettopreis – nach Abzug der *Mitverantwortungsabgabe – son*dern brutto zu berechnen. Das geschehe in nahezu allen Mitgliedsländern der EG. Wenn die Bundesregierung sich für eine Nettopreisberechnung entscheide, bedeute das einen *Einnahmeausfall für die deutsche* Landwirtschaft von über 20 Mill. DM, meinte der Verband.

Rücklage gefordert

Bonn (A.G.) – Für eine steuerstundende Investitionsrücklage hat sich gestern erneut die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU ausgesprochen. Wie deren stellvertretender Vorsitzender, Hansjürgen Doss, gestern vor der Presse erklärte, sei noch viel *Aufklärungsarbeit* notwendig, um den Bundesfinanzminister und den Bundeswirtschaftsminister von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme zu überzeugen. Beide Minister sagen bisher nein.

Drei neue Dorint-Hotels

Mönchengladbach (vos) – Umsatzsteigerungen von 25 Prozent auf 60 Mill. DM meldet die Dorint Hotelgesellschaft, Mönchengladbach, für das erste Halbjahr 1986. Der Gesamtumsatz 1985 betrug 105 Mill. DM, für das laufende Jahr rechnet man mit 130 Mill. DM. Zu diesem erfreulichen Ergebnis bei der nach Häusern gerechnet zweitgrößte Hotelgruppe Deutschlands, trugen nicht nur drei neuerworbene Häuser bei, sondern vor allem das gute Wintergeschäft in den sechs Hotels in den Wintersportgebieten und das wiederbelebte Seminargeschäft in den Stadthotels.

D-Mark nur noch 80 Rappen

Hohe Zinsen und politische Faktoren sind die Ursachen

ALFRED ZÄNKER, Zürich

Während die Deutsche Mark gegenüber dem Dollar über Erwarten stark gestiegen ist, hat sie im Verhältnis zum Schweizer Franken deutlich an Boden verloren. In den letzten Tagen wurde sie in Zürich nur noch mit etwas über 80 Rappen bewertet, verglichen mit noch 85 Rappen zu Jahresbeginn. In den „guten alten Zeiten", noch in den siebziger Jahren, bekam man für 100 D-Mark 110 bis 120 Franken, zeitweise sogar mehr. Langfristig hat sich die Kursrelation also umgekehrt. Wie erklärt sich die Schwäche der D-Mark in Zürich?

Auf den ersten Blick scheint sie im Widerspruch zu grundlegenden wirtschaftlichen Tendenzen zu stehen. Die Inflation ist in beiden Ländern langfristig, etwa seit 1970, ungefähr parallel verlaufen, seit 1983 ist die Bundesrepublik beim Inflationsabbau sogar erfolgreicher gewesen als die Schweiz. Zur Jahresmitte meldete Bern noch eine Teuerung von 0,8 Prozent, die deutschen Verbraucherpreise lagen bereits um 0,2 Prozent unter dem Vorjahresstand. Beide Länder haben vom Ölpreisfall profitiert. In der Schweiz aber liegt der inländische Inflationssockel mit drei Prozent noch höher als in der Bundesrepublik.

Franken „überbewertet"

Jeder Reisende weiß, daß die Schweiz ein teures Land ist. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden dürfte der Durchschnittsverbraucher beim heutigen *Wechselkurs in der Bundesre*publik für sein Geld etwa 40 Prozent mehr kaufen als in der Schweiz. Vom Verbraucherstandpunkt aus also ist der Franken stark „überbewertet". Für Nahrungsmittel zahlt der Eidge*nosse im Durchschnitt 50 bis 60 Pro*zent mehr als der Bürger der Europäischen Gemeinschaft.

Auch im Außenhandel ergibt sich ein Überschuß von rund 12 Mrd. D-Mark zugunsten der Bundesrepublik. Die Schweizer Ausfuhr deckt weniger als 60 Prozent der Bezüge aus Deutschland. Dieser Fehlbetrag kann zwar zum großen Teil durch Überschüsse bei den Dienstleistungen, vor allem im Tourismus, ausgeglichen werden. Dennoch verbleibt ein Defizit der Leistungsbilanz zu Lasten der Eidgenossenschaft. Alles dies würde eher für Kursgewinne der D-Mark gegenüber dem Franken sprechen als umgekehrt.

Restriktive Geldpolitik

Die D-Mark-Schwäche in Zürich erklärt sich daher aus den Kapitalbewegungen. Hier gilt erfahrungsgemäß, daß der Franken – mit seinem kleineren Umsatzvolumen – in Zeiten ausgeprägter Dollarschwäche stärker hochgetrieben wird als die „größere" Deutschmark. Dazu kommt, daß die Schweizer Nationalbank in letzter Zeit auch eine wesentlich restriktivere Geldpolitik als die Bundesbank betrieben hat, um ihren Rückstand beim Inflationsabbau aufzuholen. Durch diese Geldverknappung in der Schweiz sind die kurzfristigen Zinssätze in die Höhe getrieben und Schweizer Franken sogar teurer und für den Anleger attraktiver geworden als die D-Mark, betont John Lademann, Generaldirektor der Bank Leu in Zürich.

Aber auch politische Faktoren mögen bei der auffallenden D-Mark-Schwäche mitspielen – und nicht erst heute. Die Bundesrepublik gilt in weiten Bereichen der Welt, besonders auch im Fernen Osten, bei den kapi*talstarken Anlegern als „politisch la*bil". Die bevorstehenden Bundestagswahlen dürften in jüngster Zeit eine gewisse Rolle gespielt haben.

Die „schleichende" D-Mark-Abschwächung in Zürich ist jedoch an *einem Punkt angelangt, wo Schwei*zer Industrielle, die auch auf Drittmärkten mit deutschen Firmen im Wettbewerb stehen, unruhig werden. Noch tiefer dürfe die D-Mark nicht sinken, heißt es.

Bringt der Konkurs die Rettung für LTV?

Zweitgrößter US-Stahlkonzern hofft auf Hilfe der Gläubiger und Mitarbeiter – Seit 1981 kein Gewinn mehr

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das Konkursverfahren der LTV Corp., Dallas, reißt nicht nur alte Wunden im internationalen Stahlhandel auf. Zu befürchten ist auch, daß es zu harten Preiskämpfen innerhalb der *USA kommen* wird, wenn es der Muttergesellschaft des zweitgrößten amerikanischen Stahlunternehmens gelingt, den rund 20 000 Gäubigern und der Gewerkschaft USW Konzessionen abzuringen. LTV könnte dann die Kosten erheblich senken.

Das ist der Reiz des Paragraphen 11 des US-Konkursrechts, daß es den Firmen erlaubt, während der Verhandlungen mit den Kreditgebern und Zulieferern weiterzuproduzieren. So ist im vergangenen Jahr die Wheeling-Pittsburgh Steel Corp. gerettet worden. Auf beide Konzerne entfällt ein Fünftel der US-Stahlerzeugung.

LTV blieb keine andere Wahl. Der *Mischkonzern*, der außer Stahl Rüstungsgüter und Energieprodukte herstellt, hat seit 1981 keinen Gewinn mehr erzielt. Bei Vermögenswerten, die 6,14 Mrd. Dollar ausmachen, haben die Schulden 4,59 Mrd. Dollar erreicht. Allein im Stahlbereich sind es 2,7 *Mrd. Dollar*, verglichen mit 1,7 Mrd. Dollar bei USX (früher U. S. Steel) und Bethlehem Steel sowie 0,8 und 0,6 Mrd. Dollar bei Inland Steel und Armco.

Das 1960 durch die Fusion von *Ling-Temco Electronics* und Vought Aircraft entstandene Unternehmen hat im letzten Jahr 8,2 (1984: 7,1) Mrd. Dollar umgesetzt und 724 (378) Mill. Dollar verloren. Auf den Stahlsektor entfielen Verkäufe in Höhe von 5,4 (4,5) Mrd. und 227 (217) Mill. Dollar Verluste. Einschließlich 1982 und 1983 addieren sich die roten Stahlzahlen auf 943,5 Mill. Dollar. Selten hat ein Topmanagement mit seiner Expansionsstrategie so danebengegriffen: 1968 erwarb LTV 63 Prozent der Anteile an der Stahlfirma Jones & Laughlin, 1974 den Rest. Vier Jahre später kauften die Texaner die Lykes Corp. mit der Stahltochter Youngs*town Sheet and Tube Co.* und erst 1984 für 770 Mill. Dollar Republic Steel in Cleveland.

Gescheitert ist LTV hauptsächlich daran, daß die Erwerbungen sich nicht zu einem modernen, kompatiblen Stahlkomplex zusammen*schweißen ließen. Die Konjunktur*schwäche und die Importkonkurrenz zerstörten zusätzlich die Blütenträume, die 1981 die letzte Stahlhausse begleiteten. Ihnen ist LTV regelrecht auf den Leim gegangen – mit dem Ergebnis, daß der früher profitable Waffenhersteller immer tiefer in Schulden versank. Den letzten Anstoß gab die Krise in der US-Ölindustrie, die das Bohrgeschäft lahmlegte.

Gemessen an der Größe und den Verpflichtungen ist LTV mit 56 000 Beschäftigten der bedeutendste Konkursfall in der US-Unternehmensgeschichte. Er übertrifft die durch Asbest-Klagen ruinierte Manville Corp. ebenso wie Penn Central, die 1970 die Notbremse zog. Im Konkursantrag macht der Konzern geltend, daß er wegen rapide schrumpfender Liquidität in diesem Jahr Pensions- und Schuldendienst-Verpflichtungen über 375 und 567 Mill. *Dollar* nicht erfüllen kann.

Der Schock, den der Gang zum Konkursrichter auslöste, war deutlich auch in Washington zu spüren. Im Kapitol flammt erneut die Debatte über die Zukunft der amerikanischen *Stahlindustrie auf. Noch* lauter wird der Ruf nach mehr Einfuhrschutz und internationalen Produktionsabsprachen. Obwohl sich die EG gerade mit den USA über die Halbzeug-Lieferungen geeinigt hat, sagen Eingeweihte einen neuen *Druck auf Brüs*sel voraus. Auf den Barrikaden steht bereits die Stahlarbeiter-Gewerkschaft, die sich gegen weitere Zugeständnisse wehrt.

Aber es sind – wie bei Chrysler – die Beschäftigten, die LTV in erster Linie retten können. Die lang- und kurzfristigen Schulden des Konzerns machen zwar 2,2 und 0,5 Mrd. Dollar aus, hinzu kommen Lieferkredite in Höhe von 600 Mill. Dollar. Der Hebel muß aber bei den Arbeitskosten angesetzt werden. Sie unterminieren seit Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der US-Stahlbranche. Nach einer Aufstellung des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts betrug 1985 der Stundenlohn, einschließlich Nebenkosten, 22,81 Dollar, verglichen mit 11,74 Dollar 1976. Dies ist einer der Gründe, warum in der gleichen Zeit die Zahl der Stahlarbeiter von *399 000 auf 150 900 gesunken ist.*

Mit dem Bürgerkrieg leben

Firmen in Nordirland leiden täglich unter Drohungen

vos. Bonn

Mehr als 1000 Arbeitsplätze sind im vergangenen Jahr in Nordirland aufgrund von Angst und Einschüchterung verlorengegangen, errechneten die Gewerkschaften. Besonders be*troffen* von Drohungen, Angriffen und Schutzgelderpressungen durch protestantische und katholische Terrororganisationen sind Bauunternehmen, die für die Sicherheitskräfte der „Provinz" arbeiten, beschreiben Ge*schäftsleute die alltäglichen Auswir*kungen des immer weiter eskalierenden Bürgerkrieges in der „Financial Times".

Kaum noch ein Lieferwagen führe mit Firmensignet. Das Personal wird angehalten, Routen und Tankstellen ständig zu wechseln; bei neuen Aufträgen wird binnen Stunden Schutzgeld für die Baustelle eingetrieben. Aufgrund von Morddrohungen kündigten in einer Firma 1970 alle katholischen Angestellten.

Für Sicherheitsvorkehrungen wenden nordirische Firmen gut ein Zehntel ihrer gesamten Betriebskosten auf. In Drohbriefen und -anrufen wer*den die Firmen-Engagements* bei der Armee so genau aufgezählt, daß die Unternehmer vermuten, auch bei der Regierung gebe es Informanten.

Seit dem anglo-irischen Abkommen hat sich der Druck auf die Firmen verschärft, denn die verschiede*nen Terrorgruppen ziehen aus der* allgemeinen Unzufriedenheit eine gewisse Legitimität. Acht Unternehmen, meist Lebensmittellieferanten, haben ihre Verträge mit der Armee gekündigt: „Sicherheit geht vor."

Dennoch kann sich gerade die Bauwirtschaft diesen Schritt nicht leisten: Zehn Prozent der öffentlichen Ausgaben fließen in militärische Zwecke, und die Branche zählt mehr Arbeitslose als Beschäftigte. Außerdem: „Wenn wir jetzt nachgeben, werden sie uns als nächstes vorschreiben, überhaupt nicht mehr für die Regierung zu arbeiten."

Trotzdem kommt für die meisten *Firmen eine Verlagerung ins* wirtschaftlich gesündere und vor allem ungefährliche England nicht in Frage. Als Grund werden immer noch Lebensqualität auf der grünen Insel und die „den Iren angeborene Sturheit" *genannt.*

1987 sinken die Beiträge

Bestes Ergebnis der Volksfürsorge-Versicherungen

KARL-H. STEFAN, Hamburg

Im Rahmen des für Anfang kommenden Jahres vorgesehenen neuen Tarifwerks in der Lebensversicherung wird die Hamburger Volksfürsorge Beitragssenkungen einführen, die (im Durchschnitt) für Männer vier und für Frauen acht Prozent ausmachen werden. Hierbei muß man – so Vorstandsvorsitzender Werner Schulz – berücksichtigen, daß die Beiträge der Volksfürsorge schon jetzt etwa fünf Prozent unter dem Branchendurchschnitt liegen.

Für die unmittelbare Zukunft plant die Gruppe den Ausbau des aus 100 Geschäftsstellen bestehenden Vertriebs- und Servicenetzes. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit der Bank für Gemeinwirtschaft und dem Beamten-Heimstättenwerk (BHW) mit gemeinsamen Geschäftsstellen und Angeboten verstärkt werden. Bei beiden Gesellschaften sind die Gewerkschaften Alleinaktionäre oder maßgeblich beteiligt.

Insgesamt haben nach Angaben des Vorstands die Volksfürsorgegesellschaften 1985 sehr gute Ergebnisse erzielt. Hinsichtlich der erreichten Ertragskraft und Gewinnsituation wurde das beste Ergebnis in der nahezu 75jährigen Geschichte der Volksfürsorge erzielt.

Über die Entwicklung der Lebensversicherung zeigte sich Schulz „außerordentlich zufrieden". Mit 1,07 Mrd. DM (plus 16 Prozent) wurde der Rohüberschuß in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Auch die Volksfürsorge-Aktionäre haben ihre Freude am guten Ergebnis. Neben der 14-Prozent-Dividende erhalten sie eine Sonderausschüttung von 25 Mill. DM, einen Teilbetrag der Beteiligungserträge aus dem Verkauf der Volksfürsorge Bausparkasse AG an das BHW.

Der Anteil der Dynamik-Versicherungen am Neugeschäft liegt mit 46,8 (39,6) Prozent deutlich über dem Branchendurchschnitt. Allerdings blieb das gesamte eingelöste Neugeschäft unter dem Vorjahreswert. Hier wirkte sich der Basiseffekt des Jahres 1984 mit einer hohen Anzahl von Anschlußverträgen nach Ablauf bestehender Vermögensbildungsversicherungen sowie deren Erhöhungen aus dem neuen 936-DM-Gesetz negativ aus. Ohne die vermögensbildenden Versicherungsverträge wäre der Neuzugang bei Kapitallebensversicherungen um 3,2 Prozent gestiegen. Die Stornoquote ist angesichts der besonderen Kundenstruktur kein allzu hoher Wert.

Das beste Ergebnis seit Gründung vor 60 Jahren wurde bei der Volksfürsorge Deutsche Sachversicherung AG erzielt. Das in der Branche weithin mit roten Zahlen belastete versicherungstechnische Ergebnis wurde in einen deutlichen Gewinn verwandelt, und dies erstmals seit langen Jahren. Dies gelang durch die nachhaltige Sanierung der Hausratversicherung und die Entlastung beim Schadenaufwand in der Wohngebäudeversicherung. Die Unfallversicherung steigerte den Gewinn ebenso wie die Kraftfahrzeugversicherung.

Dagegen weist die Allgemeine Haftpflicht einen auf 5,5 (2,7) Mill. DM gestiegenen Verlust aus. Die Gesellschaft hat hier die Drohverlust-Rückstellung um 4 Mill. DM erhöht, weil in Zukunft mit verstärkten Aufwendungen im Umwelt-, Gewässerschaden- und Produkthaftpflichtbereich zu rechnen ist. Die Rechtschutzversicherung steigerte ihren Jahresüberschuß ebenso wie die nur die Reisekrankenversicherung anbietende Volksfürsorge-Krankenversicherung.

Volksfürsorge Sach	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	772	+ 6,3
Nettoprämie [1])	508	+ 6,5
Aufw.f.Vers.Fälle	350	+ 0,5
Vers.techn. Ergebn. [2])	+ 14,2	(-13,5)
Kapitalanlagen [3])	682	+ 7,7
Kapitalerträge [4])	60	+ 9,1

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Qu. (%)	65,8	65,6	65,5
Schadenquote	69,6	73,9	84,1
Verw.-Kostenqu.	24,9	24,8	25,0
Rückstellg.Qu.[5])	99,3	103,0	102,8
Eigenkapitalqu.	31,5	33,6	36,0

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbetr.; [2]) nach Zuführung von 4,6 (1,1) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3]) oh. Depotford.; [4]) netto; Durchschnittsrendite: 9,1 (8,9) Prozent; [5]) vers. techn. Rückstellg.

Volksfürsorge Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	65 649	+ 4,7
Eingel. Neugeschäft	6 501	- 3,4
Beitragseinnahmen	2 376	+ 5,0
Aufw.f.Vers.Fälle	1 164	+ 1,4
Kapitalanlagen [1])	18 685	+ 7,8
Kapitalerträge[2])	1 343	+ 7,6
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	607	+ 16,1
Rückst.f.Beitr.-Rückerst.	2 302	+ 16,3

	1985	1984	1983
Stornoquote [3])	5,2	5,1	5,5
Verw. Kostenqu.[4])	6,5	6,9	7,3
Abschl.Kostenqu.[5])	48,0	47,4	48,8
Überschußquote[6])	42,4	40,8	39,7

[1]) ohne Depotford.; [2]) netto; Durchschnittsrendite: 7,5 (7,5) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw.d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [6]) Brutto-Überschuß in % d. Beiträge.

„Das Badezimmer wird viel zu selten renoviert"

Ideal Standard treibt Produktinnovation und Kostensenkung mit einem ehrgeizigen Investitionsprogramm voran

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die Hersteller von Sanitärarmaturen und -keramik stehen angesichts *der schwachen Neubautätigkeit* vor dem Problem, den Verbraucher wenigstens zur Renovierung seines Badezimmers zu bewegen. Doch auch dies ist im letzten Jahr nur unzureichend gelungen. Die Ideal Standard *GmbH in Bonn, einer der führenden* Produzenten von Badezimmerarmaturen und -keramik sowie Acryl-Badewannen, ist allerdings zuversichtlich, daß die Talsohle auf dem Inlandsmarkt inzwischen erreicht ist.

Im ersten Halbjahr 1986 konnte das Unternehmen seinen Umsatz um 10 Prozent auf 121,6 Mill. DM steigern und damit seine Marktstellung weiter festigen. Durch starke Ausweitung der hochwertigen Produktpalette (Stichwort „sophisticated"), Berücksichtigung farblicher Modetrends und energie- und wassersparender Vorrichtungen soll „der Kampf um den Renovierer", so Geschäftsführer Wolfram Wenzel, gewonnen werden. Bei Ideal Standard entfallen inzwischen 70 Prozent auf das Modernisierungs- und Ersatzgeschäft.

Wenzel ist sogar überzeugt, in der Bundesrepublik erst am Anfang einer riesigen Badezimmer-Renovierungswelle zu stehen. *Immerhin sind von* den rund 29 Mill. Badezimmern rund 15 Mill. mehr als 15 Jahre alt und damit aus Sicht der Branche höchst sanierungsbedürftig.

Selbstkritisch meint Wenzel allerdings, *daß Hersteller und Händler in* den letzten Jahren zu wenig getan hätten, um den Kunden zu Neuanschaffungen zu verlocken. Für den Bundesbürger habe das Bad immer noch den Stellenwert eines Zimmers, „in das man unbedingt hineinmüsse" und nicht, wie die Branche es wünscht, „den eines Wohnraumes". Der Kauf einer Badewanne mit digitalgesteuerter Wassertemperatur konkurriere schließlich mit der prestigeträchtigen *Urlaubsreise* oder dem Erwerb einer Hifi-Anlage und könne praktisch unbegrenzt lange vertagt werden.

Im Wettbewerb um den Endverbraucher hält Ideal Standard an der ausschließlichen Belieferung des Fachhandels fest. Ausgesprochen bewährt habe sich der Vertriebsbindungsvertrag, den die führenden Armaturenhersteller vor fünf Jahren abgeschlossen haben. Dieser verpflich*tet den Sanitärgroßhandel, Armatu*ren nur an autorisierte Installateure zu liefern. Ideal Standard will dadurch seine Ware aus den Baumärkten heraushalten, verzichtet damit allerdings auf das wichtige Do-it-your*self-Geschäft.*

Wegen des schwachen Inlandsgeschäfts schrumpfte der Umsatz der GmbH 1985 um 5 Prozent, wovon alle drei Produktbereiche gleichermaßen betroffen waren. Die Umsatzerlöse von *264,3* Mill. DM sind nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar, weil Anfang 1985 ein Keramikwerk bei Brüssel übernommen wurde. Das Stammkapital erhöhte sich danach um 3,5 auf 62 Mill. DM.

Auch die Ertragslage hat sich verschlechtert, weil der anhaltende Wettbewerbsdruck es nicht erlaubte, Kostensteigerungen in Form von Preiserhöhungen weiterzugeben. Der Jahresüberschuß von 5,9 Mill. DM entspricht allerdings *immer noch* einer Umsatzrendite von 2,2 Prozent und einer Kapitalrendite von 9,5 Prozent.

Die Muttergesellschaft American Standard Corp., New York, (Umsatz 2,9 Mrd. DM) hat für 1985 auf eine *Dividende von der deutschen Tochter* verzichtet. Diese trägt dem Zwang zu immer schnellerem Produktwechsel und zur Kostensenkung mit einem kräftigen Investitionsprogramm Rechnung. 1985 wurden bei Abschreibungen von *11,3 Mill. DM 16,6* Mill. DM investiert. In diesem Jahr sollen es rund 21 Mill. DM werden, die neben der Produktentwicklung vor allem in das Armaturenwerk in Wittlich fließen. Dort sind allein rund *1200* der insgesamt gut *1800* Mitarbeiter beschäftigt.

Von den Investitionen in die Armaturenproduktion, dem Hauptexportträger, verspricht sich Wenzel auch eine *Stärkung* des zufriedenstellend laufenden Auslandsgeschäfts. In diesem Jahr wurde mit der Lieferung hochwertiger Produkte in die USA begonnen. Allerdings soll sich, so Wenzel, das Verhältnis zwischen Im*porten* und Exporten *von derzeit* 1:1 längerfristig wieder zugunsten des Inlandsmarkts verschieben.

Noch rasant im Aufschwung

Equity & Law blüht im Deutschland-Geschäft

J. G. Düsseldorf

Neiderregend für die Branchenkonkurrenz hat die Wiesbadener Niederlassung der Londoner Equity & Law Life Assurance Society plc. den Gesamtbestand ihrer Versicherungssumme in 1985, ihrem zehnten Geschäftsjahr, um stolze 41 (81) Prozent auf 5,84 Mrd. DM erhöht.

Damit nicht genug. Bezeichnet sie schon ihren 1985er Neuzugang an 2,01 (2,02) Mrd. DM selbst abgeschlossener Versicherungssume angesichts „deutlich veränderter Marktverhältnisse" (ein Hinweis auf forcierte Konkurrenz der Etablierten gegenüber dem *Neuling)* als „sehr *zufrie*denstellend", so hat sie im ersten Halbjahr 1986 diese Summe nochmals kräftig auf nun mehr als 6,5 Mrd. DM gesteigert. Auch diesen jüngsten Erfolg erklärt man in Wiesbaden mit einer „verbrauchergerechten Produktpalette", die seit Ende Januar 1986 mit einer neuen Serie von Risikotarifen aktualisiert wurde. Der wachsenden Bedeutung privater Vorsorge im System der sozialen Sicherung der Bundesbürger gebe „tarifinnovativer Lebensversicherung" zusätzliche Chancen, die man weiterhin tüchtig nutzen wolle.

Die deutsche E & L-Tochter, mit neuen Leistungsangeboten wie Sofortüberschuß-System und variabler Berufsunfähigkeitsversicherung seit Jahren schon auf scharf rechnende Versicherungsnehmer zielend, vertreibt ihre Versicherungspakete ausschließlich über einschlägige Makler und freie *Versicherungsvermittler.* Deren Zahl wurde 1985 auf 1850 (1450) erhöht und soll weiter wachsen. Weit über dem Branchendurchschnitt blieben auch 1985 die Durchschnitts-Versicherungssummen mit *90 000* DM bei *Großleben-, 150 000* DM bei Risiko- und fast 20 000 DM Jahrsrente bei Berufsunfähigkeits-Versicherung. Die auf 4,1 (3,4) Prozent erhöhte Stornoquote zeigt auch eine im Vergleich zum Branchendurchschnitt „zufriedenstellende" Solidität des Vertragsbestandes.

Die Londoner Mutter hatte 1985 aus ihrem Gesamtgeschäft 301 (263) Mill. Pfund Prämieneinnahmen, davon 235 (210) Mill. aus britischem und 15,6 (10,6) Mill. aus deutschem Geschäft.

Kampf um 17 000 Apotheken

Pharma-Großhandel muß mit den Rabatten leben

adh. Frankfurt

Schwächeres Umsatzwachstum und ein unvermindert anhaltender Rabattwettbewerb *mit dem bekann*ten Druck auf die Erträge – so sieht eine Studie der Commerzbank auch die künftige Entwicklung im pharmazeutischen Großhandel. Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Arzneimittelpreisverordnung, die dem Großhandel degressive Höchstzuschläge vorschreibt, zu einem Absinken der durchschnittlichen Handelsspanne von 15,6 Prozent (1978) auf 14,3 Prozent (1985) geführt. Daneben haben die Großhändler emsig die Möglichkeit zur Rabattgewährung an die Apotheken genutzt, um ihren Kundenstamm zu halten oder gar auszuweiten.

Der scharfe Wettbewerb um die *rund 17 000 Apotheken* hat tiefe Spuren hinterlassen. Während es 1960 noch knapp 90 selbständige Großhandelsunternehmen gab, werden Ende 1985 nur noch 31 gezählt, hält die Studie fest, darunter drei Einkaufsgenossenschaften, die einen Marktanteil von 16 Prozent am Pharmagroßhandels-Umsatz von 14,3 Mrd. DM (1985) erreichen.

Die Tendenz zu größeren Betriebseinheiten mit erweitertem Liefergebiet dürfte sich fortsetzen, meint die Bank. Denn für die Großhändler, die rund 80 000 Arzneimittelspezialitäten ständig vorrätig halten müssen, stehen erhebliche Investitionen bevor. Bisher haben nämlich erst die großen Anbieter mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ihr Bestell- und Liefersystem sowie die eigene Lagerhaltung auf den neuesten Stand gebracht. In vielen kleineren Betrieben stehen diese – sehr teuren – Rationali*sierungsprogramme, ohne die ein* Überleben im scharfen Wettbewerb nicht möglich ist, noch aus.

Zur Zeit werden etwa knapp 70 Prozent der Aufträge aus den Apotheken mit Hilfe der EDV an den *Pharmagroßhandel* übermittelt und ausgeführt. Das derzeitige Umsatzvolumen wird von rund 15 000 Beschäftigten abgewickelt. Zum Vergleich: Um die 3,7 Mrd. DM Umsatz des Jahres 1970 zu bewältigen, waren noch *16 900 Beschäftigte im Großhandel* erforderlich.

DIT sieht sehr gute Chancen für Kurssteigerungen

ed. Frankfurt

Der DIT Deutscher Investment-Trust (Dresdner Bank und Hypobank) sieht am deutschen Aktienmarkt sehr gute Chancen für Kurssteigerungen, für die das verhaltene, aber stetige Wirtschaftswachstum bei steigenden Ertragserwartungen der Unternehmen spräche. Mit einem positiven Trend rechnet der DIT an den Rentenmärkten, weil die in den meisten Ländern moderate Konjunkturentwicklung eine gute Basis für einen weiteren Zinsabbau gebe. Im ersten Halbjahr haben freilich die auf deutsche Titel setzenden Fonds des DIT erwartungsgemäß nur bescheidene Ergebnisse gebracht.

Spitzenreiter mit einer Wertsteigerung um 30,2 Prozent war der auf Japan konzentrierte DIT-Pazifikfonds, gefolgt vom Interglobal (plus 16,6 Prozent) mit Anlageschwerpunkt an europäischen Börsen, einem reduzierten US-Anteil und einem aufgestockten Japan-Engagement. Die in deutsche Aktien investierenden Fonds haben ihre Anlageschwerpunkte bei Chemie- und Pharmawerten sowie Finanztiteln verstärkt. Im ersten Halbjahr sind dem DIT mit gut 1,2 Mrd. DM netto mehr als doppelt soviel Mittel zugeflossen wie vor einem Jahr; im neuen deutschen Kurzläufer-Rentenfonds wurden 208 Mill. DM angelegt, *im internationalen* 231 Mill. DM.

Kurssprünge bei den Aktien

Neue Kaufwelle aus dem Ausland – Autowerte bevorzugt

DW. – Die Aufwärtsbewegung am deutschen Aktienmarkt hat sich beschleunigt. Der größte Teil der Kaufaufträge kam aus dem Ausland. Dabei spielte die Erwartung auf einen weiter sinkenden Dollar- und Pfundkurs eine wesentliche Rolle. Wenn immer mehr inländische Anleger ihre Zurückhaltung aufgeben und in die Aktien zurückkehren, dürfte dies auf die günstige Konjunkturentwicklung zurückzuführen sein, wie sie sich am sichtbarsten in der Automobilindustrie niederschlägt, die einem Nachkriegsrekordjahr entgegensteuert.

Von den Autoaktien wurden VW, Porsche und Mercedes mit einem Pluszeichen angekündigt. Die Spitzenkurse ließen sich allerdings nicht halten, weil es im Verlaufe immer wieder zu Positionslösungen der Börsenkulisse kam. Außerdem spielten Tauschoperationen eine wachsende Rolle. Sie bremsten schließlich auch den Anstieg der Bankaktie. Gleichwohl lagen Bayernhypo und Bayerische Vereinsbank mit Tagesgewinnen von 20 bis 30 DM erstaunlich fest.. Tauschoperationen gab es ferner zu Lasten der in der Vorwoche favorisierten Warenhausaktien, da der Sommerschlußverkauf offensichtlich nicht die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Trotz des schwachen Dollar und der befestigten Ölpreise zogen die Papiere der *Großchemie um rund 10 DM* an. Sich verstärkende Anlagekäufe in Feldmühle-Nobel, wo der Kurs jetzt deutlich die 300er Marke überschritten hat.

Frankfurt: Puma erhöhten sich um 120 DM auf 935 DM nach Doppelplus. Asko stockten um 145 DM und Boss um 125 DM auf. Degussa verbesserten sich um 23 DM und Enka um 19,50 DM.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. verbesserten sich um 10, Gildemeister legten 7,50 DM zu und Hochtief stockten um 20 DM auf. Nachgegeben *haben Hageda um 5 DM*, Schiess um 2 DM und Victoria leben um 50 DM.

Hamburg: Beiersdorf machten mit plus 15 DM einen großen Sprung. Vereins- und Westbank erhöhten sich um 4 DM. HEW lagen um 1,10 DM und Phoenix Gummi um 1 DM leicht höher.

Berlin: Berliner Bank zogen um *20 DM, Herlitz St. um 12 DM* und Schering um 10 DM an. DUB-Schultheiss wurden um 6 DM, Berliner Elektro, Kempinski und Orenstein um jeweils 5 DM.

München: Aigner verbesserten sich um 3,20 DM, Agrob St. um 6 DM und Audi AG um 10 DM. Flachgis lagen um 14 DM, Hutschenreuther um 15 DM und Süd Chemie um 30 DM fester.

Stuttgart: Salamander konnten sich um 9 DM verbessern. DLW wurden um 18 DM heraufgesetzt. *Porsche zogen um 31 DM* an. Aesculap wurden um 7 DM besser bezahlt. Deutliche Abschläge mußten WCM mit 19 DM und Zeag mit 18 DM hinnehmen.

Nachbörse: weiter fest

WELT-Aktienindex: 274,57 (266,61)
WELT-Umsatzindex: 7220 (4374)
Advance-decline-Zahl: 139 (145)
38-Tage-Linie: 259,84 (260,12)
200-Tage-Linie: 272,91 (272,70)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	11.8.	8.8.
H Aach M Bett. 12,5	2295bB	2150
H Aach. M. Vers. 7	1780	1750
D Aach. Rück. 9	2750	2625T
D Aseag *4	370T	380T
M Ack-Gögg. 8	169	166bG
H Adca 3	177	174G
D Adler 17+16	305G	305G
F AEG 0	304,5	296
D AEG KABEL 9	390G	385
S Aesculap 9	402	395G
F AGAB 5	175	168
D Agrippina *0	3900	3800
M Agrob *0	160	154
M dgl. Vz.* 0	123	121
M Aigner 9	218,2bG	215bG
M Akt. Kaufb.*18+2	1077B	1077B

Zürich

	11.8.	8.8.
Alusuisse	615	580
dgl. NA	210	208
Bank Leu	3375	3300
Brown Boveri	1650	1620
Ciba Geigy Inh.	3150	3019
Ciba Geigy Part.	2370	2290
Elektr. Watt	3075	3030
Georg Fischer Inh.	1725	1650
Mag.z.Globus Part.	1550	1525
H. La Roche 1/10	9650	9600
Holderbank	3975	3925
Italo-Suisse	310	310
Jacobs Suchard Inh.	8225	8050
Jelmoli	3575	3440
Landis Gyr	1800	1790
Mövenpick Inh.	6040	6050
Motor Columbus	1690	1670
Nestlé Inh	7975	7825
Oerlikon-Bührle	1715	1680
Sandoz NA	4150	4100
Sandoz Inh.	10100	10000
Sandoz Part.	1580	1570
Art. A. Saurer	186	184
Schw. Bankges.	5580	5500
Schw. Bankverein	519	510
Schw. Kredit. A. Inh.	3610	3540
Schw. Rückv. Inh.	15908	15480
Schw. Volksb. Inh.	2450	2410
Sika -B-	3625	3600
Gebr. Sulzer Part.	520	510
Swissair	1260	1245
dgl. NA	1135	1120
Winterthur Inh.	6480	6500
Winterthur Part.	1150	1125
Zür. Vers. Inh.	7250	7150
Index Schw. Kred.	–	–

Devisenmärkte

Der Dollar fiel am 11. August weiter zurück. Es bestand auch heute keine Neigung, Pluspositionen aufzubauen. Selbst relativ geringes Angebot genügte, den Kurs weiter zu drücken. Nach 2,064 um 8.00 Uhr früh wurde am Nachmittag bis 2,052 gehandelt. Die amtliche Notiz kam mit 2,0564 zustande. Auch heute griff die Bundesbank nicht ein. Am Goldmarkt wurde die Feinunze am Vormittag mit 394,50 fixiert, ein Einfluß auf den Dollar dürfte jedoch nicht vorhanden sein. Das Britische Pfund folgte der Abwärtsbewegung des Dollar und notierte gegen DM nur noch mit 3,037. Neben der britischen Währung wurde auch das Irische Pfund, die Norwegische und Schwedische Krone sowie der Portugiesische Escudo historisch tief festgestellt. Dollar in: Amsterdam 2,318; Brüssel 42,585; Paris 6,678; Mailand 1415,00; Wien 14,468; Zürich 1,6531. Ir. Pfund/DM 2,772; Pfund/Dollar 1,4769; Pfund/DM 3,037.

Rentenoptionen

Frankfurt: 11. 8. 1986

Devisen und Sorten

Optionshandel

Auslandszertifikate

Inlandszertifikate

Junge Aktien

Ausland

Chefärzte müssen heute auch gute Manager sein

Krankenhäuser tun sich oft schwer bei Stellenbesetzungen

In der Bundesrepublik werden jährlich 750 Stellen für leitende Kran*kenhausärzte ausgeschrieben.* Jede Neubesetzung kostet eine sechsstellige Summe, so daß es für den Krankenhausträger teuer wird, wenn er sich bei der Berufung eines Chefarztes einen Fehlgriff leistet.

Bei einer geschätzten Fehlbesetzungsquote von drei Prozent sieht der Düsseldorfer Arzt Karl Jeute in einer qualifizierten Personalberatung im Gesundheitswesen einen Beitrag zur Kostendämpfung. Zusammen mit 15 erfahrenen Krankenhausärzten, die alle im Laufe der nächsten fünf Jahre pensioniert werden, hat er deshalb mit der Dr. Karl Jeute & Partner die erste deutsche Personalberatungsfirma gegründet, die sich ausschließlich dieser Aufgabe widmet.

Jeute, der auf eine reiche Berufserfahrung als Vertragsarzt der Horten AG und aus leitenden Funktionen bei Organisationen des Krankenhauswesens zurückblickt, verspricht sich vor allem von kleineren Krankenhausträgern Aufträge: „Sie tun sich bei der Auswahl eines Chefarzts häufig schwer, schließlich sitzt nicht in jedem Kreistag ein Arzt."

Jeute ist überzeugt, daß die Vorteile einer optimalen Stellenbesetzung die Beratungskosten – er verlangt 25 Prozent des Jahresgehalts der zu besetzenden Position – aufwiegen. Denn die Berufung fähiger Mitarbei*ter diene auch der optimalen Kran*kenhausbetriebsführung. Für Jeute ist dies ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl unter den Bewerbern: „Natürlich steht in erster Linie die krankenhausmedizinische Qualifikation des Arztes im Vordergrund. Darüber hinaus aber benötigt er in immer zunehmendem Maße gründliche Managementkenntnisse und Fähigkeiten zur Betriebsführung." Ein hochqualifizierter Arzt müsse über Notwendigkeit oder Unmöglichkeit von *Investitionen Bescheid wissen.*

Die weiteren Anforderungen klingen scheinbar selbstverständlich. „Ein leitender Arzt muß den Pflegesatz des Hauses und die Bundespflegesatzverordnung kennen," betont Jeute. „Denn sonst fordert er Utopisches oder er nutzt den Gestaltungsspielraum nicht." (Stü.)

Gute Einkommen bei Verbänden

Die Gehälter der deutschen Verbandsmanager bewegen sich zumeist zwischen 80 000 und 110 000 DM jährlich. Hauptgeschäftsführer erhalten im Durchschnitt 100 000 bis 170 000 DM, Geschäftsführer auf der Ebene darunter 70 000 bis 130 000 DM, Referenten und Abteilungsleiter zumeist zwischen 60 000 und 100 000 DM. Diese Zahlen ergab die Gehaltsstrukturuntersuchung „Führungskräfte in Verbänden" der Kienbaum Vergütungsberatung in Gummersbach. An der Erhebung beteiligten sich 103 Verbände aller Größen und Branchen.

Neben der Art der Funktion und ihrer hierarchischen Einstufung richten sich die Gehälter primär nach der Größe der Geschäftsstelle. Verfügt der Verband über einen Jahresetat von 500 000 DM, so verdient der Hauptgeschäftsführer im Schnitt 100 000 DM jährlich, bei einem Etat von 8 Mill. DM liegt sein Gehalt etwa bei 180 000 DM. (DW.)

Subunternehmer gelten als selbständig

DW. Koblenz

Subunternehmer im Handwerk müssen die Meisterprüfung besitzen und in die Handwerksrolle eingetragen sein. Darauf hat jetzt die Handwerkskammer Koblenz in einer Mitteilung hingewiesen.

Nach Erfahrungen der Kammer werden häufig gewerbepolizeiliche Anmeldungen mit dem Zusatz „als Subunternehmer tätig" abgegeben. Gewerbetreibende verbänden damit offensichtlich die Hoffnung, ihre Tätigkeit unterliege auf diese Weise nicht den Bestimmungen der Handwerksordnung. Dies sei ein Trugschluß. Die Kammer betont, daß persönlich unabhängige Subunterneh*mer, die ihre Arbeitszeit weitgehend* frei einteilen können und Unternehmervergütung erhalten, handwerksrechtlich als selbständig zu betrachten seien. Das gelte auch dann, wenn sie von ihrem Auftraggeber gezielte Weisungen über die Fertigstellungstermine erhielten.

Psychologische Auswahlmethoden haben oft nur den Zweck, den Bewerber in eine Falle zu locken

Personalberater müssen darauf achten, daß kritische Bewerber mit abweichenden Meinungen eine Chance erhalten

Die Qualität der Personalberatung *bemißt sich an dem Anspruch* des Personalberaters. Soll seine Arbeit im Interesse seiner Auftraggeber sein, muß er zum einen die Wünsche der einstellenden Institution mit denjenigen des Anbieters von Dienstleistungen (dem Bewerber) in eine Balance bringen. Diese Aufgaben kann der Personalberater nur lösen, wenn er sich dem einzelnen Bewerber und der Bewerber suchenden Institution gegenüber Freiräume verschafft.

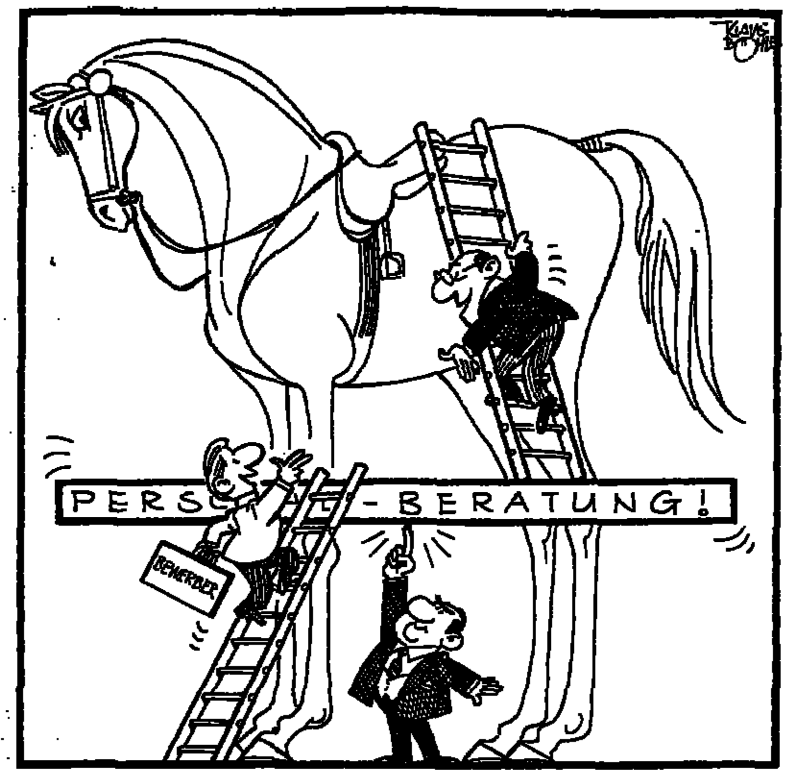
Will er in ein Unternehmen, das stark rationalistisch geprägt ist, in dem Analysieren, Planen, Anordnen, Durchsetzen und Kontrollieren höchste Werte sind, einen Bewerber vermitteln, der hoch motiviert und leistungsstark ist, aber das Bedürfnis hat, selbständig Leistungen zu erzielen, muß der Personalberater sich in der Lage sehen, „Defizite" des jeweiligen Unternehmens in dessen eigenem Interesse festzustellen und auf Änderungen hinzuweisen. Denn es zeichnet erfolgreiche Unternehmen aus, daß sie in der Lage sind, auf die Interessen und Bedürfnisse des Bewerbers einzugehen.

Das übliche Einstellungsgespräch, in dem der Geschäftsführer das Sagen hat und anhand einer „checklist" Fragen an den Bewerber „abhakt", muß der Vergangenheit angehören und zeigt nur die Schwäche des Unternehmens selbst. Ebenso sollten psychologische Auswahlmethoden der Vergangenheit angehören, die nur das Ziel haben, den Bewerber *mehr oder weniger erfolgreich* in eine Falle zu locken. Hierzu gehört die psychologisch beliebte Methode, „Charakter" zu dechiffrieren anhand von äußeren Verhaltensmerkmalen, die, zu einem „cluster" verdichtet, die Gewähr bieten soll, daß der richtige Mann an den richtigen Platz gelangt. Auf diese Weise sollen dann Eigenschaften feststellbar sein, wie „depressiv", „intelligent" oder „belastbar".

Auch die Methode, mit Hilfe des „*Assesment-Center*" vorzugehen – in den Fällen, in denen psychologische Tests nicht durchgeführt werden oder werden können, ist bei einem klientenzentrierten Vorgehen abzulehnen. Gewiß hat das „Assesment-Center" einen „Schuß Realität". Das wesentliche Kriterium unternehmerischen Handelns fehlt aber: die Möglichkeit von Vorgesetzten und externem Beobachter, sich selbst in der Situation in Frage stellen zu lassen. Es ist für den Vorgesetzten oder Psychologen sehr einfach, vom sicheren Platz aus zu beobachten und zu beur*teilen. Dies entspricht dann aber ei*ner falschen Realität.

Kommt dann noch hinzu, daß „Charakterschilderungen" über die Bewerber abgegeben werden, ist dies vom Standpunkt eines Unternehmens, das sich als offen versteht, völlig abstrus und verkehrt unternehmerische Wirklichkeit in ihr Gegenteil. Gehen auszuwählende Stellen diesen Weg, gehen sie systematisch ins Abseits. Die vielen Bewerber, die sich kreativ entfalten wollen, die abweichende *Meinungen vertreten, die ge*gen scheinbar festgefügte Werte handeln, fallen durch das Sieb einer derartigen Bewerberauslese – und werden vermutlich selbst erfolgreiche Unternehmer. Denn langfristiger Erfolg heißt auch immer, gegen Bisheriges vorzugehen, kritisch zu sein, den Mut zu haben, abweichende Meinungen zu vertreten. Vorherrschende Formen der Bewerberauswahl haben zum Ziel, eigenständiges Handeln „einzuebnen". Ein Bewerber berichtet: „Ich war selbständig und wollte mich aus familiären Gründen – ich *mußte sehr viel verreisen – seßhaft* machen. Ich habe mich bei dem Unternehmen X vorgestellt. Obwohl ich selbst nicht als Organisations-Programmierer ausgebildet bin, habe ich mich seit Jahren in dieses Gebiet eingearbeitet und bin Abteilungsleiter eines Forschungsteams auf diesem Gebiet. Dann kam ich in diese Firma, da saß der Chef-Programmierer. Der fragte mich gleich, welche Ausbildung, wann und wo. Ich hatte das Gefühl, der ist derjenige, der meint, alles zu wissen. Dies *hat mir nicht* gefallen. Anschließend haben die mich abgelehnt mit der Begründung, ich traue mir dieses Aufgabengebiet nicht zu."

Aus dieser Äußerung wird deutlich, daß bei Vorstellungsgesprächen Rollen eindeutig verteilt und zugeordnet sind: Keiner will Terrain verlieren. *Und auf diese Weise wird der* wirklich innovativ tätige Bewerber nicht akzeptiert. Das Anderssein macht dem wenig erfolgreichen Unternehmen Angst und verleiht Unsicherheit.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das „*Bewerbungsgespräch*" *muß* ein Gespräch ganz natürlicher Art sein, und die Beteiligten sollten ihre Befürchtungen und Wünsche ganz offen austauschen. Wichtig für gelungene Gespräche ist, daß sich die Teilnehmer regelmäßig „Feedback" geben und auch ihre Gefühle mit einbringen. Gelingt es den Gesprächsteilnehmern, sich gegenseitig zu motivieren, ist ein wichtiges Ziel erreicht. Sie werden auf der Plattform gegenseitigen Verständnisses bereit *und in der Lage sein, sich für Ge*meinsames zu begeistern.

Auf diese Weise wird auch das Gesprächsgefälle abgebaut. Außerdem werden für beide Gesprächspartner interessierende Dinge im Vordergrund stehen. Für die spätere Zusammenarbeit heißt dies, daß Selbstwertgefühle systematisch aufgebaut werden (können). Für den Bewerber bedeutet dies, daß er selbst in der Lage ist, sich zu behaupten, ohne in der Angst zu sein, es werde sein „Charakter" analysiert.

Es ist von entscheidender Wichtigkeit, daß Störungen Vorrang haben und Behinderungen, die ihren Grund auch im „Stil" des einzelnen haben, frei geäußert werden können. Wichtig ist auch, daß der einzelne von sich selbst als „ich" spricht – und nicht mit „man" oder „wir". Wird dies nicht getan, verliert der einzelne mit seinen Äußerungen an Überzeugungskraft und persönlicher Integrität.

Das Bewerbungsgespräch ist eine Chance, daß der einzelne seine eigenen „blinden Flecken" in der sozialen Wahrnehmung erkennen lernt. Dinge also, die dem anderen auffallen, die ihm selbst aber in dieser Form noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Wird in der Art und Weise vorgegangen, werden Bewerbungsgespräche zu „pädagogischen Experimenten" und es können sich nicht Einstellungen verfestigen, die zu Vorurteilen und flachen Beurteilungen führen.

E. KOCK / W. H. KUNZE

Die Autoren arbeiten als Personalberater in Hagen.

URTEILE

Urlaubsgeld für Behinderte

Schwerbehinderte können für den ihnen gesetzlich zustehenden Sonderurlaub vom Arbeitgeber neben der Weiterzahlung des Lohnes nur *dann ein zusätzliches Urlaubsgeld* beanspruchen, wenn sich das aus dem einschlägigen Tarifvertrag ergibt. Das hat das Bundesarbeitsgericht in mehreren Musterprozessen entschieden. Verweist der Tarifvertrag für die Urlaubsdauer auf das Schwerbehindertengesetz und sieht er für den Jahresurlaub ein zusätzliches Urlaubsgeld vor, s o ist das Urlaubsgeld auch für den Sonderurlaub zu zahlen. Ist dagegen der Anspruch auf das Urlaubsgeld im Tarifvertrag ausdrücklich auf den tariflichen Jahresurlaub beschränkt, so scheitert daran der Anspruch auf das Urlaubsgeld für den Zusatzurlaub. (Az.: 8 AZR 241/83, 360/83 sowie 562/83 und 563/83.)

Lärmmessung

Der Betriebsrat kann nicht die Installierung von Lärmmeßgeräten an Arbeitsplätzen mit starker Lärmbelästigung verlangen, um so Unterlagen über die Lärmbelästigung der Arbeitnehmer zu erhalten. Das Bundesar*beitsgericht hat dem Antrag eines* Betriebsrats nicht entsprochen, weil nach Paragraph 80 Absatz 2 BetrVG lediglich die Überlassung von vorhandenen oder jederzeit erstellbaren Unterlagen verlangt werden kann. (6 ABR 77/83.)

Kostenübernahme

Wer sich vom Betrieb eine Fortbildung bezahlen läßt und wenig später kündigt, muß damit rechnen, einen Teil der Kosten zu erstatten. Das be*stätigte das Bundesarbeitsgericht* im Falle eines Bankangestellten, der knapp zwei Jahre nach einem Lehrgang kündigte und zwei Drittel der Kosten von 27 000 DM erstatten sollte. (Az.: 5 AZR 159/85.)

Kein Kindergeld

Die Familie eines Jugendlichen, der an einer halbtägigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) teilnimmt, hat keinen Anspruch auf Kindergeld, wenn der Sprößling in der übrigen Zeit auf der Volkshochschule seinen Hauptabschluß nachholt (Az.: L 13 KG 5/86 LSG NRW). Das Landessozialgericht in Essen wies die Klage einer Familie ab, deren 17jähriger Sohn für 20 Stunden in der Woche auf ABM-Basis beim städtischen Sportamt arbeitete. (Az.: L 13 KG 5/86.)

Spekulation auf Zinssenkung

Auf dem Rentenmarkt war der Handel zwar nicht so stürmisch wie an manchen Tagen der Vorwoche, die Kurse der öffentlichen Anleihen wurden gleichwohl um durchschnittlich 0,30 Prozentpunkte angehoben. Hauptkäufer waren Ausländer, die auf eine weitere Stärkung der DM spekulieren, aber auch auf eine Senkung der Leitzinsen noch in dieser Woche. Bundesobligationen befestigten sich bis zu 0,10 Prozentpunkte. Freundlich blieb auch die Tendenz der DM-Auslandsanleihen, deren Kursniveau sich langsam nach oben schiebt.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Industrieanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Nach schwerer, in großer Haltung getragener Krankheit erlöste der Herr unseren Vater, Großvater, Bruder und Schwager

Alfred von Rosenberg Lipinsky

geb. 28. 6. 1904 gest. 9. 8. 1986

Er war der verehrte und geliebte Mittelpunkt der Familie.

Maria-Elisabeth Plant geb. von Rosenberg Lipinsky
Robert Plant
Birgit Michaelis geb. von Rosenberg Lipinsky
Jochen Michaelis
mit Jochen, Martin und Carola
Alexander von Rosenberg Lipinsky
Reiner Schmidt
mit Monika, Annette und Babette
Rosemarie von Mellenthin geb. von Rosenberg Lipinsky
Ludwig Hirschberg
Carola Hirschberg geb. Cremer

2211 Gut Mehlbek

Trauerfeier am Freitag, dem 15. August 1986, um 14 Uhr in der Martin-Luther-Kirche in Mehlbek, anschl. wird in die Gastwirtschaft in Mehlbek gebeten.

Friedel Schüler

geb. Lange

8. Juli 1900 4. August 1986

Peter-Alfred Schüler
Dr. jur. Heidi Engert geb. Schüler
Ursula Peters geb. Schüler

Hamburg-Blankenese, Wilmans Park 17

Die Trauerfeier hat auf Wunsch der Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.), Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel, Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau, Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 738

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Warenpreise – Termine

Gut behauptet notierten zum Wochenschluß die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee in allen Sichten zulegte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	8.8.	7.8.
Sept.	258,25-258,50	261,50-262,00
Dez.	261,50-261,00	262,50-262,75
März	260,00	259,75-260,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	196,38	197,88
Am. Durum	194,16	195,66

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	96,10	96,00
Dez.	97,20	97,00
März	98,50	98,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	75,60	75,60
Dez.	75,60	75,60

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	105,75-105,50	105,00-105,25
Dez.	112,75	111,75
März	115,50	115,25

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	163,25-163,00	161,25-161,50
Dez.	170,50-169,50	168,25-168,50
März	181,00-181,25	179,75-180,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	82,20	81,70
Dez.	82,30	82,00
März	83,10	83,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	8.8.	7.8.
Sept.	169,00-169,50	162,80-163,25
Dez.	172,00-172,45	166,50-167,10
März	172,52	168,50-168,70

KAKAO New York ($/t)

	8.8.	7.8.
Sept.	1866-1873	1901-1909
Dez.	1930-1935	1962-1969
März	1980-1983	2010-2014
Umsatz	2600	1445

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Sept.	6,58-6,59	6,55-6,59
Okt.	6,76-6,79	6,80-6,82
Jan.	6,85-6,95	6,90-6,91
März	7,38-7,40	7,48-7,49
Mai	7,53	7,61-7,63
Umsatz	6702	8825

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	6,30	6,19

KAFFEE London (£/t) Robusta

	8.8.	7.8.
Sept.	1831-1835	1741-1742
Nov.	1840-1845	1760-1765
Jan.	1845-1855	1775-1780
Umsatz	3074	3705

KAKAO London (£/t)

Sept.	1397-1398	1412-1413
Dez.	1444-1445	1457-1459
März	1480-1481	1495-1496
Umsatz	2360	2121

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	8.8.	7.8.
Okt.	150,60-150,80	151,40-151,80
Dez.	156,00-159,00	157,00-159,00
Jan.	–	–
Umsatz	1744	1036

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

	11.8.	8.8.
schw.		
Saraw.spez.	852,50	852,50
weiß.Saraw.	1152,50	1152,50
weiß.Mont.	1167,50	1167,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	8.8.	7.8.
Sept.	101,70-101,85	100,70
Nov.	102,90	102,10-102,30
Jan.	104,30-104,50	103,75
März	105,45-105,50	104,90-105,10
Mai	106,40-106,50	106,50-106,70
Umsatz	800	150

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	8.8.	7.8.
	30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,00	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	14,73	14,88-14,89
Sept.	14,85-14,88	15,00-14,89
Okt.	14,98	15,12-15,14
Dez.	15,55-15,53	15,67-15,65
Jan.	15,65	15,70-15,75
März	16,00	16,15
Mai	16,30	16,36-16,37

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

	15,00	15,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,50-16,00	15,50-16,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,375	9,37

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,25
fancy	9,75	9,75
bleichf.	9,50	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Aug.	62,35-62,45	61,45
Okt.	54,45-54,55	53,75-53,60
Dez.	53,10-53,00	52,60-52,75

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	80,90-80,65	81,40-81,10
Febr.	73,88-73,60	73,30-73,10
März	72,70-72,90	72,35-72,10

HÄUTE Chicago (c/lb)

	8.8.	7.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	69,00-70,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Aug.	503,0-502,0	503,5-504,0
Sept.	475,25-475,5	476,0-476,25
Nov.	475,0-474,5	475,0-474,5
Jan.	484,5-484,75	484,5-484,25
März	494,5-494,75	494,5
Mai	502,5-503,0	502,5
Juli	508,5-509,0	509,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Aug.	146,5-146,7	145,9-146,0
Sept.	143,7-143,8	143,1-143,2
Okt.	142,2-142,3	141,4-141,6
Dez.	144,5-144,7	143,8-144,0
Jan.	146,0	145,1
März	147,9-148,0	147,0
Mai	150,0	149,1

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	8.8.	7.8.
Okt.	239,50	239,20
Dez.	245,00	244,30
März	245,50	253,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	8.8.	7.8.
	10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	11.8.	8.8.
jegl. Herk. cif	570,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	390,00	390,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	195,00	200,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	65,50	65,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	230,00	230,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	185,00	186,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	8.8.	7.8.
Okt.	31,08-31,25	30,80
Dez.	32,07-32,10	31,80-31,85
März	33,10-33,15	32,83-32,90
Mai	33,85-33,90	33,45-33,60
Juli	34,50-34,52	34,30-34,40
Okt.	35,50-25,60	35,30-35,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	43,25	41,12

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	11.8.	8.8.
Aug.	538-546	538-546
März	526-529	–
Aug.	539-543	–
Umsatz	2229	2205

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	11.8.	8.8.
Okt.	41,00	41,00
Dez.	41,50	41,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	11.8.	8.8.
Okt.	648,00-660,00	645,00-660,00
Dez.	–	646,00-656,00
Mai	–	645,00-648,00
Umsatz	4	15

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	11.8.	8.8.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	11.8.	8.8.
aug.	12307	12330
Sept.	12332	12353

KAUTSCHUK London (p/kg)

	8.8.	7.8.
spot	59,50-61,50	59,50-61,50
RSS 1 Sept.	59,00-60,00	59,00-60,00
RSS 2 Sept.	58,00-59,00	58,00-59,00
RSS 3 Sept.	57,00-58,00	57,00-58,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	11.8.	8.8.
Sept.	220,00-222,00	221,00-222,00
Okt.	217,00-219,00	217,00-219,00
Nr. 2 Sept.	213,00-214,00	213,00-214,00
Nr. 3 Sept.	210,00-211,00	210,00-211,00
Nr. 4 Sept.	208,00-209,00	208,00-209,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	11.8.	8.8.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11.8.	8.8.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	229,21-229,52	233,32-233,47
dritt. M.	233,47-233,78	237,00-237,16
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	79,75-80,06	79,36-79,51
dritt. M.	80,29-80,36	79,36-79,67
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	788,40-789,92	801,27-802,81
dritt. M.	790,53-791,44	801,27-802,81
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	153,72-156,77	153,50-156,57
Prod.-Pr.-	173,07	174,55
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

11.8.	8.8.
14,07	14,11

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	11.8.	8.8.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	277,31-279,44	276,15-278,30
BLEI in Kabeln	87,50-88,50	87,00-88,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Randb.	455,00-458,50	456,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.8.	8.8.
MS 58, 1.VS	264	263-264
MS 58, 2.VS	312-321	317-321
MS 63	291-295	290-294

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.8.	8.8.
Leg. 225	290-300	290-305
Leg. 226	292-302	292-307
Leg. 231	327-337	327-342
Leg. 233	337-347	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	11.8.	8.8.
PLATIN (DM/g)	39,70B	33,60B
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	29868	28044
Rückn.-Pr.	26200	23800
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26680	24670
Rückn.-Pr.	25970	24010
verarbeitet	27990B	25880B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26020	24180
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	372,80	356,00
Rückn.-Pr.	361,40	345,10
verarbeitet	389,20B	371,70B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	11.8.	8.8.
10.30	394,50	361,85
15.00	388,00	368,80
Zürich mitt.	391,50-393,50	362,60-363,10
Paris (Ff/1-kg-Barren) mittags	82500	78800

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	371,75	352,35
3 Mon.	380,50	360,35
6 Mon.	389,45	369,05
12 Mon.	406,90	385,45

PLATIN (£/Feinunze)

London	8.8.	7.8.
fr. Markt	340,50	326,50

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	8.8.	7.8.
f. Händl.-Pr.	85,00	82,30

New Yorker Metallbörse

	8.8.	7.8.
GOLD H & H Ankauf	368,80	362,05
SILBER H & H Ankauf	526,50	519,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	475,00-478,00	475,00-478,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	126,00-127,00	121,50-122,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Aug.	375,00-376,50	362,60
Sept.	377,50	364,00
Okt.	378,00-379,50	365,50-366,00
Dez.	381,50-383,10	369,10-369,40
Febr.	385,90	372,70
Umsatz	50000	19000
SILBER (c/Feinunze)		
Aug.	531,40	520,20
Sept.	531,00-536,00	522,00-523,00
Dez.	543,00-545,00	530,50-532,00
Jan.	545,50	534,30
März	551,20	539,80
Mai	557,10	545,60
Juli	563,10	551,40
Umsatz	20000	13000

KUPFER (c/lb)

	8.8.	7.8.
Aug.	57,75	57,60
Sept.	57,95-58,10	57,85-57,95
Dez.	58,70-58,85	58,60-58,70
Jan.	59,05	58,90
März	59,55	59,35-59,45
Mai	60,00	59,95
Juli	60,40	60,25
Umsatz	4200	2800

Londoner Metallbörse

	11.8.	8.8.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	753,00-754,00	758,50-759,50
3 Mon.	767,00-768,00	771,50-772,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	262,00-263,00	259,50-260,00
3 Mon.	263,50-264,00	259,50-259,75
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	892,00-893,00	881,00-881,50
3 Monate	912,00-913,00	901,00-901,50
ab. Kasse	–	882,00-883,00
3 Monate	–	901,50-902,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	870,00-871,00	857,00-859,00
3 Monate	890,00-891,00	879,00-881,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	547,00-548,00	544,50-545,00
3 Monate	549,50-550,00	545,00-545,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	155-165
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	8.8.	7.8.
Sept.	40,80-41,00	42,30-42,60
Okt.	41,70-41,95	43,25-43,50
Nov.	42,50-42,60	44,02-44,20
Dez.	43,40-43,50	44,70-45,00

GASÖL – London ($/t)

	8.8.	7.8.
Aug.	–	125,50-126,00
Sept.	126,50-126,75	–130,00
Okt.	129,50-129,75	–133,00
Nov.	131,00-131,50	133,75-134,00
Dez.	133,00-134,00	137,00–
Jan.	133,00-154,50	136,00–
Febr.	–137,00	134,00-140,00
März	–135,00	132,00-140,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	8.8.	7.8.
Sept.	42,10-42,25	43,00-43,20
Okt.	41,50-41,75	unerh.
Nov.	41,02	42,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	8.8.	7.8.
Sept.	14,80-14,85	15,25-15,35
Okt.	14,60-14,70	15,05-15,10
Nov.	14,48-14,55	15,00-15,10
Dez.	14,46-14,55	15,00-15,10
Jan.	14,47	15,05

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	8.8.	7.8.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	12,60	13,40
N.Sea Brent	12,70	13,05
Bonny Light	12,75N	13,05N

Kartoffeln

London (£/t)

	8.8.	7.8.
Nov.	138,00	130,70
Febr.	151,30	140,50
April	224,00	212,40
Mai	234,50	223,80

New York (c/lb)

	8.8.	7.8.
Nov.	3,50-3,55	3,50-3,55
März	3,69-3,77	3,75-3,77
Mai	4,65	4,70
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	8.8.	7.8.
Sept.	166,00-165,80	167,80-167,40
Nov.	161,00-161,80	162,80-162,60
Jan.	164,50-165,00	164,50
März	166,00	167,00

Devisenterminmarkt

Abbröckelnde Dollarzinsen hatten am 11. 8. verringerte Terminabschläge für Dollar gegen DM zur Folge

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,37-0,27	0,98-0,88	1,83-1,63
Pfund/Dollar	0,48-0,46	1,31-1,28	2,53-2,48
Pfund/DM	2,10-0,70	4,60-3,20	8,20-6,80
FF/DM	-14+2	28-12	47-31

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.8. Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 11.8. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11.8. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.8. : Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	4⅜-4⅝	4¼-4½
3 Monate	6¼-6½	4⅜-4⅝	4⅜-4⅝
6 Monate	6¼-6½	4½-4¾	4⅜-4⅝
12 Monate	6⅜-6⅝	4½-4¾	4⅜-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	1060,00	1390,80
5 US-Dollar (Indian)**	460,00	o. Ware
5 US-Dollar (Liberty)**	425,00	561,75
1 £ Sovereign alt	196,50	246,81
1 £ Sovereign Elizabeth II.	187,25	236,27
20 belgische Franken	146,25	192,95
10 Rubel Tscherwonez	193,50	247,95
2 südafrikanische Rand	179,75	226,58
Krüger Rand, neu	792,75	943,64
Maple Leaf	818,75	973,28
Platin Noble Man	1187,50	1393,65
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	224,75	284,72
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,50	216,03
20 franz. Franken „Napoleon"	154,25	204,35
100 österr. Kronen (Neuprägung)	767,00	930,74
20 österr. Kronen (Neuprägung)	153,25	197,51
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,75	106,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	355,75	439,76
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,00	116,28

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 5,50 , Kurs 100,40, Rendite 5,41 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 11.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,612	6,40
Commerzbank	100,00	27.5.95	60,35	5,97
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,00	6,25
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	139,50	8,93
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,21	5,25
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,90	5,25
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,55	6,35
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	–	–
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,61	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,37	6,60
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,12	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,38	6,70
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,26	6,60
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,86	6,72
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,71	6,44
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,19	6,32
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,40	6,15
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,30	6,51
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,75	6,63
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,80	4,47
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,20	4,80
WestLB 503	115,76	3.10.88	106,05	4,18
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,20	5,25
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.7.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,54
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	76,50	7,94
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,125	8,44
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,85
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,75	8,83
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,25	8,89
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,32
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,625	9,21
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,125	9,33
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,50	8,88
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,25	8,91
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,52

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,75 (4,75)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,10 (5,13)	99,75	102,2	104,9	107,6	110,3	113,0
4	5,30 (5,36)	98,60	102,1	105,6	109,2	112,7	116,2
5	5,52 (5,58)	97,35	101,6	105,9	110,2	114,4	118,7
6	5,72 (5,75)	95,95	101,4	105,9	110,8	115,8	120,7
7	5,98 (6,05)	94,00	100,1	105,1	110,7	116,3	121,8
8	6,28 (6,30)	91,55	98,30	103,8	109,9	116,1	122,2
9	6,48 (6,50)	89,50	96,15	102,8	109,4	116,1	122,7
10	6,50 (6,51)	88,55	95,70	102,9	110,0	117,2	124,4
15	6,80 (6,85)	87,60	91,75	101,9	110,1	119,3	128,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,675 (113,545)
Performance-Rentenindex: 246,863 (246,545)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	8 Aug.	6,25-6,375
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,225
	60–270 Tage	6,000
Commercial Paper (Handlerplazierung)	30 Tage	6,25
	60 Tage	6,225
	90 Tage	6,20
Certificates of Deposit	1 Monat	6,10
	2 Monate	6,10
	3 Monate	6,10
	6 Monate	6,10
	12 Monate	6,20
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,71
	26 Wochen	5,76
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,30
	30 Jahre	7,42
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	28 Juli	674,9 Mrd $ (–0,6 Mrd $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept.	137,30	136,80
Dez	138,10	137,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	8.8.	7.8.
9¾ EEC 90	105,5	105,625
11⅛ dgl. 90	110,875	111,125
10⅝ EIB 93	109,25	109,5
11 dgl. 91	112,875	113
11½ dgl. 90	114	113,875
11⅞ dgl. 93	120	120,125
12 dgl. 95	121,75	122
12⅛ dgl. 90	115,5	115,5
12⅜ dgl. 93	127	126,875
13 dgl. 96	120,75	120,875
10⅛ Wld Bk 95	112,25	113
10⅜ dgl. 88	105,125	105,75
10⅝ dgl. 90	109,75	109,875
10¾ dgl. 93	115,25	115,25
11 dgl. 92	113,625	114,125
11¼ dgl. 88	107,375	107,5
11⅜ dgl. 90	112,625	112,875
11⅝ dgl. 89	108,75	108,875
11½ dgl. 90	113	113,125
12 dgl. 93	120,5	120,75
12⅛ dgl. 94	124,375	124,375
12⅞ dgl. 94	128,875	128,125
6⅞ Sears 91	104,875	104,875
6⅞ Swed.Ex.91	103,375	103,375
7 TRW 94	104,575	104
6⅜ Un.Tech.92	104,5	104,375
6⅜ W.Disn.96	105,375	105,375
6⅞ World Bk96	105,375	105,375
6⅞ dgl. 90	104,5	104,375
6⅞ dgl. 94	106,125	105,875
7 dgl. 94	108,25	108,125

Euro-Yen

	8.8.	7.8.
6⅜ Al.Corp 91	103,5	103,5
6⅞ All.Sign93	104,25	104
7⅛ ADB 94	109,875	110
7 Austria 95	108,375	108,375
7 BP 92	106,5	106,25
6⅜ Denmark 92	105	105
7 Denm.Bk. 92	105,375	105,25
7 Dow Chem.94	104,625	104,375
6⅞ EDF 95	107,75	107,625
6⅛ Eurofima95	103,75	103,625
6⅛ dgl. 92	102,875	103
6⅜ dgl. 93	102,875	102,875
7⅛ dgl. 94	105,125	105
6⅞ Fannie 92	105,125	105
6⅜ Firt.Rep90	104,625	104,5
6⅞ GMAC 90	103	103,125
7⅛ Goodyear95	103,75	103,75
6⅜ dgl. 94	103,25	103
6⅜ ITT 92	104,875	104,375
6⅛ McDonal.92	104,375	104,125
6⅞ Montreal95	105,125	105,25
6⅛ NordLB 93	103,375	103,25
6 NIB 91	101,5	101,5
7 dgl. 92	106,875	106,75
7 Pac.Gas 94	105,5	105,75
6⅞ Penney 92	103,625	103,625
6⅜ Procter 92	104,875	104,875
6⅜ Sallie 97	104,75	104,125

Lux. Franc Bonds

	8.8.	7.8.
9⅝ Akzo 87	100	100
9⅝ Asea 89	102,25	102,25
6⅞ Asian Dv87	99,75	99,75
10⅛ BFG Lux90	106	106
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 95	106	106
10⅛ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	101,75	101,75
13 dgl. 91	101	101
8⅛ Conseil 95	106	106
12⅛ dgl. 92	105,75	105,75
8 Coptal 88	100	100
8⅛ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	104	104
7⅛ Den.Mtg 88	99,5	99,5
8⅛ EEC 95	107	107
8⅛ Euratom 89	102,75	102,75
10⅛ dgl. 96	111	111
11 dgl. 93	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,25	106,25
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	104,5	104,5
11⅜ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8⅛ dgl. 95	104	104
9⅛ dgl. 95	108,5	108,5
9⅛ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	104	104
10⅛ dgl. 94	108	108
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅛ dgl. 90	108	108
8⅛ Goodyear95	103,25	103,25
9⅛ Ind.B.F.95	106	106
9⅛ Hypo Bk.88	103	103
11 Krediet.93	101	101
7⅛ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	105	105
11⅛ dgl. 89	103,5	103,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8⅛ Met.Chm92	105	105
9 dgl. 95	106,5	106,5
10⅛ N.Lux.Al92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅛ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	103	103
10⅛ Paribas89	101	101
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅛ Renault 88	100	100
7⅛ Sogenal 91	100	100
9⅛ dgl. 92	106	106
10⅛ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9⅛ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104
9⅛ dgl. 90	104	104
10⅛ dgl. 89	101	101

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	8.8.	7.8.
8⅛ Cap City91	99,75	99,75
12⅛ dgl. 92	103	103
8⅛ CCA 91	99,5	99,5
11⅛ Ned G.88	100,5	100,5
9⅛ Oesb. P.94	100	100
8⅛ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	8.8.	7.8.
9⅛ ABN 92	106,625	106,75
All Nippon 95	107,875	107,875
9⅛ ANZ 92	108	108,125
10⅛ Austria93	112,75	112,875
10 BNDA 97	106,25	106,25
8⅛ B.d.Roma93	101,5	101,25
9 M.-Hope 92	105,375	105,5
9 Bk.Hels.96	105	104,75
7⅛ BNP 93	100,125	100
8⅛ dgl. 95	105,25	106,25
8⅛ Bay.Vbk.88	102,5	102,5
8⅛ BFCE 93	107,875	102,75
9⅛ dgl. 92	109,125	109,125
9⅛ dgl. 95	109,375	109,375
9⅛ Bull 92	105,375	105,5
9⅛ CNT 92	109,125	109
9⅛ dgl. 95	109,25	109,25
8⅛ Cargill 95	106	106,125
10⅛ Ceca 89	107,875	107,875
9 Chrysl. 92	102,125	102
9⅛ dgl. 94	103	103
9 ClubMed 88	103	102,875
9 Colgate 91	102,75	102,75
9 Cap City 95	105	105
9⅛ CCF 95	106,25	106,25
9⅛ CrdNord 91	107,375	107,25
11⅛ CrdFonc90	107,625	107,125
11⅛ dgl. 90	109	108,875
6⅜ CrdLyon 97	94,875	95
8⅛ CrdNat 96	108,75	108,875
10⅛ dgl. 94	114,125	114,25
8⅛ Crdanst.94	106,375	106,25
9⅛ Credito 92	107,375	107,25
7⅛ Denmark 96	99,5	99,5
9 EDF 97	106,5	106,375
8⅛ EEC 95	106,5	106,375
8⅛ ELFAqu. 88	101,75	101,75
9 Enso Gut 91	104	104
9⅛ dgl. 93	104	104
10 Euratom 97	110,75	110,75
9⅛ Eurofima93	105	105
8⅛ EIB 90	104,575	104,5
9⅛ dgl. 93	106	105,75
8⅛ dgl. 92	104,875	104,625
9⅛ dgl. 95	112,125	112,25
10⅛ dgl. 94	112,125	111,875
10⅛ dgl. 94	111,5	111,375
10⅛ dgl. 90	110	110
11⅛ dgl. 92	110,375	110,25
9 Eutelsat 93	104,375	104,375
6⅞ EDC 96	92,25	92,75
8⅛ Fiat 90	103,75	103,625
9 IBKFinnl 95	104,25	104,25
8⅛ Ford C.93	105,25	105,75
7 Giroz. 93	96,375	96,25
10⅛ dgl. 93	112,125	112,125
10 IADB 93	110,875	110,75
8⅛ IBM 90	105,375	105,375
6⅞ Iceland 96	91,375	91,375
8⅛ IKB 93	103,5	103,75
9 Imatran 96	104,5	104,375
9⅛ Italie 89	106,25	105,375
10⅛ dgl. 92	110,75	110,75
9⅛ Kansall 92	106	105,875
9⅛ Kbilma 97	106	106
6⅞ KB/Ibl 95	92,25	92,25
10⅛ Megal 95	108	108
8⅛ Mits.Tr.93	105	105,125
9 MoetHen.91	105,75	105,75
9⅛ Mol 90	102,875	102,75
8⅛ Morgan 90	104,125	104,125
8⅛ Motorola97	104,75	104,625
9 Nerso 95	104,375	104,375
8⅛ N.S Wal.93	106,125	106
9⅛ N.Zeal. 90	105,625	105,5
9⅛ N.Zeal 92	107	107
9 OstLbk. 89	104,375	104,25
8⅛ Olivetti95	104,5	104,5
8⅛ Parbel 89	102,25	102,25
10 Pechin.90	106	105,875
9 Petroc.93	101,875	101,75
9⅛ dgl. 90	104,75	104,75
8½ Phibro 96	103,375	103,375
9 Philips 93	105,5	105,375
9⅛ Pibo 92	108	108
10 Prvbk. 92	106	105,875
10⅛ RATP 92	106,125	106,125
7⅛ Rabobk. 96	100,25	100,25
9⅛ dgl. 95	–	–
8⅛ Reynolds91	104,625	104,625
9 SAS 95	105,675	105,625
9 Sanwa 95	105,5	105,5
8⅛ Secpac 90	103,625	103,625
9 SNCI 95	103,75	103,75
8⅛ Sumitomo92	105,25	105,125
9⅛ dgl. 95	108,5	108,5
9 dgl. 93	107,5	107,5
6½ Schweden96	94	94
9 Unbk.Nor 95	105	105
8⅛ Vict. 90	104,175	104
8⅛ WabD 94	105,375	105,75
9⅛ dgl. 95	107,75	107,875
8⅛ Washgt.96	105,375	105,375
9⅛ Westpac92	108	107,875
8⅛ Worldbk.95	107	107
8⅛ dgl. 95	106	105,875
9⅛ dgl. 92	110,375	110,375
10⅛ dgl. 89	109	109
10⅛ dgl. 94	111,875	111,875
11 dgl. 95	109,75	109,75
8½ Xerox 90	103,125	103,125

ECU-Tageswerte

	8.8.	7.8.
Dollar	1,01771	1,01904
Bfr	43,6596	43,6176
DM	2,10769	2,10687
Hfl	2,37484	2,37417
£	0,689508	0,691111
Dkr	7,89746	7,89249
FF	6,84514	6,84287
Lira	1449,99	1450,35
I-£	0,757509	0,756809
Sfr	1,69856	1,69956
öS	14,8383	14,8271
Peseta	137,188	137,214
Skr	7,07464	7,07767
Nkr	7,51856	7,5078
Kan-$	1,40923	1,40679
Esc	148,993	148,933
Fmk	5,07381	5,06649
Yen	156,676	156,78
Drachme	137,676	137,326

SZR-Wert

	7.8.	6.8.
Dollar	1,20617	1,20758
DM	2,50160	2,49691



Vandenberg über Cäsar und Kleopatra im Jet-Set

Betört von ihren Düften

Die Story von Cäsar und Kleopatra gehört zu den bewegendsten Evergreens der Weltgeschichte. Wie oft ist sie bereits beschrieben, kommentiert und illuminiert worden! Olympier wie William Shakespeare und Pierre Corneille, George Bernard Shaw und Thornton Wilder haben dem berühmten Liebespaar immergrüne Kränze geflochten.

Die Geschichte der mehrjährigen Beziehung, der ein Sohn namens Cäsarion entsproß, enthält in der Tat ein gerüttelt Maß jener Ingredienzien, die zu allen Zeiten *human interest* produziert haben. Schon die private Situation ist ebenso zuckrig wie pfeffrig. Auf der einen Seite der große Feld-



herr und Staatsmann, 54 Jahre alt und bereits ein wenig füllig, im übrigen Römer und Rationalist vom Scheitel bis zur Sohle, auf der anderen Seite eine orientalische Schlange, 21 Jahre alt und ägyptische Königin, nicht gerade schön mit ihrer „langen, nach vorn überkippenden Nase", aber mit allen *Listen* und *Raffinessen* antiker Liebeskunst ausgerüstet; anmutig, charmant, lasziv, hochgebildet, witzig und sehr beredt, mit einer Stimme, die wie eine „vielbesaitete Leier" klang. Aber auch die historische Situation – der Tod des Pompejus, Bürgerkrieg in Ägypten, Roms Griff in den Nahen Osten – enthält Elemente, die über die Jahrtausende hinweg noch heute Interesse wecken. *Kurzum:* ein auch menschlich anrührender Stoff – gut aufbereitet geradezu ein Galadiner für den Freund gewürzter Geschichte.

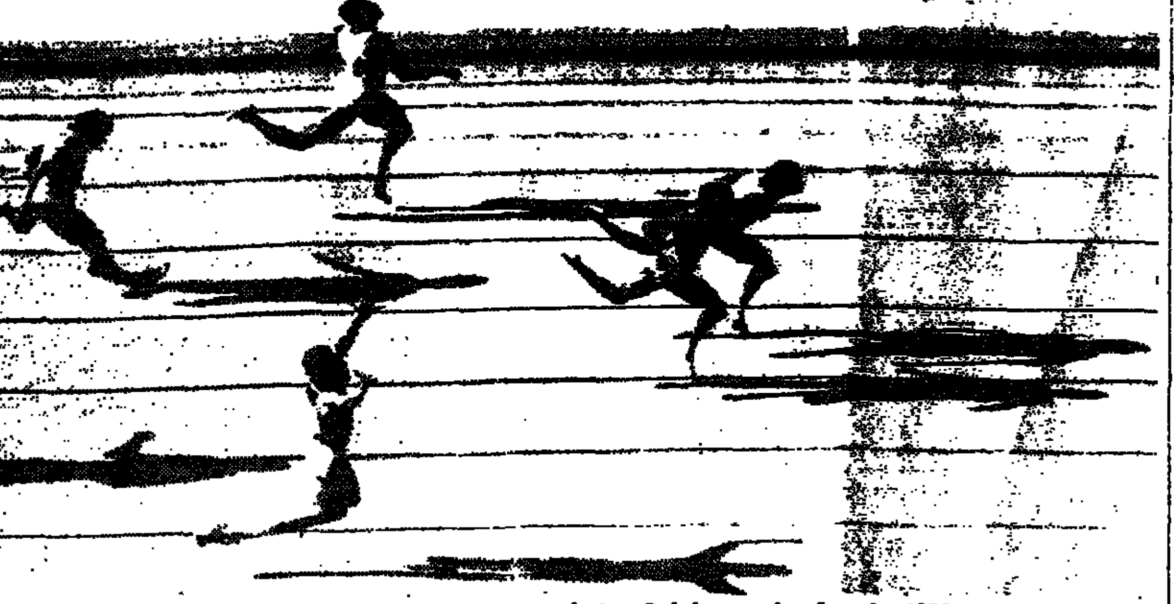
Nun hat sich Philipp Vandenberg des unsterblichen Sujets angenommen. Man kennt ihn als einen versierten, effektsicheren Schreiber, der sich – zum Schrecken vieler Experten – mit antiker Archäologie angelegentlich beschäftigt hat. Man weiß auch, daß er den bissigen Satz von Anatole France, Geschichtsschreibung sei keine Wissenschaft, sondern eine Kunst, in der man vor allem durch Phantasie Erfolg habe, voll ausfüllt und es *daher zu hohen* Bestsellerehren gebracht hat. Nun ist ihm auch mit seiner „Cäsar-und-Kleopatra"-Apotheose ein Buch gelungen, das Anspruch erheben kann, ein „echter Vandenberg" zu sein.

Leicht faßlich, flott erzählt und mit leichter Hand wie eine Boulevardkomödie inszeniert, liest es sich wie ein Illustriertenroman aus der Jet-Set-Gesellschaft, zumal es keine Gelegenheit ausläßt, sich mit all den profanen Requisiten und Pseudoproblemen des Alltags zu befassen, die ein Autor von heute dem Publikum von heute schuldig zu sein glaubt. So werden selbst so weltbewegende Fragen, ob Cäsar bisexuell war oder mit welchen Düften und Schminken das junge königliche Biest den alternden Schlachtenlenker um den Verstand gebracht hat, gründlich abgehandelt, ebenso Themen wie Sakralprostitution, Busenpflege oder der zeitgenössische Hang zur Gigantomanie. In gleicher Weise kommt das Anekdotische zu seinem Recht. Da Vandenberg die antiken Geschichtsschreiber, allen voran Plutarch und Sueton, die mit ihm die Neigung teilen, Historie durchs Schlüsselloch und aus der Zofenperspektive zu betrachten, mit Fleiß studiert hat, vermag er auch in dieser Hinsicht sein Publikum voll zu befriedigen.

Andererseits hat er sich redlich bemüht, das ungemein komplizierte Geflecht der cäsarischen Politik verständlich zu machen. Über den antiken Klatsch und Tratsch hinaus, dessen Sensationen und Sensatiönchen den eigentlichen Lesereiz des Buches ausmachen, versteht er das historische Panorama geschickt auszumalen und den archaischen Untergrund von Krieg und Politik zumindest ahnen zu lassen. Gelegentlich wird sogar etwas von der welthistorischen Dimension der Begegnung von Cäsar und Kleopatra spürbar, die – kein Hintertreppenpoet hätte das besser erfinden können – witzigerweise damit begann, daß sich die junge, aber bereits mit allen Wassern ihrer alten, weisen Welt gewaschene Königin dem großen Feldherrn in einem Teppich verpackt zu Füßen legen ließ. Ein burlesker Anfang – Ouvertüre jener großen West-Ost-Auseinandersetzung, die uns bis heute in Atem hält.

RUDOLF PÖRTNER

Philipp Vandenberg: „Cäsar und Kleopatra". Die letzten Tage der Römischen Republik. – C. Bertelsmann Verlag (München), 320 Seiten, 38 Mark.



Im Ziel: 400-Meter-Lauf bei den Olympischen Spielen von Los Angeles 1984 FOTO: KATALOG

Faszination der Tausendstel-Sekunde: Ausstellungen über Sport und Kunst

Schmetterlinge, emotionslos präpariert

Rechtzeitig auf das Großereignis Ende August zugeschnitten, wenn sich bei der 14. Leichtathletik-Europameisterschaft die Elite der Läufer, Springer und Werfer trifft, präsentiert die Galerie der Stadt Stuttgart zwei Ausstellungen zum Thema Sport. Im Tagblatturm ist „Kunst und Sport" – Malerei, Graphik und Plastik des 20. Jahrhunderts in Baden-Württemberg – zu sehen. *Und im Kunstgebäude geht* es in „Raum-Zeit-Aufnahmen" um Zielphotographie und Hochgeschwindigkeitsfilm.

Die Idee zu der Photo-Ausstellung stammt von Wolf-Dieter Gericke, der 40 Beispiele auswählte. Wichtig für die Bildanalyse wie das bildnerische Endergebnis ist, daß es sich bei der Zielphotographie streng genommen um einen Film handelt. Jedoch anders als bei *der Stehbildkamera* wird der Film entlang eines Schlitzes streifenweise belichtet. Die Bildfläche gibt dann die Summe der Ereignisse wieder, die sich innerhalb einer bestimmten Zeit in einer (Ziel-)Ebene abgespielt haben.

Können unter solcherart exakten technischen Bedingungen erzeugte Bildwerke überhaupt mehr sein als die reine Zweckbestimmung, für die sie geschaffen worden sind? Nach einem Rundgang durch die Ausstellung bleiben ganz erhebliche Zweifel zurück. Klugerweise erheben aber die Ausstellungsorganisatoren keinen Kunstanspruch; *sie konstatieren* lediglich „ästhetische Reize". Und die Frage nach der Autorenschaft stellt sich für die Zielphotographie erst gar nicht, weil die Bildprodukte zur Wahrung der dokumentarischen Glaubwürdigkeit in einem immer wiederkehrenden technischen Ritual hergestellt werden.

Die Sportler selbst sind es also, die im Sinne des Photophilosophen Vi*lém Flusser „spielerisch" mit der Ap*paratur umgehen. Sie kennen die Bedingungen und die Spielregeln, greifen allerdings mit den Möglichkeiten ihres Sports nicht in die Bildwerdung ein. Sie liefern sich also der Bildmaschine aus, die nach einem starren Programm emotionslos auf den Wettbewerb reagiert.

Dieses Ausgeliefertsein an das unbestechliche Photo-Auge prägt das Bildergebnis der *Raum-Zeit-Aufnah*men. Die Läufer erhalten hier eine unbekannte und merkwürdig spielerische, schwebende Aura. Die Exponate verraten wenig von der höchsten Kraftanstrengung, dem Moment größter Verausgabung, ja, der in der Regel totalen körperlichen Hingabe im Wettbewerb. Die Sportler wirken stattdessen auf den Bildern wie „eingefangen", wie präparierte Schmetterlinge in einem Glaskasten: hilflos und widerstandslos der Erfassung, Verdatung, Registrierung, Sezierung ausgeliefert.

Zu völlig anderen Bildern gelangt *der Hochgeschwindigkeitsfilm*, von dem jedoch nur ein einziges Beispiel zu sehen ist. Gericke hat aus insgesamt 370 Einzelbildern, die den Zeitraum einer Drittelsekunde umfassen, ein Bildtableau zusammengestellt, das sofort an die bekannten Folgen von Rolf H. Krauss erinnert: Winzige Veränderungen, diesmal nicht der Kamera, sondern des Objektes, ergeben über das gesamte Tableau betrachtet *eine Dynamik, die der des* erfaßten Objektes entspricht. Wir sehen die Beine eines Läufers, wie sie langsam in das Bildfeld eintauchen, dieses durchqueren und dann wieder entschwinden.

Ein Mensch auf der Flucht vor der anonymen Maschine? Es sieht fast so aus, als könne der Mensch immer weniger Geheimnisse für sich behalten. Aber es ist ein gutes Gefühl, zu wissen, daß auch das Photo-Auge nach wie vor nicht über den Bildrand hinaussehen kann.

Aber es ist nicht nur die technische Sportphotographie, die Fragezeichen *hinterläßt.* Auch die Gemälde und Plastiken vermögen nur sehr bedingt zu zeigen, warum der Sport fasziniert. Sie werden den Sportlern nur selten gerecht und der Dynamik des Sports auch kaum.

ROLF RETTENBERGER

Raum-Zeit-Aufnahmen: bis 21. Sept.; Katalog 12 Mark; Kunst und Sport: bis 14. Sept.; Katalog 23 Mark.

New Yorker Museen: Vieles steht im Magazin

Hoch hinaus mit Miró

Die New Yorker Museen platzen aus allen Nähten, da sich ihre Bestände unausgesetzt vermehren. Seit dem Umbau und der erheblichen Vergrößerung seiner Ausstellungsfläche kann das Museum of Modern Art unbeschadet regelmäßiger Sonderausstellungen jetzt rund ein Drittel seiner Sammlung zeigen, während es zuvor nur ein Zehntel war. Das Metropolitan Museum, dessen Bauprogramm vor dem Abschluß steht, stellt nahezu 80 Prozent der in seinem Besitz befindlichen europäischen und amerikanischen Gemälde aus und sogar 90 Prozent seiner ägyptischen Sammlung, aber nur weniger als die Hälfte seiner Skulpturen und bestenfalls Bruchteile seines reichen Schatzes von Handzeichnungen, Graphik, Fotos, fernöstlicher Kunst.

Am schlechtesten sind das Guggenheim und das Whitney Museum dran. Von den rund 5000 Kunstwerken, die das Guggenheim Museum besitzt, kann es nur drei Prozent zeigen, während das Whitney Museum, *das ausschließlich moderne amerika*nische Kunst sammelt, von seinen 10 000 Gemälden und der Graphik höchstens ein Hundertstel auszustellen vermag. Deshalb unterhält es gegenwärtig vier Filialen, davon drei in Manhattan und eine in Fairfield (Connecticut), gute 100 km von New York entfernt.

Trotzdem plant auch das Whitney, einen Erweiterungsbau zu errichten. *Der Entwurf ist jedoch so kontrovers,* daß bisher noch keine Baugenehmigung erlangt werden konnte. Das Originalgebäude an der Madison Avenue, das erstaunlich gut in die Straßenfront eingefügt wurde, stammt von Marcel Breuer. Um diesen Bau soll ein um mehrere Stockwerke höherer Komplex herumgelegt werden. Dieser Entwurf von Michael Graves ist nicht nur von einigen seiner Kollegen, allen voran die Architekten I. M. Pei und Edward Larrabee Barnes, kritisiert worden, sondern auch von den Anwohnern, die ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Die Architekten bemängeln, daß der Anbau die Integrität des Altbaus – übrigens des einzigen von Marcel Breuer in der Stadt – zerstören würde. Die Anwohner setzen an ihm aus, daß er durch seine Ausmaße die ganze Gegend überwältigen würde. Mit einer Höhe von etwa 60 Metern würde das neue Museum nämlich einem mittelhohen Wolkenkratzer mit rund 18 Stockwerken entsprechen. Die Ausstellungsfläche ließe sich damit gerade nur etwas mehr als verdoppeln. Nach den bisherigen Berechnungen würde sie ausreichen, um 300 Gemälde hängen zu können.

Um den Erweiterungsbau, den das Guggenheim Museum plant, gab es – unbeschadet der Tatsache, daß der Originalbau von Frank Lloyd Wright stammt und ebenfalls sein einziges Bauwerk in New York ist – bislang kaum Dispute. Seine Raumnot demonstriert das Guggenheim in diesem Sommer mit der Ausstellung „Ein Plan für einen Erweiterungsbau des Guggenheim Museums – eine Schau verborgener Schätze"; gezeigt werden Werke, die sich normalerweise in den Magazinen befinden. Hier sind, vielleicht zum erstenmal, u. a. Hauptwerke von Miró, Chagall, Lichtenstein und Bacon zu sehen, die bisher noch keinem normalen Museumsbesucher zugänglich waren.

Der Plan für den Anbau stammt von den New Yorker Architekten Charles Gwathmey und Robert Siegel. *Er sieht einen siebenstöckigen* Aufbau über dem jetzt schon vorhandenen Annex in der 89. Straße vor, ist also erheblich bescheidener als die Whitney-Pläne und soll auch nur etwa neun Millionen Dollar kosten, während der des Whitney Museums auf 37 Millionen veranschlagt wird.

Da das Guggenheim im Gegensatz zum Whitney dank seiner Lage am Central Park kein eigentliches Gegenüber hat, spielt auch hier der Widerstand der Anwohner kaum eine Rolle. Selbst Fachkollegen haben kein ungünstiges Urteil abgegeben, wenn auch Gwathmeys Ansicht, daß es erst durch den Neubau möglich würde, Wrights ganze Komposition richtig zu erkennen, gewiß übertrieben ist. Auch das Guggenheim rechnet mit einer Verdoppelung seines Ausstellungsraums.

Bedenkt man jedoch, daß das Guggenheim 1959 und das Whitney sieben Jahre später erbaut wurden – und beide sicherlich zu den interessantesten Museumsbauten New Yorks gehören –, muß man sich über die Kurzsichtigkeit der Architekten und ihrer Auftraggeber wundern, denn die Museen waren von vornherein viel zu klein angelegt. Niemand scheint an die Zukunft gedacht zu haben – oder wollte man bewußt nicht daran denken, weil damals größere und teurere Häuser nicht finanziert werden konnten?

HENRY MARX

Ungewöhnliche Demonstration gegen Elbdreck

Reeling vom Straßenrand

Er ißt Spinnen, Ratten, Würmer. Seine Lieblingsspeisen sind das zwar nicht, aber Jürgen Nehberg, Inhaber einer Konditorei in Hamburg, hat sich als „Überlebenskünstler" an den Verzehr solcherlei Getiers gewöhnt. So hat er auch die Bundesrepublik ohne einen Pfennig in der Tasche und mit dem Vorsatz, weder zu *betteln noch zu stehlen, durchquert.*

Das jüngste Abenteuer des 50jährigen: Mit sechs jungen Leuten schipperte er im Juni auf einem Floß von der Zonengrenze bei Schnakenburg

Mit der Elbe abwärts – ZDF, 19.30 Uhr

elbabwärts bis Cuxhaven. Die Bestandteile des zweistöckigen Floßes *Marke Eigenbau mußten eine* Bedingung erfüllen: Sie mußten weggeworfen worden sein. Der Name lautete denn auch nüchtern „Sperrmüll-Floß". Die Fahrt sollte eine Demonstration gegen die Verschmutzung der Elbe sein.

So bestand die Reeling aus einem Stück ausrangiertem Gartenzaun, die Balken, aus denen das Floß gezimmert wurde, lagen achtlos am Straßenrand. Die einzigen Neuwaren waren zwei Außenbord-Motoren, die für den Fall angebracht waren, daß das Floß zu stranden drohte. Im mäßigen Fußgängertempo fuhren die Elb-Flößer den Fluß hinab. Gesteuert wurde mit zwei überdimensionalen Rudern.

Abends legten sie am Ufer an, übernachteten in Schlafsäcken oder Hängematten. Nehberg verlangte von seiner Crew allerdings nicht, daß sie sich von aufgesammeltem Getier ernährte: mit an Bord waren sieben Hühner und eine Ziege. Die Ziege mußte allerdings nach einigen Tagen das Schiff verlassen; sie war seekrank geworden.

Mit ihrer Aktion hat die Mannschaft des Floßes einigen Erfolg. Als sie ihr Gefährt am 4. Juli an der Überseebrücke im Hamburger Hafen festmachten, bemühte sich auch der Bürgermeister an Bord. *Ihm* wurde ein Fläschchen kaffeebrauner, übelriechender Brühe überreicht: Elbwasser. Auch Schleswig-Holsteins Justizminister Heiko Hoffmann kam zu Besuch. In Cuxhaven wurde das Floß versteigert. Das war von Anfang an geplant, denn damit sollte die Fahrt finanziert werden. Den Zuschlag erhielt ein Einkaufszentrum in Hamburg, das 10 000 Mark hinblätterte, um das Gebraucht-Floß als Werbe-Gag aufzustellen.

D. SALZMANN

KRITIK

Verworren

Selbst Horst Schimanski wirkte an diesem Sommer-Abend abgeschlafft. Sicher, drei Tote und ein kräftiger Kater gleich zu Beginn hinterlassen auch bei dem stärksten Hauptkommissar ihre Spuren. Trotzdem wurde der **Tatort**-Held auf weiten Strecken seinem Image gerecht: Er polterte, brüllte, widersetzte sich, war auf seine Art witzig, wenn auch nicht ganz so schlagkräftig wie sonst. Allerdings kam trotzdem diesmal nicht das gewohnte Fernsehvergnügen *auf.*

Und das lag schlicht an der Geschichte. Sie war zu verworren, die Zahl der potentiellen Mörder zu groß. Irgendwie hatten sie alle, jedenfalls die *meisten, Dreck* am Stecken. Nur für den ersten Mord an dem Möbelhändler spielten sie keine Rolle. Der wurde von einer Randfigur begangen, aus einem Motiv, das für den Film eigentlich belanglos war. Da die Verstrickungen erst zum Schluß entknotet wurden, kam keine Spannung auf. Schade, diese lebensfremde Figur des Kommissars ist sonst für Unterhaltung immer gut.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Einer ertrank

Seit 25 Jahren kaum etwas Neues über die deutsch-deutsche Grenze – sie wird nur perfekter. Zum Jubiläumsauftakt sammelte die ARD **Entlang der Grenze** zweierlei: Bekannte Bilder von Soldaten, Wachtürmen und Stacheldraht, dazu nachdenkliche bis betont legere Äußerungen von „DDR"-Künstlern: „Grenze von Belgien und der Mongolei" (Jurek Becker), „Es gibt keine Empörung mehr" (Stefan Hermlin), „Was hätte man für Häuser bauen können mit *dem Beton" (Stefan Heym) und* „Jedes System hat seine Tabuzonen und verteidigt sie" (Heiner Müller) – also doch Verteidigung? Bedrückend Erich Loest: Würde die Grenze geschliffen, würden „die Spuren noch in Jahrtausenden zu sehen sein".

Der Bericht konnte nicht mehr sein als ein In-Erinnerung-rufen, daß der Schießbefehl weiter besteht. Die in Tränen erstickende Stimme eines Flüchtlings, der berichtete, wie sein Bruder während der Flucht ertrank, konzentrierte wie ein Brennglas die Erinnerung, doch sie wird nicht viel mehr Leute erreichen als die, die ihrer nicht bedürfen.

da

Das unbekümmerte Leben im Leipzig der Nachkriegszeit findet für Thomas (Bernd Benneck) in **Für'n Groschen Brause** (ZDF, 20.00 Uhr) ein Ende, als sein Vater (Peter Aust, Foto) verhaftet wird. Der Film erhielt den Jakob-Kaiser-Preis 1884. FOTO: URSULA RÖHNERT

So lockten ARD und ZDF den DFB auf den Leim:

Das Frequenz-Märchen

Mitte Juli schien festzustehen: Der Deutsche Fußball-Bund wird für 12,5 Millionen Mark fast jede Woche ein Bundesliga-Spiel in SAT 1 *ausstrahlen lassen. Die Überlegung* des DFB-Präsidenten Neuberger und Uli Hoeneß (Manager von Bayern München), war: Da SAT 1 von nicht mehr als einer Million Haushalte empfangen werden konnte, hätte das auf den Besuch in den Stadien kaum Auswirkung gehabt.

Doch die öffentlich-rechtlichen Unterhändler, Hans Heinrich Isenbart (ARD) und Karl Senne (ZDF), erzählten den Fußball-*Managern, daß* SAT 1 durch die in 65 Städten frei werdenden drahtlosen Frequenzen schon im Herbst von 16 Millionen Haushalten empfangen werden könnte. Senne: „Das haben die Herren kapiert." Isenbart: „Die Situation der Privaten verschlechtert sich laufend, je mehr Zuschauer sie haben."

Mit dieser Frequenz-Fabel haben die Herren von ARD und ZDF wider besseres Wissen die DFB-Kommission auf den Leim gelockt. Denn die Frequenzen sind zunächst nur als freie entdeckt worden. Von der Post. Allein, die Nutzung dieser Frequenzen ist Ländersache. Höchstwahrscheinlich werden die SPD-regierten Länder vor den Bundestagswahlen die Nutzung der Frequenzen durch SAT 1 und/oder RTL plus nicht ge*statten – also NRW, Hessen, Saarland* und Bremen fallen zunächst einmal ganz aus. Dort aber liegt nahezu die Hälfte aller freien Frequenzen. Die andere Hälfte müßte nach der Genehmigung durch die unionsregierten Länder technisch sendefähig gemacht werden. Dazu müßten Low-Power-Sender gebaut, ausgemessen und erprobt werden. Dies dauert, so SAT 1-Geschäftsführer Doetz, „zwi*schen drei Monaten und einem Jahr".*

Schließlich entpuppen sich einige der Frequenzen aus technischen Gründen als nicht nutzbar, oder weil sie für militärische Funkdienste reserviert bleiben. Man kann davon ausgehen, daß frühestens 1988 zehn Millionen Haushalte drahtlos mit SAT 1 versorgt werden können. Da aber wahrscheinlich mindestens Hessen, Saarland und Bremen bei der *Blockade privaten Fernsehens* bleiben, dürften sieben Millionen Haushalte, die 1988 SAT 1 empfangen können, schon das Maximum sein.

Verlierer durch die Finte der Öffentlich-rechtlichen ist der Zuschauer. Er wird weder bei den Privaten noch in ARD und ZDF Bundesliga live sehen können. Damit das private Fernsehen keine fetten Fußballbrokken bekommt, haben ARD und ZDF viel Geld an den DFB gezahlt: 12 Millionen Mark als Nachschlag für die vergangene Saison, 17 Millionen für die eben gestartete Saison, 17 Millionen für die Saison 87/88.

ARD und ZDF zahlen die Millionen mit den Zwangsgebühren. Der Zuschauer wird also dafür zur Kasse gebeten, daß er bei der Bundesliga live nicht zuschauen darf. SAT 1 versucht nun, möglichst viele Pokal- und Länderspiele für Live-Übertragungen einzukaufen. Außerdem steigt der Sender, zum Beispiel mit den US-Tennismeisterschaften von Flushing Meadows, groß in andere Sportarten ein.

REGINALD RUDORF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Verbraucher
10.00 heute
10.05 Und das Leben geht weiter (8)
11.05 Gar nicht museal
11.50 Umschau
12.00 „Ich diene der Sowjetunion"
Innenansichten einer Armee
Von P. Bauer und R. Lentz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
Laura und Almanzo
15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Über Sehnsüchte und Tagträume von Frauen zwischen 30 und 40
16.45 Spaß am Dienstag
Mit Monika und dem Miesling
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Mit einer Erklärung des Ministers für innerdeutsche Beziehungen
20.15 Was bin ich?
Beruferaten mit R. Lembke
21.00 Monitor
Themen: Kohl und Rau bei Urlaubern. Schwarze in Südafrika für Boykott. Christen in der „DDR" zur Mauer. Unfallrekord auf der B 54
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Smaragde
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Die literarische Filmerzählung: „Amelie, ich komme"
Komödie von Hans Noever
Kunden beschweren sich bei Moses Köhler über ihre Schlaflosigkeit; angeblich seien die von ihm gelieferten Betten zu schlecht. *Moses untersucht die Schlafgewohnheiten* und findet heraus, daß das gestörte Schlafverhalten an den Menschen selbst liegt.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
15.30 Ferienkalender
Themen: Fechten mit Cornelia Ha*nisch. Ferien in Spanien*
16.05 Kleine Welt auf Rädern
Die Elektronik oder Wo kommt der Saft her?
16.30 Patrik Pacard
Entscheidung im Fjord (10)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Geliebter Toni
Vorsicht Raubtiere
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Ratespiel mit Hans-Jürgen Bäumler
19.00 heute
19.20 Erklärung des Ministers für innerdeutsche Beziehungen
19.30 Mit der Elbe abwärts
Rüdiger Nehbergs Sperrmüllfloß
20.00 Für'n Groschen Brause
Nach dem gleichnamigen Roman von Dieter Zimmer
21.45 heute-journal
22.10 Die Mauer
Zweiteilige Dokumentation
1. Der Nervenkrieg
Von Guido Knopp, Harald Schott
Zweiter Teil morgen
23.10 Zeugen des Jahrhunderts
Der Pastor und Berliner Ex-Bürgermeister Heinrich Albertz im Gespräch mit H. W. Schwarze
0.15 heute

SAT 1



15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musikbox
17.00 Tarzan
Anschl.: Dem Biber auf der Spur
18.00 Verliebt in eine Hexe
Das Superauto
Anschl.: Klein Lulu
18.30 APF blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Anschl.: Ben Vereen-Show
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Auf der Suche nach dem Mörder
21.30 APF blick
22.15 F.A.Z.etten
Wie sehen Medien im Ausland die Bundesrepublik Deutschland?
22.45 Starsky & Hutch
Anschließend: APF-blick



19.00 Unter deutschen Dächern
Beobachtungen in einem Boxstall
19.45 Fall auf Fall
Recht für jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Partner gesucht
4. Ein besonderes Wesen
21.05 Ein Sonntag im August
Zur Geschichte der Berliner Mauer
Von Lutz Lehmann, Peter Schultze
22.50 Tagebuch
Ungarischer Spielfilm (1982)
Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrt Juli Kovacs in ihre Heimat *zurück. In Rußland* hat sie beide Eltern verloren, zu ihrer Pflegemutter findet Juli keine Beziehung. Der Stalinismus schafft ein Klima dumpfer Angst.
0.55 Nachrichten

III.

WEST
18.30 5 : 0 für die Bärte (1)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Klaus J. Henning aus Schweden: Gotland – die diskrete Insel
20.45 Vor 50 Jahren:
Frankfurter Flughafen eröffnet
21.00 Der Forellenhof
Gäste aus Kanada
22.00 JAL 123 außer Kontrolle!
Der Todesflug eines Jumbos
22.45 Dresdner Kostbarkeiten
Die Herkulanerinnen
23.00 Münchner Klaviersommer '86
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Erwachsen werden will ich nicht
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Abend an der Mauer
Live aus der Bernauer Straße
Moderation: Hans-Jürgen Börner, Peter Staisch
21.45 Die Katze im Sack
Mit Hanns Lothar, Hanne Wieder, Helmut Förnbacher, Karl Lieffen
Regie: Jürgen Roland
Vic Mallory, Teilhaber einer Privatdetektei, findet einen ungeöffneten Brief, der ein Jahr alt ist. Mallory soll herausfinden, ob Maureen, die Schwester der Millionä*rin Janet Crosby, erpreßt wird.*
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Beat, Beat, Beat
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Mein Freund Salty
Amerikanischer Spielfilm (1975)
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Vis-à-vis
20.15 Auf Traumwegen durch Rätien
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Playtime – Tatis herrliche Zeiten
Franz.-ital. Spielfilm (1965)
Von und mit Jacques Tati
23.10 Mietrecht
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Das Nesthäkchen
18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
19.55 Z. E. N.
20.00 Nürnberg in Gotik und Renaissance
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Zwei unter Millionen
Deutscher Spielfilm 1961)
Mit Hardy Krüger, Loni von Friedl, Walter Giller
23.15 Rundschau

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Direkt
19.00 heute
19.20 Studio
Thema: die Berliner Mauer
19.30 Familie Merian
20.15 auslandsreport
25. Jahrestag der Berliner Mauer
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
22.00 Club 2
25 Jahre Berliner Mauer.
Anschließend: Nachrichten



18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Helen verschwindet
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Weekend
Franz.-ital. Spielfilm (1967)
Mit Mireille Darc, Jean Yanne
Regie: Jean-Luc Godard
22.15 RTL-Spiel
22.20 Die Mauer
25. Jahrestag der Berliner Mauer
22.50 Popeye
22.55 Geheimauftrag für John Drake
23.17 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Ärger mit dem Löwen

sf. – „Die Schuld der Worte" nannte der S. Fischer Verlag in Frankfurt am Main 1979 den ersten Erzählband des in Leipzig lebenden Schriftstellers Gert Neumann. Das Buch erschien mit Genehmigung der „DDR"-Zensurbehörden. Führt es jedoch ein westdeutscher Besucher im Gepäck, gibt es Ärger mit den „DDR"-Zöllnern. Der Band wird entschädigungslos eingezogen, selbst wenn er für den Autor bestimmt ist. Eine ähnliche Erfahrung machte übrigens bereits Reiner Kunze: Er durfte, solange er in der „DDR" lebte, kein Exemplar seines Kinderbuches „Der Löwe Leopold" in der Hand halten.

Als der S. Fischer Verlag anläßlich seines bevorstehenden 100. Geburtstages Gert Neumann einiges aus dem „Klassischen Programm" schickte, erreichten die Geschenke seines Verlages den Adressaten nicht. Zum wiederholten Male beschwerte er sich deshalb beim stellvertretenden Kulturminister Höpcke, der ihm bei anderer Gelegenheit „helfen" konnte. Er ließ Neumann nämlich 1981 freundlich mitteilen, das auf dem Postweg abhanden gekommene Manuskriptteil zum zweiten Buch „Elf Uhr" sei beschlagnahmt worden, weil es den „Weltfrieden gefährdet".

Gert Neumann, der als Hilfsschlosser, Bühnenhandwerker, Kesselreiniger und zur Zeit als Haushandwerker unterm Dach der katholischen Kirche in seinen Arbeitskleidern versucht, den „reinen Text der Freiheit zu schreiben", arbeitet an seinem dritten Buch unter dem Arbeitstitel „Die Klandestinität der Kesselreiniger". Gert Neumann ist Sohn eines linientreuen SED-Schriftstellers. Die Erfahrungen, die damit verbunden waren, offenbarte er in einem Interview mit der „DDR"-Untergrundzeitschrift „Schaden": „Ich bin im sozialistischen Realismus aufgewachsen und habe gesehen, in welcher Hinsicht die Texte zynisch waren, die den Menschen bilden sollten."

Solchen Poeten lassen die „Organe" der „DDR" eine besondere Fürsorge angedeihen. Neumann gehört inzwischen zu den vom Staatssicherheitsdienst bestbewachten Bewohnern Leipzigs. Da hält man sich wohl an einen Aphorismus von Wolfgang Mocker, der sich in der neuesten Ausgabe der „neuen deutschen literatur" aus Ost-Berlin findet: „Das Mittelmaß kennt keine Grenzen!"

Die großen Straßen der Welt (VII): Zürichs Bahnhofstraße – Bankengold bis zum Trottoir, und von oben grüßt Pestalozzi in Bronze

Ein paar Gramm Quittenplätzchen aus dem Lädeli

Nein, frische Landeier wirst du an der Bahnhofstraße kaum kaufen können. Sicher, du hast recht, vor zehn Jahren gab es solche noch. Wenn auch nicht an der Bahnhofstraße selbst, sondern In Gassen, dem Durchgang, der rechts von Grieder zwischen der „Bierhalle Kropf" und dem „Zeughauskeller" zur Storchengasse führt.

Doch ist dort, wo früher eine Milch- und Käsehandlung war, jetzt eine Modeboutique von Fendi oder Saint-Laurent oder auch Versace, das ist ja auch egal, in dieser Boutiquedutzendflechte kennt sich ohnehin niemand aus – aber denk dir, 2600 bis 3000 Franken Miete pro Quadratmeter und Jahr zahlen die. Wo willst du da noch frische Landeier kaufen, das Stück zu 43 Rappen?

Was? 3000 Franken Miete findest *du hoch? Da komm doch einmal an* die Bahnhofstraße. Wenn es da ein Grundstück zu kaufen gibt, legst du je nach Lage 40 000, ja 70 000 oder gar mehr Franken pro Quadratmeter auf den Tisch. Das ist mehr als irgendwo an einer Geschäftsstraße in Europa und auch mehr als an der Fifth Avenue in New York, und dort können sie in die Höhe bauen, fünfzig oder auch achtzig Stockwerke hoch. An der Bahnhofstraße aber nur deren sechs. Der Bauvorschriften und des Charmes wegen.

Der Charme der Bahnhofstraße, so ließ ich mir sagen, liege zum großen Teil im „menschlichen" Querschnitt von 24 Meter Straßenbreite (davon entfallen nur neun auf die Fahrbahn) und den Häusern, die nicht höher als 20 Meter Traufhöhe gebaut werden dürfen.

Andere sehen den Charme in der noch immer großen Substanz an Gründerzeitbauten, in der Dichte von Eleganz und Vielfalt der Geschäfte und Schaufensterauslagen, in den *Lindenbäumen, die die Trottoirs* flankieren, in den gut 25 Millionen Fremden jährlich, die das Straßenbild beleben oder gar in der zum Synonym gewordenen Sauberkeit, für die jedoch so unterschiedliche Schriftsteller wie Joachim Ringelnatz, James Joyce und Ephraim Kishon nur Spott übrig hatten. Die Ehre, „Schönste Einkaufsstraße Europas" zu sein, sieht Richard Sprüngli wiederum, Präsident der „Vereinigung Zürcher Bahnhofstraße" darin, daß die Bahnhofstraße, mehr als andere Nobelstraßen, beidseitig wie auch auf ihrer ganzen Länge (1200 m) „höchstes Niveau hat".

Was hilft das ganze Niveau, wenn es keine Landeier gibt! Irgendwo müßte es solche geben. Mehr noch als eine Luxusstraße ist die Bahnhofstraße ja Arbeits- und Dienstleistungsstraße mit Tausenden von Angestellten. Zudem ist sie die noch immer beliebte Einkaufstraße der Zürcher, die nebst dem Angebot einheimischer und internationaler Luxusläden vor allem von dem der preisgünstigeren Geschäfte profitieren oder „ihre" – zwar immer mehr in die Etagen und Seitengassen verdrängten – Lädeli aufsuchen: den Briefmarkenhändler, Rahmenmacher, Pelznäher, Knopf- und Seidenbanddetaillisten oder Konditor, der bereit ist, auf den Geburtstag deiner Großmutter hin 150 Gramm Quittenplätzchen nach deren Rezept zu backen.

In dieser stimulierenden Mischung von „gediegenem Luxus und kosmopolitischer Eleganz" und der zum Teil kleinbürgerlichen Einkaufs- und Flanierfreude liegt möglicherweise ebensoviel Charme wie in den trottoirsäumenden Bäumen und der Architektur.

Wo nach René Schickele die „belaubte Straße an deren Ende ein Loch hat" und nach Ricarda Huch sich „die Straße öffnet" und der See „kristallklar durch die Bäume blitzt", fehlt Max Frisch ein die Bahnhofstraße krönender „Kopf", nach den meisten bisher diskutierten Plänen ein in den See hinaus gebautes Kulturzentrum.

Vorläufig steht am Seeufer noch eine nackte, als Jüngling erkennbare Bronzefigur, der Ganymed. Ebenfalls in Bronze steht am andern Ende der Bahnhofstraße, vor dem Bahnhof also, die stattliche Figur von Alfred Escher, Zürcher Eisenbahn-, Industrie- und Bankenmagnat des letzten Jahrhunderts, der ebenfalls viel für die ab 1864 aus einem versumpften Festungsgraben, dem „Fröschengraben", wachsende Bahnhofstraße getan haben soll.

Nicht weit von Escher, an der unteren Bahnhofstraße und in allerbester Geschäftslage also, ist in Bronze der Schulpädagoge Heinrich Pestalozzi auf einer etwa 30 mal 40 Schritt großen Wiese zu sehen. Auf ihr lagern sich Jugendliche zur Siesta, Rentner füttern von den umliegenden Bänken aus turtelnde Tauben, am Eiskremstand kaufen die Kinder buntfarbene Glacen. Rechter Hand im „Feldschlößli" gibt es Haxen mit Sauerkraut oder Kartoffelsalat und im Gebäude linker Hand wird zur Zeit ein „McDonald's" eingerichtet ...

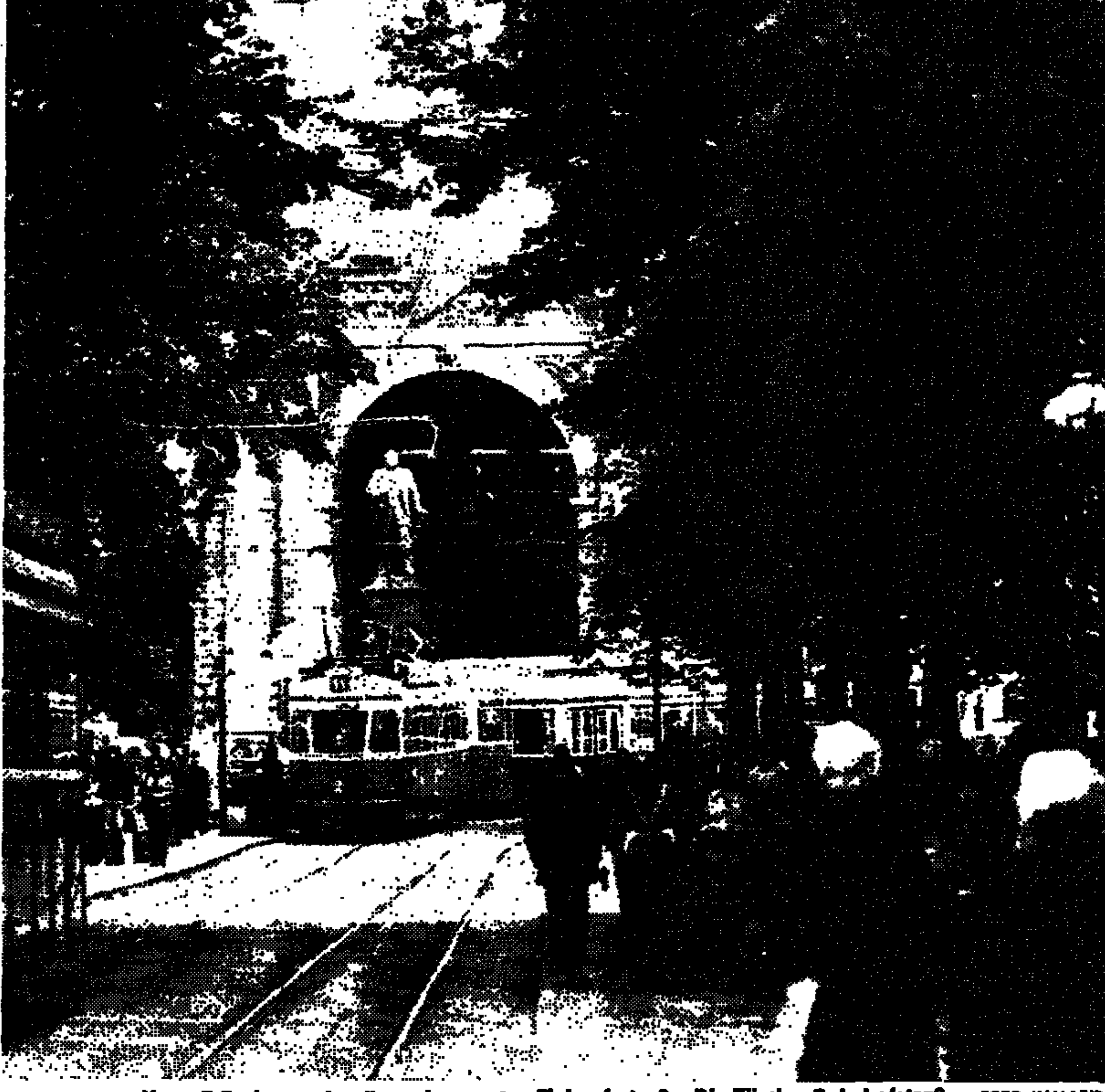
Für viele ist dies der beginnende Niedergang der Bahnhofstraße. Vom Niedergang sprach man allerdings auch schon, als einst anstelle der traditionellen Sandsteinhäuser glas- und metallverkleidete Neubauten entstanden und deshalb einige der markantesten Türmchen- und Arkadenbauten den anonym wirkenden Banken weichen mußten.

Den über dreißig um die Bahnhofstraße domizilierten Banken geht es „erfreulich gut" (Bankbericht). In den alteingesessenen Geldinstituten, deren Tresore bis unter die Trottoirs reichen, lagern Schätze aus aller Welt, nicht wenige mit dem Staub jahrzehntelanger Vergessenheit bedeckt. Daneben türmen Hubstapler Goldbarren zu Berge, darunter ein Teil des jährlich weltweit gewonnenen Goldes, das zu zwei Dritteln über Zürich gahandelt wird.

Du stehst hier, so ist anzunehmen, also auf Gold. Zwar ohne Landeier; um die zu kaufen, ist es ohnehin zu spät. Um halb sieben ist Ladenschluß. Um neun Uhr werden vor den Cafés die Stühle zusammengestellt, nur noch in den Restaurants zum Bahnhof hin herrscht Betrieb. Um 11 Uhr wirst du Schwierigkeiten haben, ein Taxi zu bekommen. Die Trams rattern durch eine nahezu menschenleere, leicht gespenstig wirkende Straße: Die Juweliere und Uhrengeschäfte haben ihre Schaufenster mit Jalousien dichtgemacht, andere Geschäfte ihre Auslagen durch Gitter geschützt oder das Licht der Auslagen gedämpft. Nur die Warenhäuser versuchen als wahre Lichtburgen etwas Glanz in die Bahnhofstraße zu bringen.

Habe ich Warenhäuser gesagt? Mein Gott, dort hättest du doch deine Landeier kaufen können! Halbdutzendweise abgepackt und auf Wunsch sogar wie früher, in Körbchen aus echtem Stroh! Daß du nicht daran gedacht hast! Plag dich aber nicht deswegen. Gehen wir hier den Rennweg hinauf ins „Katalana". José wird uns eine Tortilla backen mit soviel Eiern drin, wie du dir nur vorstellen kannst. Und abgesehen davon: Ich finde es dort oben ohnehin viel schöner als hier unten an der Bahnhofstraße – selbst wenn man überall frische Landeier kaufen könnte.

RENÉ SIMMEN



Vom „Fröschengraben" zur charmanten Einkaufsstraße: Die Zürcher Bahnhofstraße FOTO: KALLABIS

„Nathan der Weise" in der Zürcher Wasserkirche

Toleranter Wandervogel

Lessings *ewiges Werk von der Toleranz*, das 1783 in Berlin uraufgeführt wurde, ist – gemessen an „Minna von Barnhelm" oder „Emilia Galotti" – kein gutes Theaterstück. Darüber hinaus verfügt es über einen schlicht albernen Schluß. Hinzu kommt, daß es eher ein unbequemes Drama ist. Freilich, nach Hitlers Fahrt in die Hölle wurde „Nathan der Weise" in Deutschland und Österreich in jedem, wirklich jedem Theater wasserfallartig aufgeführt. Der offenkundige Alibi-Grund: Wir waren es nicht, Herr Lehrer!

Die Aufführung in der Zürcher Wasserkirche schien wohl vor allem wegen Will Quadflieg, der die Rolle zum ersten Mal spielte, sehenswert. Aber auch aus anderen Gründen *lohnt das Stück. Eine Aufführung* – nein, so mag man es eigentlich nicht nennen. Es erschien mehr als ein gelegentlich animiertes Oratorium. Regie gab es jedenfalls keine, obwohl einer als Regisseur zeichnete. Seine Regie bestand darin, die Darsteller stets hin und her laufen zu lassen, wie gefangene Tiere in einem Käfig. Oder schreien zu lassen. Oder sich auf jedem Wort festzusetzen, als sei ein jedes von überaus entscheidender Bedeutung. Am schlimmsten geriet der Tempelherr, die eigentliche Hauptfigur, wenn es ums Ausmaß der Rolle geht. Aber er geriet auch deswegen nicht überzeugend, weil er, und eben nur er, zur Toleranz *gewandelt* wird. Eine Art Wandervogel, stets mit Handgepäck auftretend. Sprachlich war das schlicht unmöglich. Schauspielerisch auch – wenn dieses Wort dann überhaupt im Zusammenhang mit ihm erlaubt ist.

Auf der Plusseite ist der Klosterbruder zu vermerken, der bei dem schweizerischen Komiker Jörg Schneider gut aufgehoben war. Es ist freilich eine Rolle, bei der auch nichts schiefgehen kann. Richard Münch als Patriarch zeigt sich einmal nicht als Bösewicht vom Dienst, sondern als denkender *Fanatiker* – der Vorgänger der Großinquisitors.

Die Entdeckung des Abends aber war die blutjunge Sabine Ehrlich, reizvoll, eindrucksvoll, was bei dieser Rolle – der Rolle der Recha – selten ist. Da ist Zukunft! Aber sie ist schon heute außerordentlich, wohl in ihrer ersten Rolle.

Schließlich Quadflieg, heute wohl einer der besten Schauspieler der deutschen Zunge. Sehr stark, schon dadurch, daß er bewußt jedes Pathos vermeidet. Die „Ring-Erzählung" wird nicht wie üblich zur Arie, sondern ganz aus der Konversation entwickelt. Ein stets präsenter und durch seine Präsenz wirkender Nathan. Warum er den erschütternden Bericht von der Ermordung seiner Frau und seiner Kinder mit dem Rücken zum Publikum gegen eine Wand spielt – mißverstandene Klagemauer – und ihn dadurch jeder Rührung beraubt und teilweise auch der Verständlichkeit, bleibt unklar. Regie? Aber einer wie Quadflieg läßt sich doch in einem so entscheidenden Punkt nicht irremachen. Sonst ist er einmalig. *Bis auf den Schluß*, den noch keiner spielen konnte, weil unspielbar.

Das Stück wird nach sechs Wochen Zürich vermutlich auch in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen sein.

CURT RIESS



Pathos vermieden: Will Quadflieg und Anne-Marie Blanc in der Zürcher Aufführung FOTO: KEYSTONE

Salzburg zeigt Aischylos'/ Handkes „Prometheus"

Spannung in Styropor

Des Aischylos „Gefesselter Prometheus", dieses Stück theatralischen Urgesteins, ist von Peter Handke aufs neue ins Deutsche übertragen worden. „Prometheus, gefesselt" heißt das Stück jetzt, dem griechischen Wortfall folgend. Es geht bei dieser Neuübersetzung also nicht darum, etwas zeitgemäß hinzubiegen, wozu der „Prometheus" vom Inhalt her ja verlocken könnte. Handke: „Eigentlich hat mich weniger die Figur gereizt als die Art, wie Aischylos das Drama erzählt: das Vermeiden der Aktion. Alles passiert durch die Sprache."

Um der Klarheit der Worte willen verzichtet Handke allerdings auf Silbenvermehrungen und geschraubte Verschachtelungen. So wird etwa aus dem holprigem Chorgesang „Ich seufze dich, dein bittres Los / Prometheus. Tränen, tropfend von / den Augen, netzen mit quellendem Naß / die schlanken Wangen ..." ein vernünftiger Satz: „Ich seufze, Prometheus, über dein vernichtendes Geschick; *der Tränenstrom, mir die Augen* besänftigend, quillt naß hervor und netzt die Wangen." Selbst wo es nach unseren Begriffen bei Aischylos arg mythologisch wabert und labert, flößt die Übersetzung Spannung ein.

Das will etwas heißen bei einem Stück, dessen dramatischer Vorrat nach fünf Minuten verbraucht ist. Denn dann ist Prometheus bereits von Hephaistos an den Felsen geschmiedet, und es bleiben noch zwei Stunden der Rede und Gegenrede.

Das zu inszenieren ist ein mühsames Geschäft, das jetzt bei den Salzburger Festspielen für die Uraufführung der Handke-Übertragung Klaus Michael Grüber mit einigem Berliner Schaubühnen-Anhang übernahm (Regie-Mitarbeit: Ellen Hammer, Bühne, Kostüme und Masken: Antonio Recalcati). Der hat aber Handkes „Alles passiert durch die Sprache" wohl doch ein bißchen mißverstanden. Das soll ja nicht heißen, daß nun Regisseur, Ausstatter und Schauspieler *alle eigenen Anstrengungen* vergessen können.

Handke hat für die Aufführung sehr dezidiert die Salzburger Felsenreitschule vor Augen gehabt. Dieses einmalige, hochragende Rund aus *nacktem Stein. Das ist doch schon* der Fels, an den Prometheus gefesselt wird. Statt dessen entsteht auch hier eine jener Styroporlandschaften, wie sie von Bühne zu Bühne austauschbar sind. Mit Bedacht wurde die Aufführungszeit festgesetzt: von mittags halb elf bis eins, wenn die Sonne hoch steht, ihr gleißendes Sommerlicht in die Steinschlucht vor dem Mönchsberg schickt. „Dastehend in nichts als dem Brand der Sonne, wirst du das Schrumpfen deiner Blütenhaut erleben", sagt Hephaistos (Branko Samarovski) dem Prometheus. Grüber aber zieht das Dach über die Felsenreitschule, bereitet am strahlenden Morgen schon jenen schwarzen Hades, in den Prometheus erst später, nach dem Aischylos-Stück, zur Strafverschärfung geschickt wird. Grübers Inszenierung ist ganz und gar gegen den Ort gerichtet.

Die Regie schafft Verdruß. Schon wie sie den Chor in Einzelstimmen auflöst und bei bedeutungsschwangeren Worten wieder zusammenführt, ist lächerlich. Was diese Damen, unter ihnen Salzburger Namen wie Isabel Karajan und Schaubühnennamen wie Libgart Schwarz, als Töchter des Okeanos an Bewegungsverlegenheiten treiben, das erinnert einen an Wagnersche Rheintöchter auf dem Trockendock. Nur bei einem Auftritt *bricht die Regie ihre düstere Beliebigkeit*: Hermes (Udo Samel) kommt als Trickfilmfigur in aufblitzenden Projektionen angeflogen. Da sprüht momentweise die Lust am Theater.

Die bringt Angela Winkler als Halb-Kuh Io zu ihren Reden auf ganz seltsame Art mit: Immer wenn sie sich gerade hochgeschwungen zur teilnahmsheischenden Klage, fällt sie in Ton und Bewegung schon wieder heraus, bricht ihre Figur doppelt und dreifach.

Bleibt Bruno Ganz als der an den Felsen geschmiedete Gott, der den Menschen zu wohlgesonnen war und dafür von Zeus, seinen Mitstreiter im Kampf um die Macht, in maßloser Beugung allen Rechts schwer gestraft wird. Es ist gut, daß auch Ganz diese Figur nicht für eine Sache vereinnahmt: Er ist ja der vom Tyrannen in Haft gehaltene philanthropische Revolutionär ebenso wie der Vordenker der Menschheit, der sie aus ihrem kreatürlichen Eins-Sein mit der Na*tur verlockt hat zu Technik und Wis*senschaft. Eine Tat, die man inzwischen schon mehr als Erbsünde anzusehen bereit ist, was ja der „Prometheus"-Dichtung ihre ganz erstaunlich aktuellen Bezüge gibt. Bru*no Ganz* spricht das mit lässiger Könnerschaft, ist besser zu verstehen als seine Kollegen, aber oft denkt man doch an Handkes Bonmot: „Manchmal versteht man den Zeus, daß er ein solches Großmaul an den weltfernen Felsen nagelt, damit er ihm endlich seine Ruhe läßt".

REINHARD BEUTH

„Die Worte in der Zeichnung" im Pariser Louvre

Zwei Kreuze für Chopin

Am Anfang war das Wort, heißt es in der Bibel. Am Anfang war das Bild, heißt es bei den Malern. Doch auf das Wort wollten viele von ihnen trotzdem nicht verzichten – sei es, daß sie sich mit ihrer Signatur zur Urheberschaft bekannten, sich mit *humanistischen Kenntnissen* schmückten oder sogar zur Korrektur eines mißlungenen zeichnerischen Details. Den Möglichkeiten, wie das Wort dem Bild dient und umgekehrt, widmet sich im Louvre die Ausstellung „Die Worte in der Zeichnung".

Als erstes fällt auf: klassische Malerei verträgt sich schlecht mit Beredsamkeit, man läßt das Bild sprechen. Am gesprächigsten war noch die Renaissance, die sich gerne mit klassischer Bildung schmückte. Wenn diese nicht vorhanden war, dann tat man so, als ob, und schrieb in frei erfundenen griechischen Buchstaben die Widmung auf *den Entwurf zu einem Grabmal*. Einfacher machte es sich Germain Pilon, der auf seinem Grabmalsentwurf notierte, die passende Inschrift möge man sich bitte selber aussuchen.

Überhaupt, was wäre der *Mensch ohne die Eitelkeit?* Ihr verdanken wir eine so klangvolle Signatur wie Signore Lodovico Cardi de Cigoli Cavalliere; nicht genug des Signore, es mußte auch noch ein Cavalliere hinter den Namen gesetzt werden. Einfach mit seinem Namen zu signieren erschien Pierro Ligerio, der vor allem seiner komplizierten Allegorien wegen geschätzt wurde, allzu simpel. Er schrieb diesen fein säuberlich auf griechisch. Dürer hatte dagegen seine liebe Mühe, bis er sein berühmtes Monogramm mit dem großen A und darin dem kleinen D gefunden hatte. Manch ein Nachahmer schmückte sein Werk mit fremden Federn – das Porträt einer lä*chelnden* alten Frau wurde bis Anfang dieses Jahrhunderts auf Grund der Signatur „AD" Albrecht Dürer zugeschrieben, bis man es als ein solches von Matthias Grünewald identifizierte.

Gelegentlich verschlüsselte man auch die Signatur mit einer Art Bilderrätsel. So erwies Delacroix seinem „lieben kleinen Chopin", wie er ihn in seinem Tagebuch nannte, die Ehrung, ihn im Gewande Dantes zu zeichnen. Das Blatt signierte er mit der Zahl Zwei und einem Kreuz (zwei = deux, Kreuz = la croix), womit er dieser zeichnerischen Ehrerbietung wieder etwas von ihrem Ernst nahm.

Nicht immer geht es jedoch so heiter zu. Jacopo Ligozzi schrieb rechts und links am Fuße seiner Allegorie, einem grausigen Skelett, das mit dem einen Arm einen jungen Mann, mit *dem andern ein Kleinkind umschlungen* hält, auf zwei geschwungene Bänder in großen Buchstaben „Orior", „ich entstehe", womit unausgesprochen ein „Ich vergehe" mitschwingt. Bei Goya wird das Makabre eines Bildes zusätzlich durch den zurückhaltenden Untertitel betont, wie bei der Kindsmörderin, die einfach als „Alte Frau" vorgestellt wird.

Das Wort wurde jedoch auch zur Korrektur oder als Ergänzung und Erläuterung eingesetzt. Watteau versah eine Rötelzeichnung, eine Studie von drei Schauspielern, mit der Anmerkung „Mantelfutter" und einem Pfeil, auf die Stelle des Mantels weisend, wo er die Präzision der Darstellung ihrer Spontaneität geopfert hatte. *Zwischen 1866 und 1868 schuf* Millet mehrere Zeichnungen von der Heidelandschaft um Vichy. Rasche, kleine Schriftzüge mit Ausdrücken wie „Weizen auf der Höhe", „Grün", „aufeinander gehäufte Steine" vermischen sich mit den ebenso nervös-spontanen Tinten- und Federstrichen eines plastischen Gedankens. Das Bild wendet sich an das Gefühl, heißt es, die Zeichnung an den Geist. Dem Geist wird in der Ausstellung des Louvre viel geboten. (Bis 29. September, Katalog 140 F.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER



Als wär's ein Dürer: Porträt mit „AD"-Signatur von Grünewald FOTO: KATALOG

JOURNAL

Zwei Werke von Manet entdeckt?

AFP, Salies-de-Bearn

In Salies-de-Bearn im südwestfranzösischen Departement Pyrenees-Atlantiques wurden zwei Arbeiten entdeckt, die möglicherweise von Edouard Manet sind. Eine mit E. M. signierte vielfarbige Skizze stellt die Tänzerin Rosita Mauri bei einer Premiere in der Pariser Oper dar und würde der „akademischen" Epoche des späteren impressionistischen Meisters entsprechen. Die zweite Entdeckung ist ein nicht vollendetes und unsigniertes Porträt von Antonin Proust, einem Kindheitsfreund Manets, der von 1881 bis 1862 Minister für die Bildenden Künste war.

Herrschergrab in Mazedonien gefunden

AFP, Belgrad

Ein Monumentalgrab aus dem Jahre 350 v. Chr. ist in Brazda im jugoslawischen Teil Mazedoniens ausgemacht worden. Ein Bauer war zunächst auf mehrere Steinquader gestoßen und hatte den Fund in seinen Neubau eingemauert. Mitarbeiter des Museums von Skopje wurden schließlich aufmerksam und legten eine Fassade von mehr als 30 Metern Länge und sieben Metern Breite frei. Es soll sich um ein Herrschergrab handeln.

Anthologie deutscher Autoren in Peking

KNA, Peking

In einer Startauflage von 300 000 Exemplaren ist im Volksverlag in Peking eine Anthologie deutscher Autoren mit dem Titel „Nach der Sintflut" erschienen. Das 332seitige Werk ist eine Sammlung von Texten aus der Feder von 82 Autoren, darunter Stefan Andres, Elisabeth Langgässer, Marie-Luise Kaschnitz, Heinrich Böll und der Dortmunder Schriststeller Josef Reding. Reding hatte das Buch in Zusammenarbeit mit der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft zusammengestellt.

Domingo eröffnet Welt-Film-Festival

AFP, Paris

Mit Franco Zeffirellis Verfilmung der Verdi-Oper „Othello" – Placido Domingo übernahm die Titelrolle – wird am 21. August das zehnte Welt-Film-Festival in Montreal eröffnet. Als besondere Ehrung für den italienischen Filmproduzenten Dino de Laurentiis erfolgt im Rahmen des Festivals die Welt-Uraufführung von „Blue Velvet", einem Thriller von David Lynch mit Isabella Rossellini in der Hauptrolle. Es handelt sich um die zweite Zusammenarbeit De Laurentiis-Lynch nach „Dune".

Botanisches in Aquarell und Graphik

DW. Coburg

„Blumen, Sträucher und Bäume" sind bis zum 24. August im Kupfer*stichkabinett der Kunstsammlung* der Veste Coburg zu sehen. Die Aquarelle und Druckgraphiken von 1580 bis 1800 beginnen mit einer blumenumrahmten Passionsfolge von Wierix, führen weiter zu Blumenfolgen Theodor de Brys und reichen bis zu Blättern Richard Earloms. Eine besondere Kostbarkeit sind die Wasserfarbenbilder von Caroline Friederike Friedrich.

Schauspiel über Friedrich Engels

rst. Brünn

Das Staatstheater der mährischen Landeshauptstadt Brünn hat die neueste Arbeit des tschechischen Dramatikers Oldřich Daněk uraufgeführt. Unter dem Titel „Zweidetail" schildert Daněk die Entwicklung Friedrich Engels' zum Revolutionär. In der ersten Episode wird Engels' Beteiligung am badischen Aufstand 1849, in der zweiten die Zeit um 1870, als Engels die Irin Lizzie Burns heiratete, geschildert.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Im Jahre 1863 besuchte Dostojewskij bei einem Besuch in Deutschland die Wiesbadener Spielbank – ein verhängnisvoller Schritt, denn der Autor verfiel ganz und gar dem Roulett. Diese Manie dokumentieren die „Aufzeichnun*gen eines jungen Mannes*", wie der Roman „Der Spieler" im Untertitel heißt. Dieser Mann, Aleksej genannt, verspielt sein letztes Goldstück, um der Familie seiner Geliebten aus der Not zu helfen – und gewinnt eine enorme Summe. Der leichte Gewinn treibt ihn an die Spieltische der Stadt Ruletenburg zurück – und schließlich in den Ruin. Dostojewskij schrieb dieses Psychogramm einer Leidenschaft, von seinem Verleger unter Druck gesetzt, innerhalb von vier Wochen. Den Vorschuß in Höhe von 3000 Rubeln, den er für das Manuskript erhielt, hatte er innerhalb kürzester Zeit – wiederum in Wiesbaden – verspielt.

no

Fjodor M. Dostojewskij: „Der Spieler", Piper, 218 S., 9,80 Mark.

Schmuggel von Drogen „wie nie zuvor"

GUSTAV BRAND, **Düsseldorf**

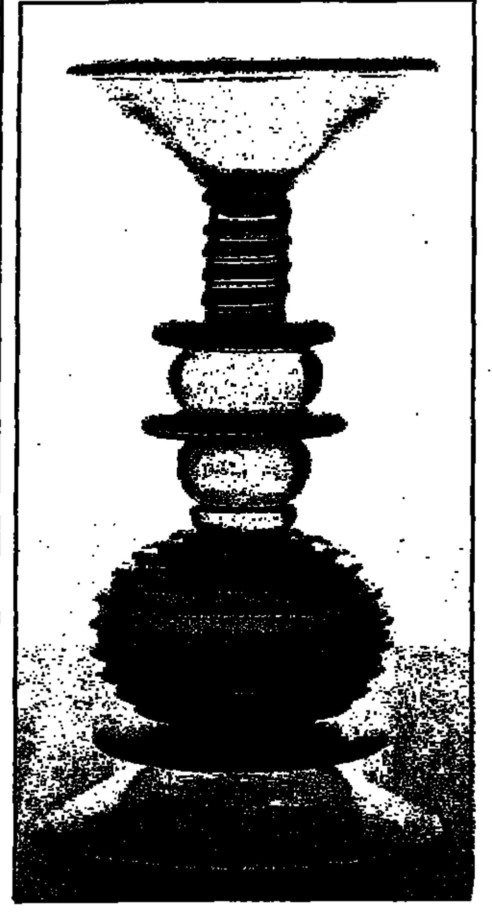
Der Drogenschmuggel aus den Niederlanden in die Bundesrepublik ist in diesem Jahr noch einmal drastisch angestiegen. Am 174 Kilometer langen Grenzabschnitt zwischen Elmpt und Emmerich am linken Niederrhein, der nach Angaben der Oberfinanzdirektion (OFD) Düsseldorf bundesweit als „Nahtstelle des Drogenschmuggels eine traurige Berühmtheit erlangt hat", wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits rund 2800 Fälle von Rauschgiftschmuggel aufgedeckt – ein Viertel mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der Sachgebietsleiter Rauschgift bei der Zollfahndung der OFD Düsseldorf, Udo Nickel, erklärt: „Diese Ausmaße wie jetzt hat es in den vergangenen Jahren noch nie gegeben. Gerade beim Haschisch fliegen uns die Kilomengen nur so um die Ohren. Ständig werden mehr Rauschgiftkuriere an der Grenze abgefangen, was von dem organisierten Schmuggel zeugt. Kuriere, hauptsächlich arbeitslose und hoch verschuldete Menschen, transportieren mittlerweile 80 Prozent der gesamten sichergestellten Schmuggelmengen. Auch bei den harten Drogen ist ein Anstieg der Sicherstellungsmengen zu verzeichnen."

Mit größter Sorge beobachten die Fahnder das Vorschreiten der Horror-Droge „Crack" in den USA innerhalb von nur wenigen Monaten. Dieser gefährliche Stoff aus kristallinem Kokain und Backpulver ist relativ leicht herzustellen und kann sofort tödlich wirken. In Amerika als Einstiegsdroge immer beliebter, könnte „Crack" beim Auftauchen in der Bundesrepublik verheerende Folgen haben.

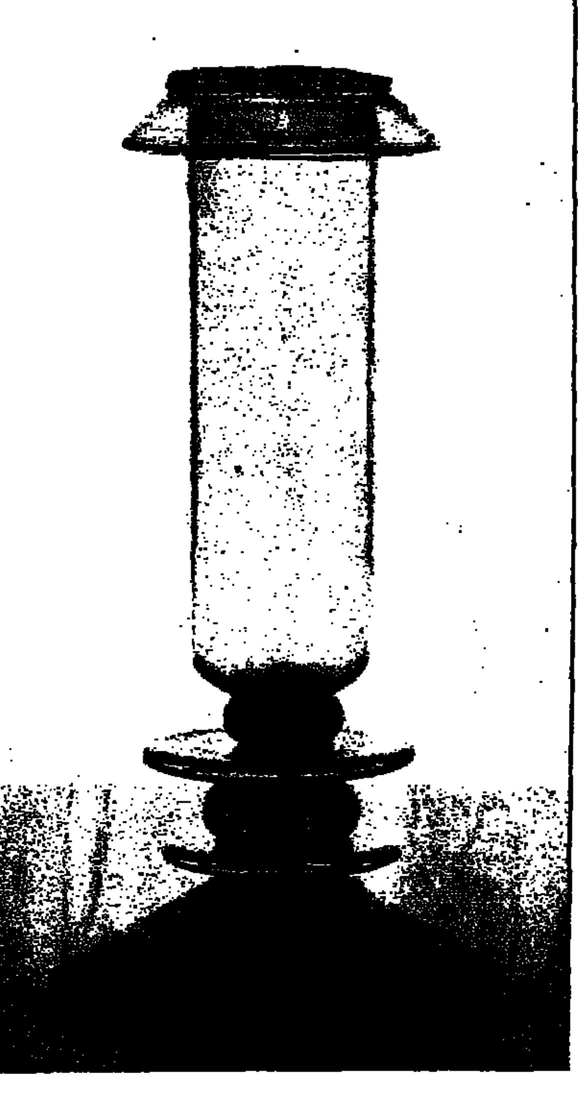
Rund dreieinhalb Zentner Haschisch entdeckten die Grenzbeamten am drogenträchtigsten Grenzabschnitt von Januar bis Juli dieses Jahres, etwa 20 Prozent mehr als von Januar bis Juli 1985. Bei Kokain stieg im gleichen Zeitraum die beschlagnahmte Menge um 75 Prozent auf fast drei Kilogramm, bei Heroin um 15 Prozent auf mehr als zwei Kilogramm.

Oberfinanzpräsident Heribert Schareck charakterisierte die Bilanz seiner Fahnder als „beängstigend für jeden, der im Drogenproblem nicht nur einen vorübergehenden Modetrend sieht, sondern eine Gefährdung für unsere Jugend. Diese Geißel der Menschheit droht vor allem das Leben vieler junger Leute zu ruinieren. Wir dürfen daher nicht nachlassen in unserem Kampf gegen die verbrecherischen und menschenverachtenden Hintermänner der Drogenkriminalität." (dpa)





Er kreierte Kleider für Zarah Leander und Romy Schneider, er verpaßte der deutschen Polizei und der sowjetischen Handelsmarine neue Uniformen, und er brach 1967 als erster Couturier von Weltruf ein Tabu, indem er für ein Versandhaus arbeitete. Nun ist er aufs Glas gekommen – mit großem Erfolg.



Die neue Karriere des Heinz Oestergaard

Der Meister arbeitet dort, wo nichts mehr zu sehen ist von der Pracht aus Lüstern, Stuck und Marmor, sein Raum im hinteren Teil des Palastes ist rußgeschwärzt, auf den schmutzigbraunen Tonfliesen stehen zwei dunkle Holzbänke und die Glut des flüssigen Glases lodert heiß in einem mannshohen gewölbten Ofen: einer der letzten Glasöfen Venedigs.

Mario Dei Rossi taucht seine Glasbläserpfeife hinein, dreht sie langsam und gleichmäßig, zieht sie zurück und bläst mit runden Backen kurz durch das lange Rohr. Der glühende Glasklumpen dehnt sich um wenige Zentimeter, der Mann dreht wieder das Metallrohr mit ruhiger Hand, formt den gefügigen Glastropfen bis das helle Rot schwindet und neue Hitze in der Glut des Ofens getankt werden muß.

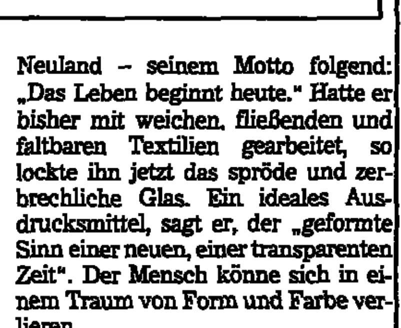
Was hier unter dem Dach des Salviati-Palastes gestaltet wird, ist nicht fürs Touristengepäck bestimmt. Die farbenprächtigen Vasen – von jeder werden höchstens zehn geblasen und mit einem Diamantschreiber handsigniert – werden von Museen und Galerien gekauft. Eineinhalb Millionen Lire (2200 Mark) kostet jedes der zerbrechlichen Stücke.

Der Meister und seine beiden Gehilfen arbeiten wortlos und konzentriert nach einer maßstabsgetreuen Skizze, die auf einem Holzbrett neben dem Ofen hängt und die von einem Deutschen entworfen wurde: von Heinz Oestergaard, der am kommenden Freitag seinen 70. Geburtstag feiert und der als Künstler mit einer anderen Materie weltberühmt wurde.

Er war der große Couturier im Berlin der Nachkriegsjahre, hüllte berühmte Frauen wie Zarah Leander und Romy Schneider in ebenso hinreißende wie teure Kleider und bestimmte die Mode der oberen Zehntausend. Zu dieser Zeit war die dicke Brieftasche Voraussetzung zum Erwerb einer Oestergaard-Kreation. Heute sind es Millionen, die einen „Oestergaard" tragen – und die meisten wissen es nicht einmal.

Es war ein Schock für die Branche, als der deutsche Modezar 1967 verkündete, künftig bei dem bis dahin modisch biederen Versandhaus Quelle für neuen Chic zu sorgen. Er war der erste unter den Modeschöpfern, der seine Kunst und sein Können einer breiten, weniger betuchten Bevölkerung zur Verfügung stellte.

Schnell steigende Umsatzzahlen zeigten den Fürther Versandhändlern, daß sie eine gewinnträchtige Liaison eingegangen waren. Oestergaard aber, der als seinen wesentlichsten Charakterzug die Unfähigkeit bezeichnete, sich je zufriedenzugeben, suchte immer neue, brachliegende Felder für modische Beschäftigung. Er entdeckte die Berufskleidung, die, so meinte er, mehr sein sollte als eine Arbeitskluft: „Sie müßte wieder – wie zur Zeit der Zünfte – zum Statussymbol werden, zum Gütezeichen des schaffenden Menschen."



Er kreierte die Kleidung der gelben ADAC-Engel, er gab den Polizisten eine neue Uniform mit modischem Schnitt und flotter Farbkombination, er kleidete sogar die russische Handelsmarine ein.

An der Fachhochschule für Gestaltung in Pforzheim übernahm er eine Mode-Professur und wurde Lehrer erfolgreicher und preisgekrönter Nachwuchs-Designer.

Kurz vor seinem Siebzigsten, den er ohne Aufhebens im kleinen Kreis von Freunden feiern wird, wagte er nochmals den Ausflug in Neuland – seinem Motto folgend: „Das Leben beginnt heute." Hatte er bisher mit weichen, fließenden und faltbaren Textilien gearbeitet, so lockte ihn jetzt das spröde und zerbrechliche Glas. Ein ideales Ausdrucksmittel, sagt er, der „geformte Sinn einer neuen, einer transparenten Zeit". Der Mensch könne sich in einem Traum von Form und Farbe verlieren.

Den Glasbläsern von Venedig bereiteten seine Entwürfe anfangs schier unüberwindliche Probleme. Unmöglich, meinten sie, Gläser solch unterschiedlicher Farben und verschiedener Stärken zu einem Kelch zu vereinen. Doch dann erinnerten sie sich alter muranischer Verfahren und schufen mit klassischen Werkzeugen und in vielen Versuchen das schier Unmögliche.

Italienische Trendblätter des modernen Lebensstils feierten den deutschen Künstler mit Lobeshymnen. Das Licht streichelt die Farben, und die Gläser schwingen von einer klanghaften Lebhaftigkeit, schreibt das eine, vom „Triumph der Form und der vom Licht zu voller Geltung gebrachten Farbe" ein anderes.

In der Bundesrepublik ist Oestergaards gläserner Coup noch weitgehend unbekannt. Aber nach New York wurden die ersten Vasen bereits verkauft. PETER SCHMALZ

Nach maßstabsgetreuen Vorlagen von Heinz Oestergaard gestaltet der Venezianer Mario Dei Rossi Kunstwerke aus Glas
FOTOS: DIE WELT

Der nächste Winterurlaub wird billiger

dpa, **Hamburg**

Eine teilweise kräftige Entlastung des Urlaubsbudgets versprechen die großen deutschen Reiseveranstalter für die kommende Wintersaison. Von November 1986 bis März 1987 werden die Kunden der Touristik Union International (TUI), von NUR Touristic und ITS Reisen Flugreisen in die Sonne zu Preisen buchen können, die um bis zu 21 Prozent unter denen des letzten Winters liegen.

Die günstigen Preise sind eine Folge des niedrigen Dollarkurses, der gesunkenen Ölpreise und, wie in der Reisebranche betont wird, „harter Verhandlungen". Im Nah- und Mittelstreckenbereich betragen die Preissenkungen bis zu neun Prozent. Bei Fernreisen sinken die Flugpreise bis zu 21 Prozent (Malediven). Geringfügige Preiserhöhungen sind bei Ferienwohnungen und bei Auto/Bahnreisen zu verzeichnen.

Bei ITS werden Wintersportziele in Deutschland und Österreich um ein bis zwei Prozent billiger, bei der TUI sinken die Preise für Italien bis vier Prozent. NUR Touristic verweist auf „besonders günstige Kreuzfahrtpreise mit Ermäßigungen für Kinder und Jugendliche um bis zu 50 Prozent".

Kinder und Allergien

AP, **Frankfurt**

Jedes zehnte Kind, das in einer Kinderarztpraxis behandelt wird, leidet an einer Allergie, ergab eine Umfrage unter 580 deutschen Kinderärzten. Die meisten dieser Erkrankungen, von Heuschnupfen, Asthma und Tierhaarallergie bis zu Hautallergien, beginnen im Vorschulalter und befallen mehr Jungen als Mädchen. Die Ärzte regten an, einen vom Staat getragenen Pollenwarndienst aufzubauen und Eltern sowie Öffentlichkeit besser über diese Erkrankungen aufzuklären.

Vorsicht beim Abschleppen

AP, **München**

Wer mit einer Autopanne auf italienischen Autobahnen liegen bleibt, darf sein Fahrzeug nicht von einer Privatperson abschleppen lassen. Der ADAC weist darauf hin, daß Autofahrer, die gegen diese Regelung verstoßen, mit einer Geldbuße von 25 000 Lire (umgerechnet rund 38 Mark) rechnen müssen.

In der Zelle erhängt

dpa, **Berlin**

Ein 44jähriger Mann hat sich in einer Zelle des Berliner Untersuchungsgefängnisses in Moabit mit einem Ledergürtel erhängt. Der Mann stand unter dem Verdacht, gegen alliierte Waffenbestimmungen verstoßen zu haben.

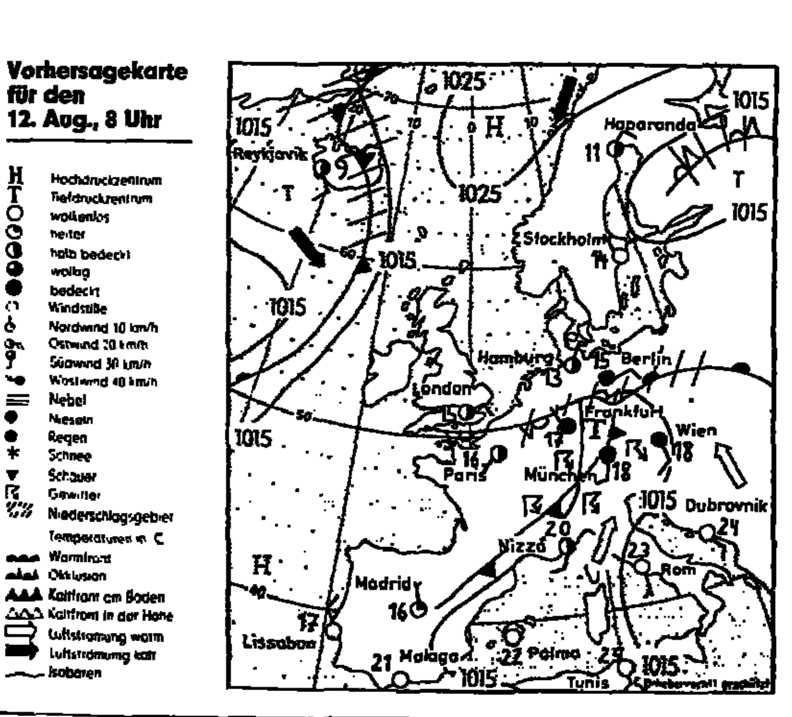
WETTER: Vorübergehend gewittrig

Lage: Gewitterstörungen über Belgien und Frankreich ziehen nordostwärts und beeinflussen den Nordwesten und Süden Deutschlands.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden wolkig, zeitweise stark bewölkt und örtlich etwas Regen. Temperaturen um 20 Grad. In den anderen Gebieten vormittags stark bewölkt und noch vereinzelt Gewitter, im Tagesverlauf Bewölkungsauflockerung, zeitweise sonnig. Am Nachmittag wieder aufkommende Quellbewölkung und vor allem im Süden Gewitter. Temperaturen 23 bis 27 Grad, schwül. Nachts im Norden um 11, sonst um 15 Grad.

Weitere Aussichten: Sonnig und warm.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.04 Uhr*, Untergang: 20.49 Uhr; **Mondaufgang:** 15.33 Uhr, Untergang: 23.35 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	23	be
Bielefeld	25	be
Braunlage	20	bw
Bremen	21	be
Dortmund	24	be
Dresden	21	bw
Düsseldorf	25	he
Erfurt	22	he
Essen	24	be
Feldberg/S.	17	bw
Flensburg	19	he
Frankfurt/M.	25	he
Freiburg	27	he
Garmisch	24	be
Greifswald	22	be
Hamburg	21	bw
Hannover	22	bw
Kahler Asten	20	bw
Kassel	23	bw
Kempten	24	he
Kiel	20	he
Koblenz	25	bw
Köln-Bonn	25	he
Konstanz	25	he
Leipzig	21	he
List/Sylt	18	he
Lübeck	21	bw
Mannheim	27	he
München	25	be
Münster	22	wl
Norderney	19	be
Nürnberg	25	he
Oberstdorf	24	he
Passau	26	bw
Saarbrücken	23	be
Stuttgart	24	he
Trier	22	be
Zugspitze	8	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	31	bw
Amsterdam	18	bw
Athen	35	wl
Barcelona	27	he
Belgrad	30	wl
Bordeaux	30	Gw
Bozen	28	he
Brüssel	22	he
Budapest	31	he
Bukarest	30	wl
Casablanca	23	he
Dublin	14	bd
Dubrovnik	31	wl
Edinburgh	14	he
Faro	25	he
Florenz	32	he
Genf	23	bw
Helsinki	17	bw
Hongkong	27	Rs
Innsbruck	25	he
Istanbul	32	wl
Kairo	31	wl
Klagenfurt	26	he
Konstanza	29	he
Kopenhagen	18	he
Korfu	34	he
Las Palmas	24	bw
Leningrad	21	bd
Lissabon	24	he
Locarno	25	he
London	19	bw
Los Angeles	17	bw
Luxemburg	20	he
Madrid	28	he
Mailand	28	he
Malaga	32	he
Mallorca	32	wl
Moskau	22	bw
Neapel	33	he
New York	23	Gw
Nizza	29	he
Oslo	18	bw
Ostende	15	bw
Palermo	32	he
Paris	25	he
Peking	30	he
Prag	23	bw
Rhodos	29	he
Rom	29	he
Salzburg	26	he
Singapur	31	bw
Split	31	he
Stockholm	15	bw
Straßburg	26	he
Tel Aviv	32	he
Tokio	29	he
Tunis	33	wl
Valencia	29	he
Varna	31	he
Venedig	28	he
Warschau	21	he
Wien	28	he
Zürich	26	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Eine Bande macht Jagd auf Autofahrerinnen

SAD, **Avignon**

Mit Großeinsätzen sucht die Polizei in den beiden südfranzösischen Departements Vaucluse und Bouches-du-Rhône nach einer Bande, die in den letzten zwei Monaten mindestens 28 Frauen überfallen, beraubt und vergewaltigt hat. Ihr letztes Opfer war am vergangenen Freitag eine junge Frau, die auf der Landstraße Nr. 100 wenige Kilometer von Apt überfallen und vergewaltigt wurde. Am Tag zuvor hatte die Bande einer 42 Jahre alten französischen Urlauberin und ihrer 15jährigen Nichte bei Avignon Gewalt angetan.

Die Methode der „Piraten" ist stets die gleiche. Sie jagen mit einem gestohlenen Pkw Autofahrerinnen auf wenig befahrenen Landstraßen, rammen deren Autos oder schießen in die Reifen und zwingen sie zum Anhalten. Dann steigen sie in das Auto ihrer Opfer, fahren mit ihnen zu einer einsamen Stelle und vergewaltigen sie. Mit dem Auto des Opfers fahren sie dann davon.

Keines der Opfer konnte bisher eine Personenbeschreibung geben, denn die Räuber tragen stets Kapuzen über den Kopf gestülpt. Mehrere Male ließen sie die Opfer nackt oder nur halb bekleidet an Bäume gefesselt zurück, damit sie nicht sofort Alarm schlagen konnten. Die Polizei empfiehlt alleinstehenden Frauen, die kleineren Landstraßen zu meiden und nach Einbruch der Dunkelheit möglichst nicht zu fahren.

Nach dem Zauberwürfel nun ein „Magic Puzzle"

SAD, **New York**

Erno Rubik, der Erfinder des „Zauberwürfels", hat ein neues magisches Puzzle entwickelt. Schon auf der Pressekonferenz in New York, auf der der 42jährige ungarische Professor es jetzt vorstellte, brachte es alle, die es zu lösen versuchten, an den Rand der Verzweiflung.

Der bekannte Zauberwürfel enthielt 26 kleinere Würfel in sechs leuchtenden Farben. Durch horizontales und vertikales Verdrehen waren die kleinen Würfel so auszurichten, daß sie auf jeder Fläche des großen Würfels nur noch eine einheitliche Farbe zeigten. Mathematiker fanden heraus, daß es für die Positionen der kleinen Würfel 43 Quintillionen (in Zahlen: 43 252 003 274 489 856 000!) verschiedene Möglichkeiten gab – und nur eine war die richtige.

„Rubik's Magic", so heißt das neue Puzzle, besteht aus acht quadratischen, durch Scharniere untereinander verbundenen Kärtchen aus durchsichtigem Kunststoff. Sie bilden in ihrer Originalposition zwei gleichlange Reihen. Auf jedem Kärtchen sind drei Ringe in allen Farben des Regenbogens abgebildet. Die Lösung des Puzzles besteht nun darin, die Ringe miteinander zu verschlingen. Diese – eben nicht so leichte Aufgabe – ist dadurch zu bewältigen, daß die Rechtecke neu zusammengestellt werden können. Aber, so warnte Rubik: „Es gibt noch viel mehr Kombinationsmöglichkeiten als bei meinem Würfel."

Die amerikanische Universal Matchbox Group will „Rubik's Magic" im Herbst auf den Markt bringen, zunächst in den USA. Wie vom Würfel erhofft sie sich einen Millionengewinn. Professor Rubik selbst wurde durch seine Erfindung zum reichsten Mann Ungarns. Als er den Würfel vor zehn Jahren erfand, verdiente er an der Budapester Akademie der Künste gerade um die zweihundert Dollar. Auf dem Höhepunkt des Würfelbooms betrug seine Provision monatlich 30 000 Dollar. Weitere Gelder erhielt die staatliche ungarische Firma, der Rubik seine Erfindung zum Weitervertrieb anvertraut hatte.

Heute führt Rubik für einen Ostblockbewohner ein Leben wie wenige westliche Bürger. Der Ungar hat eine eigene Design-Firma mit 20 Angestellten. Er besitzt drei Autos, darunter einen Mercedes und war Gast von Indira Gandhi und New Yorks Bürgermeister Ed Koch. An Flughäfen bitten Zollbeamte um sein Autogramm. Und mit seiner Frau und seinen zwei Kindern ist er gerade dabei, in ein Haus mit großem eingebauten Schwimmbad zu ziehen. In Kürze wird Rubik auch weltweit in Fernsehspots zu sehen sein, in denen er seine jüngste Erfindung anpreisen soll – auch das bringt Geld. Außerdem schreibt er ein Buch über „Meine Lebensphilosophie". Aber er theoretisiert nicht nur: zwei Stiftungen, mit denen junge Erfinder unterstützt werden sollen, hat er bereits gegründet.

ZU GUTER LETZT

Aus der dritten Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung Magermilch: „Soweit eine Verarbeitungskaution, mit der die zweckentsprechende Verwendung beihilfebegünstigten Magermilchpulvers sichergestellt werden sollte, zu Unrecht freigegeben worden ist, hat derjenige, der die Kaution gestellt hat, einen Beitrag in Höhe der Beihilfe, die der zu verwendenden Magermilchpulvermenge entspricht, an das Bundesamt zu zahlen. Paragraph 9, Abs. 2 Satz 2 findet entsprechende Anwendung."